



Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2017

Inhalt

1 — Lagebericht

3	Überblick über die Geschäftsentwicklung
15	Ausblick
22	Risiken und Chancen
26	Risikobericht
55	Vergütungsbericht
96	Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung
100	Nicht-finanzielle Erklärung
122	Angaben nach § 289 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht
126	1a–Anlage zum Lagebericht: Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit

2 — Jahresabschluss

130	Bilanz zum 31. Dezember 2017
132	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
133	Anhang

3 — Bestätigungen

190	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
191	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

1

Lagebericht

3	Überblick über die Geschäftsentwicklung
3	Unsere Organisation
7	Wirtschaftliches Umfeld
7	Überblick
10	Gewinn- und Verlustrechnung
13	Bilanz
15	Ausblick
22	Risiken und Chancen
26	Risikobericht
26	Grundsätze des Risikomanagements
26	Rahmenwerk für das Risikomanagement
27	Risiken der Deutsche Bank AG im Konzernverbund
28	Organisation des Risikomanagements
31	Risikostrategie und Risikotoleranz
33	Instrumente der Risikosteuerung
34	Risikoarten
40	Risikoprofil
41	Kreditrisiko
43	Marktrisiko
44	Operationelles Risiko
45	Verschuldungsquote
48	Liquiditätsrisiko
49	Kapitaladäquanz
55	Vergütungsbericht
56	Vergütungsbericht für den Vorstand
80	Vergütungsbericht für die Mitarbeiter
93	Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats
96	Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung
100	Nicht-finanzielle Erklärung
122	Angaben nach § 289 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht
126	1a–Anlage zum Lagebericht: Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit

Überblick über die Geschäftsentwicklung

Unsere Organisation

Der Deutsche Bank-Konzern

Deutsche Bank: Unsere Organisation

Die Deutsche Bank mit Hauptsitz in Frankfurt am Main ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 1.475 Mrd € (zum 31. Dezember 2017) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2017 beschäftigte die Bank 97.535 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von Vollzeitkräften), die in 60 Ländern und 2.425 Niederlassungen (65 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten sowie Dienstleistungen an.

Zum 31. Dezember 2017 setzte sich der Deutsche Bank-Konzern aus den folgenden drei Unternehmensbereichen zusammen:

- Unternehmens- und Investmentbank (Corporate & Investment Bank – CIB)
- Privat- und Firmenkundenbank (Private & Commercial Bank – PCB)
- Deutsche Asset Management (Deutsche AM)

Die drei Unternehmensbereiche werden von Infrastrukturfunktionen unterstützt. Darüber hinaus haben wir eine regionale Managementstruktur, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt. Die in diesem Bericht verwendeten Vergleichszahlen aus Vorperioden wurden angepasst, um die am 5. März 2017 bekannt gegebene neue Segmentstruktur zu berücksichtigen. Im Einklang mit unseren ursprünglich veröffentlichten Zielen existiert die Non-Core Operations Unit (NCOU) seit 2017 nicht mehr als eigenständiger Unternehmensbereich des Konzerns.

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen mit bestehenden oder neuen Kunden in den meisten Ländern der Welt. Diese Geschäftsaktivitäten werden abgewickelt über:

- Tochtergesellschaften und Niederlassungen in zahlreichen Ländern,
- Repräsentanzen in vielen anderen Ländern und
- einen oder mehrere Repräsentanten zur Betreuung unserer Kunden in einer Reihe von weiteren Ländern.

Für die Deutsche Bank AG befinden sich die wichtigsten Filialen außerhalb unseres Geschäftsbetriebs in Deutschland in London, New York, Cayman Islands und Singapur. Diese Filialen erbringen Dienstleistungen hauptsächlich in den Geschäftsbereichen Corporate & Investment Bank und Wealth Management.

Nachfolgend geben wir einen Überblick über die einzelnen Geschäftsbereiche.

Corporate & Investment Bank (CIB)

Überblick über den Unternehmensbereich

In unserem Unternehmensbereich „Unternehmens- und Investmentbank“ werden die Segmente Sales & Trading (Fixed Income & Currencies – FIC) und Sales & Trading (Equity), das Finanzierungsgeschäft, das Emissions- und Beratungsgeschäft sowie die Transaktionsbank (Global Transaction Banking) zusammengeführt. Der kombinierte Unternehmensbereich vereint die Expertise für das Großhandelsgeschäft, die Kundenbetreuung, das Risikomanagement und die Infrastruktur der Deutschen Bank. Dies ermöglicht es CIB, Ressourcen und Kapital an unserem Kunden- und Produktumfang auszurichten, um Kunden mit hoher Priorität weitere Vorteile zu bieten.

Produkte und Dienstleistungen

Zu den Geschäftsaktivitäten von Sales & Trading (FIC) und Sales & Trading (Equity) gehören der Vertrieb, der Handel und die Strukturierung eines breiten Spektrums von Finanzprodukten wie Anleihen, Aktien und aktienbezogenen Produkten, börsennotierten und außerbörslich gehandelten Derivaten, Devisen, Geldmarktinstrumenten sowie strukturierten Produkten. Die Institutional Client Group und Sales (Equity) betreuen institutionelle Kunden, während die Abteilung Research Analysen zu Märkten, Produkten und Handelsstrategien für Kunden erstellt.

Unsere gesamten Handelsaktivitäten unterliegen unseren Risikomanagementprozessen und -kontrollen, die im Risikobericht ausführlich erläutert werden.

Corporate Finance ist für Fusionen und Übernahmen (M&A) sowie für das Beratungs- und Emissionsgeschäft mit Anleihen und Aktien verantwortlich. Regional aufgestellte und branchenorientierte Betreuungsteams gewährleisten, dass den Firmenkunden und institutionellen Kunden der Bank die gesamte Palette der Finanzprodukte und -dienstleistungen aus einer Hand zur Verfügung steht.

Global Transaction Banking (GTB) ist ein führender globaler Anbieter von Cash Management-, Trade Finance- und Wertpapierdienstleistungen und stellt die gesamte Palette von Commercial-Banking-Produkten und -Dienstleistungen für Firmenkunden und Finanzinstitute weltweit zur Verfügung.

Vertriebskanäle und Marketing

Unsere Strategie beinhaltet eine Neuausrichtung und Optimierung unseres Betreuungsmodells zum Vorteil unserer Kernkunden. Wir beenden Kundenbeziehungen, bei denen wir der Auffassung sind, dass die Erträge zu gering oder die Risiken zu hoch sind, und verbessern gleichzeitig unsere Prozesse zur Aufnahme von Neukunden sowie Know-Your-Customer (KYC)-Verfahren.

Das Wachstum im Firmenkundengeschäft dürfte auch Chancen im Bereich der institutionellen Kunden eröffnen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass das Wachstum hauptsächlich durch eine Steigerung der Erträge aus den vorhandenen Ressourcen entsteht, indem selektiv Kapital für Kunden mit hoher Priorität eingesetzt wird.

Private & Commercial Bank (PCB)

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich Privat- und Firmenkundenbank (Private & Commercial Bank – PCB) setzt sich aus unseren vier Geschäftsbereichen Postbank, Private & Commercial Clients Germany, Private & Commercial Clients International und Wealth Management zusammen. Unsere Kundenbasis besteht aus Privat- und Geschäftskunden, kleinen und mittelgroßen Firmen sowie vermögenden Privatkunden. Diesen bieten wir ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen und Beratung an, das von Standardprodukten bis hin zu anspruchsvollen Finanzlösungen reicht. Durch unser Omnikanal-Angebot bieten wir unseren Kunden verschiedene Alternativen für den Zugang zu unseren Produkten und Dienstleistungen (Filialen, Beratungscenter, selbstständige Finanzberater sowie digitalen Zugriff über Online/Mobile Banking).

Unser Unternehmensbereich besteht aus folgenden Geschäftsbereichen in der Deutsche Bank AG:

Im Geschäftsbereich Private & Commercial Clients Germany (PCC Germany) fokussieren wir uns ebenfalls auf Privat- und Firmenkunden in Deutschland und bieten ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen und Beratung einschließlich komplexer Beratungslösungen für Privatkunden an. Für kleine und mittlere Unternehmen bieten wir in Zusammenarbeit mit Experten bei der Unternehmens- und Investmentbank ein integriertes Betreuungskonzept an.

Der Geschäftsbereich Private & Commercial Clients International (PCC International) bietet Bank- und andere Finanzdienstleistungen für Privatkunden sowie Geschäfts- und Firmenkunden in Europa und Indien an. In Europa sind wir in fünf großen Bankmärkten vertreten: Italien, Spanien, Belgien, Portugal und Polen. Im Dezember 2017 haben wir eine Vereinbarung über die Teilveräußerung des Privatkundengeschäfts in Polen geschlossen, um die Fokussierung von PCB zu verstärken und die Komplexität zu reduzieren. Die Deutsche Bank wird in Polen weiterhin Hypothekendarlehen in Fremdwährung von Privatkunden betreuen und mit der Unternehmens- und Investmentbank (Corporate & Investment Bank), einschließlich der Transaktionsbank vertreten sein.

Der Geschäftsbereich Wealth Management (WM) betreut wohlhabende, vermögende und sehr vermögende Privatkunden sowie Family Offices. Wir unterstützen unsere Kunden bei der Planung, Verwaltung und Anlage ihres Vermögens, bei der Finanzierung ihrer persönlichen und geschäftlichen Interessen, sowie bei der Betreuung ihrer institutionellen und unternehmerischen Bedürfnisse. Darüber hinaus ergänzen wir unser Angebot für anspruchsvolle Kunden und bieten Dienstleistungen und Konzepte in enger Zusammenarbeit mit unseren Experten bei der Unternehmens- und Investmentbank sowie bei der Deutsche Asset Management an.

Produkte und Dienstleistungen

In unserem Heimmarkt Deutschland und international bieten wir unseren Kunden ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen an, das von standardisierten und umfassenden Dienstleistungen für Privatkunden über Lösungen für anspruchsvolle Kunden im Private Banking und Wealth Management bis hin zur Betreuung von Geschäfts- und Firmenkunden reicht.

Unsere Geschäftseinheiten Postbank, PCC Deutschland und PCC International erbringen Bank- und andere Finanzdienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden in Deutschland, Europa und Asien. Dabei unterscheiden sich die Produktangebote in einigen Ländern, die von lokalen Markt-, Regulierungs- und Kundenanforderungen getrieben werden. Die Produkte für unsere Privatkunden sind so konzipiert, dass sie sowohl den grundlegenden Finanzbedarf als auch den spezifischen Finanzierungs- und Beratungsbedarf unserer Kunden decken. Wir bieten Zahlungsverkehrs- und Kontokorrent-Dienstleistungen, Kredit- und Finanzierungsprodukte sowie Einlagen-, Anlage- und Versicherungsprodukte an. Abgerundet wird die Produktpalette durch Postdienstleistungen, die wir über die Postbank anbieten, und weitere Non-Banking-Dienstleistungen. Zu den Produkten für unsere mittelständischen Kunden zählen auch spezifische Finanzierungslösungen (von der Start-up-Finanzierung bis hin zu strukturierten Finanzierungen) und Produkte der Corporate & Investment Bank im Rahmen unseres Mid-Cap-Joint-Ventures in Deutschland.

In Wealth Management unterstützen wir unsere Kunden beim Aufbau und Erhalt ihres Vermögens mit Dienstleistungen wie Vermögensstrukturierung, Vermögensübertragung und Philanthropie. Wir bieten maßgeschneiderte Vermögensmanagement- und Anlagelösungen, einschließlich diskretionärer Vermögensverwaltung, Anlageberatung sowie Währungs- und Einlagendienstleistungen an. Darüber hinaus umfasst unser Produktangebot auch Finanzierungslösungen, z.B. für Immobilien, Aktienpositionen oder Flugzeuge. Für institutionelle und unternehmerische Bedürfnisse bieten wir M&A, Pre-IPO und Privatplatzierungen an und ermöglichen unseren Kunden in enger Zusammenarbeit mit Experten der Corporate & Investment Bank einen Zugang zu strukturierten Krediten, privaten und öffentlichen Investitionsmöglichkeiten sowie zu Handels- und Absicherungsaktivitäten.

Vertriebskanäle und Marketing

Um die Erreichbarkeit und die Verfügbarkeit unserer Dienstleistungen für unsere Kunden zu optimieren, verfolgen wir einen Omnikanal-Ansatz. Dabei wird dem Ausbau digitaler Kapazitäten in allen Geschäftsbereichen eine große Priorität eingeräumt.

PCC Germany, PCC International und Postbank haben ähnliche Vertriebskanäle:

- Filialen: In unseren Filialen bieten die Geschäftsbereiche PCC und Postbank grundsätzlich die gesamte Produktpalette sowie alle Beratungsleistungen an. Ergänzt wird unser Filialnetz durch unseren telefonischen Kundenservice, Call Center und Selbstbedienungseinrichtungen. In Deutschland bieten die Geschäftsbereiche PCC und Postbank mit über 10.000 Geldautomaten Bargelddienstleistungen an.
- Beratungscenter: Die Beratungscenter von PCC Germany fungieren als Bindeglied zwischen den Filialen und unseren digitalen Angeboten, um eine umfassende Betreuung und Beratung unserer Privat- und Firmenkunden unabhängig von Filial-Öffnungszeiten zu gewährleisten.
- Online und Mobile Banking: Der Internetauftritt der Geschäftsbereiche PCC und Postbank bietet eine Vielzahl von Produktinformationen und Dienstleistungen wie zum Beispiel interaktive Tools, Online-Anleitungen sowie Zugang zu spezifischen Medieninhalten. Wir bieten zudem eine leistungsstarke Transaktionsplattform für Bank-, Brokerage- und Self Service-Dienstleistungen an, kombiniert mit sehr stark frequentierten App-Lösungen für Smartphones und Tablet-Computer. Ferner investieren wir in die weitere Verbesserung leistungsstarker kundenfreundlicher End-to-end-Prozesse.
- Finanzberater sowie Vertriebs- und Kooperationspartner: Die Geschäftsbereiche PCC und Postbank bieten einen zusätzlichen Zugang zu Bank- und Finanzdienstleistungen durch unabhängige Finanzberater und Vertriebs- und Kooperationspartner an.

Wealth Management verfügt über ein spezifisches Modell für die Kundenbetreuung:

- Globale Kundenbetreuungs- und Beratungsteams: Diese Teams von Kundenbetreuern und erfahrenen Beratern sind für die Pflege von Kundenbeziehungen zuständig und beraten und unterstützen die Kunden beim Zugang zu den vielfältigen WM Produkten und Leistungen. Um allen WM Kunden eine umfassende, ganzheitliche Beratung und Serviceleistung anzubieten, gibt es eine zentrale Anlaufstelle mit spezialisierten Expertenteams, die einzelne Kundengruppen betreuen.
- Key Client Partners (KCP)/Corporate Finance Partnership (CFP): Spezielle sehr vermögende Privatkunden haben durch unsere Key Client Partners einen institutionalisierten Zugang zu Marktanalysen und Handelsideen mit maßgeschneiderten Handels-, Risikomanagement- und Absicherungskonzepten unserer Global Markets-Plattform sowie innovativen Finanzierungslösungen über den Kapitalmarkt. Corporate Finance Partnership stellt als vertrauensvoller Partner und strategischer Berater für ausgewählte, anspruchsvolle Investoren / Family Offices einen reibungslosen Zugang zu unserem globalen Corporate Finance-Geschäft bereit.
- Deutsche Oppenheim Family Offices AG (DOAG): Dienstleistungen für Multi-Family Offices, darunter diskretionäres Portfoliomanagement, strategische Asset Allokation, „Family Office Strategy“-Fonds, Family Office-Beratung, Auswahl von Drittvermögensverwaltern, Vermögensreporting und Vermögenscontrolling sowie Investitionen in Immobilien- und Private Equity-Anlagen.

Deutsche Asset Management (Deutsche AM)

Überblick über den Unternehmensbereich

Mit einem verwalteten Vermögen von über 700 Mrd € zum 31. Dezember 2017 sieht sich der Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM) als einen der weltweit führenden Vermögensverwalter, der Kunden aus der ganzen Welt Zugang zu den internationalen Finanzmärkten verschafft und entsprechende Lösungen anbietet. Ziel der Deutsche AM ist es, allen Kunden – sowohl einzelnen Anlegern als auch den betreuenden Institutionen – eine nachhaltige finanzielle Zukunft zu eröffnen.

Wie im März 2017 angekündigt wurde, plant die Deutsche Bank einen Teilbörsengang der Deutsche AM innerhalb von 24 Monaten, um den intrinsischen Wert des Geschäftsbereichs freizusetzen. 2017 ergriff Deutsche AM einige Maßnahmen, um sich mehr auf sein Kerngeschäft als Vermögensverwalter zu konzentrieren und operativ unabhängiger zu werden. So wurden etwa eine einheitliche Investment Group und eine einheitliche Coverage Group gegründet, Infrastrukturfunktionen aus der Deutschen Bank ausgegliedert, die rechtliche Struktur vereinfacht und die Veräußerung nicht strategischer Bereiche abgeschlossen.

Produkte und Dienstleistungen

Zur Produkt- und Dienstleistungspalette von Deutsche AM gehören sowohl aktive als auch passive Anlagestrategien für ein breites Spektrum an Vermögensklassen, einschließlich Aktien, festverzinslicher Wertpapiere, Liquiditätsprodukten, Immobilien, Infrastruktur, Private Equity und nachhaltiger Anlagen. Dieses Angebot steht über zahlreiche Wrapper zur Verfügung, darunter ETFs, Publikums- und Spezialfonds. Deutsche AM liefert Alpha- und Beta-Lösungen, um anhand der Nutzung von Informationen und Technologien die Anforderungen seitens der Kunden bezüglich Langlebigkeit, Haftung und Liquidität zu erfüllen.

Non-Core Operations Unit (NCOU)

Gemäß unseren Zielen, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, hat die NCOU erfolgreich ihre Strategie zur Risikoreduzierung umgesetzt und das Portfolio verkleinert, um das Jahresendziel von unter 10 Mrd € risikogewichteter Aktiva zu erreichen. Bei der Ausübung dieses Mandats hat sich die NCOU aktiv auf Initiativen konzentriert, die zu einem wirksamen Kapitalbeitrag sowie einem Schuldenabbau führten, sodass die Bank in der Lage war, ihre harte Kernkapitalquote auf Basis der Vollumsetzung zu stärken. Folglich wird die NCOU ab dem Jahr 2017 als eigenständiger Unternehmensbereich aufgegeben.

Die verbliebenen Aktiva hatten einen Konzernbilanzwert von circa 6 Mrd € zum 31. Dezember 2016, die seit Anfang 2017 von den entsprechenden Segmenten des Kerngeschäfts, insbesondere CIB und PCB, verwaltet werden.

Infrastruktur und Regional Management

Die Infrastrukturfunktionen nehmen Kontroll- und Dienstleistungsfunktionen wahr. Zudem haben sie insbesondere Aufgaben in Bezug auf die konzernweite, unternehmensbereichsübergreifende Ressourcenplanung, -steuerung und -kontrolle sowie das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement.

Die Infrastrukturfunktionen sind in die folgenden Verantwortungsbereiche untergliedert:

- Chairman: Vorstand, Communications, CSR, Group Audit, Corporate Strategy, Research und Group Incident & Investigation Management
- Chief Financial Officer: Group Finance und Regional Finance, einschließlich Cost Operations, Group Tax, Group Treasury, Investor Relations, Corporate M&A and Investments, Group Management Consulting, Planning and Performance Management und Finance Change & Administration.
- Chief Risk Officer: Credit Risk, Market Risk, Liquidity Risk, Enterprise Risk, Business aligned Risk Management, Regional Risk Management, Non Financial Risk und Corporate Insurance
- Chief Regulatory Officer: Group Regulatory Affairs, Government and Public Affairs, Compliance und Anti-Financial Crime
- Chief Administrative Officer: Legal einschließlich Data Protection, Global Governance und Human Resources einschließlich Corporate Executive Matters
- Chief Operating Officer: Chief Information Officer, Technology and Operations, Digital Transformation, Corporate Services, Chief Security Officer and Chief Data Officer

Alle Aufwendungen und Erträge der Infrastrukturfunktionen werden in vollem Umfang unseren drei Unternehmensbereichen zugeordnet.

Von 2018 an werden Infrastrukturkosten, die aus Anteilseigner bezogenen Aktivitäten resultieren, nicht mehr den Unternehmensbereichen zugeordnet. Sie werden zukünftig zentral in Consolidations & Adjustments (C&A) berichtet, das in diesem Zusammenhang in „Corporate & Other“ umbenannt wird.

In 2017 beschloss die Bank, bestimmte Mitarbeiter der Infrastrukturfunktionen den Unternehmensbereichen zuzuordnen, für die sie Dienstleistungen erbringen, um so die Effektivität und Zusammenarbeit zu verstärken. Hierdurch wurde die Verantwortlichkeit und Eigenständigkeit der Unternehmensbereiche in Bezug auf ihre organisatorischen und prozessualen Entscheidungen erhöht. Die Anzahl der den Unternehmensbereichen zugeordneten Mitarbeiter stieg in Folge der geänderten Zuordnung im Vergleich zu 2016 stark an, insbesondere in der Corporate & Investment Bank und der Deutsche Asset Management. Unabhängige Kontrollfunktionen verblieben grundsätzlich in Zentralebereichen

Wirtschaftliches Umfeld

Überblick

Die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (in %) ¹	2017 ²	2016	Haupttreiber
Weltwirtschaft	3,8	3,2	Weltwirtschaftswachstum und Welthandel mit starker Dynamik. Die Weltwirtschaft überraschte positiv trotz einer allmählichen Straffung der Geldpolitik.
Davon:			
Industrieländer	2,2	1,6	Die globale Dynamik und die marktfreundlichen Ergebnisse der Wahlen in Europa beflügelten das Wachstum in den Industrieländern.
Schwellenländer	4,9	4,3	Die Schwellenländer profitierten von den gestiegenen Rohölpreisen und den starken asiatischen Volkswirtschaften.
Eurozone	2,5	1,8	Die Ergebnisse der Wahlen in Europa unterstützten die Märkte positiv. Sowohl der Konsum als auch die Investitionstätigkeit haben das Wirtschaftswachstum insbesondere in der zweiten Jahreshälfte angekurbelt.
Davon: Deutschland	2,2	1,9	Auch die deutsche Wirtschaft überraschte mit einem Aufwärtstrend, der fast ausschließlich von der Binnenkonjunktur getragen wurde. Ein sehr angespannter Arbeitsmarkt, eine expansive Geldpolitik und zusätzliche fiskalische Impulse führten zu einem Wachstum über dem Trend.
USA	2,3	1,5	Die US-Wirtschaft entwickelte sich nahezu erwartungsgemäß. Haupttriebkraft der US-Wirtschaft ist nach wie vor der private Konsum, der von einem gut funktionierenden Arbeitsmarkt gestützt wird.
Japan	1,8	0,9	Die japanische Wirtschaft wies einen ausgewogenen Wachstumsmix auf, wobei sowohl der Inlands- als auch der Auslandssektor zum BIP-Wachstum beitrugen.
Asien³	6,1	6,2	Die Stärkung des innerasiatischen Handels ist ein wesentlicher Wachstumstreiber. Schwellenländer Asiens sind nach wie vor der globale Motor für das BIP-Wachstum.
Davon: China	6,9	6,7	Die chinesische Wirtschaft expandierte etwas stärker als erwartet. Risiken aus dem überbewerteten Immobiliensektor blieben aus.

¹ Jährliches reales BIP-Wachstum (in % im Vergleich zum Vorjahr). Quellen: Nationale Behörden, sofern nicht anders angegeben.

² Quellen: Deutsche Bank Research.

³ Einschließlich China, Indien, Indonesien, Republik Korea und Taiwan, ohne Japan.

Umfeld Bankenbranche

Die Divergenz in der Kreditvergabe an den Privatsektor im Euroraum hat sich im Jahr 2017 verstärkt. Einerseits stagnierte das ausstehende Volumen mit Unternehmen wie schon seit Sommer 2014 weiterhin, wobei hier auch verstärkte Verkäufe von Portfolios notleidender Kredite und eine weiter robuste Emission von Unternehmensanleihen eine Rolle spielten. Andererseits legte das Kreditgeschäft mit Haushalten das dritte Jahr in Folge zu; das Plus von 3,4 % gegenüber dem Vorjahr bedeutete dabei den höchsten Wert seit 2011. Das ausstehende Volumen erreichte mit 5,6 Bill € einen neuen Rekord. Dabei zog im Jahresverlauf insbesondere die Vergabe von Konsumentenkrediten merklich an. Bei den Einlagen setzte sich das hohe Wachstum trotz Nullzinsen praktisch unverändert mit 4,1 % gegenüber dem Vorjahr fort. Die Quote von Krediten zu Einlagen im Geschäft mit dem privaten Sektor verringerte sich damit im Jahresverlauf weiter von 107 % auf 105 %. Die Einlagen von Unternehmen expandierten im Jahr 2017 doppelt so stark mit 6,6 % wie die der Haushalte mit 3,3 %.

Im Gegensatz zur Entwicklung in der Eurozone insgesamt zog in Deutschland die Kreditvergabe an Unternehmen im vergangenen Jahr erneut kräftig an. Stagnierte das Geschäft vor zwei Jahren noch, hat sich die Wachstumsrate im Jahr 2017 auf 4,7 % gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Gleichzeitig schwächte sich die Ausgabe von Unternehmensanleihen erheblich ab. Das Expansionstempo bei der Kreditvergabe an Haushalte erhöhte sich erneut auf 3,4 %. Haupttreiber blieb hier das Hypothekensegment mit 4,3 %. Auf der Refinanzierungsseite verzeichneten die Banken einmal mehr einen deutlichen Einlagenzufluss mit 4,4 %, trotz eines weiteren Rückgangs der Zinsen – bei Unternehmen in den negativen Bereich, bei Haushalten de facto auf Null. Beides sind Allzeittiefs. Das Einlagenvolumen der Unternehmen nahm wie schon seit vielen Jahren stärker zu als das der Privatpersonen. Der Anteil der Unternehmenseinlagen an den gesamten Einlagen des Privatsektors ist über die letzten 15 Jahre von 14,5 % auf über 20 % gestiegen.

In den USA hat sich die Kreditentwicklung nach der drastischen Verlangsamung Ende 2016/ Anfang 2017 zuletzt auf niedrigem Niveau stabilisiert. Die ausstehenden Kredite an Unternehmen erhöhten sich um 3,6 % im Vergleich zu 8,4 % in 2016, die an private Haushalte um 3,1 %, im Jahr 2016 4,7 %. Im ersten Fall waren die gewerblichen Immobilienkredite mit einem Anstieg von 5,8 % gegenüber dem Vorjahr der ausschlaggebende Faktor, während die klassischen Unternehmenskredite im engeren Sinne nur um 1,5 % zulegten. Im letzteren Fall übertraf das Wachstum der Verbraucherkredite mit 5,1 % das der Hypothekenausleihungen, welche um 3,8 % anstiegen, während die sogenannten Home-Equity-Kredite mit 6,8 % rückläufig waren. Einlagenseitig verringerte sich das Expansionstempo im Jahr 2017 moderat auf 4,2 %, lag damit aber ziemlich genau auf Höhe des Kreditwachstums insgesamt. Am beträchtlichen Passivüberhang der US-amerikanischen Banken änderte sich im Ergebnis nichts.

In Japan hat sich im Jahr 2017 die Dynamik im Einlagengeschäft mit einem Anstieg von 3,6 % gegenüber dem Vorjahr erheblich verlangsamt, lag aber immer noch leicht über der im Kreditgeschäft, welches mit 2,5 % mit dem Niveau im Jahr 2016 vergleichbar war.

In China legte das Kreditvolumen mit Haushalten nach extremem Wachstum in den letzten anderthalb Jahren zuletzt nicht mehr ganz so stark zu. Im Jahr 2017 stand dennoch ein Zuwachs von 21 % zu Buche im Vergleich zu 23 % in 2016. Bei Unternehmen beschleunigte sich die Kreditvergabe dagegen von 8 % auf 12 % gegenüber dem Vorjahr. Da sich die Einlagenzuflüsse auf ein Plus von weniger als 8 % deutlich verlangsamten und somit mit der Kreditexpansion nicht mehr mithalten konnten, bewegte sich die Quote von Krediten zu Einlagen weiter auf 100 % zu (binnen Jahresfrist von 86 % auf 92,5 %). Insgesamt haben die Bankkredite an den privaten Sektor in China mit fast 150 % des BIP ein ausgesprochen hohes Niveau erreicht – in Deutschland beispielsweise beträgt dieser Wert nur etwa die Hälfte.

Ergebnis der Deutschen Bank

Die Deutsche Bank AG ist die Konzernobergesellschaft des Deutsche Bank-Konzerns und gleichzeitig ihr wesentlichster Bestandteil. Die Steuerung des Deutsche Bank-Konzerns basiert auf IFRS und Geschäftsbereichen anstelle von Einzelgesellschaften. Die Deutsche Bank AG ist vollständig in die Initiativen und Zielvorgaben des Deutsche Bank-Konzerns integriert. Die Wirtschaftsleistung des Konzerns bestimmt letztendlich die Ergebnisse der Deutsche Bank AG. Da die Bank die Option des § 2a Kreditwesengesetz (KWG) in Bezug auf das regulatorische Kapital ausübt, sind die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten nur auf Gruppenebene anzuwenden. Daher werden die Ergebnisse auf Konzernebene dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2017 erzielte die Deutsche Bank ein Ergebnis vor Steuern von 1,2 Mrd €. In diesem Ergebnis spiegelten sich niedrigere Zinsunabhängige Aufwendungen im Vergleich zu 2016 wider, zugleich war es von einem äußerst schwierigen Ertragsumfeld belastet. Das Ergebnis der Bank nach Steuern wurde durch einen einmaligen Steueraufwand von 1,4 Mrd € infolge der Steuerreform in den USA belastet, es belief sich auf einen Verlust in Höhe von 0,7 Mrd €. In 2017 haben wir verschiedene bestehende Rechtsstreitigkeiten erfolgreich beigelegt und weiter in die Verbesserung von Kontrollen investiert. Auch haben wir greifbare Fortschritte bei der Umsetzung strategischer IT- und Geschäftsinitiativen erzielt. Dank der erfolgreich durchgeführten Kapitalerhöhung und unseres konservativen Bilanzmanagements haben wir unsere Liquidität und Kapitalausstattung auf einem hohen Niveau gehalten.

Die Konzernfinanzkennzahlen lauten wie folgt:

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2017	Status zum Ende 2016
Erträge	26,4 Mrd €	30,0 Mrd €
Ergebnis vor Steuern	1,2 Mrd €	– 0,8 Mrd €
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern	– 0,7 Mrd €	– 1,4 Mrd €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital) ¹	– 1,4 %	– 2,7 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) ¹	– 1,2 %	– 2,3 %
Bereinigte Kostenbasis ²	23,9 Mrd €	24,7 Mrd €
Aufwand-Ertrag-Relation ³	93,4 %	98,1 %
Risikogewichtete Aktiva (RWA) ⁴	344,2 Mrd €	357,5 Mrd €
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ⁵	14,0 %	11,8 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁶	3,8 %	3,5 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren Konzernergebnis. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts zu finden.

² Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Wertberichtigungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sowie Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Weitere Einzelheiten sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts enthalten.

³ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

⁴ RWA und Kapitalquoten basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

⁵ Die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁶ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

Die Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2017 auf 26,4 Mrd € und lagen damit um 3,6 Mrd € (12 %) unter dem Vorjahr. Der Rückgang spiegelte in erster Linie die Auswirkungen der herausfordernden Marktbedingungen und strategischer Geschäftsveräußerungen wider. Er beinhaltete einen negativen Effekt von 348 Mio € aus forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment – DVA), die Realisierung von 213 Mio € aus Bewertungseffekten der Währungsumrechnung durch Verkäufe, 164 Mio € aus niedrigeren Risikoaufschlägen für unsere eigenen Verbindlichkeiten und 157 Mio € aus der Vereinbarung über den teilweisen Verkauf des Privatkunden-Geschäfts in Polen. Darüber hinaus sanken die Erträge in 2017 aufgrund nicht wiederkehrender Ertragsbeiträge der Hua Xia Bank Co. Ltd von 618 Mio €, der Private Client Services (PCS) von 161 Mio € und der Abbey Life von 537 Mio €, die in 2016 verkauft worden waren. Ohne diese Einmaleffekte lagen unsere Erträge um 5 % unter dem Vorjahr. Die Erträge in der Unternehmens- und Investmentbank (Corporate & Investment Bank – CIB) wurden durch höhere Refinanzierungskosten, eine durchgängig niedrige Volatilität, eine geringe Kundenaktivität sowie Anpassungen des Kunden-, Produkt- und Länderumfangs in Global Transaction Banking (GTB) negativ beeinflusst. In der Privat- und Firmenkundenbank (Private & Commercial Bank – PCB) gingen die Erträge zurück, insbesondere aufgrund der Auswirkungen von Geschäftsveräußerungen und des Ertragsdrucks im Einlagengeschäft bedingt durch das Niedrigzinsumfeld. Dieser Rückgang wurde durch höhere Erträge im Kredit- und Anlagegeschäft sowie durch Workout-Aktivitäten in der Sal. Oppenheim teilweise ausgeglichen. Die Erträge in der Deutsche Asset Management (Deutsche AM) sanken gegenüber dem Vorjahr erheblich, vor allem infolge des Ausbleibens von Erträgen aus dem Abbey Life Geschäft, welches Ende 2016 verkauft worden war, sowie von Erlösen aus dem Verkauf des Vermögensverwaltungsgeschäfts in Indien und einer Zuschreibung im Zusammenhang mit der HETA Asset Resolution AG (HETA), die beide in 2016 ausgewiesen worden waren.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im Geschäftsjahr 2017 bei 24,7 Mrd €, was einem Rückgang von 4,8 Mrd € (16 %) gegenüber 2016 entspricht. Diese Entwicklung war vorwiegend durch niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, gesunkene Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte sowie ausbleibende Aufwendungen im Versicherungsgeschäft in Bezug auf Abbey Life bedingt. Höhere Rückstellungen für variable Vergütungen nach der Rückkehr zu dem normalen Rahmenwerk für die variable Vergütung im Jahr 2017 hoben diese Effekte teilweise auf.

Die bereinigte Kostenbasis belief sich in 2017 auf 23,9 Mrd € gegenüber 24,7 Mrd € in 2016. Dies entspricht einem Rückgang von 843 Mio € (3 %), in erster Linie infolge niedrigerer Rechtskosten, geringerer Kosten für externe Beratungsleistungen und die Auflösung der NCOU. Teilweise kompensiert wurden diese Effekte durch die vorgenannten höheren Rückstellungen für variable Vergütungen.

Das Ergebnis vor Steuern lag in 2017 bei 1,2 Mrd € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 810 Mio € im Vorjahr. Hauptursache für die Verbesserung um 2,0 Mrd € waren die deutlich geringeren Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte sowie erheblich niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten.

Der Ertragssteueraufwand von 2,0 Mrd € im Geschäftsjahr 2017 beinhaltete den vorgenannten einmaligen Steueraufwand von 1,4 Mrd € aus der Neubewertung der latenten U.S. Steueransprüche infolge der Steuerreform in den USA.

Für 2017 berichteten wir einen Nettoverlust von 735 Mio €, in erster Linie aufgrund des oben genannten einmaligen Aufwands für latente Steueransprüche. Dies vergleicht sich mit einem Nettoverlust von 1,4 Mrd € im Jahr 2016.

Unsere Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) lag zum Jahresende 2017 bei 14,0 %, nach 11,8 % zum Jahresende 2016, bedingt durch die Erlöse aus der Kapitalerhöhung im zweiten Quartal 2017. Die Harte Kernkapitalquote unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen betrug zum Ende des Berichtsjahres 14,8 %.

Überblick über den Geschäftsverlauf der Deutsche Bank AG

Die Deutsche Bank AG erzielte im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss von 644 Mio €, nach 282 Mio € im Vorjahr. Diese Veränderung ist das Ergebnis mehrerer größerer aber teilweise sich ausgleichender Entwicklungen. Ein Rückgang des operativen Betriebsergebnisses um 2,1 Mrd € wurde durch einen Rückgang der Nettoaufwendungen außerhalb des operativen Betriebsergebnisses einschließlich Restrukturierungsaufwendungen um 2,1 Mrd € ausgeglichen. Eine um 200 Mio € niedrigere Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie ein um 222 Mio € verringerter Steueraufwand führten zu der Ergebnisverbesserung von 362 Mio €.

Der Rückgang des operativen Betriebsergebnisses um 2,1 Mrd € war hauptsächlich durch eine Verringerungen der Summe der Erträge um 1,5 Mrd €, einer Verschlechterung des Saldos der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen um 867 Mio € sowie einem Anstieg der Risikovorsorge um 351 Mio € verursacht. Dies wurde teilweise durch einen Rückgang der Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen um 608 Mio € kompensiert.

Der Saldo der übrigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen verbesserte sich um 1,8 Mrd € auf negative 312 Mio €. Die Hauptursache für den Rückgang des negativen Saldos waren reduzierte Nettoabschreibungen und niedrigere Gewinne aus Verkäufen von verbundenen Unternehmen von insgesamt 1,8 Mrd €.

Das außerordentliche Ergebnis bezog sich auf Restrukturierungen und belief sich auf minus 64 Mio € (2016: minus 306 Mio €).

Zuführungen des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB wurden in Höhe von 300 Mio € ausgewiesen. Im Vorjahr wurde der Bestand des Fonds um 500 Mio € erhöht.

Der ausgewiesene Steueraufwand im Berichtsjahr belief sich auf 254 Mio € (2016: 476 Mio €).

Die Bilanzsumme verringerte sich zum 31. Dezember 2017 um 140 Mrd € auf 1.232 Mrd €, überwiegend bedingt durch Rückgänge bei den positiven und negativen Marktwerten von Derivaten des Handelsbestands.

Die Bank konnte ihre stabile Liquiditäts- und Refinanzierungsbasis im Geschäftsjahr halten und verfügte über eine verbesserte regulatorische Kapitalposition auf Grund einer Kapitalerhöhung. Wir verweisen auf unsere Ausführungen im Risikobericht zum Liquiditätsrisiko und zur Kapitalausstattung.

Das Eigenkapital (ohne Bilanzgewinn) stieg im Berichtsjahr um 8,3 Mrd € auf 53,9 Mrd €. Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus einer Kapitalerhöhung von 8,0 Mrd € durch die Ausgabe von 687,5 Mio neuen Stammaktien im April 2017.

Der Vorstand wird gemeinsam mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 11 € Cent je Stückaktie zu zahlen und den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Gewinn- und Verlustrechnung

In der folgenden Tabelle ist die Gewinn- und Verlustrechnung für die Deutsche Bank AG in zusammengefasster Form dargestellt. Danach werden weitere Erläuterungen zur Entwicklung der einzelnen Posten gegeben.

Zusammengefasste Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Bank AG

in Mio €	2017	2016	Veränderung	
			in Mio €	in %
Zinserträge ¹	11.210	10.927	283	3
Laufende Erträge ²	5.659	6.397	-737	-12
Zinserträge insgesamt	16.869	17.323	-454	-3
Zinsaufwendungen	8.959	7.336	1.623	22
Zinsüberschuss	7.910	9.987	-2.077	-21
Provisionserträge	7.678	8.256	-578	-7
Provisionsaufwendungen	1.560	1.225	334	27
Provisionsüberschuss	6.118	7.030	-912	-13
Nettoertrag des Handelsbestands	2.164	694	1.470	N/A
davon Auflösung von Sonderposten nach § 340e Absatz 4 HGB	0	0	0	N/A
Summe der Erträge	16.192	17.711	-1.519	-9
Löhne und Gehälter	4.284	4.162	123	3
Soziale Abgaben ³	819	1.098	-279	-25
Personalaufwand	5.103	5.260	-157	-3
Andere Verwaltungsaufwendungen ⁴	8.644	9.095	-451	-5
Verwaltungsaufwand	13.747	14.355	-608	-4
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	-395	471	-867	N/A
Risikovorsorge	475	124	351	N/A
Betriebsergebnis	1.574	3.703	-2.129	-57
Saldo der übrigen ordentlichen Erträge/Aufwendungen	-312	-2.140	1.828	-85
Außerordentliches Ergebnis	-64	-306	242	-79
Auflösung des/Zuführung zum (-) Fonds für allgemeine Bankrisiken	-300	-500	200	-40
Ergebnis vor Steuern	898	758	140	19
Steuern	254	476	-222	-47
Jahresüberschuss	644	282	362	128
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	55	165	-111	-67
	699	447	252	56
Einstellungen in Gewinnrücklagen	300	0	300	N/A
- in andere Gewinnrücklagen	300	0	300	N/A
Bilanzgewinn	399	447	-48	-11

¹ Aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren, Schuldbuchforderungen sowie dem Leasinggeschäft.

² Aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen (einschließlich Gewinnabführungsverträgen).

³ Einschließlich Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

⁴ Einschließlich Normalabschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Rückgang des Zinsüberschusses

Der Zinsüberschuss sank um 2,1 Mrd € auf 7,9 Mrd €. Dies wurde hauptsächlich durch geringere Nettozinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft sowie Wertpapieren nach Berücksichtigung von Zinsaufwendungen (Rückgang um 1,3 Mrd €) bedingt. Die Erträge aus Gewinnabführung verringerten sich um 951 Mio €, während die übrigen laufenden Erträge um 214 Mio € anstiegen.

Der Rückgang der Nettozinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft sowie Wertpapieren um 1,3 Mrd € war das Ergebnis von teilweise gegenläufigen Entwicklungen. Höhere Zinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft (Anstieg um 781 Mio €) wurden durch einen Rückgang von Zinserträgen aus festverzinslichen Wertpapieren um 498 Mio € sowie höhere Zinsaufwendungen (Anstieg um 1,6 Mrd €) überkompensiert.

Die Verbesserung der übrigen laufenden Erträge um 214 Mio € war im Wesentlichen bedingt durch einem Zuwachs der Dividenderträge aus Aktien um 245 Mio €, während die Erträge aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen leicht um 31 Mio € sanken.

Rückgang des Provisionsüberschusses

Der im Provisionsgeschäft erzielte Überschuss von 6,1 Mrd € wies einen Rückgang um 912 Mio € gegenüber dem Vorjahreswert auf. Diese rückläufige Entwicklung war in den meisten Komponenten des Provisionsüberschusses zu verzeichnen. Hierbei waren um 314 Mio € niedrigere Erträge aus Dienstleistungen an Konzerngesellschaften sowie um 148 Mio € niedrigere Provisionsentnahmen aus dem Wertpapiergeschäft die wesentlichen Komponenten des Rückgangs.

Deutlich erhöhtes Handelsergebnis

Die Bank zeigte für 2017 ein positives Handelsergebnis von 2,2 Mrd €, um 1,5 Mrd € höher als im Vorjahr. Der Anstieg resultierte hauptsächlich aus Gewinnen in Wertpapieren und wurde teilweise durch Verluste im Zusammenhang mit Währungskursen kompensiert.

Rückgang von Personal- und Sachkosten

Die Personalaufwendungen verringerten sich um 157 Mio € auf 5,1 Mrd €. Dies war überwiegend durch einen Rückgang von Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen und sonstige Leistungen an Mitarbeiter um 314 Mio € geprägt. Gegenläufig stiegen die Aufwendungen für Gehälter einschließlich variabler Vergütungsbestandteile um 123 Mio €.

Nachstehende Tabelle zeigt die Zuordnung der Mitarbeiter (Vollzeitäquivalente) nach geografischen Regionen

Mitarbeiter (Vollzeitkräfte) ¹	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Bundesrepublik Deutschland	11.444	11.840	-396
Europa ohne Deutschland	9.461	9.973	-512
Amerika	2.001	2.238	-237
Afrika/Asien/Australien	6.146	6.186	-40
Insgesamt	29.052	30.237	-1.185

¹ Vollzeitkräfte unter anteiliger Berücksichtigung von Teilzeitarbeitskräften, ohne Auszubildende, Volontäre/Praktikanten.

Die Reduktion der Mitarbeiterzahlen in Deutschland resultiert weitgehend aus der Restrukturierung von Infrastruktur-Funktionen, insbesondere in den Bereichen Betriebsorganisation und Risikomanagement. Der Rückgang der Mitarbeiterzahl in Europa ohne Deutschland resultiert vor allem aus der Entwicklung in Großbritannien: Asset Management-Funktionen und CIB bezogene Service-Funktionen wurden in Tochtergesellschaften verlagert. Der Rückgang in Amerika hängt insbesondere mit der Verlagerung von Infrastrukturfunktionen, wie z. B. Personal, in Service-Gesellschaften zusammen.

Die Anderen Verwaltungsaufwendungen (ohne Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen) verringerten sich um 696 Mio € auf 7,6 Mrd €. Dies ist im Wesentlichen verursacht durch um 403 Mio € gesunkene Aufwendungen aus Konzernverrechnung.

Auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Berichtsjahr reguläre Abschreibungen von 1,1 Mrd € vorgenommen (Vorjahr: 831 Mio €). Der Anstieg ist im Wesentlichen erworbener und selbst erstellter Software zuzurechnen.

Verringerung des Nettoergebnisses aus betrieblichen Erträgen und Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen veränderte sich von plus 471 Mio € auf minus 395 Mio €. Dies war im Wesentlichen bedingt durch höhere Nettozinsaufwendungen für personalbezogene Rückstellungen (Veränderung: + 584 Mio €) sowie durch den Wegfall eines im Vorjahr verzeichneten Gewinns in Höhe von 557 Mio € aus der Verschmelzung eines verbundenen Unternehmens. Darüber hinaus verringerte sich das Ergebnis aus Finanzinstrumenten des Bankbuchs und Währungsumrechnung um 256 Mio €. Teilweise gegenläufig waren um 872 Mio € verminderte Nettoaufwendungen für Rechtsstreitigkeiten.

Kosten der Risikovorsorge erhöht

Die Kosten der Risikovorsorge, bestehend aus der Kreditrisikovorsorge und dem Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve, erhöhten sich in 2017 um 351 Mio € auf 475 Mio €. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus dem niedrigeren Ergebnisbeitrag aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve (minus 622 Mio €), der teilweise durch die verringerte Kreditrisikovorsorge (minus 271 Mio €) kompensiert wurde. Das Ergebnis der Liquiditätsreserve des Vorjahres enthielt einen Verkaufsgewinn aus Anteilen an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in Höhe von 691 Mio €. In der Kreditrisikovorsorge war eine Abschreibung in Höhe von 424 Mio € auf konzerninterne Forderungen enthalten, die durch aktive latente Steuern besichert waren. Mit der Verabschiedung der U.S.-Steuerreform („Tax Cuts and Jobs Act“ oder „TCJA“) am 22. Dezember 2017 verringerte sich der Wert dieser aktiven latenten Steuern, um die Reduzierung des U.S.- Körperschaftsteuersatzes von 35 % auf 21 % abzubilden.

Rückgang des negativen Saldos aus übrigen Erträgen und Aufwendungen

Der Saldo der Übrigen Erträge und Aufwendungen belief sich auf minus 312 Mio € (Vorjahr: minus 2,1 Mrd €). Dieser Rückgang war hauptsächlich auf deutlich verminderte Nettoaufwendungen aus Wertberichtigungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen (minus 3,0 Mrd €) zurückzuführen, während Gewinne aus Verkäufen von verbundenen Unternehmen um 1,2 Mrd € zurückgingen.

Sonderabschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen beliefen sich auf 34 Mio € (Vorjahr: 64 Mio €).

Außerordentliche Erträge/Aufwendungen

Aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von minus 64 Mio € (2016: Nettoaufwand von 306 Mio €). Die Veränderung resultierte im Wesentlichen aus niedrigeren Restrukturierungsaufwendungen.

Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB belief sich auf 300 Mio € (Vorjahr: Zuführung um 500 Mio €). Die Zuführung spiegelt die im Abschnitt „Chancen und Risiken“ genannten Risiken wider, insbesondere hinsichtlich der für die DB AG spezifischen Sachverhalte.

Steuern

Im Berichtsjahr 2017 belief sich der Steueraufwand auf 254 Mio €, gegenüber einem Steueraufwand von 476 Mio € in 2016. Die Ertragsteuquote wurde überwiegend durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen und steuerfreie Erträge beeinflusst.

Jahresüberschuss

Die Deutsche Bank AG erzielte im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss von 644 Mio €, nach einem Jahresüberschuss von 282 Mio € im Vorjahr.

Dieses Ergebnis war stark von einem Rückgang um 2,1 Mrd € des Betriebsergebnis geprägt, der durch eine Verbesserung des Saldos der übrigen Erträge / Aufwendungen einschließlich Restrukturierungsaufwendungen um 2,1 Mrd € ausgeglichen wurde. Der Nettoeffekt dieser Veränderungen sowie eine um 200 Mio € niedrigere Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken ergab ein um 140 Mio € höheres Vorsteuerergebnis. Unter Berücksichtigung eines Rückgangs der Steueraufwendungen um 222 Mio € auf 254 Mio € führte dies zu einer Verbesserung des Jahresüberschusses von insgesamt 362 Mio €.

Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Einstellung von 300 Mio € in andere Gewinnrücklagen belief sich der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2017 auf 399 Mio €. Die Bank wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn zur Zahlung einer Dividende von 11 € Cent je Stückaktie zu verwenden. Es wird vorgeschlagen, den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Abhängig von der Anzahl der ausstehenden Aktien zum Dividendenstichtag beläuft sich der Gewinnvortrag auf mindestens 171 Mio €.

Bilanz

Die Bilanzsumme der Deutschen Bank AG belief sich am 31. Dezember 2017 auf 1.232,2 Mrd €. Der Rückgang um 140,4 Mrd € (10,2 %) resultiert hauptsächlich aus Veränderungen des Marktwertes von Derivaten im Handelsbestand, die im Wesentlichen auf zins- und währungsbezogene Produkte entfallen. Zu dem Rückgang trugen ebenfalls Forderungen an Kunden und Kreditinstitute bei. Teilweise gegenläufig zu dieser Entwicklung waren höhere Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Kreditvolumen

Das Kreditvolumen (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierkassageschäften) ging um 33,5 Mrd € (11,2 %) auf 266,2 Mrd € zurück. Insgesamt waren Kredite an Firmen- und institutionelle Kunden in Höhe von 192,7 Mrd € (minus 22,5 Mrd €) sowie an Privatkunden in Höhe von 10,2 Mrd € (minus 754 Mio €) ausgereicht. Die im Kreditvolumen enthaltenen Kredite an Kreditinstitute gingen um 6,3 Mrd € auf 55,2 Mrd € zurück.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditvolumens (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierkassageschäften)

in Mrd €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Forderungen an Kunden	211,1	238,2	-27,2	-11,4
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	184,8	211,6	-26,8	-12,7
mehr als 5 Jahren	26,3	26,6	-0,2	-0,9
Kredite an Kreditinstitute	55,2	61,5	-6,3	-10,3
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	34,0	38,6	-4,6	-11,9
mehr als 5 Jahren	21,2	22,9	-1,7	-7,5
Insgesamt	266,2	299,7	-33,5	-11,2

¹ Einschließlich täglich fälliger und mit unbestimmter Laufzeit.

Die sonstigen bilanzierten Forderungen an Kreditinstitute (ohne Kredite) außerhalb des Handels sanken um 28,9 Mrd € auf 76,4 Mrd € gegenüber dem Vorjahr.

Wertpapiere

Die unter Wertpapieren ausgewiesenen Bestände (ohne Handelsbestände) gingen gegenüber dem Vorjahr insgesamt zurück, davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere um 5,9 Mrd € auf 38,5 Mrd € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere um 108 Mio € auf 472 Mio €. Der Rückgang von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren resultierte hauptsächlich aus Fälligkeiten als auch Verkäufen von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die in der strategischen Liquiditätsreserve gehalten wurden.

Handelsaktiva

Die Bestände an Handelsaktiva beliefen sich auf 601,8 Mrd €. Die Position bestand primär aus den positiven Marktwerten von Derivaten, die sich um 131,2 Mrd € auf 330,6 Mrd € verminderten. Diese Entwicklung war im Wesentlichen bei zinsbezogenen Derivaten aufgrund von gestiegenen Zinssätzen sowie bei währungskursbezogenen Derivaten aufgrund von geringerer Volatilität und einem Rückgang der Kundennachfrage zu verzeichnen.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen ging um 488 Mio € auf 43,6 Mrd € zurück. Zugängen im Anteilsbestand in Höhe von 2,9 Mrd € standen Abgänge in Höhe von 3,4 Mrd € gegenüber. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus Kapitalreduzierungen in Höhe von 1,3 Mrd €, Währungsumrechnungseffekten in Höhe von 1,1 Mrd € und Nettoabschreibungen in Höhe von 677 Mio €. Dieser wurde zum Teil durch Kapitalerhöhungen in Höhe von 2,6 Mrd € kompensiert.

Einlagen und verbrieft Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich um 36,2 Mrd € auf 216,5 Mrd €. Diese Entwicklung ging primär auf einen Rückgang der täglich fälligen Verbindlichkeiten um 31,3 Mrd € sowie den Rückgang der Termineinlagen um 4,9 Mrd € zurück.

Die in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthaltenen Einlagen von unseren Konzernbanken verminderten sich auf 95,0 Mrd € (minus 2,0 Mrd €) gegenüber dem Vorjahr.

Die Einlagen von Kunden erhöhten sich um 36,9 Mrd € auf 306,8 Mrd €. Wesentliche Ursache hierfür war der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Firmen- und institutionellen Kunden um 29,0 Mrd € gefolgt vom Anstieg der Einlagen des öffentlichen Sektors (plus 4,4 Mrd €) und den Einlagen von Privatkunden (plus 2,8 Mrd €).

Verbrieft Verbindlichkeiten gingen um 5,8 Mrd € auf 100,6 Mrd € zurück. Begebene Schuldverschreibungen verminderten sich um 9,1 Mrd € während Geldmarktpapiere um 3,5 Mrd € anstiegen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten

in Mrd €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	216,5	252,8	-36,2	-14,3
täglich fällig	96,2	127,5	-31,3	-24,6
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	120,4	125,3	-4,9	-3,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	306,8	269,9	36,9	13,7
Spareinlagen	3,5	3,6	-0,1	-2,5
andere Verbindlichkeiten				
täglich fällig	201,0	178,8	22,1	12,4
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	102,3	87,5	14,8	16,9
Verbrieft Verbindlichkeiten	100,6	106,4	-5,8	-5,4
begebene Schuldverschreibungen	90,5	99,6	-9,1	-9,2
andere verbrieft Verbindlichkeiten	10,1	6,8	3,3	49,3
darunter: Geldmarktpapiere	9,3	5,8	3,5	60,5

Nachrangige Verbindlichkeiten beliefen sich auf 12,1 Mrd €, was einem Rückgang um 393 Mio € entspricht.

Handelsspassiva

Die Bestände an Handelsspassiva beliefen sich auf 519,9 Mrd €, ein Rückgang um 126,7 Mrd €. Wesentlicher Bestandteil waren negative Marktwerte der Derivate, die sich um 128,8 Mrd € auf 321,9 Mrd € gegenüber dem Vorjahr verminderten. Die Gründe hierfür entsprechen der Entwicklung der positiven Marktwerte.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 4,8 Mrd € gegenüber 5,1 Mrd € im Vorjahr. Der Rückgang ist auf Wechselkurseffekte zurückzuführen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital der Deutschen Bank AG (einschließlich des Bilanzgewinns von 399 Mio €) belief sich zum Bilanzstichtag auf 54,3 Mrd €, ein Anstieg von 8,3 Mrd €. Die wesentliche Ursache für diesen Anstieg war eine Kapitalerhöhung von 8,0 Mrd € durch die Ausgabe von 687,5 Mio neuen Stammaktien im April 2017 sowie der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres. Teilweise gegenläufig zu diesem Anstieg war die Dividendenzahlung in Höhe von 392 Mio €.

Bezüglich des bankaufsichtsrechtlichen Kapitals macht die Bank wie in den Vorjahren von § 2a KWG Gebrauch und ermittelt diese Kapitalbasis nur auf Konzernebene (siehe Seite 50).

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Für 2018 erwarten wir ein robustes Wachstum der Weltwirtschaft. Das globale Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich auf 3,9 % steigen und damit leicht über der Wachstumsrate von 2017 liegen, unterstützt von einigen Industrieländern, die nahe an der Vollbeschäftigung sind. Das verbesserte konjunkturelle Umfeld könnte zu höheren Preisen führen, insbesondere auf den Rohstoffmärkten. Die globale Inflationsrate dürfte 2018 bei 3,3 % liegen und damit um 0,4 % über der Inflationsrate 2017 liegen. Für die Industrieländer erwarten wir eine Beschleunigung des Wachstums auf 2,2 % und für 2018 einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,7 %. Das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern wird voraussichtlich leicht auf 4,9 % im Jahr 2018 steigen, während die Inflation in den Schwellenländern auf 4,3 % steigen wird, nach 3,8 % im Jahr 2017.

Im Euroraum rechnen wir mit einem gleichbleibenden BIP-Wachstum von 2,3 %. Für 2018 wird eine Inflationsrate von deutlich unter 2 % erwartet, da die Produktionslücke nur langsam schrumpft. Die deutschen Tarifverträge könnten die Preise unter Druck setzen. Die Inflation wird jedoch erst in einigen Jahren auf völlig normalem Niveau erwartet. Das EZB-Nettovermögenskaufprogramm sollte 2018 auslaufen, wir erwarten die erste Leitzinserhöhung der EZB bis Mitte 2019. Politische Risiken könnten sich aus den italienischen Parlamentswahlen im März ergeben, da die euroskeptischen Parteien sehr populär sind. Nach einem BIP-Wachstum von 2,2 % im Jahr 2017 erwarten wir für 2018 ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von 2,3 %, das fast ausschließlich von der Binnenkonjunktur getragen wird.

In den USA dürfte sich das Wirtschaftswachstum bis 2018 auf 2,9 % beschleunigen und damit über dem Potenzial liegen. Von der US-Steuerreform sowie der Haushaltsvereinbarung, welche fast 300 Mrd US-\$ in zusätzlichen diskretionären Ausgaben in 2018 und 2019 ermöglicht, erwarten wir leichte positive Impulse für Unternehmen und Haushalte. Steuerliche Anreize für die Rückführung können zu einer Belebung der Nachfrage, einem strafferen Arbeitsmarkt mit potenziell höheren Löhnen und einer verstärkten Investitionstätigkeit führen. Dies könnte sich positiv auf die Inflation auswirken, wird aber durch Zinserhöhungen der Federal Reserve im Jahr 2018 teilweise kompensiert. Dementsprechend erwarten wir, dass die Inflationsrate wie im Jahr 2017 leicht über 2 % liegen wird.

Die Wachstumsrate der japanischen Wirtschaft wird sich voraussichtlich auf 1,2 % verlangsamen. Wir gehen davon aus, dass sowohl der inländische als auch der externe Sektor zum BIP-Wachstum beitragen werden. Die Inflationsrate sollte mit 0,4 % im Wesentlichen unverändert bleiben. Die Bank of Japan ist mit der Steuerung der Zinsstrukturkurve beschäftigt und wir erwarten keine Zinsanpassungen im Jahr 2018. Für 2018 wird ein leichtes Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern auf 4,9 %, in Asien (ohne Japan) auf 6,0 % prognostiziert. Die Inflation in den Schwellenländern wird voraussichtlich auf 4,3 % steigen, nach 3,8 % im Jahr 2017. Im Jahr 2018 dürfte sich die chinesische Wirtschaft verlangsamen, allerdings nur moderat auf 6,3 %, die niedrigste Wachstumsrate seit 1990. Die Verlangsamung könnte politisch gewollt sein, um den Beginn eines Deleveraging-Prozesses zu markieren. Die Straffung der chinesischen Geld-, Fiskal- und Immobilienmarktpolitik wird sich voraussichtlich 2018 fortsetzen. Die Inflationsrate wird voraussichtlich auf 2,7 % steigen.

Die Unsicherheit in unserer globalen Prognose ist nach wie vor relativ hoch, da die Heatmap der globalen Risiken seit 2017 nahezu unverändert ist. Eine frühe Rezession in den USA aufgrund der Struktur der Zinsstrukturkurve, populistischer Bewegungen in Europa sowie geopolitischer Risiken im Mittleren Osten könnte unsere Prognosen erheblich beeinträchtigen. Außerdem könnten sich die Risiken des Ausstiegs des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Brexit) nicht so leicht oder schnell auflösen, wenn man bestenfalls kurzfristig eine Übergangsregelung vorsieht. Sollte eines dieser Risiken eintreten, erwarten wir jedoch geringere Auswirkungen auf die Konjunktur und die Finanzmärkte als in den Vorjahren, da die höhere konjunkturelle Dynamik dämpfend wirken dürfte. Die Inflationsrisiken, die über mehrere Jahre hinweg verstummt sind, sind wieder aufgetaucht und stellen ein erhebliches wirtschaftliches Risiko dar. Eine schneller als erwartet einsetzende Belebung könnte die Märkte überraschen und zu einer scharfen Anpassung der Zinserhöhungen der Zentralbank führen, die für Risikoaktiva störend sein könnte - ähnlich wie das durch die damalige Mitteilung der Federal Reserve ausgelöste Ereignis im Jahr 2013. In China könnte sich die Abkühlung des Wohnungsmarktes aufgrund eines Deleveraging-Prozesses auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Wir gehen davon aus, dass eine gewisse Lockerung der Politik Mitte 2018 das Wachstum stützen wird. Sollte die Inflation jedoch deutlich ansteigen, könnte sich die chinesische Wirtschaft verlangsamen und das globale Wachstum belasten.

Die Bankenbranche

Das Jahr 2018 dürfte für die Bankenbranche weltweit die Fortsetzung des synchronen Wirtschaftsaufschwungs und damit eines insgesamt günstigen Umfelds in sämtlichen Geschäftsbereichen mit sich bringen. Noch wichtiger ist, dass sich das Aktivitätsniveau an den Kapitalmärkten in jüngster Zeit verbessert hat und wichtige Kennzahlen wie die Volatilität von historisch niedrigen Niveaus aus angestiegen sind und sich voraussichtlich 2018 weiter normalisieren werden. Gleichzeitig ist der Zyklus der massiven regulatorischen Verschärfung im Nachgang der Finanzkrise mit dem Abschluss von Basel III und dem Inkrafttreten von MiFID II und PSD II in Europa weitgehend zu einem Ende gekommen und die Banken sollten 2018 von der neu gewonnenen Klarheit profitieren können. Die Stabilität des rechtlichen Rahmens wird ihnen größere Planbarkeit sowohl mit Blick auf den Kapitalbedarf als auch die Attraktivität verschiedener Geschäftszweige erlauben. Die größte Unsicherheit für die Branche wird sich voraussichtlich durch das Ende der Wertpapier-Ankaufprogramme wichtiger Notenbanken und die weitere Normalisierung des Zinsniveaus in den USA ergeben, die bedeutende Auswirkungen auf die Kapitalmärkte, aber auch den Kreditmarkt haben dürften. Zusätzlich wird der Einfluss von Technologie im Bankensektor in 2018 weiter anhalten und sowohl Herausforderungen als auch Möglichkeiten mit sich bringen.

In der Eurozone sind die Aussichten für höhere Kapitalmarktneinahmen und Kreditwachstum günstig, was weitgehend auf die anhaltend guten wirtschaftlichen Bedingungen und die höheren Volatilitäten an den Kapitalmärkten zurückzuführen sein dürfte. Mit weiterhin sehr lockeren Kreditstandards und extrem niedrigen Zinsen bietet das Kreditangebot sowohl Unternehmen als auch Privatpersonen beste Voraussetzungen, ihre Fremdkapitalaufnahme zu steigern. Bei Haushalten dürfte sich aufgrund der günstigen Arbeitsmarktperspektiven die Belebung der Kreditvergabe der letzten Jahre fortsetzen, bei Unternehmen können Banken mit einem Ende der lang anhaltenden Stagnation rechnen. Das größte Risiko besteht in einem unkontrollierten Ausscheiden Großbritanniens aus der EU bzw. einem Brexit ohne Vereinbarung über einen fortgesetzten weitreichenden Zugang Großbritanniens zum europäischen Binnenmarkt. Dennoch ist aufgrund des günstigen makroökonomischen Umfelds ein Anstieg der Erträge und Gewinne nach Steuern der Banken in diesem Jahr wahrscheinlich.

Für die deutschen Banken zeichnet sich eine anhaltend hohe Dynamik im Kredit- und Einlagengeschäft sowohl mit Privatpersonen als auch mit Unternehmen ab, ebenso wie eine unverändert sehr niedrige Risikovorsorge und ein spürbarer Druck auf die Zinsmarge, dessen Auswirkungen auf die Erträge durch das Volumenwachstum teilweise ausgeglichen werden.

In den USA ist von einem relativ unveränderten, günstigen Geschäftsumfeld für die Banken auszugehen. Zum einen ist mit einer gewissen weiteren Deregulierung zu rechnen, vor allem jedoch sollte die robuste Konjunktur die Grundlage für eine solide Entwicklung im klassischen Bankgeschäft bieten und auch die Vermögensverwaltung und das Investmentbanking unterstützen. Außerdem dürfte die Zinsmarge von weiteren Leitzinsanhebungen der Fed profitieren und damit ihren Aufwärtstrend fortsetzen, aber auch die Risikovorsorge auf sehr niedrigem Niveau moderat zunehmen.

In Japan könnten sich 2018 mit der zu erwartenden Wachstumsverlangsamung und der Rückführung der außerordentlichen geldpolitischen Maßnahmen die Kreditvergabe und das Einlagengeschäft abkühlen. In China dürften die Risiken einer Schuldenblase im Privatsektor angesichts eines anhaltend hohen Kreditwachstums noch weiter ansteigen, allerdings sollte auch die Fähigkeit und Bereitschaft der Regierung, größere Verwerfungen abzufedern, ungebrochen hoch bleiben.

Ende 2017 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht die neuen ("Basel III framework agreement") Standardansätze zur Berechnung von risikogewichteten Aktiva (Risk Weighted Assets, RWA) finalisiert. Damit ist eine der wesentlichen Überarbeitungen regulatorischer Vorgaben nach der Finanzkrise abgeschlossen. Im Jahr 2018 wird der Fokus in der EU auf dem Beginn eines mehrjährigen Gesetzgebungsprozesses zur Implementierung des Rahmenwerks liegen. Da sich die Aufsichtsbehörden nun weniger auf die Festlegung neuer Vorschriften und mehr auf das Funktionieren des regulatorischen Rahmenwerks konzentrieren, bleibt das Risiko einer uneinheitlichen Umsetzung und unterschiedlicher Auswirkungen in den verschiedenen Regionen.

In Europa sollten sich die Folgen des Brexit im Jahresverlauf 2018 deutlicher abzeichnen. Regierungsvertreter auf beiden Seiten des Ärmelkanals streben bis Ende des ersten Quartals 2018 eine Vereinbarung für eine Übergangsfrist an, und bis Oktober soll der Entwurf eines Austrittsabkommens zur Ratifizierung vorliegen. Die durch die Beseitigung von Unsicherheiten geschaffene größere Klarheit über die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der anderen EU-Mitglieder sollte sich positiv auf die in der Region agierenden Banken auswirken. Gleichzeitig sollte die amtierende EU-Kommission Fortschritte bei der politischen Einigung zu wichtigen ausstehenden Vorschriften erzielen. Dazu gehören eine Überarbeitung der Eigenmittelverordnung (CRR) sowie eine Überprüfung der europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) und der EMIR-Verordnung, die europäischen Banken mittelfristig mehr Transparenz zu den aufsichtsrechtlichen Anforderungen bringen sollten.

Die Deutsche Bank

Die Deutsche Bank AG als Muttergesellschaft des Konzerns bestimmt die Steuerung und strategische Ausrichtung der Konzernbereiche. Sie partizipiert direkt über eigene Geschäftsaktivitäten und über Ausschüttungen und Ergebnisabführungen von Tochtergesellschaften an den Ergebnissen der Konzernbereiche. Daher basiert der nachfolgende Ausblick auf der Planung der Konzernbereiche und beschränkt sich nicht auf die Muttergesellschaft. Ebenso sind die finanziellen Leistungsindikatoren ausschließlich auf Konzernebene definiert.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im März 2017 haben wir eine aktualisierte Strategie veröffentlicht, die Änderungen in der Geschäftsstrategie der Bank, eine Kapitalerhöhung und die Aktualisierung unserer Finanzziele beinhaltet. Für unsere angepassten Kosten hatten wir uns Ziele für 2018 und 2021 gesetzt; zu diesen geben wir eine Aktualisierung im Abschnitt zu den Kosten. Unsere verbleibenden Leistungsindikatoren wollen wir langfristig erreichen, im Einklang mit einer einfacheren und sichereren Bank. In 2018 werden wir weiter an der Umsetzung unserer Strategie arbeiten und streben eine Verbesserung der Profitabilität und der Margen an. Schlüsselement unserer Strategie wird weiterhin das Kostenmanagement sein, und wir werden unsere Anstrengungen dazu im Jahr 2018 intensivieren.

Unsere bedeutsamsten Finanzkennzahlen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Finanzkennzahlen

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2017	Ziel Konzernfinanzkennzahl
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ¹	14,0 %	größer als 13,0 %
Verschuldungsquote gemäß der CRR/CRD 4 (Übergangsregelungen) ²	4,1 %	4,5 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital ³	-1,4 %	circa 10,0 %
Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen ⁴	23,9 Mrd €	2018: circa 22 Mrd € 2021: circa 21 Mrd €

¹ Die Harte Kernkapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

² Weitere Informationen zur Berechnung der Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 (Übergangsregelungen) sind im Risikobericht zu finden.

³ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Die Berechnung basiert auf einer effektiven Steuerquote von 160 % zum 31. Dezember 2017. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

⁴ Die bereinigten Kosten entsprechen den zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Wertberichtigungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Restrukturierungsaufwendungen und Abfindungszahlungen. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Zwischenberichts enthalten.

Im Jahr 2018 erwarten wir leichte Erhöhungen der risikogewichteten Aktiva (RWA), hauptsächlich getrieben durch operationelle Risiken, Methodenänderungen, regulatorische Inflation und Wachstum in ausgewählten Geschäftsfeldern. Zum Jahresende 2018 erwarten wir, dass unsere Harte Kernkapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) über 13 % liegen und unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote gemäß Übergangsregelungen über 4 % bleiben wird.

Für 2018 erwarten wir höhere Erträge im Vergleich zum Jahr 2017. Der Ausblick spiegelt unsere Erwartung eines starken gesamtwirtschaftlichen Umfelds wider. Wir erwarten, dass sich die Weltwirtschaft gut entwickeln wird. In den USA und im Euro-Raum rechnen wir mit einem überproportionalen Wachstum. Die Aussichten auf eine Normalisierung des Zinsniveaus haben die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Erträge geschaffen. Wir gehen davon aus, dass es weitere Zinserhöhungen in den USA geben und das Net Asset Purchase Program der EZB 2018 auslaufen wird. Die Marktvolatilität dürfte zunehmen, so dass die Handelsaktivitäten an den Finanzmärkten wieder auf ein normales Niveau zurückkehren sollten.

Wir sind entschlossen, unsere angestrebte Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von 10 % zu erreichen, unter der Annahme eines normalisierten Umsatzumfeldes und auf der Grundlage der Erreichung unserer Kostenziele. Die derzeit laufenden und für die Umsetzung im Jahr 2018 und in den folgenden Jahren geplanten Maßnahmen sind Schlüsselfaktoren für die Erreichung dieses Ziels. Angesichts der potentiellen Belastungen, vor allem aus Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungskosten, erwarten wir im Jahr 2018 derzeit nur eine moderate Verbesserung unserer Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital. Damit tragen wir unserer Erwartung Rechnung, dass die Kreditkosten und die Prozesskosten im Jahr 2018 voraussichtlich steigen werden und die Restrukturierungskosten auf einem ähnlichen Niveau wie 2017 verharren werden.

Im März 2017 haben wir ein Ziel von 22 Mrd € für unsere angepassten Kosten für das Jahr 2018 angekündigt. Dieses beinhaltet ca. 900 Mio € geplante Kosteneinsparungen durch Unternehmensverkäufe. Während wir bei den geplanten Veräußerungen Fortschritte erzielt haben, sind einige davon verzögert oder teilweise ausgesetzt worden. Als Ergebnis gehen wir im Moment nicht davon aus, dass wir die geplanten Kosteneinsparungen von 900 Mio € in 2018 realisieren können. Des Weiteren rechnen wir in 2018 mit höheren Kosten durch den Brexit und der Einführung von MiFID II. Auch haben sich einige der Kostensynergien, die wir im Jahr 2018 aus der Verschmelzung der Postbank auf unsere deutsche Bank erwartet haben, verzögert, wobei wir davon ausgehen, dass diese Verschmelzung im zweiten Quartal 2018 abgeschlossen sein wird. Diese Einsparungen werden nun voraussichtlich im Jahr 2019 realisiert. Dennoch haben wir zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um diese Auswirkungen auszugleichen und auch von den aktuellen Wechselkursen zu profitieren im Vergleich zu unseren früheren Annahmen. Wir gehen deshalb aktuell für das Jahr 2018 von bereinigten Kosten von rund 23 Mrd € aus. Dieses beinhaltet die ursprünglich geplanten 22 Mrd € zuzüglich der Kosteneffekte aus den verzögerten und ausgesetzten Geschäftsverkäufen. In den Jahren bis 2021 gehen wir von einer weiteren Verringerung der bereinigten Kosten aus. Dies hängt jedoch zum Teil davon ab, ob wir unsere vorgenannten Unternehmensverkäufe erfolgreich und innerhalb der geplanten Fristen durchführen können.

Wir streben eine marktgerechte Ausschüttungsquote für das Geschäftsjahr 2018 und danach an, sofern wir im Jahresabschluss der Deutschen Bank AG nach HGB ausreichende ausschüttungsfähige Gewinne ausweisen.

Bedingt durch die Art unserer Geschäftstätigkeit sind wir an Rechts- und Schiedsverfahren sowie aufsichtsrechtlichen Verfahren und Untersuchungen in Deutschland und zahlreichen Jurisdiktionen außerhalb Deutschlands, insbesondere in den USA, beteiligt, deren Ausgang unsicher ist. Obwohl wir bereits zahlreiche signifikante Rechtsstreitigkeiten beigelegt und Fortschritte bei laufenden Verfahren erzielt haben, dürfte das Umfeld für Rechtsstreitigkeiten und Rechtsdurchsetzungen auch künftig herausfordernd bleiben. Die Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten im Jahr 2017 lagen auf relativ niedrigem Niveau, was vor allem auf unsere erfolgreichen Bemühungen zurückzuführen ist, eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten zu günstigen Konditionen zu lösen. Für 2018 und mit der Einschränkung, dass Prognosen für Aufwendungen von Rechtsstreitigkeiten von Natur aus schwierig sind, gehen wir davon aus, dass die Kosten für Rechtsstreitigkeiten deutlich über dem Niveau von 2017 liegen werden, aber immer noch deutlich unter den in den letzten Jahren beobachteten erhöhten Werten.

Unsere Geschäftsbereiche

Unternehmens- und Investmentbank (CIB)

Die Unternehmens- und Investmentbank strebt die nahtlose und effiziente Betreuung ihrer Klienten in Bezug auf ihr Angebot an Investmentbank- und Transaktion Bank-Produkten sowie die Generierung attraktiver Renditen für unsere Aktionäre an. Das Geschäftsumfeld war im Gesamtjahr 2017 sehr herausfordernd und die Volatilität durchgängig auf einem niedrigen Niveau, sodass die Kundenaktivität stagnierte. Für das Gesamtjahr 2018 erwarten wir, dass sich die Erträge der Unternehmens- und Investmentbank im Vergleich zum Vorjahr erhöhen werden. Wir erwarten einen Anstieg der Volatilität im Jahr 2018, was in höherer Kundenaktivität und einer damit verbundenen Steigerung der Erträge in den Bereichen Sales & Trading resultieren sollte. CIB konzentriert sich zudem darauf, die Kundenorientierung weiter zu stärken, und stellt hierfür das Kundenbetreuungsmodell effektiver auf. Zudem hat der Unternehmensbereich selektive Neueinstellungen in Bereichen vorgenommen, in denen er strategische Chancen sieht. Wir richten unser Augenmerk weiterhin auf den Zugewinn von Marktanteilen in bestimmten Produktsegmenten und Regionen.

Aufgrund einer Erhöhung der Erträge in den Bereichen Foreign Exchange, Emerging Markets und Rates dürften die Erträge von Sales & Trading (Fixed Income & Currencies – FIC) im Gesamtjahr 2018 über dem Vorjahresniveau liegen. Im Februar 2018 stieg die Volatilität aufgrund der Besorgnis der Märkte hinsichtlich eines möglichen Anstiegs der Inflation und des Zinsniveaus in den USA deutlich an. In der Vergangenheit resultierten solch deutliche Anstiege immer in einer längeren Periode erhöhter Volatilität. Diese wird im Jahr 2018 voraussichtlich die Kundenaktivität ansteigen lassen, während sich die potenzielle Divergenz im globalen Zinsumfeld (mit weiteren erwarteten Erhöhungen in den USA) positiv auf die Erträge im Rates-Geschäft auswirken dürfte. Wir gehen davon aus, dass die Erträge von Sales & Trading (Equity) im Gesamtjahr 2018 infolge eines guten Ergebnisses in den Bereichen Equity Derivatives und Prime Finance über dem Vorjahresniveau liegen werden. Die Kundenbestände in Prime Finance liegen erneut auf dem Niveau, das zuletzt vor September 2016 erreicht worden war, und dürften dem Ertragswachstum 2018 einen Schub geben. Weitere Impulse für eine Steigerung der Erträge ist aus der Einstellung neuer Mitarbeiter in unserem Bereich Equities, die in der zweiten Jahreshälfte 2017 erfolgt war, zu erwarten. Herausforderungen wie höhere Refinanzierungsaufwendungen, regulatorische Maßnahmen, anhaltender Druck auf Ressourcen und die möglichen Auswirkungen geopolitischer Ereignisse werden vermutlich bestehen bleiben.

Ab 2018 planen wir, die Erträge aus Asset Based Finanzierungen und Gewerbeimmobilien, die zuvor in der Rubrik Finanzierungen unter FIC Sales & Trading ausgewiesen wurden, auszuweisen. Die Erträge aus sonstigen Finanzierungsaktivitäten, insbesondere die Erträge aus Investment-Grade-Krediten, werden unter Sonstige Produkte ausgewiesen. Die Erträge aus dem Finanzierungsgeschäft dürften im Vorjahresvergleich wegen geringerer Erträge aus den mit Investment Grade bewerteten Kreditengagements etwas niedriger ausfallen, während bei den Erträgen aus gewerblichen Immobilien und in Asset Based Lending ein Seitwärtstrend erwartet wird. Wir gehen davon aus, dass unsere Finanzierungsportfolien weiterhin stabile Zinserträge in 2018 liefern werden, allerdings gehen wir davon aus, dass unsere Refinanzierungsaufwendungen auch weiterhin erhöht sein.

Wir erwarten für 2018 im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung der Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft. Die Höhe des Provisionsaufkommens dürfte sich dabei positiv auswirken, wenngleich sie nicht über den Spitzenwerten von 2017 liegen wird. Wir rechnen damit, Marktanteile zu gewinnen. Dazu wollen wir den Aufschwung im Aktienemissionsgeschäft infolge der Neuausrichtung unserer Kundenbetreuung sowie die Steigerung der Erträge im Beratungsgeschäft nutzen, die wir nach der im vierten Quartal 2017 angekündigten großen Zahl an Mandaten erwarten. Ferner möchten wir auf der verbesserten Betreuung insbesondere grenzüberschreitender M&A-Transaktionen aufbauen.

Bei den Erträgen in GTB gehen wir für 2018 von einem leichten Wachstum gegenüber dem Gesamtjahr 2017 aus. Höhere Erträge in den Bereichen Trade Finance und Securities Services, sowie leichte angestiegene Erträge in Cash Management dürften aufgrund günstiger makroökonomischer Rahmenbedingungen sowie eines Zinsanstieg zustande kommen. Der Druck auf die Margen dürfte sich hingegen fortsetzen.

Wir konzentrieren uns weiterhin darauf, die Kosten in der gesamten Unternehmens- und Investmentbank zu reduzieren, die Plattformeffizienz zu steigern und gleichzeitig die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zu verbessern, Kontrollen zu optimieren und Verhaltensweisen zu ändern. Wir erwarten dass unsere Kosten in 2018 auf dem Niveau des Vorjahres liegen werden. Bei den Rechtsstreitigkeiten ist weiterhin ungewiss, wann sie beendet und welche Kosten sie verursachen werden. Die risikogewichteten Aktiva von CIB dürften nach heutigen Erwartungen 2018 unverändert bleiben, da eine Verringerung des Betriebsvermögens (einschließlich der Altbestände) durch Methodenänderungen und höhere risikogewichtete Aktiva aus operationellen Risiken teilweise aufgezehrt werden wird. Wir werden unseren Fokus auf die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften, die Verbesserung des Know-your-client (KYC)- und Kundenannahmeprozesses sowie auf Systemstabilität, Kontrollen und Verhaltensweisen beibehalten.

Zu den Risiken des Ausblicks zählen die Umsetzung der MiFID II im Jahr 2018 und die potenziellen Folgen des Brexits, zukünftigen Auswirkungen aus der Finalisierung des Basel III Rahmenwerks und der Steuerreform in den USA für unser Geschäftsmodell. Die Unsicherheit rund um die Geldpolitik der Zentralbanken und laufende regulatorische Entwicklungen stellen ebenfalls ein Risiko dar. Die Finanzmärkte könnten sich zudem mit Herausforderungen wie potenziellen geopolitischen Ereignissen und einer geringeren Kundenaktivität konfrontiert sehen. Trotz des anhaltenden unsicheren Ausblicks werden wir uns mit der kontinuierlichen Umsetzung der vorgestellten strategischen Prioritäten so gut positionieren, dass wir künftige Chancen nutzen können.

Private & Commercial Bank (PCB)

Ziel von PCB ist es, seinen Privat-, Firmen- und Wealth-Management-Kunden eine umfassende Produktpalette anzubieten, die von Standard-Bankdienstleistungen bis hin zu individueller Anlage- und Finanzierungsberatung reicht, und attraktive Renditen für unsere Aktionäre zu erzielen. Unterstützt wird das Produktangebot durch unser globales Netzwerk, unsere starke Kapitalmarkt- und Finanzierungskompetenz sowie durch innovative digitale Dienstleistungen. In Deutschland liegt unser Fokus in 2018 auf der Integration des PCC-Geschäfts und der Postbank. Damit schaffen wir in unserem Heimatmarkt die größte Privat- und Geschäftskundenbank mit über 20 Millionen Kunden. Im Dezember 2017 schloss PCC International eine Verkaufsvereinbarung über einen Großteil des Privatkundengeschäfts in Polen ab und im Jahr 2018 liegt ein Schwerpunkt auf dem Abschluss dieser Transaktion. Darüber hinaus werden wir unsere Geschäftsaktivitäten in den anderen internationalen Standorten weiter optimieren. Im Wealth Management wird unser Fokus auf der weiteren Transformation und dem geschäftlichen Wachstum liegen. Dazu gehört neben der Umsetzung der angekündigten Integration von Sal. Oppenheims Privatkundengeschäft in unser Deutschlandgeschäft auch der weitere Ausbau unseres Geschäfts in wichtigen Wachstumsmärkten wie Asien, Amerika und EMEA. Darüber hinaus werden wir in allen Geschäftsbereichen weiterhin in digitale Angebote investieren.

Unsere Erträge profitierten in 2017 von materiellen Sondereffekten, die sich in 2018 voraussichtlich nicht in der gleichen Größenordnung wiederholen werden. Dieser Effekt sollte durch einen höheren Provisionsüberschuss weitgehend ausgeglichen werden, so dass wir für die gesamten berichteten Erträge in 2018 ein vergleichbares Niveau wie in 2017 erwarten. Die Margen im Einlagengeschäft werden weiterhin durch das niedrige Zinsumfeld negativ beeinflusst. Wir gehen jedoch davon aus, dass wir dies durch höhere Krediterträge kompensieren können, so dass auch der Zinsüberschuss im Vergleich zu 2017 im Wesentlichen unverändert bleiben sollte.

Wir erwarten, dass die verwalteten Vermögen im Jahr 2018 leicht ansteigen werden, was vor allem auf unsere Wachstumsstrategie in wichtigen Wealth Management-Regionen zurückzuführen ist. Wir gehen zudem davon aus, dass unsere risikogewichteten Aktiva wegen der Wachstumsstrategie im Kreditgeschäft leicht über dem Niveau zum Jahresende 2017 liegen werden.

Im Jahr 2018 wird die Risikovorsorge voraussichtlich erheblich höher ausfallen als im Jahr 2017, welche von Sonderfaktoren inklusive einer materiellen Auflösung in der Postbank profitierte. Darüber hinaus ist im Einklang mit unserer Wachstumsstrategie im Kreditgeschäft mit einem Anstieg der Risikovorsorge zu rechnen und die Einführung von IFRS 9 dürfte die Volatilität in der Risikovorsorge im Vergleich zu den Vorjahren erhöhen.

Wir gehen davon aus, dass die zinsunabhängigen Aufwendungen im Jahr 2018 leicht unter denen des Jahres 2017 liegen werden. Das Vorjahr enthielt materielle Restrukturierungsaufwendungen für die Integration der Postbank. Die bereinigte Kostenbasis sollte 2018 im Wesentlichen unverändert bleiben. Weitere Einsparungen aus eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen werden voraussichtlich durch höhere Investitionskosten, insbesondere für die Integration der Postbank, aber auch für weitere Investitionen in die Digitalisierung, die fortschreitende Transformation von PCC International und Wealth Management sowie inflationäre Effekte kompensiert.

Zu den Unsicherheiten, die unsere Ertragslage im Jahr 2018 beeinflussen könnten, gehören ein langsames Wirtschaftswachstum in unseren wichtigsten operativen Ländern, ein weiterer Rückgang der globalen Zinssätze und eine unerwartet hohe Volatilität an den Aktien- und Kreditmärkten, die sich negativ auf die Anlagetätigkeit unserer Kunden auswirken könnte. Die Umsetzung erweiterter regulatorischer Anforderungen wie MiFID II und PSD II sowie mögliche Verzögerungen bei der Umsetzung unserer strategischen Projekte könnten sich negativ auf unsere Ertrags- und Kostenbasis auswirken.

Deutsche Asset Management

Die Deutsche Asset Management (Deutsche AM) bleibt ein Kerngeschäft für die Deutsche Bank. Seit der Ankündigung im März 2017, dass wir einen Teilbörsengang der Deutsche Asset Management beabsichtigen, haben wir beachtliche Fortschritte hin zu unserem Ziel gemacht. Grund für den Teilbörsengang ist es, das Geschäftspotenzial durch die Förderung einer größeren Autonomie, zu heben. Als eigenständiger Vermögensverwalter werden wir die Marke DWS für unser globales Geschäft einführen und unser externes Profil schärfen. Die Integration unserer Infrastrukturpartner wird es uns ermöglichen, weitere operative Effizienzsteigerungen auf der gesamten Plattform zu erreichen, einschließlich Prozessverbesserungen, um Kosten zu senken und das Kundenerlebnis zu verbessern.

Wir sind überzeugt, dass die Deutsche AM gut aufgestellt ist, um die Herausforderungen der Branche anzugehen und Chancen zu ergreifen, indem der Bereich die diversen Investmentangebote des Geschäfts durch eine aktive Überwachung von Branchentrends und die Umsetzung unserer strategischen Ziele nutzt. Für 2018 erwarten wir aufgrund des synchron verlaufenden Aufschwungs der Weltwirtschaft eine weitestgehend positive Entwicklung an den Aktienmärkten, und eine stabile Entwicklung der Kreditmärkte. Risiken können allerdings aufgrund zunehmender Bewertungsrisiken, einer moderaten Verringerung der geldpolitischen Stimulierungsmaßnahmen und anhaltenden politischen Unsicherheiten, steigen. Das Wachstum in den Industrieländern wird vermutlich auf einem soliden Niveau bleiben, während sich die steile Aufwärtstendenz der Schwellenmärkte ungebrochen fortsetzen dürfte. Diese Entwicklungen werden sich voraussichtlich auf die Risikoneigung von Investoren sowie möglicherweise auch auf Managementgebühren und Mittelzuflüsse auswirken. Die Deutsche AM ist bestrebt, durch Antizipieren und Aufgreifen der Bedürfnisse von Anlegern der bevorzugte Investment-Partner für unseren weltweiten Kundenstamm zu sein.

Mittelfristig ist zu erwarten, dass das verwaltete Vermögen der Branche deutlich zunehmen wird, getrieben von dem starken Nettomittelaufkommen in passiven Strategien, alternativen Anlagen und Multi-Asset-Lösungen, da Kunden zunehmend ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis, Transparenz und ergebnisorientierte Produkte verlangen. Wir sind optimistisch, dass diese Wachstumstrends der Branche unsere Kompetenzen im Bereich passiver Produkte, alternativer Anlagen, aktiver Produkte der nächsten Generation und Multi-Asset-Lösungen begünstigen werden und wir unsere diesbezüglichen Marktanteile ausbauen können. Unsere digitalen Angebote werden uns neue Vertriebskanäle eröffnen. Wir erwarten jedoch, dass die Erträge durch Provisionsdruck, steigenden Regulierungsaufwand und starken Wettbewerb weiter belastet werden. In Anbetracht dieser Herausforderungen werden wir unsere Wachstumsinitiativen auf Produkte und Dienstleistungen ausrichten, bei denen wir uns von anderen Instituten abheben können, während wir zugleich die strenge Kontrolle unserer Kostenbasis beibehalten.

Wir planen, im Jahr 2018 ausgewählte Investitionen in Kundenbetreuung sowie Produkt- und digitale Kapazitäten vorzunehmen. Damit einher gehen die erwarteten Effizienzsteigerungen aus einer Überprüfung der Betriebsplattform, insbesondere in der Organisation der unterstützenden Funktionen, um den Geschäftsbetrieb zu vereinfachen und somit den Kundenservice, die Geschäftskontrollen und die Effizienz zu verbessern.

Für das Jahr 2018 gehen wir von im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunkenen Erträgen aus. Ursächlich dafür sind größtenteils deutlich niedrigere erfolgsabhängige und transaktionsbezogene Erträge, wesentlich geringere sonstige Erträge durch den Wegfall der Versicherungsentschädigung und die Effekte aus Veräußerungsaktivitäten, die 2017 stattfanden. Für 2018 erwarten wir leicht ein leicht erhöhtes verwaltetes Vermögen bedingt durch Nettomittelzuflüsse und gute Markterwartungen. Für das Jahr 2018 erwarten wir, dass die Nettomittelzuflüsse, insbesondere bei Produkten für den Geldmarkt- und Versicherungsbereich, volatil bleiben werden. Darüber hinaus rechnen wir mit Nettomittelabflüssen, die durch die kürzlich eingeleitete US-Steuerreform bedingt sind. Bei den Managementgebühren sind für 2018 keine Änderungen zu erwarten, da die Nettomittelzuflüsse und die stärkere Performance teilweise durch die Verringerung der Margen aufgezehrt werden. Die Deutsche AM beabsichtigt eine strenge Kontrolle ihrer Kostenbasis und will mit effizienzsteigernden Maßnahmen Wachstumsinitiativen auffangen. Die Verkäufe von nicht-strategischen Geschäftsbereichen und der signifikante Anstieg der Kosten für die Separierung in 2017 werden zu leicht niedrigeren bereinigten Kosten in 2018 führen.

Risiken für unseren Ausblick sehen wir in der Geschwindigkeit des Wachstums neuer Kundengelder, dem Einfluss des globalen Wirtschaftswachstums, den Entwicklungen des politischen Umfelds, einschließlich der Brexit-Verhandlungen, und den anhaltenden weltweiten politischen Unsicherheiten. Darüber hinaus könnten unvorhergesehene regulatorische Kosten und mögliche Verzögerungen bei der Umsetzung unserer Effizienzmassnahmen aufgrund von rechtlichen Restriktionen unsere Kostenbasis negativ beeinflussen.

Risiken und Chancen

Die Risiken und Chancen, deren Eintreten wir für wahrscheinlich halten, sind in unserem Ausblick berücksichtigt. Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf solche zukünftigen Trends und Ereignisse, die gegenüber dem im Ausblick reflektierten Erwartungen Verschlechterungen oder Verbesserungen darstellen könnten.

Das Erreichen unserer angestrebten Ziele wird durch verschiedene externe und interne Faktoren beeinflusst. Insbesondere die fristgerechte und vollständige Umsetzung unserer Strategie könnte durch die reduzierte Ertragskraft einiger unserer Kerngeschäftsfelder beeinträchtigt werden. Dazu tragen auch das gegenwärtig schwierige makroökonomische und Marktumfeld, die anhaltenden Herausforderungen aufsichtsrechtlicher Reformen und/oder die Auswirkungen der juristischen und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen auf uns bei.

Risiken

Makroökonomische und Marktbedingungen

Sollten sich die Wachstumsaussichten, das Zinsumfeld und die Wettbewerbssituation in der Finanzdienstleistungsbranche schlechter entwickeln als in unserem Ausblick angenommen, könnte dies die Pläne für unsere Geschäftsaktivitäten und unser Geschäftsergebnis sowie unsere strategischen Pläne nachteilig beeinflussen.

Ein andauernd erhöhter Grad politischer Ungewissheit könnte sowohl nicht vorhersehbare Konsequenzen für das Finanzsystem und die Gesamtwirtschaft haben als auch dazu beitragen, bestimmte Aspekte der europäischen Integration rückgängig zu machen, was zu einer Verringerung der Geschäftsaktivitäten, Abschreibungen von Vermögenswerten und Verlusten in unseren Geschäftsfeldern führen könnte. Unsere Fähigkeit, uns gegen diese Risiken zu schützen, ist begrenzt.

Es ist schwer zu prognostizieren, welche makroökonomischen Auswirkungen die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union auszuschneiden, insgesamt haben wird, da diese von der politischen Antwort Europas auf den Brexit abhängen werden. Generell erwarten wir eine längere Periode der Unsicherheit in Bezug auf den zukünftigen Status des Vereinigten Königreichs mit der Europäischen Union. Infolgedessen sind schwächere Investitionen und damit verbunden langsames Wirtschaftswachstum für die Zeit der Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich zu erwarten. Demzufolge werden wir die Entwicklungen und ihre potenziellen Auswirkungen auf unser Geschäfts- und Betriebsmodell eingehend beobachten. Dies könnte möglicherweise dazu führen, dass Vermögenswerte abgeschrieben werden müssen.

Wir könnten auch gezwungen sein, unsere Forderungen gegenüber europäischen oder anderen Ländern in größerem Umfang als erwartet abzuschreiben, falls sich die Staatsschuldenkrise wieder verstärken sollte. Die Credit Default Swaps, die wir abgeschlossen haben, um uns gegen diese Länderrisiken abzusichern, könnten nicht ausreichen, um die Verluste zu kompensieren.

Ungünstige Marktbedingungen, unvorteilhafte Preise und Preisschwankungen sowie zurückhaltendes Investoren- und Kundenverhalten könnten in der Zukunft unsere Erträge und unser Ergebnis maßgeblich und in negativer Weise beeinflussen.

Unsere Fähigkeit, unsere Ziele für die bereinigten Kosten zu erreichen, hängt zum Teil davon ab, ob wir in der Lage sind, die geplanten Geschäftsveräußerungen erfolgreich und innerhalb der geplanten Zeiträume umzusetzen. Diese geplanten Veräußerungen könnten jedoch aufgrund von Veränderungen im Markt, Verhandlungen mit interessierten Parteien und Diskussionen mit lokalen Regulatoren verspätet durchgeführt werden, in Bezug auf ihren Umfang angepasst werden oder ihre Umsetzung nicht länger durchführbar sein.

Sollten die direkten Aufwendungen und die Auswirkungen auf unser Geschäft wie oben und im Ausblick beschrieben signifikant größer sein, als wir gegenwärtig erwarten, könnte sich dies auf die Ermittlung unserer „ausschüttbaren Posten“ auswirken und damit unsere Fähigkeit beeinträchtigen, AT1- Kapitalinstrumente ganz oder teilweise zu bedienen. Falls das Ergebnis der Deutschen Bank im Jahresabschluss nach HGB nicht in ausreichendem Maße ausschüttbare Posten („available distributable items“, ADI) generiert, könnte dies die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, AT1- Kupons zu bedienen. Dies könnte zu höheren Refinanzierungskosten führen und die Wahrnehmung der Deutschen Bank am Markt weiter beeinträchtigen, woraus sich potentiell negative Effekte auf unser Geschäftsergebnis und unsere Finanzlage ergeben könnten. Dies könnte auch dazu führen, dass sich der Druck auf unser Kapital, unsere Liquidität und andere regulatorischen Kennzahlen weiter erhöht. Sollten wir außerdem im Jahresabschluss der Deutsche Bank AG nach HGB keine ausreichenden ausschüttungsfähigen Gewinne ausweisen, könnte dies die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, Dividende auszuschütten.

Eine Verschlechterung unserer Bonitätseinstufung könnte sich auf unsere Finanzierungskosten und Geschäftsaktivitäten auswirken, wobei wir nicht prognostizieren können, ob und in welchem Umfang diese Auswirkung eintreten würde.

Aufsichtsrechtliche Reformen und Prüfungen

Die als Antwort auf die Schwächen in der Finanzbranche erlassenen oder vorgeschlagenen Reformen sowie die vermehrte aufsichtsrechtliche Überprüfung und größere Ermessensspielräume werden für uns mit materiellen Kosten verbunden sein. Dies könnte erhebliche Unsicherheit für uns bedeuten sowie nachteilige Folgen für unsere Geschäftspläne wie auch für die Durchführung unserer strategischen Pläne haben. Die Änderungen, die von uns verlangen, eine höhere Kapitalunterlegung aufrechtzuerhalten, könnten nicht nur unser Geschäftsmodell, unsere Finanzlage und unser Geschäftsergebnis, sondern auch das Wettbewerbsumfeld im Allgemeinen maßgeblich beeinflussen. Andere regulatorische Reformen, wie etwa die Bankenabgabe, könnten auch unsere geschätzten betrieblichen Aufwendungen beachtlich erhöhen. Die sich auf Abwicklungsfähigkeit und Abwicklungsmaßnahmen beziehenden Reformen könnten sich auch auf unsere Anteilseigner und Gläubiger auswirken.

Aufsichtsbehörden können, zum Beispiel im Rahmen des jährlichen aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP), das Vorhalten zusätzlichen Kapitals verlangen, um aus unzureichenden Kontrollen resultierende Risiken abzudecken. In extremen Fällen könnte dies sogar dazu führen, dass wir unsere Erlaubnis zum Betreiben von Geschäften in bestimmten Ländern verlieren. Außerdem könnte die Implementierung verbesserter Kontrollen höhere regulatorische Kosten zur Folge haben, die Effizienzgewinne kompensieren oder übersteigen könnten. Es könnte sein, dass Aufsichtsbehörden nicht mit unserer Interpretation bestimmter regulatorischer Anforderungen einverstanden sind, wenn solche Auslegungsfragen im Rahmen unseres kontinuierlichen Dialogs mit den Aufsichtsbehörden oder als Teil regulatorischer Prüfungen besprochen werden. Änderungen in der Auslegung von Regeln können eine materielle Auswirkung auf die Behandlung von Positionen für die regulatorischen Säule 1 Anforderungen haben. In ähnlicher Weise können auch sich entwickelnde Interpretationen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) zur Kapitaladäquanzverordnung unser regulatorisches Kapital, unsere Verschuldungsquote und unsere Liquiditätskennzahlen negativ beeinflussen. Beispielsweise hat die EBA am 6. Oktober 2017 neue Leitlinien zur Behandlung garantierter Fondsprodukte veröffentlicht, die, falls sie auf sämtliche Garantiefonds und garantierte Fondsparpläne, einschließlich der in Deutschland staatlich geförderten privaten Altersvorsorge, anzuwenden wären, materielle Auswirkungen auf unser regulatorisches Kapital und unsere Verschuldungsquote haben könnten.

Juristische, steuer- und aufsichtsrechtliche Untersuchungen

Wir unterliegen einer Anzahl von Rechtsstreitigkeiten sowie steuer- und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen, deren Ausgang schwer zu prognostizieren ist und die unser geplantes Geschäftsergebnis, unsere finanzielle Situation und unsere Reputation erheblich und nachteilig beeinflussen könnten. Falls diese Angelegenheiten zu Bedingungen abgeschlossen werden, die ungünstiger sind als von uns erwartet, sei es hinsichtlich ihrer Kosten oder der Auswirkungen auf unser Geschäft, oder falls sich die Wahrnehmung unseres Geschäfts und seiner Aussichten verschlechtern sollte, könnte es sein, dass wir unsere strategischen Ziele nicht erreichen könnten oder diese anpassen müssten.

Risikomanagement Richtlinien, Verfahren und Methoden sowie Operationelle Risiken

Obwohl wir in erheblichem Maße Ressourcen eingesetzt haben, um unsere Risikomanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und operationelle Risiken weiterzuentwickeln, könnten diese nicht vollumfänglich wirksam sein, unsere Risiken in jedem Marktumfeld und alle Arten von Risiken zu mindern, weil es uns beispielsweise nicht gelingt Risiken zu erkennen oder vorherzusehen.

Strategie

Wenn es uns nicht gelingt, unsere Strategie erfolgreich umzusetzen, was auch von den zuvor genannten Faktoren abhängt, könnte es sein, dass wir unsere finanziellen Ziele nicht erreichen, Verluste machen oder eine geringe Profitabilität haben, eine Erosion unserer Kapitalbasis verzeichnen. Außerdem könnten unsere Finanzlage, unser Ergebnis und unser Aktienkurs in erheblichem Maße nachteilig betroffen sein.

Digitalisierung

Die Digitalisierung bietet neuen Wettbewerbern wie zum Beispiel FinTechs Markteintrittschancen und wir gehen davon aus, dass unsere Unternehmensbereiche einen erhöhten Bedarf an Investitionen in Ressourcen für digitale Produkte und Prozesse haben werden, um das Risiko eines möglichen Verlusts von Marktanteilen zu mitigieren. Darüber hinaus könnten bei zunehmendem Grad an Digitalisierung Cyber-Angriffe zu Datenverlust oder Technologieausfällen, Sicherheitsverletzungen, unberechtigtem Zugriff, Verlust oder Zerstörung von Daten oder Nichtverfügbarkeit von Diensten führen. Jedes dieser Ereignisse könnte uns in einen Rechtsstreit verwickeln oder dazu führen, dass wir einen finanziellen Verlust, eine Störung unserer Geschäftstätigkeit, eine Haftung gegenüber unseren Kunden, behördliche Eingriffe oder Reputationsschäden erleiden.

Spezifische Sachverhalte für Deutsche Bank AG

Für die Deutsche Bank AG als Einzelinstitut, das seinen Jahresabschluss nach HGB aufstellt, bestehen im Vergleich zu dem nach IFRS erstellten Konzernplan zusätzliche Risiken darin, dass einzelne Sachverhalte in einem bestimmten Jahr zu höheren Verlusten oder geringeren Ergebnissen als im Konzernabschluss führen. Als wesentliche risikobehaftete Sachverhalte sind zu nennen:

- Potenzielle Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen, bedingt durch das lokale wirtschaftliche Umfeld, erhöhte lokale regulatorische Anforderungen, Restrukturierungen oder Börsenpreise von notierten Beteiligungen.
- Anstieg der langfristigen Rückstellungen, insbesondere für Pensionsverpflichtungen, trotz steigenden Zinsniveaus, da die Diskontierung gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit Durchschnittszinsen erfolgt.
- Negative Wertveränderungen des Planvermögens, die nach HGB erfolgswirksam abzubilden sind, insbesondere in einem ansteigenden Zinsumfeld. Auf Grund der oben geschilderten Bewertungssystematik gibt es möglicherweise keinen Ausgleich durch verringerte Pensionsrückstellungen bei steigenden Zinsen.
- Potenzielle Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung gemäß IDW RS BFA 3, falls das zinstragende Bankbuch keine ausreichende Zinsmarge erwirtschaftet, um erwartete Kreditrisiko- und Verwaltungskosten decken zu können. Ein anhaltendes Niedrigzinsumfeld sowie die unter HGB aufwandswirksame Buchung der Zinsen für AT1 Instrumente erhöhen dieses Risiko.
- Falls AT1 Kupons mangels ausreichender ausschüttbarer Posten ("available distributable items", ADI) im Jahresabschluss nach HGB in einem Jahr nicht bedient werden können, könnte dies zu höheren Refinanzierungskosten für die Deutsche Bank AG führen.

Darüber hinaus besteht das Risiko, dass anders als in der Vergangenheit, Gewinne oder Gewinnrücklagen von Konzerngesellschaften nicht für Dividendenzahlungen ausreichen, um die in der Deutschen Bank AG gebuchten Verluste vollständig auszugleichen.

Chancen

Makroökonomische und Marktbedingungen

Sollten sich die ökonomischen Bedingungen, die Wachstumsaussichten, das Zinsumfeld und die Wettbewerbsbedingungen in der Finanzdienstleistungsbranche besser als angenommen entwickeln, könnte dies zu höheren Erträgen führen, die nur teilweise durch zusätzliche Kosten aufgezehrt werden könnten. Dies könnte deshalb zu einer Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern und der Aufwand-Ertrag-Relation sowie der regulatorischen Kennziffern wie Tier-1-Kapitalquote und Verschuldungsquote führen.

Wenn Marktbedingungen, Preise und Volatilitäten sowie das Investorenverhalten sich besser als angenommen entwickeln, könnte dies auch unsere Erträge und unser Ergebnis positiv beeinflussen. Gleichmaßen könnten sich eine über den Erwartungen liegende Kundennachfrage und ein höherer Marktanteil positiv auf unser Ergebnis auswirken.

Strategie

Unsere Strategie versucht, es uns zu ermöglichen, eine einfachere und weniger komplexe Bank zu werden, die mit weniger Risiken behaftet, besser kapitalisiert und ein besser geführtes Unternehmen sein wird. Die Strategie könnte weitere Chancen eröffnen, wenn sie in größerem Umfang oder unter vorteilhafteren Bedingungen als angenommen implementiert wird. Sollten sich Geschäftsfelder und Prozesse über die im Plan reflektierten Annahmen hinaus verbessern und sollten sich Kosteneffizienzen früher oder in größerem Umfang als geplant realisieren lassen, könnte dies auch unser Ergebnis positiv beeinflussen.

Brexit

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union könnte zur Quelle eines Wettbewerbsvorteils für die Bank werden, da die Deutsche Bank als eine der wenigen global relevanten Banken innerhalb der Europäischen Union verbleiben wird, die eine umfassende Palette von Unternehmens- und Investmentprodukten anbietet.

Deutsche Bank könnte von ihrer einzigartigen Perspektive profitieren, was in Bezug auf unsere Kunden ein klares Unterscheidungsmerkmal gegenüber Wettbewerbern sein dürfte. Darüber hinaus sollte die bei der Deutschen Bank bereits innerhalb der Europäischen Union bestehende Infrastruktur die Umstellung für unsere Brexit Kunden einfacher machen als für die Kunden einiger unserer Wettbewerber.

Regulatorische Veränderungen

Regulatorische Veränderungen können auch Chancen beinhalten, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen und die Wettbewerbslandschaft zu Gunsten der Deutschen Bank zu verändern.

Zum Beispiel könnte die Deutsche Bank von MiFID II in Anbetracht ihrer qualitativ hochwertigen und breit gefächerten Research Aktivitäten profitieren. Es könnte sein, dass einige unserer Wettbewerber ihre Aktivitäten infolge von MiFID II zurückfahren werden. Es könnte sogar sein, dass einige Wettbewerber ihre Aktivitäten drastisch reduzieren oder sogar gänzlich einstellen. Dies verbunden mit dem Anspruch der Deutschen Bank, ihren Kunden eine breitgefächerte und zugleich tiefe Versorgung mit Produkten und Dienstleistungen anzubieten, schafft eine Gelegenheit, zusätzliche Marktanteile zu gewinnen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung bietet unseren Unternehmensbereichen eine Chance für Effizienzsteigerungen. Durch Investitionen in digitale Anwendungen wie z.B. digitales Client-Selfboarding, können Front-to-Back-Prozesse automatisiert und die Produktivität von Mitarbeitern mit Kundenkontakt erhöht werden. Die Digitalisierung wird auch zu flexibleren Möglichkeiten für unsere Kunden führen, Dienstleistungen und Produkte orts- und zeitungebunden in Anspruch zu nehmen. Diese Faktoren können in Kombination mit unserer hohen Expertise in Fragen der Datensicherheit dazu führen, dass wir unsere bestehende Marktposition stärken beziehungsweise weitere Marktanteile dazu gewinnen.

Spezifische Sachverhalte für Deutsche Bank AG

Für die Deutsche Bank AG als Einzelinstitut, das seinen Jahresabschluss nach HGB aufstellt, bestehen zusätzliche Chancen im Vergleich zu dem nach IFRS erstellten Konzernplan darin, dass einzelne Sachverhalte in einem bestimmten Jahr vorteilhafter als für den Konzern zu bilanzieren sind.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass aufgrund des Ausschüttungsverhaltens von Tochtergesellschaften das Ergebnis im Jahresabschluss der Konzernobergesellschaft Deutsche Bank AG in einem bestimmten Jahr höher ausfällt als ihr Beitrag zum Konzernergebnis.

Risikobericht

Grundsätze des Risikomanagements

Die Vielfaltigkeit unseres Geschäftsmodells erfordert es, Risiken effektiv zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche mit Eigenkapital zu unterlegen. Es ist unser Ziel, einen ganzheitlichen Ansatz für die Steuerung von Risiken und Erträgen auf allen Ebenen der Organisation sowie das effektive Management unseres Risiko-, Kapital- und Reputationsprofils, zu fördern. Bei unseren Geschäftsaktivitäten gehen wir bewusst Risiken ein. Die folgenden Prinzipien stützen dabei unser Risikomanagement-Rahmenwerk:

- Risiken werden im Rahmen einer definierten Risikotoleranz eingegangen;
- Jedes Risiko muss gemäß dem Rahmenwerk für das Risikomanagement genehmigt werden;
- Risiken müssen angemessenen Ertrag bringen;
- Risiken sollten fortlaufend überwacht und gesteuert werden.

Mitarbeiter auf allen Ebenen sind für die Steuerung und Eskalation von Risiken verantwortlich. Wir erwarten von Mitarbeitern, dass sie durch ihr Verhalten eine starke Risikokultur fördern. Dies wird dadurch gestärkt, dass unsere Leistungsbeurteilungs- und Vergütungsprozesse eine Verhaltensbewertung beinhalten. Verhaltensweisen einer starken Risikokultur wurden auf allen Ebenen der Organisation konsistent kommuniziert und umfassen:

- Verantwortung für unsere Risiken übernehmen;
- Risiken konsequent, zukunftsorientiert und umfassend bewerten;
- Kritisches Hinterfragen fördern, betreiben und respektieren;
- Probleme gemeinsam lösen; und
- die Deutsche Bank und ihre Reputation bei allen Entscheidungen in den Mittelpunkt stellen.

Wir fördern aktiv eine starke Risikokultur wo Mitarbeiter auf allen Ebenen für die Steuerung und Eskalation von Risiken verantwortlich sind. Wir erwarten von Mitarbeitern, dass sie Verhaltensweisen an den Tag legen, die in Übereinstimmung mit unserem Verhaltens- und Ethikkodex eine starke Risikokultur fördern. Um dies zu unterstützen, beinhalten unsere Leistungsbeurteilungs- und Vergütungsprozesse eine Bewertung des risikorelevanten Verhaltens. Zudem wird die Wichtigkeit einer starken Risikokultur, konsistent beginnend von der Unternehmensspitze aus, von unseren Vorstandsmitgliedern und leitenden Mitarbeitern regelmäßig kommuniziert.

Im Jahr 2017 haben wir außerdem eine prinzipienbasierte Bewertung der Risikokultur eingeführt, insbesondere fokussiert auf Risikobewusstsein, Risikozuständigkeit und das Managen von Risiken innerhalb des Risikoappetits. Die Ergebnisse dieser Bewertungen sind in die bestehende Risikoberichterstattung eingeflossen, wodurch erneut hervorgehoben wird, dass die Risikokultur integraler Bestandteil eines effektiven tagtäglichen Risikomanagements ist.

Rahmenwerk für das Risikomanagement

Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind:

- Die Kernaufgaben des Risikomanagements obliegen dem Vorstand, der deren Ausführung und Kontrolle an ranghohe Risikomanager und -Komitees delegiert.
- Im Risikomanagement betreiben wir ein Modell der „Drei Verteidigungslinien“ („Three Lines of Defense“, 3LoD), in welchem Risiko-, Kontroll- und Berichtsverantwortung klar benannt sind.
 - Zur „ersten Verteidigungslinie“ („1. LoD“) gehören alle Positionen in der Bank, durch deren Tätigkeit Risiken entstehen, seien es finanzielle, oder nicht-finanzielle Risiken.
 - Die „zweite Verteidigungslinie“ („2. LoD“) umfasst alle Positionen in der Bank, die mit der Kontrolle der Risikoarten befasst sind und die die Einführung eines einwandfreien Risikomanagement-Rahmenwerks in der gesamten Organisation unterstützen. Die zweite Verteidigungslinie legt den Risikoappetit sowie die Risikomanagement- und -kontrollstandards für ihre Risikoarten fest, und überwacht und hinterfragt unabhängig die Aktivitäten der ersten Verteidigungslinie mit Blick auf das Eingehen und Managen von Risiken.
 - Die „dritte Verteidigungslinie“ („3. LoD“) ist die Konzernrevision (Group Audit). Sie verantwortet die unabhängige und objektive Bewertung der Angemessenheit des Konzepts und der Effektivität des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems.

- Die Risikostrategie wird vom Vorstand jährlich genehmigt. Sie wird auf Basis unserer konzernweiten Risikotoleranz sowie unseres Strategie- und Kapitalplans definiert, um Risiko-, Kapital- und Ergebnisziele aufeinander abzustimmen.
- Konzernweit durchgeführte risikoartenübergreifende Prüfungen sollen sicherstellen, dass angemessene Verfahren zur Risikosteuerung und eine ganzheitliche Wahrnehmung von Risiken bestehen.
- Wir steuern alle wesentlichen Risiken, wie Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts- und Reputations-Risiken, durch Risikomanagementprozesse. Modellierungs- und Messansätze zur Quantifizierung von Risiken und des Kapitalbedarfs sind über alle bedeutenden Risikoklassen hinweg implementiert. Weitere Informationen zu den Managementprozessen unserer wesentlichen Risiken werden im Kapitel „Risiko- und Kapitalmanagement“ dargestellt.
- Für die wesentlichen Kapital- und Liquiditätsgrenzwerte und -kennziffern sind Überwachung, Stresstests sowie Eskalationsprozesse etabliert.
- Systeme, Prozesse und Richtlinien sind essenzielle Komponenten für die Leistungsfähigkeit unseres Risikomanagements.
- Die Sanierungs- und Krisenplanung legt die Eskalationsabläufe zum Krisenmanagement fest und liefert dem Seniormanagement eine Aufstellung von Maßnahmen, die dazu dienen, die Kapital- und Liquiditätssituation im Krisenfall zu verbessern.
- Die Abwicklungsplanung wird von der für uns zuständigen Abwicklungsbehörde verantwortet, dem einheitlichen Abwicklungsgremium („Single Resolution Board“, SRB). Sie beschreibt eine Strategie zur Abwicklung der Deutschen Bank im Falle eines Ausfalls. Ziel ist es, schwere Störungen des Finanzsystems oder des wirtschaftlichen Umfeldes zu verhindern, indem kritische Dienstleistungen aufrechterhalten werden.
- Wir verfolgen einen integrierten Risikomanagementansatz, der auf konzernweite Konsistenz der Risikomanagementstandards abzielt, während Anpassungen an lokale Anforderungen oder bezogen auf bestimmte Tochtergesellschaften möglich sind.

Risiken der Deutsche Bank AG im Konzernverbund

Die Wirkung der beschriebenen Risiken auf die Deutsche Bank AG lässt sich nicht von den Auswirkungen auf die anderen rechtlich selbstständigen Einheiten der Deutschen Bank isolieren. Dafür sind folgende Gründe ausschlaggebend:

- Die interne Gliederung des Konzerns nach Konzernbereichen orientiert sich an den Kundenbedürfnissen, das heißt an den vom Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen. Die externe rechtliche Gliederung hat sich an lokalrechtlichen Vorgaben zu orientieren und folgt daher nicht zwangsläufig der internen Struktur. Beispielsweise kann es von der lokalen Gesetzgebung abhängen, ob das Geschäft des Konzerns in einem Land von einer Filiale der Deutschen Bank AG oder einer selbstständigen Tochtergesellschaft geführt wird. Die Geschäftsleitung muss aber die Risiken des Geschäfts betrachten – unabhängig davon, ob es sich um eine Filiale oder eine Tochtergesellschaft handelt.
- Eine angemessene Risikoüberwachung und -steuerung erfordern die Kenntnis der Abhängigkeit der Ertragslage des Konzerns von der Entwicklung einzelner Risikofaktoren, das heißt der Bonität einzelner Kunden oder Wertpapieremittenten beziehungsweise der Änderung von Marktpreisen. Daher ist eine die rechtlichen Einheiten übergreifende Analyse der entsprechenden Geschäfte vorzunehmen. Insbesondere für das Kreditrisiko, das von einem Kreditnehmer ausgeht, ist es weitgehend unerheblich, ob sich das Kreditengagement gegenüber einem Unternehmen auf mehrere Konzerngesellschaften verteilt oder auf die Deutsche Bank AG konzentriert. Eine separate Betrachtung des nur die Deutsche Bank AG betreffenden Risikoanteils würde die Gefahr vernachlässigen, die im Fall der Insolvenz des Unternehmens auf den Konzern und damit indirekt auf die AG als Konzernmutter ausgeht.
- Zwischen den einzelnen Risikofaktoren bestehen zum Teil Abhängigkeiten, zum Teil sind sie unabhängig voneinander. Liegen Abschätzungen über Art und Ausmaß dieser Zusammenhänge vor, kann das Management des Konzerns durch Streuung der Geschäfte über Kundengruppen, Emittenten und Länder eine deutliche Senkung des Gesamtrisikos herbeiführen (Diversifikation). Diese Zusammenhänge zwischen den Risiken sind ebenfalls von den rechtlichen und divisionalen Strukturen des Konzerns unabhängig. Daher kann das Management die risikomindernden Diversifikationseffekte nur dann optimal ausnutzen, wenn es diese konzernweit und die rechtlichen Einheiten übergreifend steuert.

Aus den dargelegten Gründen sind die Identifikation, Überwachung und Steuerung aller Risiken der Deutschen Bank AG in das konzernweite Risikomanagement integriert. Daher beziehen sich alle Zahlenangaben dieses Risikoberichts auf den Deutsche Bank-Konzern, sofern nicht anders angegeben.

Alle rechtlichen und bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften werden dabei auch von der Deutschen Bank AG eingehalten. Die ausführliche Darstellung des Risikomanagements im Konzernverbund ist dem Risikobericht im Konzern-Finanzbericht zu entnehmen.

Organisation des Risikomanagements

Unsere Aktivitäten in der ganzen Welt werden von zuständigen Behörden in jedem der Länder, in denen wir Geschäft betreiben, reguliert und überwacht. Diese Aufsicht konzentriert sich auf Lizenzierung, Eigenkapitalausstattung, Liquidität, Risikokonzentration, Führung des Geschäfts sowie Organisation und Meldepflichten. Die Europäische Zentralbank in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der EU-Staaten, die dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus beigetreten sind, fungieren über das gemeinsame Aufsichtsteam als unsere primären Aufsichtsbehörden, um die Einhaltung des deutschen Kreditwesengesetzes und anderer geltender Gesetze und Vorschriften sowie das CRR/CRD 4-Regelwerk, entsprechend seiner Umsetzung in deutsches Recht, zu überwachen.

Europäische Bankaufsichtsbehörden bewerten unsere Risikotragfähigkeit auf verschiedene Weisen, die ausführlicher im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Kapital“ beschrieben werden.

Mehrere Managementebenen stellen eine durchgängige Risikosteuerung sicher:

- Der Aufsichtsrat wird regelmäßig über unsere Risikolage, unser Risikomanagement und Risikocontrolling, unsere Reputation und wesentliche Rechtsfälle unterrichtet. Er hat verschiedene Ausschüsse gebildet, die sich mit spezifischen Themen befassen (eine detaillierte Beschreibung dieser Ausschüsse findet sich unter „Ausschüsse des Aufsichtsrats“ im Berichtsteil „Vorstand und Aufsichtsrat“ des „Corporate-Governance-Berichts“).
- In den Sitzungen des Risikoausschusses berichtet der Vorstand über wichtige Risikoportfolien, die Risikostrategie und Angelegenheiten, die aufgrund der Risiken, die sie nach sich ziehen, von besonderer Bedeutung sind. Er berichtet ferner über die Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen. Der Risikoausschuss berät mit dem Vorstand Fragen der Gesamtrisikobereitschaft, der Gesamtrisikoposition und der Risikostrategie und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Kontrolle der Implementierung der Strategie.
- Der Integritätsausschuss, neben weiteren Aufgaben, überwacht die Maßnahmen des Vorstands, mit denen die Einhaltung von Rechtsvorschriften und behördlichen Regelungen sowie unternehmensinternen Richtlinien durch das Unternehmen sichergestellt wird. Er überprüft auch die Ethik- und Verhaltenskodizes der Bank, und unterstützt auf Anfrage den Risikoausschuss bei der Überwachung und Analyse der für die Bank wesentlichen Rechts- und Reputationsrisiken.
- Der Prüfungsausschuss, neben weiteren Aufgaben, überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der internen Revision.
- Der Vorstand verantwortet das Management des Deutsche Bank-Konzerns in Übereinstimmung mit Gesetzen, der Satzung und seiner Geschäftsordnung mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung im Unternehmensinteresse und mithin der Aktionäre, Mitarbeiter und anderer Anspruchsberechtigter. Der Vorstand muss eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gewährleisten, die ein angemessenes und wirksames Risikomanagement beinhaltet. Der Vorstand hat das Group Risk Committee (GRC) als das zentrale Forum für die Überprüfung und Entscheidung wesentlicher risiko- und kapitalbezogener Themen geschaffen. Das GRC tagt grundsätzlich einmal wöchentlich. Es hat einige seiner Pflichten an Einzelpersonen und Unterausschüsse delegiert. Das GRC und seine Unterausschüsse werden nachfolgend detaillierter beschrieben.

Die nachstehenden funktionalen Ausschüsse sind von zentraler Bedeutung für das Management der Risiken in der Deutschen Bank:

- Das Group Risk Committee (GRC) hat verschiedene Pflichten und Rechte, inklusive der Genehmigung zentraler Risikomanagementprinzipien, oder Empfehlung derselben zur Genehmigung durch den Vorstand, Empfehlung des Konzernsanierungsplans und des „Contingency Funding Plans“ zur Genehmigung durch den Vorstand, Empfehlung übergreifender Risikotoleranzparameter sowie Sanierungs- und Eskalationsindikatoren zur Genehmigung durch den Vorstand, Festlegung von Risikoappetit-Zielgrößen für die den Geschäftsbereichen zur Verfügung stehenden Ressourcen und der Unterstützung des Vorstands während des konzernweiten Risiko- und Kapitalplanungsprozesses. Weitere Pflichten beinhalten die Genehmigung neuer oder wesentlich geänderter Risiko- und Kapitalmodelle, die Überprüfung der Entwicklung von übergeordneten Risikoportfolien (einschließlich Festlegung von Risikogrenzen für diese, zum Beispiel auf Länder- oder Branchenebene) und –Engagements, die Überprüfung der Ergebnisse konzernweiter interner und aufsichtlicher Stresstests inklusive Empfehlung erforderlicher Maßnahmen und die Überwachung der Entwicklung der Risikokultur im Konzern.
- Das Non-Financial Risk Committee (NFRC) überwacht, steuert und koordiniert das Management der nicht-finanziellen Risiken im Deutsche Bank Konzern und etabliert eine risikoübergreifende und ganzheitliche Perspektive der wesentlichen nicht-finanziellen Risiken des Konzerns. Es hat die Aufgabe, die Leitlinien zur nicht-finanziellen Risikotoleranz zu definieren und das Betriebsmodell für nicht-finanzielle Risiken und Abhängigkeiten zwischen Geschäftsbereichen und Kontrollfunktionen, sowie zwischen den Kontrollfunktionen verschiedener Risikoarten, zu überwachen und zu steuern.

- Das Group Reputational Risk Committee (GRRC) stellt die Überwachung, Steuerung und Koordination des Managements der Reputationsrisiken sicher und gewährleistet, dass es angemessene Prozesse für Rückschauen und für aus Erfahrungen zu ziehende Lehren gibt. Es analysiert und entscheidet alle Angelegenheiten, die ihm von den regionalen Reputationsrisikokomitees („RRRC“) vorgelegt werden und Entscheidungen der RRRCs, welche von den Geschäftsbereichen, den Infrastrukturfunktionen, oder dem regionalen Management angefochten werden. Es berät die entsprechenden Ebenen des Konzerns in Fragen konzernweiter Reputationsrisiken, inklusive der Kommunikation sensibler Themen. Die RRRCs sind als Unterkomitees des GRRC im Namen des Vorstands für die Überwachung, Steuerung und Koordination des Managements der Reputationsrisiken in den entsprechenden Regionen verantwortlich.
- Das Enterprise Risk Committee (ERC) wurde eingeführt, mit der Aufgabe, sich auf unternehmensweite Risikotrends, Ereignisse und risikübergreifende Portfolien zu konzentrieren, indem es Risikospezialisten aus verschiedenen Risikodisziplinen zusammenbringt. Im Rahmen seines Mandats genehmigt das ERC die jährlichen Länderrisiko-Portfolioübersichten und bestimmte Länderisikogrenzen, setzt Produktgrenzwerte, überprüft Risikoportfoliokonzentrationen im Konzern, überwacht konzernweite Stresstests, die genutzt werden, um die Risikotoleranz zu steuern, und überprüft Themen mit unternehmensweiten Risikoimplikationen, wie die Risikokultur.
- Das Financial Resource Management Council (FRMC) ist ein ad-hoc Steuerungsgremium, welches die Entscheidungsfindung in Phasen von akutem oder antizipiertem Liquiditäts- oder Kapitalstress unterstützen soll. Das Gremium diskutiert und empfiehlt gegensteuernde Maßnahmen und vereint in einem Forum, die Aufgaben des ehemaligen Liquidity Management Committee und die krisenbezogenen Aufgaben, die zuvor dem GRC zugewiesen waren. Insbesondere ist das FRMC damit beauftragt die Kapital- und Liquiditätssituation der Bank zu analysieren, Hinweise zur Kapital- und Liquiditätsstrategie zu geben und Vorschläge zu machen für geschäftsspezifische Kapital- und Liquiditätsziele bzw. für Gegenmaßnahmen die notwendig sind, um die Strategie erfolgreich umzusetzen. Dies beinhaltet auch eine Empfehlung für oder gegen das Inkraftsetzen des „Contingency Funding Plans“ auszusprechen sowie das Recht die Ausführung von beschlossenen Entscheidungen zu beaufsichtigen.

Unser Risikovorstand (Chief Risk Officer) hat die konzernweite, unternehmensbereichsübergreifende Verantwortung für das Management aller Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken sowie für die Fortentwicklung und Verbesserung der Methoden der Risikomessung. Darüber hinaus ist der Chief Risk Officer für die zusammenfassende Beobachtung, Analyse und Berichterstattung von Risiken verantwortlich.

Der Risikovorstand trägt direkte Managementverantwortung für die Risikomanagementfunktion. Risikomanagement- und Kontrollpflichten sind im Wesentlichen spezialisierten Risikomanagementeinheiten zugewiesen, die folgende Schwerpunkte haben:

- Spezielle Risikoarten
- Risiken in bestimmten Geschäftsbereichen
- Risiken in bestimmten Regionen

Diese spezialisierten Risikomanagementeinheiten gehen grundsätzlich folgenden Kernaufgaben nach:

- Überprüfung der Konsistenz der Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche mit der Risikotoleranz, die das GRC gemäß der Vorgaben des Vorstands festgelegt hat;
- Festlegung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche;
- Einführung und Genehmigung von Risikolimiten;
- Regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen;
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementinfrastrukturen und -systeme für die jeweiligen Unternehmensbereiche.

Daneben repräsentiert das geschäftsbereichsbezogene Risikomanagement („Business Aligned Risk Management“, BRM) die Risikofunktion gegenüber bestimmten Geschäftsbereichen. Die Leiter der geschäftsbereichsbezogenen Risikomanagementeinheiten managen ihr Risikoportfolio mit einem ganzheitlichen Blick auf den entsprechenden Geschäftsbereich, um die jeweilige Strategie und Risikoverantwortung zu hinterfragen und zu beeinflussen, sowie den Risikoappetit einzuführen.

Die spezialisierten Risikomanagementfunktionen werden ergänzt durch unsere Enterprise Risk Management („ERM“) Funktion, die das bankweite Risikomanagementrahmenwerk setzt, im Bemühen sicherzustellen, dass alle Risiken auf Konzern- und Geschäftsbereichsebene durch die funktionalen Risikoteams innerhalb des vereinbarten Risikoappetits und der Prinzipien zur Risikokultur identifiziert, verantwortet und kontrolliert werden. ERM verantwortet die Aggregation und Analyse von Informationen zum unternehmensweiten Risiko und die Überprüfung der Risiko-Ertrags-Profile von Portfolien, um fundierte strategische Entscheidungen zum Ressourceneinsatz der Bank zu ermöglichen. Wesentliche Ziele sind:

- Steuerung des unternehmensweiten Risikoappetits und Allokation auf Geschäftsfelder und Tochtergesellschaften;
- Integration und Aggregation von Risiken zur Erhöhung der Transparenz hinsichtlich unternehmensweiter Risiken, um damit die Entscheidungsfindung zu unterstützen;
- Erstellen zukunftsgerichteter Stresstests und managen der Konzernsanierungs- und -abwicklungsplanung;
- Steuerung und Verbesserung der Effektivität des Risikomanagementrahmenwerks.

Die spezialisierten Risikomanagementfunktionen und ERM berichten an den CRO.

Wenngleich sie sowohl voneinander, als auch von den Geschäftsbereichen unabhängig arbeiten, haben unsere Finance- und Risikofunktionen die gemeinsame Verantwortung die Quantifizierung und Verifizierung eingegangener Risiken vorzunehmen.

Die Integration des Risikomanagements unserer Tochtergesellschaft Deutsche Postbank AG wird durch vereinheitlichte Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken sowie Strategien und Prozesse zur Bestimmung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und der entsprechenden internen Kontrollsysteme sichergestellt. Die wichtigsten Elemente der gemeinsamen Steuerung sind:

- Funktionale Berichtslinien aus dem Risikomanagement der Postbank an das Risikomanagement der Deutschen Bank;
- Erweiterung der zentralen Risikokomitees der Postbank um stimmberechtigte Mitglieder der Deutschen Bank aus den jeweiligen Risikofunktionen und umgekehrt für ausgewählte zentrale Komitees; und
- Umsetzung wichtiger Konzern-Risikorichtlinien bei der Postbank.

Die wesentlichen Risikomanagementausschüsse der Postbank umfassen:

- Das Bankrisikokomitee, das den Vorstand der Postbank mit Blick auf die Festlegung der Risikotoleranz und Risiko- und Kapitalallokation berät;
- Das Kreditrisikokomitee, das für die Limitallokation und Festlegung eines angemessenen Limit-Rahmenwerks verantwortlich ist;
- Das Marktrisikokomitee, das über die Limitallokation, die strategische Positionierung des Anlage- und Handelsbuchs der Postbank, sowie die Steuerung des Liquiditätsrisikos entscheidet;
- Das Managementkomitee für operationelle Risiken, das ein angemessenes Risikorahmenwerk und die Limitallokation für operationelle Risiken für die verschiedenen Geschäftsbereiche definiert;
- Das Modell- und Validierungskomitee, das für die Überwachung der Validierung aller Ratingsysteme und Risikomanagementmodelle verantwortlich ist.

Der Risikovorstand der Postbank oder ranghohe Risikomanager der Deutschen Bank sind stimmberechtigte Mitglieder der oben genannten Gremien.

Im Zuge der Ankündigung im März 2017, dass die Postbank mit dem deutschen Privat und Firmenkundengeschäft verschmolzen werden soll, und im Rahmen des daraufhin ins Leben gerufenen Gesamtintegrationsprojektes, hat der Risikobereich ebenfalls mit den Analysen und Arbeiten begonnen, eine adäquate Risikofunktion für die geplante verschmolzene Rechtseinheit zu etablieren. Diese wird wie vorangehend beschrieben in den Konzern eingebunden bleiben.

Risikostrategie und Risikotoleranz

Risikotoleranz und Risikokapazität

Der Risikoappetit ist Ausdruck des aggregierten Risikos, das wir einzugehen bereit sind, um unsere strategischen Ziele zu erreichen. Er wird anhand von quantitativen Mindestmessgrößen und qualitativen Aussagen festgelegt. Risikokapazität ist definiert als das maximale Risikoniveau, das wir, gegeben unserer Kapital- und Liquiditätsbasis, Risikomanagement- und Steuerungsfähigkeiten sowie regulatorischer Schwellenwerte, eingehen können.

Der Risikoappetit ist ein integraler Bestandteil unserer Prozesse zur Entwicklung unseres Risikoplans- und unserer Strategie, sodass sichergestellt ist, dass Risiko-, Kapital- und Performanceziele, auch unter Berücksichtigung von Risikokapazität und Risikoappetit, für finanzielle und nicht-finanzielle Risiken, abgestimmt sind. Zudem wird getestet, ob der Risikoplan auch unter Marktstresssituationen im Einklang mit unserem Risikoappetit und unserer Risikokapazität ist. Der anhand eines Top-down-Ansatzes ermittelte Risikoappetit dient als Limit für die Risikoannahme in der Bottom-up-Planung der Geschäftsbereiche.

Der Vorstand überprüft und genehmigt jährlich oder – bei unerwarteten Änderungen des Risikoumfelds – auch in kürzeren Abständen unsere Risikoappetit und -kapazität, um sicherzustellen, dass sie unserer Konzernstrategie, dem Geschäftsumfeld, den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie den Anforderungen der Anspruchsberechtigten entsprechen.

Um unseren Risikoappetit und unsere Risikokapazität näher zu bestimmen, haben wir auf Konzernebene unterschiedliche zukunftsgerichtete Indikatoren und Schwellenwerte festgelegt und Eskalationsmechanismen zur Ergreifung erforderlicher Maßnahmen definiert. Wir wählen Risikokennzahlen, die die wesentlichen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, und die Finanzlage insgesamt reflektieren. Zudem verbinden wir unser Governance-Rahmenwerk für das Risiko- und Sanierungsmanagement mit dem Rahmenwerk für den Risikoappetit. Im Einzelnen bewerten wir im Rahmen von regelmäßig durchgeführten konzernweiten Stresstests eine Reihe von Kennzahlen unter Stress, wie die Tier-1-Kernkapitalquote und Verschuldungsquote, die interne Kapitaladäquanzquote („ICA“) sowie die Nettoliquiditätsposition unter Stress („SNLP“).

Berichte, die unser Risikoprofil mit unserem Risikoappetit und unserer Risikostrategie vergleichen, sowie unsere Überwachung hiervon, werden regelmäßig dem Vorstand präsentiert. Treten Ereignisse ein, bei denen unsere festgelegte Risikoappetitschwelle überschritten wird, wenden wir eine vorab definierte Governance-Matrix für deren Eskalation an. Damit stellen wir sicher, dass diese Überschreitungen dem zuständigen Risikoausschuss gemeldet werden. Änderungen des Risikoappetits und der Risikokapazität müssen je nach Relevanz vom Group Risk Committee beziehungsweise vom gesamten Vorstand genehmigt werden.

Strategie und Kapitalplan

Wir führen alljährlich einen integrierten strategischen Planungsprozess durch, der die Entwicklung unserer zukünftigen strategischen Ausrichtung als Gruppe und unserer Geschäftsbereiche widerspiegelt. Der strategische Plan zielt darauf ab, eine ganzheitliche Perspektive zu entwickeln, die Kapital, Finanzierung und Risiko unter Risiko- und Renditegesichtspunkten berücksichtigt. Dieser Prozess übersetzt unsere langfristigen strategischen Ziele in messbare kurz- und mittelfristige Finanzziele und erlaubt eine unterjährige Überprüfung der Zielerreichung und deren Management. Dabei zielen wir darauf ab, Wachstumsmöglichkeiten zu identifizieren, die eine nachhaltige Ertragsentwicklung unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken ermöglichen und die eine entsprechende Allokation des verfügbaren Kapitals erlauben. Risikospezifische Portfoliostrategien ergänzen diesen Rahmen und erlauben eine weiterführende Umsetzung der Risikostrategie auf Portfolioebene, die Besonderheiten der Risikoart sowie Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Der strategische Planungsprozess umfasst zwei Phasen: eine deduktive Zielfestsetzung sowie eine induktive Substanziierung.

In der ersten Phase – der Zielfestsetzung durch die Leitungsebene – werden die Kernziele für Gewinne und Verluste (inklusive Umsatz und Kosten), Kapitalangebots- und Kapitalbedarfsentwicklung sowie Bilanzentwicklung (Bilanzsumme, Refinanzierung und Liquidität) für die Gruppe wie auch die Hauptgeschäftsbereiche diskutiert. Die Ziele für die nächsten fünf Jahre basieren auf unserem makroökonomischen Ausblick und den Erwartungen bezüglich des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks. In der Folge genehmigt der Vorstand die Ziele.

In der zweiten Phase werden die gesetzten Ziele in Detailplänen für Geschäftseinheiten entwickelt, wobei das erste Jahr auf monatlicher Basis als operativer Plan, die Jahre zwei bis drei in Quartalen geplant und die Jahre vier und fünf als Jahrespläne ausformuliert werden. Die vorgeschlagenen Detailpläne werden von Finance und Risk einer kritischen Prüfung unterzogen und mit jedem Geschäftsbereichsleiter einzeln erörtert. Dabei werden die Besonderheiten des Geschäftsbereichs berücksichtigt und konkrete Ziele vereinbart, die alle darauf ausgerichtet sind, unsere Strategie zu unterstützen. Die Detailpläne enthalten Ziele für wichtige Gesellschaften, um die lokale Risiko- und Kapitalausstattung zu prüfen. Stresstests ergänzen den strategischen Plan, um auch gestresste Marktbedingungen zu würdigen.

Der resultierende Strategie- und Kapitalplan wird dem Vorstand zur Diskussion und Genehmigung vorgelegt. Der finale Plan wird dem Aufsichtsrat vorgelegt.

Der Strategie- und Kapitalplan ist darauf ausgerichtet, unsere Vision zu unterstützen, eine führende europäische Bank mit globaler Reichweite und einer starken Basis in unserer Heimat Deutschland zu sein. Er zielt darauf ab, sicherzustellen, dass wir

- ein ausgewogenes risikoadjustiertes Ergebnis in allen Geschäftsbereichen und -einheiten erreichen;
- die Risikomanagementstandards mit speziellem Fokus auf Risikokonzentrationen hochhalten;
- aufsichtsrechtliche Anforderungen einhalten;
- eine starke Kapital- und Liquiditätsposition sicherstellen;
- mit einer stabilen Refinanzierungs- und Liquiditätsstrategie die Geschäftsplanung innerhalb der Liquiditätsrisikotoleranz sowie der aufsichtsrechtlichen Vorgaben unterstützen.

Unser Strategie- und Kapitalplanungsprozess ermöglicht uns damit die

- Festlegung ertrags- und risikobezogener Kapitaladäquanzziele unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspläne;
- Bewertung unserer Risikotragfähigkeit mit Blick auf interne und externe Anforderungen (d.h. in Bezug auf das Ökonomische Kapital und das aufsichtsrechtliche Eigenkapital);
- Durchführung eines angemessenen Stresstests zur Ermittlung der Auswirkungen auf Kapitalbedarf, Kapitalbasis und Liquiditätsposition.

Die spezifischen Limite, wie zum Beispiel aufsichtsrechtliche Kapitalnachfrage, Ökonomisches Kapital und Verschuldungsposition, werden aus dem Strategie- und Kapitalplan abgeleitet und sollen unsere Risiko-, Kapital- und Ertragsziele auf allen relevanten Unternehmensebenen angleichen.

Alle extern kommunizierten finanziellen Ziele werden in entsprechenden Managementkomitees laufend überwacht. Eine projektierte Zielverfehlung wird zusammen mit möglichen Alternativstrategien diskutiert, um letztendlich die gesetzten Ziele dennoch zu erreichen. Änderungen des Strategie- und Kapitalplans müssen vom Vorstand genehmigt werden. Die Erfüllung unserer extern kommunizierten Solvabilitätsziele stellt sicher, dass wir auch jene Anforderungen erfüllen, die uns unsere Herkunftslandbehörde für die Gruppe im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process) kommuniziert hat. Am 19. Dezember 2017 wurde die Deutsche Bank von der EZB über ihre Entscheidung hinsichtlich der prudentiellen Mindestkapitalanforderungen für 2018 informiert, welche aus den Ergebnissen des SREP im Jahr 2017 resultierte. Die Entscheidung verlangt, dass die Deutsche Bank auf konsolidierter Ebene eine harte Kernkapitalquote unter Anwendung von Übergangsregelungen in Höhe von mindestens 10,65 % aufrechterhält, beginnend ab dem 1. Januar 2018. Diese Anforderung an das harte Kernkapital umfasst die Säule 1 Mindestkapitalanforderung in Höhe von 4,50 %, die Säule 2 Anforderung (SREP Add-on) in Höhe von 2,75 %, den Kapitalerhaltungspuffer unter Übergangsregelungen in Höhe von 1,88 %, den antizyklischen Kapitalpuffer (derzeit 0,02 %) und den G-SII-Puffer unter Übergangsregelungen in Höhe von 1,50 %, welcher sich aus der Einstufung der Deutschen Bank als global systemrelevantes Institut („Global Systemically Important Institution“, G-SII) ableitet. Die neue CET 1-Kapitalanforderung in Höhe von 10,65 % für 2018 liegt über der CET 1-Kapitalanforderung von 9,51 %, welche für die Deutsche Bank in 2017 galt. Demnach belaufen sich im Jahr 2018 die Anforderungen an die Kernkapitalquote der Deutschen Bank auf 12,15 % und an die Gesamtkapitalquote auf 14,15 %. Im Anschluss an die Ergebnisse des SREP in 2017 hat uns die EZB eine individuelle Erwartung mitgeteilt, einen CET1-Kapital-Zusatzbetrag gemäß Säule 2 bereitzuhalten, besser bekannt als „Säule 2“-Empfehlung. Der Kapital-Zusatzbetrag gemäß der „Säule 2“-Empfehlung besteht eigenständig von und ergänzend zu der Säule 2 Anforderung. Die EZB hat ihre Erwartung geäußert, dass die Banken die „Säule 2“-Empfehlung einhalten, obwohl diese nicht rechtsverbindlich ist, und ein Versäumnis, der „Säule 2“-Empfehlung nachzukommen, nicht automatisch rechtliche Schritte nach sich zieht.

Instrumente der Risikosteuerung

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwenden wir zahlreiche quantitative und qualitative Methoden. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der verwendeten Messinstrumente und Kenngrößen mit Blick auf das sich ändernde Risikoumfeld ständig prüfen. Manche dieser Instrumente können für mehrere Risikoarten genutzt werden, andere sind auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten internen Instrumente und Kenngrößen aufgeführt, die wir derzeit für die Messung und Steuerung der Risiken sowie die dazugehörige Berichterstattung verwenden.

- **Risikogewichtete Aktiva („RWA“).** RWA sind die Kerngröße für die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz, dargestellt durch die Harte Kernkapitalquote (CET 1-Ratio). RWA werden bei der Zielsetzung für das Wachstum unserer Geschäftsbereiche verwendet und im Rahmen unseres Managementreportings überwacht. Grundsätzlich werden die RWA im Einklang mit dem aktuell gültigen CRR/CRD 4-Rahmenwerk, so wie es (wo erforderlich) in deutsches Recht implementiert ist, errechnet und für unsere in die Zukunft gerichtete Risiko- und Kapitalplanung verwendet.
- **Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote.** Wir berechnen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung gemäß Artikel 429 der CRR (EU) 2015/62, der mit der durch die Europäische Kommission am 10. Oktober 2014 verabschiedeten delegierten Verordnung (EU) 575/2013, veröffentlicht am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union, geändert wurde. Zusätzlich zeigen wir die Verschuldungsquote unter Anwendung der Übergangsregelung in den nachstehenden Tabellen. Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote besteht aus den Komponenten Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, außerbilanzielle Risikopositionen und andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte). Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Derivate wird auf Grundlage der regulatorischen Marktbewertungsmethode für Derivate, die die aktuellen Wiederbeschaffungskosten zuzüglich eines regulatorisch definierten Aufschlags für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert beinhaltet, berechnet.
- **Value-at-Risk.** Wir verwenden das Value-at-Risk-Verfahren, um quantitative Kenngrößen für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen sowie das Stress-Value-at-Risk-Verfahren für Marktrisiken unter gestressten Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind Teil der internen und externen (aufsichtsrechtlichen) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der mit einem vorher definierten Konfidenz-Niveau unter normalen/gestressten Marktbedingungen in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) unter normalen/gestressten Marktbedingungen für dieses Portfolio.
- **Ökonomisches Kapital.** Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % die in einem Jahr anfallenden aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. In 2017 wurde das Quantil zur Ermittlung des ökonomischen Kapitalbedarfs von 99,98 % auf 99,9 % geändert, wodurch auch die Vergleichbarkeit mit dem regulatorischen Kapitalbedarf verbessert wurde. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Kreditrisiko, für das Marktrisiko einschließlich des handelsbezogenen Ausfallrisikos sowie für das operationelle und das allgemeine Geschäftsrisiko.
- **Liquidität.** Innerhalb der Deutsche Bank Gruppe werden Liquiditäts- und Finanzierungsrisiken im Rahmen eines zusammenhängenden Liquiditätsrisikomanagements und eines Governance-Rahmens gesteuert. Wir verwenden verschiedene Tools und Metriken, um das Liquiditätsrisiko zu messen und unsere operativen und strategischen Liquiditätspositionen zu bewerten. Die operative Liquidität zielt darauf ab, unsere innertägliche und Tagesend-Liquiditätsposition zu sichern, während die taktische Liquidität unseren Zugang zur Refinanzierung über den Wholesale-Markt (sowohl unbesichert als auch besichert) sicherstellen soll. Unsere strategische Liquidität ist ausgerichtet auf ein ausgewogenes Liquiditätsprofil, eine gute Diversifikation der Finanzierungsmittel, und den Zugang zu den Kapitalmärkten. Dies wird unterstützt durch Liquiditätsstresstests, um die gestresste Nettoliquidität (SNLP) zu bestimmen, die ein wichtiger Bestandteil des Rahmenwerks unserer Risikotoleranz darstellt. Dies wird über eine quantitative Simulation der Refinanzierungs-Entwicklung für die Bank unter verschiedenen Szenarien abgeleitet. Darüber hinaus messen wir unsere Mindestliquiditätsquote gemäß der EBA-Adaption der Definition des Basler Ausschusses.

Wir führen regelmäßig Stresstests durch, um die Auswirkungen eines erheblichen Konjunkturabschwungs auf unser Risikoprofil und unsere Finanzlage zu bewerten. Diese Stresstests ergänzen klassische Risikomaße und sind integraler Bestandteil unserer Strategie- und Kapitalplanungsprozesse. Unser Stresstest-Rahmenwerk umfasst regelmäßige konzern-weite Stresstests, die auf intern definierten sogenannten „Downside-Planning“-Szenarien und starken globalen Rezessionsszenarien basieren. In unseren Stresstests erfassen wir alle wesentlichen Risikoarten. Der Zeithorizont für unsere internen Stresstests beträgt in der Regel ein Jahr, aber kann auch auf mehrere Jahre erweitert werden, falls die Vorgaben des Szenarios dies erfordern. Unsere Methoden werden vom Deutsche-Bank-internen Validierungsteam (Global Model Validation and Governance („GMVG“)) regelmäßig geprüft, um zu beurteilen, ob die Auswirkungen eines gegebenen Szenarios korrekt erfasst werden. Die Analysen werden um Portfolio- und länderspezifische Stresstests sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen, wie jährliche Reverse-Stresstests und zusätzlich von Regulatoren auf Konzern- oder Tochtergesellschaftslevel geforderten Stresstests, ergänzt. Beispiel für Regulatorische Stresstests, die im Jahr 2017 durchgeführt wurden, ist der CCAR-Stresstest für die Tochtergesellschaft in den

USA. Im Jahr 2018 wird die Deutsche Bank am zweijährlichen EBA Stresstest teilnehmen. Ferner wird ein für die Kapitalplanung relevanter Stresstest durchgeführt, um die Umsetzbarkeit des Kapitalplans der Deutschen Bank bei ungünstigen Marktgegebenheiten zu bewerten und einen klaren Zusammenhang zwischen Risikotoleranz, Geschäftsstrategie, Kapitalplan und Stresstests aufzuzeigen. Ein integrierter Ansatz ermöglicht es uns, die Auswirkungen von Ad-hoc-Szenarien zu berechnen, die potenzielle finanzielle oder geopolitische Schocks simulieren.

Risikoarten

Die Deutsche Bank AG ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, darunter Kredit-, Markt-, operationellen, Liquiditäts-, Reputations-, Modell- und allgemeinen (strategischen) Geschäftsrisiken.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden einheitlich „Geschäftspartner“ genannt) ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten), gehaltene An-leihen und Schuldverschreibungen oder unseren direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie beispielsweise außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Bilanzwerte unserer Beteiligungspositionen werden ebenfalls in den Kapiteln über das Kreditrisiko dargestellt. Wir steuern die jeweiligen Positionen innerhalb unserer Marktrisiko- und Kreditrisikorahmenwerke.

Basierend auf unserem jährlichen Risikoidentifizierungs- und Bewertungsprozess unterscheiden wir im Kreditrisiko vier wesentlichen Kategorien: Ausfallrisiko (Kontrahentenrisiko), Branchenrisiko, Länderrisiko und Produktrisiko.

Das Kreditrisiko wird gemessen an der Bonitätseinstufung, dem regulatorischen und internen Kapitalbedarf und den wesentlichen Kreditkennzahlen.

Die Bonitätseinstufung ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Genehmigungs- und Kreditprozesses und bildet die Basis für die Ermittlung der Risikotoleranz auf Kreditnehmer- und Portfolioebene, der Kreditentscheidung und des Transaktionspreises wie auch die Ermittlung des regulatorischen Kapitals für das Kreditrisiko. Jeder Kreditnehmer muss dahingehend beurteilt werden und jede Bonitätseinstufung muss mindestens jährlich überprüft werden. Eine fortlaufende Beobachtung der Geschäftspartner bezweckt, dass die Bonitätseinstufungen auf dem neuesten Stand sind. Es darf keine Kreditlimite ohne Bonitätseinstufung geben. Für jede Bonitätseinstufung muss die bestmögliche Bewertungsmethode angewendet werden und die sich ergebende Bonitätseinstufung muss in den maßgeblichen Systemen erfasst sein. Es wurden unterschiedliche Bonitätseinstufungsmethoden eingeführt, um die besonderen Beurteilungsmerkmale von Risikopositionsklassen, einschließlich Zentralregierungen und Zentralbanken, Institutionen, Unternehmen und Privatkunden, widerzuspiegeln. Geschäftspartner in unseren nichthomogenen Portfolien werden durch unser unabhängiges Kreditrisikomanagement bewertet. Auf das Länderrisiko bezogene Bonitätseinstufungen werden durch ERM Risk Research bereitgestellt.

Unsere Bonitätseinstufungsanalyse basiert auf einer Kombination von qualitativen und quantitativen Einflussfaktoren. Bei der Beurteilung von Kunden wenden wir hausinterne Bewertungsmethoden, Ratingsysteme und unsere 21-stufige Bewertungsskala zur Ermittlung der Bonität unserer Geschäftspartner an.

Neben der Bonitätseinstufungsanalyse sind der Hauptmaßstab im Kreditrisikomanagement, den wir anwenden, um unser Kreditportfolio zu steuern, einschließlich Transaktionsgenehmigungen und Festlegung der Risikotoleranz, interne Limite und Kreditinanspruchnahmen innerhalb dieser Limite. Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Bei der Festlegung der Kreditlimite für einen Geschäftspartner berücksichtigen wir dessen Kreditwürdigkeit unter Zugrundelegung der internen Bonitätseinstufung. Kreditengagements werden sowohl auf Brutto- als auch auf Nettobasis gemessen. Hierbei wird der Nettowert durch Abzug von Kreditsicherungsinstrumenten und bestimmten Sicherheiten von den jeweiligen Bruttowerten ermittelt. Bei Derivaten werden die aktuellen Marktwerte und potenzielle künftige Entwicklungen über die Laufzeit einer Transaktion zugrunde gelegt. Grundsätzlich berücksichtigen wir auch das Risiko-Rendite-Verhältnis der einzelnen Transaktionen und des Portfolios. Die Risiko-Rendite-Kennzahlen beschreiben die Entwicklung der Umsätze mit Geschäftspartnern wie auch die Kapitalbindung. In diesem Zusammenhang betrachten wir auch die Umsätze mit Geschäftspartnern im Verhältnis zur Inanspruchnahme von risikogewichteten Aktiva.

Marktrisiko

Ein Großteil unserer Geschäftsaktivitäten unterliegt Marktrisiken, definiert als die Möglichkeit der Veränderung der Marktwerte unserer Handels- und Anlagepositionen. Risiken können aus Änderungen bei Zinssätzen, Bonitätsaufschlägen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohwarenpreisen und anderen relevanten Parametern wie Marktvolatilitäten und marktbezogenen Ausfallwahrscheinlichkeiten entstehen.

Wir gehen Marktrisiken sowohl im Handelsbuch als auch im Anlagebuch ein. Nach Maßgabe der ökonomischen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen messen wir Marktrisiken anhand von mehreren intern entwickelten wesentlichen Risikokennzahlen und aufsichtsrechtlich definierten Marktrisikansätzen. Value-at-Risk- und Limite für das Ökonomische Kapital sowie Portfolio-Stresstests werden für die Steuerung aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtportfolioebene verwendet. Als zusätzliches und ergänzendes Instrument führt das Market Risk Management zur Steuerung bestimmter Portfolios und Risikoarten zusätzlich Risikoanalysen und geschäftsbereichsspezifische Stresstests durch. Limite werden darüber hinaus für Sensitivitäten und Konzentrations-/Liquiditätsrisiken sowie Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und für Ereignisrisiko-Szenarien festgelegt.

Eines der Hauptziele des Market Risk Managements (MRM), eines Bereichs unserer unabhängigen Risk-Funktion, ist es, sicherzustellen, dass sich das Risiko unserer Geschäftseinheiten innerhalb des gebilligten Risikoappetits befindet und angemessen ist im Sinne der definierten Strategie. Das Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche und einzelne Geschäftssparten auf. Grundlage hierfür sind vorgesehene Geschäftspläne und die Risikoneigung. Des Weiteren gibt es innerhalb von Market Risk Management mit den Geschäftsbereichen abgestimmte Führungspersonen, um geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, festzulegen, indem sie das Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen aufteilen. Des Weiteren gibt es innerhalb von Market Risk Management mit den Geschäftsbereichen abgestimmte Führungspersonen, um geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, festzulegen, indem sie das Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen aufteilen.

Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Unser wichtigster Mechanismus zur Steuerung des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten ist die Anwendung unseres Rahmenwerks betreffend die Risikotoleranz, von welchem das Limit-Rahmenwerk eine Schlüsselkomponente ist. Unterstützt durch das Market Risk Management legt unser Vorstand für die Marktrisiken im Handelsbuch konzernweite Limite für Value-at-Risk, für das Ökonomische Kapital sowie für Portfoliostresstests fest. Das Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche und einzelne Geschäftssparten auf. Grundlage hierfür sind vorgesehene Geschäftspläne und die Risikoneigung.

Des Weiteren gibt es innerhalb von Market Risk Management mit den Geschäftsbereichen abgestimmte Führungspersonen, um geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, festzulegen, indem sie das Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen aufteilen.

Value-at-Risk- und Limite für das Ökonomische Kapital sowie Portfolio-Stresstests werden für die Steuerung aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtportfolioebene verwendet. Als zusätzliches und ergänzendes Instrument führt das Market Risk Management zur Steuerung bestimmter Portfolios und Risikoarten zusätzlich Risikoanalysen und geschäftsbereichsspezifische Stresstests durch. Limite werden darüber hinaus für Sensitivitäten und Konzentrations-/Liquiditätsrisiken sowie Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und für Ereignisrisiko-Szenarien festgelegt.

Während der auf täglicher Basis bestimmte Value-at-Risk eine Prognose für potenzielle große Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, ist er kein adäquates Maß für Langfristrisiken oder potenzielle extreme Verlustereignisse unserer Portfolios. Daher führen wir auch regelmäßig Stresstests durch, bei denen die Handelsportfolios unter extremen Marktszenarien, die nicht durch das Konfidenzintervall des Value-at-Risk-Modells abgedeckt sind, bewertet werden.

Wir entwickeln die diesen Stresstests zugrunde liegenden Szenarien aus historisch beobachteten extremen Schocks dieser Risikofaktoren, angereichert mit subjektiven Einschätzungen, wenn nur begrenzte historische Informationen zur Verfügung stehen oder wenn Marktentwicklungen so eingeschätzt werden, dass die historischen Informationen schlechte Indikatoren möglicher zukünftiger Entwicklungen darstellen. Langfristrisiken oder potenzielle nicht im Value-at-Risk berücksichtigte extreme Verlustereignisse werden im Stress-Value-at-Risk, im Ökonomischen Kapital, im inkrementellen Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge) und im umfassenden Risikoansatz berücksichtigt. Darüber hinaus werden sie auch über Stresstests erfasst.

Diese Stresstests bilden die Basis für die Schätzung der Höhe des Ökonomischen Kapitals, das wir benötigen, um extreme unerwartete Verluste aus unseren Risikopositionen über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Zeithorizonts von einem Jahr aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt.

Im Dezember 2011 haben wir von der BaFin die Genehmigung für unsere Modelle zum Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag und den umfassenden Risikoansatz erhalten. Diese sind zusätzliche Methoden, die wir zur Messung des Marktrisikos einsetzen.

- **Stress-Value-at-Risk:** Berechnung des Stress-Value-at-Risk auf Basis eines einjährigen Zeitraums ununterbrochenen signifikanten Marktstresses.
- **Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“):** Erfassung von Ausfall- und Migrationsrisiken zusätzlich zu den bereits im Value-at-Risk erfassten Risiken für kreditrisikosensitive Positionen im Handelsbuch.
- **Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“):** Erfasst zusätzliches Risiko für das Korrelationshandelsportfolio durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das qualitativen Mindestanforderungen und Stress-tests unterliegt.
- **Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“):** Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für Verbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate.

Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten

Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten stammt vor allem aus Aktivitäten außerhalb unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und von bestimmten außerbilanziellen Positionen. Zu den signifikanten Marktrisikofaktoren, denen der Konzern ausgesetzt ist und die von Risikomanagementteams in diesem Bereich überwacht werden, gehören:

- Zinsrisiken (einschließlich Risiken aus eingebetteten Optionen und Verhaltensmustern bei bestimmten Produktarten), Credit-Spread-Risiken, Währungsrisiken, Aktienrisiken (einschließlich Investitionen in Aktienmärkten und Private Equity sowie in Immobilien, Infrastruktur und Fondsvermögen);
- Marktrisiken aus außerbilanziellen Positionen wie Pensionsplänen und Garantien sowie strukturelle Währungsrisiken und Risiken aus aktienbasierten Vergütungen.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisiken wird entweder durch Anwendung der Standardmethode - Stress-Value-at-Risk basiertes Ökonomisches Kapitalmodell – ermittelt, oder mithilfe von für einzelne Risikoklassen spezifischen Stresstestverfahren, die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens bei Produkten mit Verhaltensoptionalität berücksichtigen.

Operationelles Risiko

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen und Systemen, durch menschliches Versagen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, umfasst aber keine Geschäfts- und Reputationsrisiken. Sie ist ein Bestandteil der nichtfinanziellen Risiken der Bank, so wie das Reputationsrisiko.

Die Steuerung unserer operationellen Risiken folgt dem Konzept der drei Verteidigungslinien (Three Lines of Defense – „3LoD“), um die Bank, ihre Kunden und Aktionäre vor Verlusten aufgrund von Risiken und dem daraus resultierenden Reputations Schaden zu schützen. Dies soll gewährleisten, dass alle operationellen Risiken erkannt und abgedeckt werden, dass Verantwortlichkeiten bezüglich des Managements der operationellen Risiken eindeutig zugewiesen sind und dass die Risiken im besten und langfristigen Interesse der Bank eingegangen und gesteuert werden. Das 3LoD-Konzept und seine Grundsätze, d.h., die volle Verantwortung der ersten Verteidigungslinie („1. LoD“) für die eigenen Risiken und das Vorhandensein einer unabhängigen zweiten Verteidigungslinie („2. LoD“) für die Überwachung und Hinterfragung des Risikoappetits und der Behandlung der Risiken, gelten auf allen Ebenen der Organisation, einschließlich der Gruppenebene und aller Regionen, Länder und Tochtergesellschaften.

Der Risikoappetit der Deutschen Bank legt fest, in welchem Umfang wir bereit sind, operationelle Risiken im Zusammenhang mit unserer geschäftlichen Tätigkeit zu akzeptieren. Wir gehen operationelle Risiken bewusst ein, sowohl strategisch als auch innerhalb der täglichen Geschäftsabläufe. Während wir nicht bereit sind, bestimmte Fehler als Ausprägung operationeller Risiken hinzunehmen (z. B. schwerwiegende Verstöße gegen Gesetze oder Vorschriften), müssen wir in anderen Fällen ein gewisses Maß an operationellem Risiko akzeptieren, wenn die Bank ihre Geschäftsziele erreichen will. Wenn eine Bewertung des Restrisikos ergibt, dass es unseren Risikoappetit übersteigt, müssen weitere risikoreduzierende Maßnahmen ergriffen werden, beispielsweise die Reduktion von Risiken durch die Stärkung von Kontrollen, die Versicherung von Risiken oder die Aufgabe dieses Geschäfts.

Der Bereich Non-Financial Risk Management („NFRM“) ist innerhalb der Risikoabteilung für die Aufsicht über die nichtfinanziellen Risiken einschließlich der operationellen Risiken der Bank verantwortlich und trägt die Verantwortung für das übergreifende Rahmenwerk für die Steuerung operationeller Risiken (Operational Risk Management Framework, „ORMF“).

Das ORMF besteht aus einer Reihe von miteinander verbundenen Instrumenten und Verfahren, die für die Identifikation, Bewertung, Messung, Überwachung und Reduktion operationeller Risiken eingesetzt werden. Seine Bestandteile wurden dafür konzipiert, gemeinsam als umfassender Ansatz zur Steuerung der wichtigsten operationellen Risiken zu funktionieren. Zu den Bestandteilen des ORMF gehören die Errichtung der Mandate der 1. und 2. LoD, die Festlegung der Rollen und Verantwortlichkeiten für den Managementprozess der operationellen Risiken, eine unabhängige Hinterfragung der Risikoentscheidungen der 1. LoD, das Verfahren für die Festlegung des operationellen Risikoappetits und die Überprüfung seiner Einhaltung, die Taxonomien für operationelle Risikoarten und Kontrollen, die Mindeststandards und Instrumente für das Management operationeller Risiken innerhalb der Bank, Strukturen für die unabhängige Überwachung sowie das Kapitalmodell der Bank für operationelle Risiken.

Die folgenden vier Grundsätze bilden die Basis für das ORMF und das Management operationeller Risiken in der Deutschen Bank:

Grundsatz I: NFRM erstellt und entwickelt das Rahmenwerk für die Steuerung Operationeller Risiken in der Gruppe weiter. Als unabhängige Risikokontrollfunktion der 2. LoD prüft und hinterfragt NFRM die Risiko- und Kontrollbewertungen sowie die Risikomanagement-Aktivitäten der 1. LoD. Als Fachexperte für operationelle Risiken erstellt NFRM unabhängige Risikobetrachtungen, um ein vorausschauendes Management operationeller Risiken zu ermöglichen, interagiert aktiv mit den Risikoträgern in der 1. LoD und unterstützt die Umsetzung der Risikomanagement-Standards in der Bank. NFRM erstellt einen bankweiten Überblick über die Risikoreduktions- und Kontrollpläne, um sicherzustellen, dass die Bank ihren Risikoappetit nicht überschreitet.

Grundsatz II: Die Eigentümer der Risiken tragen als 1. LoD die volle Verantwortung für ihre operationellen Risiken und müssen diese im Rahmen des festgelegten Risikoappetits steuern.

Als Risikoeigentümer werden die Rollen in der Bank bezeichnet, deren Geschäftsprozesse die Risiken erzeugen, egal ob finanzieller oder nichtfinanzieller Natur. Die Leiter der Unternehmensbereiche und Infrastrukturfunktionen müssen angemessene organisatorische Strukturen schaffen, um das operationelle Risikoprofil ihrer Organisationseinheit identifizieren zu können, Standards für das Management und die Kontrollen von Risiken in ihrer Organisation umzusetzen, Geschäftsentscheidungen zur Reduktion von operationellen Risiken innerhalb des Risikoappetits zu treffen, und Kontrollen auf Ebene der 1. LoD festzulegen und aufrechtzuerhalten (Level 1 Controls).

Grundsatz III: Die jeweilige Risikokontrollfunktion für eine spezifische Risikoart (Risk Type Controller – „RTC“) erstellt innerhalb der 2. LoD das Rahmenwerk für das Management dieser Risikoart und legt den Risikoappetit für diese Risikoart fest. Sie überwacht das Profil der Risikoart auf Gruppenebene, um sicherzustellen, dass es sich innerhalb des Risikoappetits befindet und legt ihr Veto gegen Überschreitungen des Risikoappetits ein.

RTCs legen die Standards für das Management und die Kontrollen der von Ihnen überwachten Risikoarten fest und überwachen und hinterfragen die Umsetzung dieser Standards sowie das Eingehen von Risiken und deren Management durch die Risikoeigentümer unabhängig. RTCs schaffen für ihre Risikoart eine unabhängige Kontrollinstanz und erstellen ihr aggregiertes Risikoprofil. Als Fachexperten erstellen die RTCs die Definition und die Taxonomie für ihre jeweilige Risikoart. Zudem unterstützen sie die Umsetzung der Standards und Verfahren für das Management der Risiken in der 1. LoD. Zur Erhaltung ihrer Unabhängigkeit sind RTC-Rollen lediglich in den Infrastrukturfunktionen angesiedelt.

Grundsatz IV: NFRM soll eine ausreichende Kapitalunterlegung der operationellen Risiken sicherstellen. NFRM ist für den Entwurf, die Implementierung und die Weiterentwicklung eines geeigneten Ansatzes verantwortlich, um eine angemessene Eigenkapitalausstattung für operationelle Risiken zu ermitteln und dem Vorstand zur Genehmigung vorzulegen.

NFRM ist für die Berechnung und Allokation des Kapitalbedarfs für operationelle Risiken und für die Planung erwarteter Verluste verantwortlich und nutzt hierfür einen fortgeschrittenen Messansatzes (Advanced Measurement Approach – „AMA“). NFRM verantwortet außerdem die jährliche Kapitalplanung und den monatlichen Prüfprozess für operationelle Risiken.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, das aus unserem potenziellen Unvermögen entsteht, alle Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen, oder unseren Zahlungsverpflichtungen nur zu überhöhten Kosten nachkommen zu können. Das Ziel des Rahmenwerks zur Steuerung des Liquiditätsrisikos des Konzerns ist es sicherzustellen, dass der Konzern seine Zahlungsverpflichtungen zu jedem Zeitpunkt erfüllen kann, und die Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken im Rahmen ihres Risikoappetits zu steuern. Das Rahmenwerk betrachtet relevante und wichtige Einflussfaktoren des Liquiditätsrisikos, egal ob sie bilanziell oder außerbilanziell auftreten.

Der Vorstand legt die Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie der Bank fest, genauso wie den Risikoappetit, basierend auf Empfehlungen des Group Risk Committee (GRC). Der Vorstand überprüft und genehmigt mindestens einmal jährlich die konzernweiten Limite zur Messung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sowie den langfristigen Refinanzierungs- und Emissionsplan der Bank.

Unsere Treasury-Funktion ist für die Steuerung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken der Deutschen Bank weltweit verantwortlich. Liquidity Risk Management ist eine unabhängige Kontrollfunktion, verantwortlich für die regelmäßige Überprüfung des Liquiditätsrahmenwerkes, die Unterbreitung des Risikoappetits an das GRC und die Validierung der Liquiditätsrisikomodelle, die von Treasury entwickelt wurden, um das Liquiditätsrisikoprofil des Konzerns zu messen und zu steuern.

Unsere Treasury Funktion steuert Liquidität und Refinanzierung, in Übereinstimmung mit dem vom Vorstand genehmigten Risikoappetit entlang einer Fülle von relevanten Maßen und implementiert eine Vielzahl von Werkzeugen um diese zu beobachten und Übereinstimmung zu erzielen. Zusätzlich arbeitet Treasury eng mit Liquidity Risk Management („LRM“) und den Geschäftsbereichen zusammen um die zugrundeliegenden Liquiditätsmerkmale der Geschäftsbereichportfolios zu analysieren und zu verstehen. Die Parteien sind in regelmäßigem Austausch, um die Veränderungen in der Liquiditätsposition der Bank zu verstehen, die von Geschäftsaktivitäten oder Marktveränderungen kommen. Fest zugeordnete Geschäftsbereichsziele sollen sicherstellen, dass der Konzern im Rahmen seines Liquiditäts- und Refinanzierungsappetits agiert.

Der Vorstand wird über die Entwicklung bezüglich dieser Risikoappetitmaße im Rahmen eines wöchentlichen Liquidity Dashboards informiert. Als Teil des jährlichen Planungsprozesses projizieren wir die Entwicklung unserer Hauptliquiditäts- und Refinanzierungsmaße basierend auf dem zugrundeliegenden Geschäftsplan um sicherzustellen, dass unser Plan im Einklang ist mit unserem Risikoappetit.

Globale Liquiditäts-Stresstests und Szenarioanalysen sind eines unserer Hauptwerkzeuge, um Liquiditätsrisiken zu messen und die globale kurzfristige Liquiditätsposition innerhalb des Liquiditätsrahmenwerkes zu bewerten. Diese vervollständigen den operationellen intraday Liquiditätsmanagementprozess und die langfristige Liquiditätsstrategie, dargestellt durch die Funding Matrix.

Allgemeines Geschäftsrisiko (strategisches Risiko)

Strategisches Risiko ist das Risiko einen Gewinnrückgang zu erleiden, verursacht durch Umsätze, die niedriger sind als erwartet, und die nicht durch Kostenreduzierungen kompensiert werden können. Strategisches Risiko kann aus Änderungen des Wettbewerbsumfeldes oder der regulatorischen Vorgaben entstehen oder aufgrund einer unpassenden strategischen Positionierung im makroökonomischen Umfeld. Es könnte auch aus einer unzureichenden Strategieumsetzung und / oder dem Fehlen effektiver Gegenmaßnahmen zu materiellen negativen Planabweichungen entstehen.

Ein Strategie- und Kapitalplan wird jährlich entwickelt und dem Vorstand zu Diskussion und Genehmigung vorgelegt. Der endgültige Plan wird danach dem Aufsichtsrat vorgestellt. Unterjährig wird die Umsetzung der Geschäftsstrategien regelmäßig überwacht, um den Fortschritt bei der Erreichung der strategischen Ziele zu beurteilen und im Bemühen sicherzustellen, dass wir die Ziele weiterhin erreichen können.

Reputationsrisiko

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir das Reputationsrisiko als das Risiko möglicher Schäden an der Marke und dem Ruf der Deutschen Bank und das damit verbundene Risiko beziehungsweise die Auswirkung auf unsere Erträge, unser Kapital oder unsere Liquidität, welche durch Assoziation, Tätigkeit oder Untätigkeit entsteht, wenn diese von den Betroffenen als unangemessen, unmoralisch oder nicht mit den Werten und Überzeugungen der Deutsche Bank vereinbar wahrgenommen werden könnten.

Das Reputationsrisiko-Rahmenwerk besteht, um die primären Reputationsrisiken zu managen. Es beinhaltet den Prozess zur aktiven Entscheidung über Themen, welche möglicherweise Reputationsrisiken beinhalten, bevor sich das Risiko materialisiert, und damit soweit wie möglich potentiellen Reputationschaden für die Deutsche Bank abzuwenden. Reputationsrisiken die aus Versäumnissen in anderen Risikoarten, Kontrollen oder Prozessen erwachsen könnten (sekundäre Reputationsrisiken) werden separat über das entsprechende Rahmenwerk der betreffenden Risikoart gemanagt. Das Rahmenwerk wurde implementiert, um einheitliche Standards für die Identifikation, Bewertung und Steuerung von Reputationsrisiko bereitzustellen. Auch wenn jeder Mitarbeiter die Verantwortung hat, den Ruf der Deutschen Bank zu schützen, liegt die Hauptverantwortung für die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und, falls erforderlich, Bericht-erstattung von Angelegenheiten des Reputationsrisikos bei unseren Geschäftsbereichen. Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, im Rahmen seiner Tätigkeit wachsam zu sein, um jegliche mögliche Ursachen für das Reputationsrisiko zu erkennen und diese gemäß dem Rahmenwerk zu adressieren. Das Reputationsrisikomanagement hat einen umfassenden Prozess entworfen und implementiert der regelmäßige Rückblicke und gewonnene Erfahrungen nutzt, um die Effektivität des Rahmenwerkes zu bewerten und zu überwachen, auch in Bezug auf die Identifikation und Weiterleitung von Reputationsrisiken.

Wird eine Angelegenheit erkannt die mindestens ein moderates Reputationsrisiko beinhaltet, ist es erforderlich, diese zu melden, damit weitere Schritte gemäß dem für den Geschäftsbereich geltenden Reputationsrisikobewertungsprozess (Unit RRAP) getroffen werden. Für den Fall, dass eine Angelegenheit ein materielles Reputationsrisiko darstellt, muss sie an eines der vier Regionalen Reputationsrisikokomitees (RRRCs) zur weiteren Überprüfung gemeldet werden. Zusätzlich zur Materialitätsprüfung gibt es weitere Kriterien, bekannt als verpflichtende Überweiskriterien, welche grundsätzlich als mit höheren Reputationsrisiken behaftet gelten und daher eine verpflichtende Meldung und Übergabe an definierte Fachexperten (SMEs) erfordern. Hierzu zählen beispielsweise Industry Reputational Risk oder Group Sustainability, und/oder die Übergabe an ein Unit RRAP oder RRRC.

Die RRRCs sind Unterkomitees des Group Reputational Risk Committee (GRRC), das selbst ein Unterkomitee des Group Risk Committee (GRC) ist, und sind im Namen des Vorstands verantwortlich für die Überwachung, Steuerung und Koordination des Managements von Reputationsrisiken in ihren jeweiligen Regionen der Deutsche Bank. In Ausnahmefällen können Reputationsrisiko-Angelegenheiten auch durch die RRRCs an das GRRC weitergereicht werden.

Die Modellierung und quantitative Messung für das Reputationsrisiko findet implizit Berücksichtigung in unserem Ökonomischen Kapitalmodell, da das Risiko im Wesentlichen durch das Ökonomische Kapital für operationelle und strategische Risiken mit abgedeckt wird.

Modellrisiko

Modellrisiko ist die Möglichkeit nachteiliger Folgen durch falsche oder falsch verwendete Ergebnisse von Modellen und den daraus erstellten Berichten. Modellrisiko kann zu finanziellen Verlusten, unangemessenen strategischen oder Geschäftsentscheidungen oder zu Reputationsschäden führen. In diesem Zusammenhang ist ein Modell definiert als eine quantitative Methode, ein System, oder ein Ansatz in Verbindung mit statistischen, wirtschaftlichen, finanziellen oder mathematischen Theorien und Techniken, welche Eingangsgrößen in quantitative Schätzungen überführt.

Für das Management von Modellrisiken werden Bewertungsmodelle, Risiko- und Kapitalmodelle und Sonstige Modelle betrachtet:

- Bewertungsmodelle dienen der Bewertung von bilanziell relevanten Forderungen und Verbindlichkeiten sowie der Ermittlung von Preissensitivitäten, die für das Marktrisikomanagement verwendet werden;
- Risiko- und Kapitalmodelle dienen der Berechnung von Risikokennzahlen für regulatorische oder interne Kapitalanforderungen wie etwa VaR, IMM, Stress Tests, etc.
- Sonstige Modelle sind Modelle außerhalb der oben genannten Modellkategorien.

Der Modellrisikoappetit folgt den qualitativen Konzernstandards, bindet das Management der Modellrisiken in die Risikokultur der Bank ein und reduziert diese Risiken weitest möglich.

Das Management von Modellrisiken beinhaltet folgende Aspekte:

- eine unabhängige Validierung der Modelle umfasst eine kritische Überprüfung der Modellentwicklung und identifiziert Anwendungseinschränkungen oder methodische Einschränkungen, welche eine Anpassung der Ergebnisse nötig machen könnten, sowie Feststellungen, die zu beheben sind;
- die Einführung eines Rahmenwerks zur robusten Steuerung der Modellrisiken, einschließlich hochrangig besetzter Foren zur Überwachung und zur Eskalation von Modellrisiko bezogenen Themen
- die Erstellung von an regulatorischen Anforderungen ausgerichteten bankweiten Richtlinien für Modellrisiko sowie die Festlegung von klaren Verantwortlichkeiten über den gesamten Lebenszyklus eines Modells hinweg
- die Einschätzung der Kontrollumgebung für Modellrisiken sowie regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand

Risikoprofil

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert das Eingehen verschiedenster Risiken durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch den ökonomischen Kapitalbedarf ohne Diversifikationseffekte. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor risikoartenübergreifenden Effekten auf Konzernebene wieder.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals

	31.12.2017						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank	Private & Commercial Bank	Deutsche Asset Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt in %
Kreditrisiko	6.519	3.596	62	0	591	10.769	40
Marktrisiko	4.679	1.386	310	0	4.054	10.428	38
Operationelles Risiko	5.995	932	402	0	0	7.329	27
Geschäftsrisiko	4.435	10	99	0	1.133	5.677	21
Diversifikationseffekte ¹	-5.450	-950	-264	0	-410	-7.074	-26
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in Mio €	16.178	4.974	609	0	5.368	27.129	100
in %	60	18	2	0	20	100	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

	31.12.2016 ¹						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank	Private & Commercial Bank	Deutsche Asset Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt
Kreditrisiko	8.185	4.308	62	108	442	13.105	37
Marktrisiko	5.341	1.712	2.197	332	5.010	14.592	41
Operationelles Risiko	8.330	1.437	561	160	0	10.488	30
Geschäftsrisiko	4.753	32	100	245	-32	5.098	14
Diversifikationseffekte ²	-6.008	-1.039	-441	-110	-248	-7.846	-22
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in Mio €	20.602	6.449	2.480	735	5.172	35.438	100
in %	58	18	7	2	15	100	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Betrageszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 31. Dezember 2016 angepasst.

² Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Das Risikoprofil von Corporate & Investment Bank (CIB) wird geprägt von Handelstätigkeiten im Zusammenhang mit Originator- sowie Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Der Großteil der Kreditrisiken resultiert aus Trade Finance Aktivitäten im Geschäftsbereich Global Trade Finance, sowie aus Corporate Finance Aktivitäten im Geschäftsbereich Financing and Origination & Advisory. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil von CIB ist im Vergleich zum Jahresende 2016 angestiegen und reflektiert sowohl ein erhöhtes Verlustrisikoprofil der kompletten Branche als auch interne Verluste. Der übrige Teil des Risikoprofils von CIB leitet sich aus dem Geschäftsrisiko ab, welches Ertragsschwankungsrisiken reflektiert. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Geschäftsrisiko im Vergleich zum Jahresende 2016 resultierte hauptsächlich aus einem erhöhten ökonomischen Kapitalbedarf für die strategische Risikokomponente. Die Quantilsänderung führte zu einem Rückgang des ökonomischen Kapitalbedarfs in CIB um 6,3 Mrd €.

Das Risikoprofil von Private & Commercial Bank (PCB) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden, kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) sowie Aktivitäten im Wealth Management (WM) und Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread-Risiken wider. Der Rückgang des ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko im Vergleich zum Jahresende 2016 resultiert hauptsächlich aus einer Verringerung des Marktrisikos aus der Nichthandelspositionen-Komponente. Die Quantilsänderung führte zu einem Rückgang des ökonomischen Kapitalbedarfs in PCB um 1,8 Mrd €.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AM entsprechende operationelle Risiken mit sich. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko reduzierte sich im Vergleich zum Jahresende 2016. Der Rückgang resultierte hauptsächlich aus einer Verringerung des Marktrisikos aus der Nichthandelspositionen-Komponente infolge der Anwendung einer neuen Methodik zur Messung von Garantiefondsrisiken. Die Quantilsänderung führte zu einem Rückgang des ökonomischen Kapitalbedarfs in Deutsche AM um 469 Mio €.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehörten Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählten, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen waren. Die NCOU umfasste auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasste Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens. Der ökonomische Kapitalbedarf über alle Risikoarten reduzierte sich durchgehend in 2016, was hauptsächlich den Risikoabbau von nicht strategischen Beständen reflektiert. Zum Jahresanfang 2017 wurde die NCOU aufgelöst und die verbleibenden Bestände auf die anderen Geschäftsbereiche verteilt.

Consolidation & Adjustments beinhalten hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken, das Risiko aus Pensionsverpflichtungen sowie das Aktienvergütungsrisiko. Der ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko und das Steuerrisiko als Teil des Geschäftsrisikos erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2016. Die Quantilsänderung führte zu einem Rückgang des ökonomischen Kapitalbedarfs in Consolidation & Adjustments um 1,8 Mrd €.

Kreditrisiko

In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und außerbörslich gehandelte Derivate, gehandelte Kredite, gehandelte festverzinsliche Wertpapiere, zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere sowie Wertpapierpensionsgeschäfte:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und sonstige ähnliche Arrangements (im Wesentlichen Haftungsübernahmeerklärungen).
- „Außerbörslich gehandelte Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nach Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten.
- „Gehandelte Kredite“ werden erworben und gehalten mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs, oder die materiellen Risiken werden sämtlich abgesichert oder verkauft. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
- „Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere“ beinhalten Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, die mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs erworben werden. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
- „Festverzinsliche Wertpapiere“ bezeichnen Schuldverschreibungen, Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, welche zu fixen Bedingungen begeben werden und durch den Emittenten zurückgekauft werden können, die wir als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert haben.
- „Wertpapierpensionsgeschäfte“ sind Rückkaufs- und Leihegeschäfte von Wertpapieren oder Rohstoffen vor Anwendung der bilanziellen Aufrechnung und erhaltenen Sicherheiten.

In den nachfolgenden Tabellen sind folgende Produkte nicht enthalten, obwohl wir sie bei der Kreditrisiküberwachung berücksichtigen: Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklungen, Barreserven und Zentralbankeinlagen, Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken), zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, Forderungen aus Zinsabgrenzungen, bilanzwirksame Verbriefungspositionen („Traditional“) und Beteiligungen.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Unternehmensbereichen

									31.12.2017
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁵	Insgesamt
Corporate & Investment Bank	137.954	141.892	45.342	30.993	10.875	83.067	2.667	99.335	552.125
Private & Commercial Bank	267.554	16.201	2.802	422	1	0	14.421	835	302.235
Deutsche Asset Management	87	53	16	0	0	67	39	0	262
Non-Core Operations Unit									
Consolidation & Adjustments	26	107	52	15	0	4.130	31.124	4.630	40.084
Insgesamt	405.621	158.253	48.212	31.430	10.876	87.264	48.251	104.800	894.707

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 6,2 Mrd € zum 31. Dezember 2017.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2017 im Zusammenhang mit Konsumentenkreditengagements.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere.

⁵ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

									31.12.2016
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁵	Insgesamt
Corporate & Investment Bank	145.187	148.599	48.778	43.230	12.996	72.342	3.568	98.135	572.835
Private & Commercial Bank	264.385	16.976	2.985	737	0	1	17.360	4.290	306.734
Deutsche Asset Management	343	55	21	27	6	2.569	26	0	3.047
Non-Core Operations Unit	3.133	131	434	175	191	257	0	34	4.355
Consolidation & Adjustments	407	302	123	24	0	6.124	33.768	2.450	43.197
Insgesamt	413.455	166.063	52.341	44.193	13.193	81.293	54.722	104.909	930.169

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 7,4 Mrd € zum 31. Dezember 2016.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere

⁵ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Im Rahmen unserer Resegmentierung im Jahr 2017 wurden alle Aktivitäten von Global Markets und Corporate & Investment Banking in dem neuen Unternehmensbereich Corporate & Investment Bank zusammengefasst. Analog wurde Private Wealth and Commercial Clients mit der Postbank zusammengeführt und bilden nun die Private & Commercial Bank. Die Salden der Bereiche für 2017 und die Vergleichszahlen für 2016 wurden entsprechend den neuen Segmenten zugeordnet. Die Aktivitäten der Non-Core Operations Unit fanden Eingang in die Private & Commercial Bank sowie die Corporate & Investment Bank, damit einhergehend wurde Kreditvolumen in Höhe von 4,4 Mrd € im Dezember 2016 zu Beginn des Jahres 2017 dem operativen Kerngeschäft zugewiesen.

Unsere wesentlichen Kreditrisikoengagements verringerten sich um 35,5 Mrd €.

- Gegliedert nach Unternehmensbereichen kann eine Reduzierung des Engagements über alle Unternehmensbereiche beobachtet werden. Unser Engagement in Corporate & Investment Bank verringerte sich um 20,7 Mrd €.
- Aus Produktsicht wurden große Reduzierungen für Außerbörsliche Derivate, Kredite, Unwiderrufliche Kreditzusagen und Festverzinsliche Wertpapiere beobachtet. Dem gegenüber stand ein Anstieg in gehandelten festverzinslichen Wertpapieren.

Unser Kreditengagement gegenüber den zehn größten Kunden belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 8 % des gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien, verglichen mit 7 % zum 31. Dezember 2016. Unsere zehn größten Kreditengagements bestanden gegenüber Kunden mit guter Bonitätsbewertung oder bezogen sich ansonsten auf strukturierte Kredite mit einem hohen Maß an Risikominderungen.

Die größten Kreditrisikokonzentrationen aus regionaler Sicht in Bezug auf Kredite bestanden in unserem Heimatmarkt Deutschland mit einem hohen Anteil privater Haushalte. Dieses Engagement macht einen Großteil unseres Immobilienfinanzierungsgeschäfts aus.

Bei außerbörslichen Derivaten, handelbaren Vermögenswerten und Wertpapierpensionsgeschäften bestanden aus regionaler Sicht die größten Konzentrationen in Europa und Nordamerika. Aus Branchensicht haben Engagements in außerbörslich gehandelten Derivaten sowie Wertpapierpensionsgeschäfte einen wesentlichen Anteil am Geschäft mit Kunden in der Branche Finanzintermediation, die mit einem sehr guten Rating versehen sind. Für handelbare Vermögenswerte bestand auch ein großer Anteil an Kreditrisiko mit dem öffentlichen Sektor.

Marktrisiko

VaR ist ein quantitatives Maß für das Risiko eines potenziellen (Wert-)Verlusts bei einer zum beizulegenden Zeitwert zu bewertenden Position aufgrund von Marktschwankungen, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und auf einem bestimmten Konfidenzniveau mit einer definierten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für das Handelsgeschäft wird anhand unseres internen Modells ermittelt. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, ein Vorgängerinstitut der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser internes Modell zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs für allgemeine und spezifische Marktrisiken genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig weiterentwickelt und die Genehmigung ist weiterhin gültig.

Wir berechnen den VaR mit einem Konfidenzniveau von 99 % und für eine Haltedauer von einem Tag. Damit gehen wir von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Marktwertverlust aus unseren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete VaR-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke, welche die Berechnung unserer Kapitalanforderungen und risikogewichteten Aktiva beinhalten, beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Zur Bestimmung des VaR verwenden wir historische Marktdaten eines Jahres als Eingangsgröße. Ein Monte-Carlo-Simulationsverfahren wird bei der Berechnung angewandt. Es basiert auf der Annahme, dass Änderungen der Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung oder einer nicht normalen Verteilung (t-Verteilung, asymmetrische t-Verteilung, asymmetrische Normalverteilung). Zur Berechnung des aggregierten VaR benutzen wir innerhalb desselben Einjahreszeitraums beobachtete Korrelationen der Risikofaktoren.

Unser VaR-Modell ist so konzipiert, dass ein umfassendes Spektrum an Risikofaktoren in allen Vermögensklassen berücksichtigt wird. Die wichtigsten Risikofaktoren sind Swap-/Staatstitel-Kurven, index- und emittentenspezifische Kreditkurven, Finanzierungsmargen, Preise für einzelne Aktienpositionen und Indizes, Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie die impliziten Volatilitäten. Eine vollständige Risikoabsicherung erfordert darüber hinaus, dass Risikofaktoren zweiter Ordnung, zum Beispiel der CDS-Index im Vergleich mit einzelnen Basisfaktoren, die Geldmarktbasis, implizite Dividenden, optionsbereinigte Spreads und Leihsätze von Edelmetallen, bei der Ermittlung des VaR berücksichtigt werden.

Für jede Geschäftseinheit wird ein spezifischer VaR für jede Risikoart, zum Beispiel Zinsrisiko, Credit-Spread-Risiko, Aktienkursrisiko, Fremdwährungsrisiko und Rohwarenpreisrisiko, errechnet. Dafür werden für jede Risikoart Sensitivitäten abgeleitet und anschließend die Änderungen der entsprechenden Risiko-Einflussfaktoren simuliert. Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte VaR an einem bestimmten Tag geringer sein wird als die Summe des VaR der einzelnen Risikoarten. Eine einfache Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoarten zur Erlangung eines aggregierten VaR würde die Annahme unterstellen, dass die Verluste in allen Risikoarten gleichzeitig eintreten.

Das Modell trägt sowohl linearen als auch – insbesondere bei Derivaten – nichtlinearen Effekten durch die Kombination von sensitivitätsbasierten und Neubewertungsansätzen mithilfe von Rastern Rechnung.

Durch den VaR-Ansatz können wir ein konstantes, einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und -produkte anwenden. Dies ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und Verrechnung von Positionen in einem Portfolio. Damit können Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögensklassen berücksichtigt werden. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch mit unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei VaR-Schätzungen sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Historische Marktdaten sind unter Umständen keine guten Indikatoren für potenzielle künftige Ereignisse, insbesondere für solche von extremer Natur. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im VaR zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie beispielsweise im Jahr 2008), aber auch zu einer Überbewertung.
- Die angenommene Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren könnten sich insbesondere bei extremen Marktereignissen als falsch erweisen. Eine Haltedauer von einem Tag führt bei Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der VaR gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Risiko innerhalb eines Tages (Intra-Day-Risk) wird im VaR zum Tagesende nicht erfasst.
- Handelsbücher können Risiken enthalten, die das Value-at-Risk-Modell nicht oder nicht vollständig erfasst.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Value-at-Risk-Werte unserer Handelsbereiche, die mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag berechnet werden. Sie beinhaltet nicht die Anteile am Handelsbuch der Postbank, die separat berechnet werden.

Value-at-Risk nach Risikotyp im Berichtszeitraum

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zinsrisiko		Credit Spread Risiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko ¹		Rohwaren- preisisiko	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Durchschnitt	29,8	32,0	-28,1	-35,0	20,2	19,7	19,7	26,6	8,7	9,3	8,4	10,7	0,8	0,7
Maximum	38,4	59,4	-37,6	-57,6	26,0	29,5	25,1	32,5	12,5	52,4	16,5	16,7	3,0	3,3
Minimum	20,1	20,4	-21,4	-25,6	13,5	14,8	13,5	22,3	4,4	4,4	4,2	3,6	0,1	0,2
Periodenende	29,1	30,1	-22,5	-36,9	21,4	19,9	14,4	24,3	10,1	10,0	4,9	12,6	0,7	0,2

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Der durchschnittliche Value-at-Risk in 2017 betrug 29,8 Mio €, was einem Rückgang von 2,2 Mio € gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2016 entspricht. Der durchschnittliche Credit Spread Value-at-Risk verminderte sich aufgrund von Reduzierungen des idiosynkratischen Risikos. Der Rückgang des durchschnittlichen Value-at-Risk am Periodenende war getrieben von Reduzierungen der Vermögensklassen Credit Spread und Foreign Exchange.

Operationelles Risiko

Wir berechnen und messen den aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Kapitalbedarf für operationelle Risiken mittels des „Advanced Measurement Approach (AMA)“-Ansatzes. Unsere Kapitalberechnung nach dem AMA-Modell basiert auf dem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach, „LDA“). Das Risikoprofil (die Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe) ermitteln wir, indem wir auf Bruttoverluste aus historischen internen und externen Verlustdaten (letztere aus dem „ORX“-Konsortium der Operational Riskdata eXchange Association) zurückgreifen, zusätzliche externe Szenarien aus einer öffentlichen Datenbank (IBM OpData) hinzufügen und diese durch interne Szenariodaten (gemäß einer Verteilung nach Verlustfrequenz und -schwere) ergänzen. Unser LDA geht konservativ vor, indem Verluste, die über mehrere Jahre auftreten können, als ein Verlustereignis gezeitigt werden.

Innerhalb des LDA-Modells werden die Verteilungen von Verlusthäufigkeit und -höhe in einer Monte-Carlo-Simulation zusammengeführt, um zu ermitteln, welche potenziellen Verluste über einen Zeithorizont von einem Jahr entstehen könnten. Schließlich werden für jeden in der Monte-Carlo-Simulation generierten Verlust die risikomindernden Effekte von Versicherungen angerechnet. Unter Berücksichtigung von Korrelations- und Diversifikationseffekten wird – unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen – eine Verteilung der Nettoverluste auf Konzernebene ermittelt, die die erwarteten und unerwarteten Verluste abdeckt. Anschließend wird das Kapital den Geschäftsbereichen zugeordnet und sowohl eine qualitative Anpassung („QA“) als auch der Abzug erwarteter Verluste („EL“) vorgenommen.

Der aufsichtsrechtliche Kapitalbedarf wird aus dem 99,9 %-Quantil abgeleitet. Seit Q4 2017 wird auch das ökonomische Kapital auf das 99,9 %-Quantil festgesetzt, siehe Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“ für eine detaillierte Erläuterung. Der aufsichtsrechtliche und ökonomische Kapitalbedarf werden jeweils für einen Zeithorizont von einem Jahr berechnet.

Der regulatorische und ökonomische Kapitalbedarf wird vierteljährlich berechnet. NFRM zielt darauf ab, angemessene Entwicklungs-, Validierungs- und Veränderungssteuerungen für die Quantifizierung des Kapitalbedarfs bereitzustellen. Die Validierung findet hierbei im Einklang mit dem Modellrisikoprozess der Deutschen Bank statt und wird durch eine unabhängige Validierungsfunktion durchgeführt.

Verluste aus operationellen Risiken pro Verlustkategorie (Gewinn- und Verlustsicht)

in Mio €	2017	2016 ¹
Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten	309	2.512
Interner Betrug	38	397
Externer Betrug	15	18
Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement	223	119
Sonstiges	30	25
Insgesamt	615	3.072

¹ Veränderte 2016 Verlustzahlen verursacht durch Reklassifizierungen und nachträgliches Erfassen von Verlusten

Zum 31. Dezember 2017 reduzierte sich aus Sicht der Gewinn- und Verlustrechnung die Summe aller Verluste aus operationellen Risiken um 2,5 Mrd € oder 80 % im Vergleich zum Jahresende 2016. Der Rückgang ist hauptsächlich in den Verlustkategorien „Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten“ sowie „Interner Betrug“ aufgrund erzielter Einigungen und höherer Rückstellungen für laufende Rechtsstreitigkeiten in 2016 begründet.

Verschuldungsquote

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und das Aktionärsvermögen auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Group Risk Committee (GRC). Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst.

Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen. Während das CRR/CRD 4-Rahmenwerk zurzeit keine verbindliche Mindestverschuldungsquote vorgibt, die von den relevanten Finanzinstituten eingehalten werden muss, empfiehlt ein Gesetzesvorschlag, der am 23. November 2016 von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde, eine Mindestverschuldungsquote von 3 % einzuführen. Der Gesetzesvorschlag besagt, dass die Verschuldungsquote zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Vorschlags Anwendung finden würde, wird aber noch innerhalb der EU-Institutionen diskutiert.

Wir berechnen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung gemäß Artikel 429 der CRR (EU) 2015/62, der mit der durch die Europäische Kommission am 10. Oktober 2014 verabschiedeten delegierten Verordnung (EU) 575/2013, veröffentlicht am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union, geändert wurde. Zusätzlich zeigen wir die Verschuldungsquote unter Anwendung der Übergangsregelung in den nachstehenden Tabellen.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote besteht aus den Komponenten Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, außerbilanzielle Risikopositionen und andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte).

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Derivate wird auf Grundlage der regulatorischen Marktbewertungsmethode für Derivate, die die aktuellen Wiederbeschaffungskosten zuzüglich eines regulatorisch definierten Aufschlags für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert beinhaltet, berechnet. Sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind, werden variable Barnachschusszahlungen von der Gesamtrisikopositionsmessgröße abgezogen: bei von Gegenparteien erhaltenen variablen Barnachschusszahlungen vom Anteil, der sich auf die aktuellen Wiederbeschaffungskosten von Derivaten bezieht, und bei an Gegenparteien geleisteten variablen Barnachschusszahlungen von der Gesamtrisikopositionsmessgröße, die sich aus Forderungen ergibt, die als Vermögenswerte bilanziert wurden. Abzüge von Forderungen für in bar geleistete Nachschüsse bei Derivategeschäften werden in der nachstehenden Tabelle „Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote“ unter Risikopositionen aus Derivaten gezeigt. Der effektive Nominalwert für geschriebene Kreditderivate, das heißt der Nominalwert reduziert um alle negativen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die ins Kernkapital eingeflossen sind, ist in die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote eingerechnet. Die sich daraus ergebende Gesamtrisikopositionsmessgröße wird um den effektiven Nominalwert eines gekauften Kreditderivats auf den gleichen Referenznamen reduziert, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte beinhaltet die Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften, die mit Verbindlichkeiten aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften aufgerechnet werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Zusätzlich zu den Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften wird ein Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen in die Gesamtrisikopositionsmessgröße aufgenommen.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für außerbilanzielle Risikopositionen berücksichtigt die Gewichtungsfaktoren (Credit Conversion Factors) aus dem Standardansatz für das Kreditrisiko von 0 %, 20 %, 50 % oder 100 % je nach Risikokategorie, mit einer Untergrenze von 10 %.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) beinhaltet den Bilanzwert der jeweiligen Positionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) sowie aufsichtsrechtlichen Anpassungen für Positionen, die bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals abgezogen wurden.

Die folgenden Tabellen zeigen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote und die Verschuldungsquote, beide auf Basis einer Vollumsetzung, in Übereinstimmung mit den Formularen der technischen Durchführungsstandards (ITS), welche von der Europäischen Kommission mit Durchführungsverordnung (EU) 2016/200 der Kommission, die im Amtsblatt der Europäischen Union am 16. Februar 2016 veröffentlicht wurde, verabschiedet wurden. Als zusätzliche Information werden die Zahlen auch bei Anwendung der Übergangsregelung dargestellt.

Summarische Abstimmung zwischen bilanzierten Aktiva und Risikopositionen für die Verschuldungsquote

in Mio €	31.12.2017	31.12.2016
Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	1.475	1.591
Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	5	0
Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	-172	-276
Anpassung für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	41	20
Anpassung für außerbilanzielle Posten (d. h. Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	95	102
Sonstige Anpassungen	-50	-90
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Vollumsetzung)	1.395	1.348
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Übergangsregelung)	1.396	1.350

Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2017	31.12.2016
Summe Risikopositionen aus Derivaten	166	177
Summe Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	158	135
Summe außerbilanzielle Risikopositionen	95	102
Sonstige bilanzwirksame Risikopositionen	990	948
Bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogene Aktivabeträge ¹	-14	-15
Kernkapital (Vollumsetzung)	52,9	46,8
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Vollumsetzung)	1.395	1.348
Verschuldungsquote (Vollumsetzung, in %)	3,8	3,5
Kernkapital (Übergangsregelung)	57,6	55,5
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Übergangsregelung)	1.396	1.350
Verschuldungsquote (Übergangsregelung, in %)	4,1	4,1

¹ Bezogen auf das Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung. Der Betrag bezogen auf das Kernkapital unter Anwendung der Übergangsregelung ist minus 13 Mrd € zum 31. Dezember 2017 und minus 13 Mrd € zum 31. Dezember 2016.

Beschreibung der Faktoren, die die Verschuldungsquote in 2017 beeinflusst haben

Zum 31. Dezember 2017 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung 3,8 %, verglichen mit 3,5 % zum 31. Dezember 2016, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 52,9 Mrd € im Verhältnis zur anzuwendenden Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.395 Mrd € (46,8 Mrd € sowie 1.348 Mrd € per 31. Dezember 2016).

Unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote unter Anwendung der Übergangsregelung betrug 4,1 % zum 31. Dezember 2017 (4,1 % zum 31. Dezember 2016). Sie wurde berechnet als Kernkapital unter Anwendung der Übergangsregelung in Höhe von 57,6 Mrd € dividiert durch die anzuwendende Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.396 Mrd € (55,5 Mrd € sowie 1.350 Mrd € per 31. Dezember 2016). Die Gesamtrisikopositionsmessgröße unter Anwendung der Übergangsregelung ist 1 Mrd € (2 Mrd € zum 31. Dezember 2016) höher als auf Basis einer Vollumsetzung, da die bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogenen Aktivabträge unter Anwendung der Übergangsregelung niedriger sind.

Basierend auf einer kürzlich erfolgten Vorgabe der EZB berücksichtigen wir schwebende Abwicklungen („pending settlements“) in der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote seit dem zweiten Quartal 2017 auf Basis der Bilanzwerte wie für Zwecke der Finanzbuchhaltung erfasst, das heißt für den Deutsche Bank-Konzern unter IFRS-Bilanzierung zum Handelstag. Die Anwendung der Bilanzierung zum Handelstag führt für Wertpapierkassakäufe von Vermögenswerten zu einer vorübergehenden Erhöhung der Gesamtrisikopositionsmessgröße zwischen dem Handelstag und dem Erfüllungstag. Die Höhe des ausgewiesenen Anstiegs zum 31. Dezember 2017 betrug 17 Mrd €. Es ist anzumerken, dass dieser Anstieg sich unter der vorgeschlagenen Änderung der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“), wie zurzeit formuliert, im Wesentlichen aufheben würde sobald die Änderung in Kraft tritt, da sie eine Aufrechnung von Verbindlichkeiten und Forderungen aus Wertpapierkassageschäften, die auf der Grundlage einer Lieferung gegen Zahlung („delivery versus payment“) abgewickelt werden, erlauben würde.

Nach einer Klarstellung durch die EBA, die am 19. Januar 2018 veröffentlicht wurde, haben wir die Behandlung von verkauften Optionen, die Teil eines regulatorischen Netting-Satzes sind, beginnend mit dem vierten Quartal 2017 geändert. Wir wenden keine Deckelung mehr an am maximal möglichen Anstieg der Risikopositionen des Netting-Satzes, der aus der Option resultieren könnte. Das führt zu einer Zunahme des Aufschlags für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert von Derivaten um 15 Mrd €.

Im Laufe des Jahres 2017 erhöhte sich unsere Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote um 47 Mrd € auf 1.395 Mrd €. Das ist hauptsächlich bedingt durch den Anstieg bei sonstigen bilanzwirksamen Risikopositionen um 41 Mrd €, der zusätzlich zu den vorher erwähnten Forderungen aus Wertpapierkassageschäften die Entwicklung unserer Bilanz widerspiegelt, insbesondere Anstiege bei Barreserven und Zentralbankeinlagen und Handelsaktiva, die teilweise durch Rückgänge bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft kompensiert wurden. Des Weiteren gab es einen Anstieg in Höhe von 23 Mrd € bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften, welcher höhere Aufschläge für das Gegenparteiausfallrisiko und den Anstieg in der Bilanz bei den Bilanzpositionen für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, und Prime-Brokerage-Geschäfte) widerspiegelt. Derivate gingen um 11 Mrd € zurück, hauptsächlich wegen niedrigerer aktueller Wiederbeschaffungskosten. Der oben erwähnte Anstieg beim Aufschlags für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert von verkauften Optionen wurde weitgehend kompensiert durch die Umstellung der mit dem London Clearing House abgeschlossenen Zinsswaps vom bisherigen Modell der Besicherung auf das Settlement Modell sowie anderer Rückgänge. Außerdem reduzierten sich außerbilanzielle Positionen um 7 Mrd €, was mit niedrigeren Nominalwerten bei unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten korrespondiert.

Der Anstieg unserer Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote im Laufe des Jahres 2017 enthält einen negativen Währungseffekt in Höhe von 82 Mrd €, der hauptsächlich auf der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar beruht.

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 22 zum 31. Dezember 2017, verglichen mit 25 zum 31. Dezember 2016.

Für die zentralen Treiber der Entwicklung des Kernkapitals verweisen wir auf den Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ dieses Berichts.

Liquiditätsrisiko

Refinanzierungsrisikomanagement

Das Hauptwerkzeug der Deutschen Bank zum Beobachten und Steuern des Liquiditätsrisikos ist die Funding Matrix. Die Funding Matrix bewertet die strukturelle Refinanzierung des Konzerns für den Zeitraum von größer als einem Jahr. Zur Erstellung der Funding Matrix ordnen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva entsprechend ihren ökonomischen oder modellierten Fälligkeiten, Laufzeitbändern zu. Dies erlaubt es dem Konzern, erwartete Überflüsse und Engpässe in langfristigen Verbindlichkeiten (Passiva) gegenüber Vermögenswerten (Aktiva) in jedem Laufzeiten-band zu identifizieren, und erleichtert das Steuern von potenziellen Liquiditätsgefahren.

Die Liquiditätsablaufbilanz basiert auf den vertraglichen Laufzeitinformationen. Wenn die vertragliche Laufzeit das Liquiditätsprofil nicht adäquat widerspiegelt, wird sie durch modellierte Annahmen ersetzt. Kurzfristige Bilanzpositionen (< 1 Jahr) oder passende Refinanzierungsstrukturen (wenn Vermögenswert- und Refinanzierungslaufzeit übereinstimmen, also ohne Refinanzierungsrisiko sind) können von der Auswertung ausgenommen werden.

Der bottom-up Ansatz für individuelle Geschäftsbereiche wird mit einer top-down Abstimmung gegen die IFRS Konzernbilanz kombiniert. Aus den kumulativen Laufzeitenprofilen von Vermögenswerten und Refinanzierungen über ein Jahr kann jeder Liquiditätsüberschuss oder Liquiditätsunterdeckung in der Konzernlaufzeitenstruktur identifiziert werden. Das kumulierte Profil wird beginnend beim Band über zehn Jahren bis herunter zu dem Band über ein Jahr aufgebaut.

Der strategische Liquiditätsplanungsprozeß, welcher die Entwicklung von Angebot und die Nachfrage nach Refinanzierungsmitteln über alle Geschäftsbereiche hinweg beinhaltet, stellt, zusammen mit den von der Bank angestrebten wesentlichen Liquiditäts- und Refinanzierungskennzahlen, die Hauptgrundlage für unseren jährlichen Emissionsplan. Nach Genehmigung durch den Vorstand legt der Emissionsplan die Emissionsziele für Wertpapiere nach Laufzeit, Volumen und Instrument fest. Wir haben eine spezielle Risikotoleranz für unsere US-Dollar und Britische Pfund Funding Matrix eingeführt, welche als Grenze in der maximalen Unterdeckung für jedes Laufzeitenband (größer als 1 Jahr bis zu größer als 10 Jahre) 10 Mrd € beziehungsweise 5 Mrd € festlegt. Dies ergänzt die Risikotoleranz für unsere währungsübergreifende Liquiditätsablaufbilanz, die es erfordert, eine positive Liquiditätsposition in jedem Laufzeitenband (größer als 1 Jahr bis zu größer als 10 Jahre) vorzuhalten.

Liquiditätsreserven

Die Liquiditätsreserven beinhalten verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (von Staaten, staatlichen Einrichtungen und staatlich garantierten Wertpapieren) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte.

Das Volumen unserer Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten täglichen Stresstestergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so werden wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren halten. Somit schwankt das Gesamtvolumen unserer Liquiditätsreserven in Abhängigkeit von den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Unsere Liquiditätsreserven umfassen nur Vermögenswerte, die frei übertragbar sind oder die unter Berücksichtigung der lokalen Liquiditätsanforderungen innerhalb des Konzerns, einschließlich der lokalen Limite für die freie Übertragbarkeit innerhalb des Konzerns, genutzt werden können oder die gegen lokale Stressausgaben verwendet werden können. Den weitaus größten Teil unserer Liquiditätsreserven halten wir zentral in den Hauptwährungen, bei unserer Muttergesellschaft und unseren Auslandsniederlassungen, weitere Reserven halten wir an wichtigen Standorten, an denen wir tätig sind. Ihre Größe und Zusammensetzung unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch das Senior Management.

Zusammensetzung unserer frei übertragbaren Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

in Mrd €	31.12.2017		31.12.2016	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	222	222	178	178
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	189	189	136	136
Tochtergesellschaften	33	33	42	42
Hochliquide Wertpapiere (enthält Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	39	37	27	25
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	24	23	25	24
Tochtergesellschaften	15	15	2	1
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	19	13	14	9
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	11	8	9	6
Tochtergesellschaften	8	5	5	3
Gesamte Liquiditätsreserven	280	272	219	212
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	223	219	171	166
Tochtergesellschaften	56	53	48	46

Am 31. Dezember 2017 beliefen sich unsere Liquiditätsreserven auf 280 Mrd € im Vergleich zu 219 Mrd € am 31. Dezember 2016. Der Anstieg um 61 Mrd. € setzte sich zusammen aus einem Anstieg der liquiden Mittel um 44 Mrd. €, einem Anstieg der hochliquiden Wertpapiere um 12 Mrd. € und einem Anstieg der sonstigen unbelasteten Wertpapiere um 5 Mrd. €. Die Entwicklung wurde maßgeblich durch ein stetiges Wachstum stabiler Refinanzierungsquellen, sowie durch die Anpassung interner und regulatorischer Liquiditätsmodelle getrieben, die zu einem Anstieg der Anforderungen der Liquiditäts-puffer führten. Unsere Liquiditätsreserven betragen im Berichtsjahr durchschnittlich 269,3 Mrd € gegenüber 212,4 Mrd € in 2016. Die obige Tabelle zeigt den Buchwert für den Marktwert unserer Liquiditätsreserven, während der Liquiditätswert unsere Schätzung des Werts widerspiegelt, der vor allem durch besicherte Refinanzierungen erzielt werden könnte. Dabei werden die Entwicklungen an den Märkten für besicherte Refinanzierungen in Stressperioden berücksichtigt.

Kapitaladäquanz

Die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals berücksichtigt die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen CRR/CRD 4-Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. In einigen Fällen bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von den früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken Basel 2 oder Basel 2.5 eingeführt worden waren. Hierzu gehören Regeln, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesen Fällen ging unsere Methodik der CRR/CRD 4-Vollumsetzung von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf der zugrunde liegenden Vermögenswerte oder andere Maßnahmen vor dem Erlöschen dieser Übergangsregeln zum Jahresende 2017 gemildert werden. Seit dem 4. Quartal wenden wir diese „Grandfathering“-Regel nicht mehr an und verwenden stattdessen für all unsere Beteiligungspositionen Risikogewichte zwischen 190 % und 370 %, die gemäß Artikel 155 CRR unter Anwendung der CRR/CRD4-Vollumsetzung bestimmt werden. Daraus resultiert, dass wir keine Übergangsregelungen für unsere RWA-Angaben bei Vollumsetzung zum 31. Dezember 2017 mehr berücksichtigen. Nur für die Vergleichsperiode, das Jahresende 2016, sind diese Übergangsbestimmungen bei der Risikogewichtung noch anwendbar gewesen.

Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Institutsgruppe gemäß CRR und deutschem Kreditwesengesetz (KWG). Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Risikogewichtete Aktiva

Die für den Konzern geltende Säule 1 Mindestanforderung an das Harte Kernkapital beläuft sich auf 4,50 % der risikogewichteten Aktiva (RWA). Um die Säule 1 Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8,00 % zu erfüllen, kann auf bis zu 1,50 % Zusätzliches Kernkapital und bis zu 2,00 % Ergänzungskapital zurückgegriffen werden. Zusätzlich zu den Mindestkapitalanforderungen wurden seit 2016 phasenweise verschiedene Kapitalpuffer eingeführt, die ab 2019 vollumfänglich einzuhalten sind.

Die risikogewichteten Aktiva geben das ermittelte Risiko an, bestehend aus Kredit-, Markt- und operationellen Risiken. Bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva verwenden wir für alle drei Risikoarten interne von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) genehmigte Modelle. Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nehmen wir eine Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, „CVA“) beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads. Unser Abdeckungsgrad im fortgeschrittenen IRBA ohne Postbank betrug am 31. Dezember 2017 96,8 % gemessen an Risikopositionswerten (EAD) und 90,7 % in Bezug auf RWA, gemäß den Vorgaben nach § 11 SolvV. Dies ist ein Rückgang zum am Stichtag 31. Dezember 2016 festgestellten Abdeckungsgrad in Höhe von 97,3 % gemessen an EAD und 93,4 % in Bezug auf RWA. Weiterhin liegt der Abdeckungsgrad bzgl. RWA somit geringfügig unter der aufsichtsrechtlich geforderten Schwelle von 92 %. Die EZB als zuständige Aufsichtsbehörde wird über die Entwicklung des Abdeckungsgrades regelmäßig informiert und notwendige Maßnahmen werden falls überhaupt notwendig gemeinsam besprochen, auch im Hinblick potentieller Änderungen aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Vor dem 30. Juni 2017 wurden die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinsichtlich der Abdeckungsgrade zu jeder Zeit eingehalten. Die genannten Werte beinhalten nicht die Risikopositionen, die nach Artikel 150 CRR dauerhaft dem Standardansatz zugeordnet sind wie sonstige IRBA-Risikopositionen sowie Verbriefungen.

Die Marktrisikokomponente der Deutschen Bank ist ein Vielfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage von konzerninternen Modellen berechnet wurde. Die Marktrisikokomponente des Konzerns beinhaltet ein Vielfaches des Value-at-Risk und des Stress-Value-at-Risk sowie den inkrementellen Risikoaufschlag und den umfassenden Risikoansatz hinsichtlich der Korrelationshandelsportfolios des Konzerns. Diese werden auf der Grundlage der von der BaFin genehmigten konzerninternen Modelle ermittelt. Die Marktrisikokomponente beinhaltet auch Verbriefungen im Handelsbuch, getrennt vom Korrelationshandelsbuch, welche nach dem Standardansatz gemäß CRR ermittelt werden. Weitere standardisierte Ansätze werden für die Berechnung der restlichen Marktrisikopositionen eingesetzt.

Für die Ermittlung des operationellen Risikos wendet der Konzern den fortgeschrittenen Messansatz („AMA“) gemäß Artikel 321 bis 324 CRR an.

Die RWA für die CVA bilden das Risiko von Marktwertverlusten auf das erwartete Gegenparteiisiko für alle OTC-Derivate ab. Wir berechnen den überwiegenden Teil der CVA auf Basis unseres eigenen internen Modells, das von der BaFin genehmigt wurde.

Risikogewichtete Aktiva des Deutsche Bank-Konzerns

in Mio €

	31.12.2017	31.12.2016
	CRR/GRD 4	CRR/ CRD 4
Kreditrisiko	214.142	220.345
Abwicklungsrisiko	147	36
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	6.451	9.416
Marktrisiko	30.966	33.762
Operationelles Risiko	91.610	92.675
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	343.316	356.235

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Das gesamte aufsichtsrechtliche Eigenkapital nach den per Jahresende 2017 geltenden Regelungen besteht aus Kernkapital und Ergänzungskapital (T2). Das Kernkapital setzt sich aus dem Harten Kernkapital (CET 1) und dem Zusätzlichem Kernkapital (AT1) zusammen.

Das Harte Kernkapital besteht in erster Linie aus dem Stammkapital (vermindert um eigene Anteile) einschließlich Kapitalrücklagen, den Gewinnrücklagen (inklusive Verlusten des laufenden Geschäftsjahres, sofern vorhanden) sowie der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung und berücksichtigt aufsichtsrechtliche Anpassungen (das heißt prudentielle Filter und Abzüge). Prudentielle Filter für das Harte Kernkapital gemäß Artikel 32 bis 35 CRR umfassen (i) Eigenkapitalerhöhungen aus verbrieften Vermögenswerten, (ii) Geschäfte zur Absicherung von Zahlungsströmen und Wertveränderungen eigener Verbindlichkeiten und (iii) zusätzliche Bewertungsanpassungen. Abzüge vom Harten Kernkapital umfassen (i) immaterielle Vermögenswerte, (ii) von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, (iii) negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge, (iv) Netto-Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds, (v) Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche, an denen das Institut eine Überkreuzbeteiligung hält, und (vi) wesentliche und nicht-wesentliche Beteiligungen am Kapital (CET 1, AT1, T2) von Unternehmen in der Finanzbranche oberhalb bestimmter Schwellenwerte. Alle nicht abgezogenen Positionen (das heißt Beträge unter dem Schwellenwert) werden risikogewichtet.

Das Zusätzliche Kernkapital besteht aus den Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals und den damit verbundenen Agiobeträgen sowie den Minderheitsanteilen, die sich für das konsolidierte Zusätzliche Kernkapital qualifizieren, sowie, während der Übergangsphase, unter Bestandsschutz stehende Instrumente, die gemäß zuvor geltendem Regelwerk anrechenbar waren. Um die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Zusätzliches Kernkapital unter CRR/CRD 4 zu erfüllen, müssen die Instrumente verlusttragende Eigenschaften aufweisen, um durch Umwandlung in Stammaktien oder eine Abschreibungsregelung Verluste bei einem Auslöseereignis auffangen zu können, und weitere verlusttragende Eigenschaften vorweisen (zeitlich unbefristet und nicht mit einem Tilgungsanreiz ausgestattet, jederzeitige volle Verfügungsfreiheit über die Dividenden-/Kuponzahlungen etc.).

Das Ergänzungskapital besteht aus den anrechenbaren Kapitalinstrumenten mit den damit verbundenen Agiobeträgen und nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, bestimmten Wertberichtigungen und den Minderheitsanteilen, die sich für das konsolidierte Ergänzungskapital qualifizieren. Um die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Ergänzungskapitalinstrument oder nachrangige Verbindlichkeit zu erfüllen, muss die Ursprungslaufzeit mindestens fünf Jahre betragen. Darüber hinaus sind anrechenbare Kapitalinstrumente unter anderem nicht auszustatten mit einem Tilgungsanreiz, einem Recht des Investors, Zahlungen zu beschleunigen, oder einem kreditsensitiven Dividendenmerkmal.

Für Kapitalinstrumente, die unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung nicht mehr als Zusätzliches Kernkapital oder als Ergänzungskapital anerkannt werden, gelten Bestandsschutzregelungen während der Übergangsphase. Diese Instrumente unterliegen einem schrittweisen Auslaufen zwischen 2013 und 2022 mit einer Anerkennungsobergrenze von 50 % in 2017 und einer sinkenden Obergrenze von 10 % pro Jahr.

Zusammenfassung von Eigenmittelausweis, RWA und Kapitalquoten nach CRR/CRD 4

in Mio €	31.12.2017 CRR/CRD 4	31.12.2016 CRR/CRD 4
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	63.114	59.104
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals	-12.306	-11.321
Hartes Kernkapital	50.808	47.782
Zusätzliches Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	8.579	11.191
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	-1.756	-3.488
Zusätzliches Kernkapital	6.823	7.703
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	57.631	55.486
Ergänzungskapital	6.384	6.672
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	64.016	62.158
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	343.316	356.235
Kapitalquoten		
Harte Kernkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	14,8	13,4
Kernkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	16,8	15,6
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	18,6	17,4

Unser Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 betrug per 31. Dezember 2017 57,6 Mrd €, bestehend aus Hartem Kernkapital (CET 1) in Höhe von 50,8 Mrd € und Zusätzlichem Kernkapital (AT1) in Höhe von 6,8 Mrd €. Das Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war damit 2,1 Mrd € höher als am Jahresende 2016. Diese Entwicklung war überwiegend auf einen Anstieg des Harten Kernkapitals um 3,0 Mrd € seit Jahresende 2016 zurückzuführen, während sich das Zusätzliche Kernkapital in derselben Periode um 0,9 Mrd € verringerte.

Der Anstieg um 3,0 Mrd € im Harten Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 resultierte im Wesentlichen aus der Anfang April 2017 abgeschlossenen Kapitalerhöhung mit einem Nettokapitalzufluss von 7,9 Mrd € und dem damit verbundenen Wegfall von 10%-Schwellenwert-abhängigen Kapitalabzugspositionen in Höhe von 0,4 Mrd € auf Grund der höheren Kapitalbasis. Diese positiven Effekte wurden reduziert durch höhere aufsichtsrechtliche Anpassungen aufgrund der höheren Phase-in Rate von 80 % in 2017 im Vergleich zu 60 % in 2016. Darüber hinaus verminderten negative Beiträge aus Fremdwährungsumrechnungseffekten das Harte Kernkapital um 2,6 Mrd €, die teilweise wiederum ausgeglichen wurden durch positive, fremdwährungsbedingte Gegeneffekte bei den Kapitalabzugspositionen. Ein weiterer negativer Effekt ergab sich aus dem negativen Konzernergebnis in Höhe von 0,8 Mrd € in 2017. Da als Resultat des Verlusts im Geschäftsjahr 2017 keine Zwischengewinne im Harten Kernkapital ausgewiesen werden, sind gemäß Artikel 26 (2) CRR weder Abgrenzungen für AT1 Kupons noch für Dividenden im Harten Kernkapital vorgenommen worden.

Der Rückgang im Zusätzlichen Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 um 0,9 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus einer Verringerung unserer noch übergangsweise als Zusätzliches Kernkapital anrechenbaren Hybriden Kernkapital-Instrumente, die um 2,6 Mrd € niedriger waren als zum 31. Dezember 2016, in erster Linie wegen der Kündigung von Instrumenten (2,4 Mrd €) sowie wegen negativer Effekte aus Fremdwährungsumrechnung. Ein positiver Gegeneffekt resultierte aus verringerten aufsichtsrechtlichen Anpassungen (1,7 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2016), die schrittweise abnehmend vom Zusätzlichen Kernkapital während der Übergangsphase abgesetzt werden. Diese Anpassungen stellen den Restbetrag von bestimmten Kapitalabzügen vom Harten Kernkapital dar, die bei der Anwendung der CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung vom Harten Kernkapital abgezogen werden, während der Übergangszeit jedoch vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen werden dürfen. Die Phase-in Rate für diese Abzüge im CET 1-Kapital erhöhte sich auf 80 % in 2017 (60 % in 2016) und verringerte sich entsprechend auf Ebene des AT1-Kapitals auf 20 % in 2017 (40 % in 2016).

Unser Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 52,9 Mrd € zum 31. Dezember 2017, im Vergleich zu 46,8 Mrd € zum Jahresende 2016. Unser Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 48,3 Mrd € zum 31. Dezember 2017, verglichen mit 42,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016. Unser Zusätzliches Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 4,6 Mrd € zum 31. Dezember 2017, unverändert im Vergleich zum Jahresende 2016.

Der Anstieg unseres Harten Kernkapitals gemäß Vollumsetzung um 6,0 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2016 war im Wesentlichen das Ergebnis des Nettokapitalzuflusses um 7,9 Mrd € aus der Kapitalerhöhung und dem damit verbundenen Wegfall von 10 %-Schwellenwert-abhängigen Kapitalabzugspositionen in Höhe von 0,6 Mrd € auf Grund der höheren Kapitalbasis. Weitere positive Effekte in Höhe von 0,4 Mrd € ergaben sich aus verringerten aufsichtsrechtlichen Anpassungen in Form von prudentiellen Filtern (durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Bewertungsanpassungen bei derivativen sowie zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten). Diese positiven Effekte wurden teilweise ausgeglichen durch unser negatives Konzernergebnis in Höhe von 0,8 Mrd € sowie negative Beiträge aus Fremdwährungsumrechnungseffekten in Höhe von 2,6 Mrd €, die teilweise wiederum ausgeglichen wurden durch positive, fremdwährungsbedingte Gegeneffekte bei den Kapitalabzugspositionen.

Gemäß EZB Vorgaben und den EBA Richtlinien für Zahlungsverpflichtungen wird die Deutsche Bank mit Wirkung ab 1. Januar 2018 unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen, die sich aus der Einlagensicherung und dem Einheitlichen Abwicklungsfonds ergeben, als einen zusätzlichen Abzugsposten vom Harten Kernkapital (CET 1) behandeln, anstatt sie in die Risikoaktiva einzubeziehen. Bei einer angenommenen Behandlung als Kapitalabzugsposten zum Jahresende 2017 wäre unser pro-forma Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung um 0,4 Mrd € niedriger gewesen, verbunden mit einer RWA Entlastung um 1,0 Mrd €, was zu einem Rückgang der pro-forma CET 1 Kapitalquote in der Vollumsetzung um 8 Basispunkte geführt hätte.

Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP

Der ICAAP verlangt von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und Verfahren zur Risikosteuerung anzuwenden, um die angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen, das heißt, das zur Verfügung stehende interne Kapital muss die intern gemessenen Risiken übersteigen (siehe auch Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“).

Wir erfüllen auf Konzernebene den ICAAP – wie unter Basel 3/Säule 2 gefordert und über die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in das deutsche Aufsichtsrecht überführt – durch das konzernweite Rahmenwerk für Risikomanagement und Governance, Methoden, Prozesse und Infrastruktur.

In Übereinstimmung mit den Basel- und MaRisk-Vorschriften zählen zu unseren Kerninstrumenten, um die ausreichende Kapitalisierung fortdauernd sicherzustellen:

- **Identifikation und Bewertung des Risikos:** Der Risikoidentifikationsprozess bildet die Grundlage des ICAAP und ermittelt eine Risikoinventur für den Konzern. Alle identifizierten Risiken werden auf ihre Wesentlichkeit bewertet. Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt " Identifikation und Bewertung des Risikos ".
- **Kapitalbedarf/Risikobewertung:** Risikobewertungsmethoden und –modelle werden angewendet zur Quantifizierung der Kapitalnachfrage, die erforderlich ist, um alle wesentlichen Risiken abzudecken, ausgenommen solche, die nicht angemessen durch Kapital abgesichert werden können, wie z.B. Liquiditätsrisiko. Weitere Informationen finden sich in den Abschnitten „Risikoprofil“ und „Kapital- und Verschuldungsquote“
- **Kapitalangebot:** Die Quantifizierung des Kapitalangebotes bezieht sich auf die Definition der verfügbaren Kapitalressourcen zur Abdeckung unerwarteter Verluste, die als Teil der Kapitalnachfrage quantifiziert werden. Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt „Kapital- und Verschuldungsquote“
- **Risikoappetit:** Die Bank hat auf Konzernebene Risikoappetitschwellenwerte festgelegt, die das Risiko widerspiegeln, das wir zur Erreichung unserer strategischen Ziele bereit sind zu tragen. Schwellenwertverletzungen unterliegen einem speziellen Governance-Rahmen, der Managementmaßnahmen auslöst, um die Kapitaladäquanz abzusichern. Weitere Informationen finden sich in den Abschnitten „Risikoappetit und Risikokapazität“ und „Wichtige Risikokennzahlen“
- **Kapitalplanung:** Die Konzern-Risikoappetitschwellenwerte für Kapitaladäquanzkennzahlen stellen Grenzen dar, die erfüllt werden müssen, um die Kapitaladäquanz vorausschauend abzusichern. Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt „Strategie- und Kapitalplan“.
- **Stresstests:** Kapital-Planzahlen werden in verschiedenen Stresstestszenarien bewertet um die Widerstandsfähigkeit und Gesamttragfähigkeit der Bank zu belegen. Die Kapitaladäquanzkennzahlen unterliegen zudem während des gesamten Jahres regelmäßigen Stresstests, um die Kapitalposition der DB in hypothetischen Stressszenarien laufend zu überprüfen und Schwachstellen unter Stress zu identifizieren. Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt "Stresstests".
- **Kapitaladäquanzbewertung:** Obwohl die Kapitaladäquanz während des gesamten Jahres kontinuierlich überwacht wird, schließt der ICAAP mit einer speziellen jährlichen Kapitaladäquanzbewertung ab. Die Bewertung besteht aus einer Erklärung des Vorstands zur Angemessenheit der Kapitalausstattung (Capital Adequacy Statement – CAS), die mit spezifischen Schlussfolgerungen und Managementmaßnahmen verknüpft ist, welche ergriffen werden müssen, um die Kapitaladäquanz vorausschauend abzusichern.

Interne Kapitaladäquanz

Unser Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) zielt darauf ab, die Funktionsfähigkeit der Deutsche Bank fortlaufend zu erhalten. Wir bewerten unsere interne Kapitaladäquanz als das Verhältnis aus internem Kapitalangebot zu internem ökonomischen Kapitalbedarf. Dies wird in der folgenden Tabelle dargestellt. Historisch beruhte der Deutsche Bank ICAAP auf einem "Gone Concern Ansatz". Dieser Ansatz wurde im November 2017 geändert, um eine Perspektive zu verfolgen, die darauf abzielt, die Funktionsfähigkeit der Deutsche Bank fortlaufend zu erhalten. Infolgedessen wurde das Quantil, zur Ermittlung des Ökonomischen Kapitalbedarfs von 99,98 % auf 99,9 % geändert, wodurch auch die Vergleichbarkeit mit dem regulatorischen Kapitalbedarf verbessert wurde, zudem erfolgten folgenden Anpassungen der Definition des internen Kapitalangebots: die überarbeitete Definition des internen Kapitalangebots schließt alle Tier-1 Kapitalinstrumente aus, die einer Übergangsregelung unterliegen nebst aller Tier-2-Kapitalinstrumente. Rückstellungen für AT1-Kupons und IFRS aktive latente Steuern, die sich auf die zukünftige Profitabilität ohne Berücksichtigung von temporären Differenzen stützen, werden vollständig in Abzug gebracht. Aktive latente Steuern aus temporären Differenzen werden risikogewichtet und im Rahmen des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Geschäftsrisiko auf der internen Kapitalbedarf Seite abgedeckt. Zuvor wurden die aktiven latenten Steuern vollständig vom internen Kapitalangebot abgezogen. Fair Value Anpassungen für reklassifizierte Vermögenswerte, bei denen keine kongruente Refinanzierung verfügbar ist, werden nicht mehr von dem internen Kapitalangebot abgezogen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2017	31.12.2016
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	63.174	59.833
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0
Abgrenzungsbeträge für AT1 Kupons	-213	N/A
Anpassungen wegen Anstieg des Eigenkapitals durch verbrieft Vermögenswerte sowie wegen Rücklagen aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-29	N/A
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	-73	-440
Zusätzliche Bewertungsanpassung	-1.204	-1.398
Immaterielle Vermögenswerte	-8.839	-8.982
IFRS Aktive latente Steuern, die nicht aus temporären Differenzen resultieren	-3.341	N/A
IFRS Aktive latente Steuern	N/A	-8.666
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	-502	-297
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	-1.125	-945
Eigene Instrumente des harten Kernkapitals	-131	-45
Fonds zur baupartechnischen Absicherung	-19	-231
Sonstige Anpassungen	-322	N/A
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt	N/A	-557
Als Eigenkapital geltende Instrumente des Zusätzlichen Kernkapitals	4.675	N/A
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	N/A	11.259
Tier-2-Kapitalinstrumente	N/A	8.003
Kapitalangebot	52.051	57.534
Ökonomischer Kapitalbedarf		
Kreditrisiko	10.769	13.105
Marktrisiko	10.428	14.593
Operationelles Risiko	7.329	10.488
Geschäftsrisiko	5.677	5.098
Diversifikationseffekte	-7.074	-7.846
Kapitalbedarf	27.129	35.438
Interne Kapitaladäquanzquote	192 %	162 %

¹ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

² Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

³ Analog zum Abzug beim regulatorischen Kapital.

⁴ Die Abzinsung latenter Steueransprüche aus temporären Differenzen wurde in den ökonomischen Kapitalbedarf für Geschäftsrisiko einbezogen.

⁵ Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

⁶ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁷ Per 31. Dezember 2016 berücksichtigt unter "Hybrid-Tier-1-Kapitalinstrumente"

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 192 % zum 31. Dezember 2017 im Vergleich zu 162 % zum 31. Dezember 2016. Die Änderung der Quote resultierte aus dem Grund, dass das Kapitalangebot proportional weniger zurückgegangen ist als der Kapitalbedarf. Der Rückgang des Kapitalangebots resultierte hauptsächlich aus dem niedrigeren Ökonomischen Kapitalbedarf, zum Teil aufgrund der Veränderung des Quantils wie im Abschnitt „ Risikoprofil“ erläutert. Der Rückgang des Kapitalangebots um 5.4 Mrd € resultierte hauptsächlich aufgrund die neuen Definition des Kapitalangebots gemäß der neuen, im November 2017 umgesetzten Perspektive der internen Kapitaladäquanz

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge und die Höhe der Vergütung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Deutschen Bank AG. Er richtet sich nach den Vorgaben des § 285 Nr. 9 HGB, des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17) „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, der Institutsvergütungsverordnung sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Einleitung

Der Vergütungsbericht für das Jahr 2017 enthält detaillierte Informationen zur Vergütung im Deutsche Bank Konzern.

Der Vergütungsbericht umfasst insgesamt die folgenden drei Abschnitte:

Vergütungsbericht für den Vorstand

Im ersten Teil werden Struktur und Ausgestaltung des Vergütungssystems für den Vorstand der Deutsche Bank AG dargestellt. Hier wird zunächst das Vergütungssystem für das Geschäftsjahr 2017 gezeigt, das gegenüber dem Vergütungssystem für das Geschäftsjahr 2016 in der Struktur der variablen Vergütung verändert wurde und dessen Billigung die Hauptversammlung im Mai 2017 beschlossen hat. Darüber hinaus enthält der Bericht Informationen über die Vergütung und die den Vorständen der Deutsche Bank AG vom Aufsichtsrat gewährten sonstigen Leistungen.

Vergütungsbericht für die Mitarbeiter

Im zweiten Teil des Vergütungsberichtes werden Informationen über das Vergütungssystem und die Vergütungsstrukturen für die Mitarbeiter im Deutsche Bank-Konzern offengelegt (ausgenommen die Deutsche Postbank AG, die einen eigenen Bericht veröffentlicht). Der Bericht stellt das in 2016 eingeführte neue Vergütungsrahmenwerk dar und er erläutert die Entscheidungen über die variable Vergütung für das Jahr 2016. Darüber hinaus enthält der Bericht quantitative Vergütungsinformationen im Hinblick auf die Mitarbeiter, die als Risikoträger (sogenannte „Material Risk Takers“) gemäß der Institutsvergütungsverordnung (InstVV) identifiziert wurden.

Bericht und Offenlegung über die Aufsichtsratsvergütung

Im dritten Teil finden sich Informationen zur Struktur und der Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates der Deutsche Bank AG.

Vergütungsbericht für den Vorstand

Governance der Vorstandsvergütung

Vergütungskontrollausschuss

Bereitet die Beschlüsse über das Vergütungssystem und die Vergütungshöhe vor und legt diese dem Aufsichtsrat vor.

Aufsichtsrat

Fasst Beschluss über das Vergütungssystem und die Vergütungshöhe. Das beschlossene Vergütungssystem wird der Hauptversammlung zur Billigung vorgelegt.

Hauptversammlung

Fasst Beschluss über die Billigung des Vergütungssystems.

Der Aufsichtsrat ist als Gesamtplenum zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands sowie für die Festsetzung ihrer individuellen Bezüge. Unterstützt wird der Aufsichtsrat dabei durch den Vergütungskontrollausschuss. Der Vergütungskontrollausschuss überwacht die angemessene Ausgestaltung des Vergütungssystems und bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrates über die Vergütung der Vorstandsmitglieder vor. Zusätzlich werden vom Vergütungskontrollausschuss und/oder Aufsichtsrat externe unabhängige Berater hinzugezogen, falls dies als erforderlich angesehen wird.

Der Vergütungskontrollausschuss besteht zurzeit aus insgesamt vier Mitgliedern. Entsprechend der regulatorischen Vorgaben verfügt mindestens ein Mitglied über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling und mindestens ein Mitglied kommt aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter.

Das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands wird vom Aufsichtsrat regelmäßig überprüft. Im Fall einer Änderung oder Neustrukturierung des Vergütungsrahmens nutzt der Aufsichtsrat zudem die in § 120 Absatz 4 Aktiengesetz eröffnete Möglichkeit, dass auch die Hauptversammlung über die Billigung des Vergütungssystems beschließt.

Der Aufsichtsrat hat neue Vergütungsstrukturen für das Geschäftsjahr 2017 beschlossen und der Hauptversammlung im Mai 2017 zur Billigung vorgelegt. Die Hauptversammlung hat die Billigung mit einer breiten Mehrheit von 97 % erteilt.

Grundsätze der Vorstandsvergütung und des Vergütungssystems

Bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems und bei der Bemessung der individuellen Vergütung sind zahlreiche Faktoren zu beachten. Diese Faktoren lassen sich in bestimmte Vergütungsgrundsätze zusammenfassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die wesentlichen Vergütungsgrundsätze auf, die Einfluss auf das Vergütungssystem und die individuelle Vergütung haben und daher vom Aufsichtsrat bei Beschlüssen über Vergütungsfragen zu berücksichtigen sind.

Im Rahmen seiner Beschlussfassungen über die Struktur und Bemessung der Vergütung berücksichtigt der Aufsichtsrat insbesondere:

Governance	Die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Bemessung der individuellen Vergütung erfolgen im Rahmen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben. Ziel des Aufsichtsrates ist es dabei, den Vorstandsmitgliedern innerhalb der regulatorischen Rahmenbedingungen ein marktübliches und wettbewerbsfähiges Vergütungspaket anbieten zu können.
Strategie des Konzerns	Die Mitglieder des Vorstands werden durch die Ausgestaltung des Vergütungssystems motiviert, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen, dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben und unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden.
Gemeinschaftliche und individuelle Leistung der Vorstandsmitglieder	Die Bemessung der variablen, leistungsabhängigen Vergütung erfolgt auf Basis des Erreichungsgrades von vorab vereinbarten Zielen. Dabei werden zum einen gemeinschaftliche und auf den Deutsche Bank-Konzern bezogene Ziele vorgegeben, die für alle Vorstandsmitglieder gleichermaßen Geltung haben. Darüber hinaus legt der Aufsichtsrat für jedes Vorstandsmitglied individuelle Ziele fest, die insbesondere die Entwicklung des verantworteten Geschäfts- oder Infrastrukturbereichs bzw. der Region berücksichtigen. Diese können finanzieller oder nicht-finanzieller Art sein.
Regulatorische oder sonstige Vergütungsobergrenzen	Gemäß den CRD4 Regelungsansätzen ist das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung grundsätzlich auf 1:1 (Cap-Regelung) begrenzt, das heißt, die Höhe der variablen Vergütung darf die der fixen Vergütung nicht überschreiten. Der Gesetzgeber sieht jedoch vor, dass die Aktionäre insoweit eine Erleichterung beschließen können, indem das Verhältnis der festen zur variablen Vergütung auf 1:2 festgesetzt wird. Die Hauptversammlung hat im Mai 2014 der Festsetzung auf 1:2 mit einer Mehrheit von 91 % zugestimmt. Das vom Aufsichtsrat beschlossene Vergütungssystem sieht zudem feste Obergrenzen für die einzelnen Komponenten der variablen Vergütung vor. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Möglichkeit, für die Gesamtvergütung eines Vorstandsmitglieds eine zusätzliche Obergrenze (Cap) festzusetzen. Im Geschäftsjahr 2017 beträgt diese Obergrenze 9,85 Mio €.
Nachhaltigkeitsaspekte	Die gesamte variable Vergütung für die Vorstandsmitglieder wird derzeit ausschließlich in aufgeschobener Form gewährt. Ab 2017 wird ein Anteil von mindestens 75 % der aufgeschobenen Vergütung in Form von aktienbasierten Vergütungselementen gewährt, die erst mindestens fünf Jahre nach ihrer Gewährung in einer einzigen Tranche (cliff vesting) fällig werden und danach noch mit einer zusätzlichen Haltefrist von einem Jahr versehen sind. Der verbleibende Teil wird in nicht-aktienbasierter Form gewährt und in gleichen Tranchen über vier Jahre fällig. Während der Zurückbehaltungs- und Haltefrist unterliegt die aufgeschobene gewährte Vergütung bestimmten Verfallbedingungen.
Interessen der Aktionäre	Bei den Fragen der konkreten Ausgestaltung des Vergütungssystems, der Festlegung der individuellen Vergütungen sowie der Gestaltung der Auszahlungs- und Zuteilungsmodalitäten steht die enge Verknüpfung der Interessen der Vorstandsmitglieder mit den Interessen der Aktionäre im Vordergrund. Diese Verknüpfung erfolgt im Rahmen der Festsetzung der variablen Vergütung anhand der Zugrundelegung klar definierter Kennziffern, die einen direkten Bezug zur Wertentwicklung der Deutschen Bank haben.

Das Vergütungssystem und die davon umfassten Vergütungsstrukturen sind mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils in deren Anstellungsverträgen geregelt.

Vergütungsstruktur seit Januar 2017

- Transparente Vergütungsstrukturen
- Klare Bindung der Vergütung an vorab vereinbarte Ziele
- Starker Fokus auf die Interessen der Aktionäre

Struktur und Vergütungselemente des Vergütungssystems



Das seit Januar 2017 gültige Vergütungssystem besteht aus erfolgsunabhängigen (fixen) und erfolgsabhängigen (variablen) Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten (fixe Vergütung)

Die fixe Vergütung wird erfolgsunabhängig gewährt und besteht aus der Grundvergütung, den Beiträgen zur Altersversorgung sowie den „Sonstigen Leistungen“.

Die Grundvergütung beträgt für den Vorstandsvorsitzenden 3,4 Mio € im Jahr. Die stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden erhalten eine Grundvergütung von 3,0 Mio € im Jahr. Die Grundvergütung der für den Geschäftsbereich CIB verantwortlichen Vorstandsmitglieder beträgt 3,0 Mio €, die der übrigen ordentlichen Vorstandsmitglieder 2,4 Mio € im Jahr.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat in 2017 beschlossen, eine optionale Funktionszulage einzuführen. Diese kann Vorstandsmitgliedern gezahlt werden, denen über ihren Verantwortungsbereich innerhalb des Vorstands hinaus zusätzliche Aufgaben und eine besondere Verantwortung übertragen werden. Die Zulage kann maximal 100 % des festen Grundgehalts betragen und wird solange gezahlt, wie dem Vorstandsmitglied die zusätzlichen Aufgaben und die besondere Verantwortung übertragen sind.

Bei der Bemessung der angemessenen Höhe des Grundgehaltes wurden verschiedene Faktoren berücksichtigt. Zunächst entlohnt die Grundvergütung die grundsätzliche Übernahme des Mandates als Vorstand und die damit verbundene Gesamtverantwortung der einzelnen Vorstandsmitglieder. Darüber hinaus orientiert sich die Höhe an den im vergleichbaren Markt gezahlten Vergütungen. Im Rahmen des Marktvergleiches ist jedoch zu berücksichtigen, dass die regulatorischen Vorgaben nach der InstVV in Verbindung mit Paragraph 25a Absatz 5 KWG eine Obergrenze der variablen Vergütung von 200 % der fixen Vergütung vorsehen. Entsprechend muss die fixe Vergütung so bemessen sein, dass auch unter Berücksichtigung dieser Vorgaben eine wettbewerbsfähige und marktgerechte Vergütung sichergestellt werden kann. Die Umsetzung dieser regulatorischen Obergrenze erfolgte in der Bank bereits im Jahr 2014.

Die InstVV eröffnet die Möglichkeit, Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung als fixe Vergütung zu definieren und so in die Bemessungsgrundlage zur Bestimmung des Verhältnisses zwischen fixen und variablen Vergütungsbestandteilen mit einzubeziehen. Der jährliche Betrag zur betrieblichen Altersversorgung beträgt für den Vorstandsvorsitzenden 650.000 €, für die Vorstandsmitglieder, welche die Geschäftsbereiche AM und CIB verantworten, 1.000.000 € und für die anderen ordentlichen Vorstandsmitglieder 650.000 €.

Daneben zählen die sogenannten „Sonstigen Leistungen“ zu den erfolgsunabhängigen Komponenten. Die Sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrgestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogenen Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern sowie steuerpflichtigen Aufwandsersatzungen.

Erfolgsabhängige Komponenten (variable Vergütung)

Das für das Jahr 2016 geltende Vergütungssystem sah drei Komponenten (Annual Performance Award (APA), Long-Term Performance Award (LTPA) und Division Performance Award (DPA)) vor, aus denen sich die variable Vergütung zusammensetzte. Der APA sollte das Erreichen der kurz- und mittelfristigen geschäfts- und unternehmenspolitischen Ziele der Bank honorieren. Berücksichtigt wurden dabei nicht nur finanzielle Erfolge, sondern auch das Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Kunden im Rahmen der Geschäftstätigkeit. Der LTPA bestimmte sich nach der relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie im Dreijahresdurchschnitt gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten und berücksichtigte darüber hinaus nicht finanzielle Parameter (sogenannter „Culture & Clients-Faktor“). Mit dem DPA sollte auf die Besonderheiten ausschließlich der Geschäftsbereiche eingegangen werden.

Für das Jahr 2017 wurde das Vergütungssystem mit dem Ziel angepasst, die Strukturen der variablen Vergütung deutlich zu vereinfachen und die Vergütung mit transparenten Leistungskriterien zu verknüpfen. Trotzdem erlaubt die Struktur, neben gemeinschaftlichen Zielen auch individuelle und divisionale Ziele zu vereinbaren und eine marktgerechte und wettbewerbsfähige Vergütung je nach Verantwortungsbereich zu erreichen und insoweit gleichzeitig auch den regulatorischen Anforderungen zu genügen.

Die gesamte variable Vergütung wird erfolgsabhängig gewährt. Sie besteht ab dem Geschäftsjahr 2017 aus einer Kurzfrist- und einer Langfristkomponente:

- dem **Short-Term Award** und
- dem **Long-Term Award**.

Short-Term Award (STA)

Der STA ist an die Erreichung von kurz- und mittelfristigen Zielen geknüpft. Bei den Zielen handelt es sich zum einen um gemeinschaftliche Ziele, die vom Vorstand in seiner Gesamtheit zu erreichen sind und zum anderen um individuelle Ziele, deren Erreichungsgrad für jedes Vorstandsmitglied individuell bestimmt wird.

Um die gemeinschaftlichen Ziele von den individuellen Zielen klar zu trennen, unterteilt sich der STA in zwei Komponenten,

- die **Gruppenkomponente** und
- die **Individuelle Komponente**.

Gruppenkomponente

Die vom Vorstand gemeinschaftlich zu erreichenden Ziele sind die Grundlage für die Bemessung der Gruppenkomponente als Teil des STA. Das wesentliche Ziel der Gruppenkomponente ist die Verbindung der variablen Vergütung für den Vorstand mit dem Gesamtergebnis der Bank.

Der Vorstand hat im Jahr 2016 beschlossen, einen Teil der variablen Vergütung für die außertariflichen Mitarbeiter der Bank stärker mit dem Konzernergebnis zu verknüpfen. Damit soll der Beitrag honoriert werden, den alle Mitarbeiter zu den Ergebnissen der Bank und den Erfolgen bei der Umsetzung der Strategie leisten. Die Vergütung für den Vorstand ist über ausgewählte Finanzkennziffern ebenfalls eng mit dem Erfolg der Bank verbunden. Der Aufsichtsrat hat entschieden, das Vergütungssystem für die Vorstandsmitglieder enger mit dem Vergütungssystem für die Mitarbeiter in Einklang zu bringen. Dies erfolgt dadurch, dass die Erfolgskennzahlen, die der Gruppenkomponente im Vergütungssystem für die Mitarbeiter zugrunde liegen, seit dem Jahr 2017 auch die Bezugsgröße für die Gruppenkomponente des STA darstellen.

Im Einklang mit der Strategie sind vier Erfolgskennzahlen die Bezugsgröße für die Gruppenkomponente des STA, die wichtige Gradmesser für das Kapital-, Risiko-, Kosten- und Ertragsprofil der Bank darstellen.

Harte Kernkapitalquote (CET1-Quote)	Das harte Kernkapital der Bank im Verhältnis zu ihren risikogewichteten Aktiva.
Verschuldungsquote (Leverage Ratio)	Das Kernkapital der Bank als prozentualer Anteil ihrer Verschuldungsposition gemäß den Definitionen der CRR/CRD4 Vorschriften.
Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen	Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Restrukturierungs- und Abfindungskosten, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts und der sonstigen immateriellen Vermögenswerte.
Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital (RoTE)	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis nach Steuern, dividiert durch das durchschnittliche, den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare materielle Eigenkapital. Letzteres wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abgezogen werden.

Der Aufsichtsrat überprüft die Auswahl der Erfolgskennzahlen regelmäßig. Die vorgenannten vier Teilziele sind gleichgewichtet und fließen je nach Erreichungsgrad bis zu maximal 25 % in die Festlegung der Gruppenkomponente des STA ein. Wurden die auf den Kennziffern beruhenden Ziele im Beurteilungszeitraum nicht erreicht, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass eine Gruppenkomponente nicht zu gewähren ist.

Individuelle Komponente

Die individuelle Komponente des STA honoriert das Erreichen von kurz- und mittelfristigen individuellen und geschäftsbereichsbezogenen Zielen. Diese Ziele werden im Rahmen der Zielvereinbarung für das jeweilige Geschäftsjahr zur Leistungsbestimmung vom Aufsichtsrat festgelegt. Die maßgeblichen Ziele sollen die geltenden geschäftspolitischen und strategischen Ziele der Bank unterstützen und im Einklang mit dem Verantwortungsbereich des einzelnen Vorstandsmitglieds stehen. Berücksichtigt werden dabei nicht nur finanzielle Erfolge, sondern auch das Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Kunden im Rahmen der Geschäftstätigkeit. Als Ziele für die individuelle Komponente können beispielsweise Ertragsentwicklungen im Jahresverlauf, projektbezogene Zielsetzungen, Diversity Ziele oder auch Entwicklungen in der Mitarbeiter- oder Kundenzufriedenheit sein.

Im Rahmen der jährlichen Zielvereinbarung werden für alle Ziele Kennziffern und/oder Kriterien festgelegt, aus denen sich der Erreichungsgrad der Ziele ableitet. Für ein Geschäftsjahr werden für jedes Vorstandsmitglied maximal drei Ziele festgelegt. Abhängig vom Erreichungsgrad der vorgenannten Ziele beträgt die Summe aus den individuellen und geschäftsbereichsbezogenen Zielen maximal 90 % der individuellen Komponente des STA. Lediglich über einen Anteil von 10 % der individuellen Komponente trifft der Aufsichtsrat zur Würdigung von besonderen Erfolgsbeiträgen im Laufe des Geschäftsjahres eine Ermessensentscheidung. Wurden die Ziele im Beurteilungszeitraum insgesamt verfehlt, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass eine individuelle Komponente nicht zu gewähren ist.

Minimum-, Ziel- und Maximumwerte

Abhängig vom Erreichungsgrad der vorgenannten Ziele beträgt die Summe aus Gruppen- und individueller Komponente maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung. Somit ist gewährleistet, dass die individuellen Ziele nicht hauptsächlich die Höhe der variablen Vergütung bestimmen. Wurden die Ziele im Beurteilungszeitraum insgesamt verfehlt, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass ein STA nicht zu gewähren ist.

in €	2017		
	Minimum	Zielwert	Maximum
Vorstandsvorsitzender			
Gruppenkomponente	0	500.000	1.000.000
Individuelle Komponente	0	1.400.000	2.800.000
STA gesamt¹	0	1.900.000	3.800.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder			
Gruppenkomponente	0	500.000	1.000.000
Individuelle Komponente (von- bis)	0	800.000	1.600.000
	0	bis 1.400.000	bis 2.800.000
STA gesamt (von - bis)	0	1.300.000	2.600.000
	0	bis 1.900.000	bis 3.800.000

¹ STA: Short-Term Award.

Long-Term Award (LTA)

Der Aufsichtsrat hat entschieden, bei der Bemessung der variablen Vergütung einen deutlichen Schwerpunkt auf die Erreichung von langfristigen Zielen zu setzen. Die Zielgröße des LTA hat daher einen Anteil von mindestens 60 % an der gesamten variablen Zielvergütung. Genau wie bei der Kurzfristkomponente legt der Aufsichtsrat gemeinschaftliche und/oder individuelle langfristige Ziele für die Vorstandsmitglieder fest. Der Grad der Zielerreichung leitet sich aus der Definition klarer Kennziffern und/oder Kriterien für diese Ziele ab, die am Anfang des Geschäftsjahres vereinbart werden.

60 % der variablen Vergütung entfallen mindestens auf die Langfrist-Komponente

Der Aufsichtsrat legt für jedes Vorstandsmitglied insgesamt drei Ziele fest. Jedes Ziel fließt gleichgewichtig zu je 1/3 in die Bewertung des LTA ein. Für 2017 hat der Aufsichtsrat für alle Vorstandsmitglieder die folgenden drei gemeinschaftlichen Ziele festgelegt.

Die **relative Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie** gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten stellt ein Ziel im Rahmen des LTA dar. Mit diesem Ziel soll weiterhin eine nachhaltige Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gefördert werden. Die Langfristigkeit dieses Zieles wird durch die fortgeführte Berücksichtigung eines Dreijahresdurchschnitts der relativen Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie (Relative Total Shareholder Return, RTSR) unterstützt. Der RTSR ergibt sich aus der Rendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Shareholder Return) im Verhältnis zum Durchschnittswert der Aktienrenditen einer ausgewählten Vergleichsgruppe (in Euro gerechnet). Eingang in die Berechnung dieses Anteils am LTA findet das Mittel der jährlichen relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie für die drei letzten Geschäftsjahre (Vergütungsjahr sowie die beiden vorhergehenden Jahre). Ist der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie größer als 100 %, dann erhöht sich der Wert des Award-Anteils proportional bis zu einer Obergrenze von 150 % der Zielgröße, das heißt, der Wert steigt um 1 % für jeden Prozentpunkt über 100 %. Der Wert vermindert sich jedoch überproportional, sofern der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite geringer als 100 % ist. Liegt die berechnete relative Aktienrendite im Bereich von kleiner 100 % bis 80 %, mindert sich für jeden Prozentpunkt weniger der Wert des Award-Anteils um jeweils 2 Prozentpunkte. Im Bereich zwischen 80 % und 60 % verringert sich der Wert des Award-Anteils für jeden Prozentpunkt weniger um jeweils 3 Prozentpunkte. Überschreitet die relative Aktienrendite auf Dreijahressicht im Durchschnitt 60 % nicht, ist der Wert des Award-Anteils null.

Die Vergleichsgruppe zur Ermittlung der relativen Aktienrendite wird anhand der Kriterien grundsätzlich vergleichbarer Geschäftstätigkeit, vergleichbarer Größe und internationaler Präsenz ausgewählt. Der Aufsichtsrat überprüft die Zusammensetzung der Vergleichsgruppe regelmäßig.

Die Vergleichsgruppe für den RTSR setzt sich im Jahr 2017 aus folgenden Banken zusammen:

Peer Group der Deutschen Bank

BNP Paribas	Société Générale	Barclays	Credit Suisse	UBS
Bank of America	Citigroup	JP Morgan Chase	HSBC	

Das zweite Ziel steht im Zusammenhang mit dem Wachstum und der Stärkung der Bank. Unter dem Begriff des **organischen Kapitalwachstums** auf Netto-Basis legt der Aufsichtsrat ein Ziel fest, das der Förderung dieses Wachstums dient. Für die Feststellung des Kapitalwachstum-Werts wird der Faktor „Organisches Kapitalwachstum“ berechnet. Das Organische Kapitalwachstum bezeichnet den Saldo der folgenden (auch in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung berichteten) Veränderungen im Geschäftsjahr dividiert durch das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital per 31.12. des vorangegangenen Geschäftsjahres:

- Gesamtergebnis, nach Steuern
- Coupons auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern
- Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern
- Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien
- Gewinne/Verluste aus dem Verkauf Eigener Aktien

Damit spielen „anorganische“ Veränderungen des Eigenkapitals, insbesondere die Zahlung einer Dividende oder eine Kapitalerhöhung, für die Erreichung des Ziels keine Rolle.

Das dritte Ziel stammt wie bisher aus der Kategorie „**Culture & Clients**“. Hier legt der Aufsichtsrat ein Ziel fest, das im Zusammenhang mit der Unternehmenskultur, der Kundenzufriedenheit oder dem Umgang mit Kunden steht. Hiermit soll nachhaltig auf die Entwicklung des bankinternen Umfelds abgestellt werden oder die Entwicklung der Kundenbeziehungen gefördert werden. Für das Geschäftsjahr 2017 hat der Aufsichtsrat erneut die Bewertung des Kontrollumfelds im Deutsche Bank Konzern als Ziel für die Vorstände festgelegt.

Der Long-Term Award kann maximal 150 % der Zielgröße betragen.

Ziele

Die Ziele werden im Rahmen einer Zielvereinbarung zu Beginn eines Geschäftsjahres zur Leistungsbestimmung vom Aufsichtsrat festgelegt. Für alle Ziele werden Kennziffern und/oder Kriterien festgelegt, aus denen sich der Erreichungsgrad der Ziele transparent ableitet. Im Hinblick auf die gesamte variable Vergütung ist der Spielraum für diskretionäre Entscheidung auf ca. 3 bis 6 % stark begrenzt.

Nachfolgend wird die Zuordnung der Ziele zu den einzelnen Vergütungskomponenten dargestellt.

	Relevante Kennziffern	Gewichtung
Short-Term Award (STA)	Gruppenkomponente ⁽¹⁾	
	Harte Kernkapitalquote (CET1-Quote)	25 %
	Verschuldungsquote	25 %
	Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen	25 %
	Eigenkapital nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital (RoTE)	25 %
	Individuelle Komponente (beispielhaft) ⁽²⁾	
	Ertragsentwicklung / IBIT im Jahresverlauf versus Plan	30 %
	Projektbezogene Zielsetzungen (Umsetzung, Management)	30 %
Long-Term Award (LTA) ⁽³⁾	Entwicklung Mitarbeiterzufriedenheit / Diversity Ziele	30 %
	Ermessensentscheidung	10 %
	Relative Aktienrendite	33,34 %
	Organisches Kapitalwachstum (netto)	33,33 %
	„Culture & Client Faktor“ / Bewertung Kontrollumfeld DB Konzern	33,33 %

(1) Gemeinschaftliche strategische Schwerpunktzielsetzungen, die auch für die Bewertung der Gruppenkomponente im Vergütungssystem für die Mitarbeiter im Konzern gelten.

(2) Kurzfristige individuelle und divisionale Ziele quantitativer und qualitativer Art.

(3) Langfristige konzernweite Zielausprägungen.

Maximale Gesamtvergütung

Gesamtvergütung / Ziel- und Maximalwerte

in €	Grundgehalt	STA ¹		LTA ²	2017	2016
		Gruppenkomponente	Individuelle Komponente		Gesamtvergütung	Gesamtvergütung
Vorstandsvorsitzender						
Zielwert	3.400.000	500.000	1.400.000	3.400.000	8.700.000	9.100.000
Maximum	3.400.000	1.000.000	2.800.000	5.100.000	12.300.000	12.500.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder (CIB)						
Zielwert	3.000.000	500.000	1.400.000	2.800.000	7.700.000	8.500.000
Maximum	3.000.000	1.000.000	2.800.000	4.200.000	11.000.000	13.200.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder (PCB)						
Zielwert	2.400.000	500.000	1.100.000	2.800.000	6.800.000	5.800.000
Maximum	2.400.000	1.000.000	2.200.000	4.200.000	9.800.000	8.300.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder (Deutsche AM)						
Zielwert	2.400.000	500.000	1.300.000	2.800.000	7.000.000	7.000.000
Maximum	2.400.000	1.000.000	2.600.000	4.200.000	10.200.000	10.500.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder (Infrastruktur/Region)						
Zielwert	2.400.000	500.000	800.000	2.800.000	6.500.000	5.800.000
Maximum	2.400.000	1.000.000	1.600.000	4.200.000	9.200.000	8.000.000

¹ STA: Short-Term Award.

² LTA: Long-Term Award.

Die Gesamtvergütung eines Vorstandsmitglieds unterliegt zusätzlichen Obergrenzen. Die variable Vergütung wird aufgrund regulatorischer Vorgaben auf 200 % der fixen Vergütung beschränkt. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat für die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2017 erneut eine Obergrenze in Höhe von 9,85 Mio € (Cap) festgesetzt. Dies bedeutet, dass selbst bei Zielerreichungsgraden, die zu höheren Vergütungen führen würden, die Vergütung auf maximal 9,85 Mio € begrenzt ist. Die gegebenenfalls befristet gewährte Funktionszulage wird auf die Obergrenze nicht angerechnet.

Langfristige Anreizwirkung und Nachhaltigkeit

Gemäß InstVV müssen mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben werden. Dieser aufgeschobene Teil muss mindestens zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, während der noch verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung zu gewähren ist. Beide Vergütungselemente sind über einen mehrjährigen Zurückbehaltungszeitraum zu strecken, an den sich für die aktienbasierten Vergütungselemente noch Haltefristen anschließen. In dem Zeitraum bis zur Lieferung beziehungsweise bis zum Zufluss können diese aufgeschoben gewährten Teile verfallen. Von den maximal 40 % der nicht aufgeschoben gewährten Vergütung muss wiederum mindestens die Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, und nur der verbleibende Teil darf direkt in bar ausgezahlt werden. In Summe betrachtet dürfen also nur maximal 20 % der gesamten variablen Vergütung sofort bar ausgezahlt werden, während mindestens 80 % zu einem späteren Zeitpunkt zufließen beziehungsweise geliefert werden.

Seit dem Jahr 2014 wird die gesamte variable Vergütung für die Vorstandsmitglieder ausschließlich in aufgeschobener Form gewährt. Das bis einschließlich 2016 gültige Vergütungssystem sah vor, dass die Kurzfristkomponenten (APA und DPA) dabei grundsätzlich in Form nicht aktienbasierter Barvergütungsbestandteile („Restricted Incentive Award“) vergeben wurden. Die Langfristkomponente (LTPA) wird hingegen ausschließlich in Form von aktienbasierten Vergütungselementen („Restricted Equity Award“) gewährt.

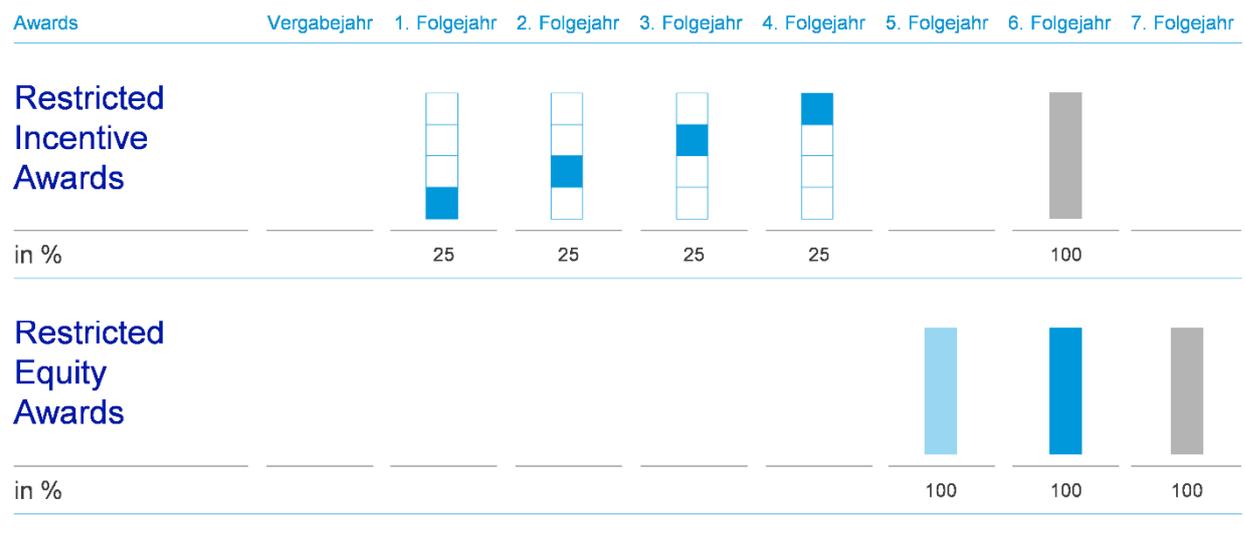
75 % der variablen Vergütung werden mindestens aktienbasiert gewährt

Um eine noch stärkere Bindung der Vorstände an den Unternehmenserfolg und an die Entwicklung der Deutsche Bank-Aktie zu erreichen, hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass ab dem Geschäftsjahr 2017 weiterhin die Langfristkomponente (LTA) ausschließlich in Form von Restricted Equity Awards, also aktienbasierten Vergütungselementen, gewährt wird, mindestens jedoch 75 % der gesamten variablen Vergütung. Lediglich die Kurzfristkomponente (STA), maximal jedoch 25 % der gesamten variablen Vergütung, wird in Form von Restricted Incentive Awards gewährt.

Die Restricted Incentive Awards werden über einen Zeitraum von vier Jahren unverfallbar. Die Restricted Equity Awards werden fünf Jahre nach ihrer Gewährung in einer einzigen Tranche (Cliff Vesting) fällig und sind danach noch mit einer zusätzlichen Haltefrist von einem Jahr versehen. Demnach können die Vorstandsmitglieder frühestens nach sechs Jahren über die Aktien verfügen. Während der Zurückbehaltungs- und Haltefrist hängt der Wert der Restricted Equity Awards von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von der nachhaltigen Wertentwicklung der Bank ab. Für die Restricted Incentive Awards und die Restricted Equity Awards gelten während der Zurückbehaltungs- und Haltefrist besondere Verfallbedingungen.

Das nachfolgende Schaubild stellt die zeitliche Streckung der Zuflüsse beziehungsweise Lieferungen der variablen Vergütungskomponenten in den fünf Folgejahren nach Vergabe sowie den Zeitraum der Rückforderungsmöglichkeit dar.

Zeiträumen für Auszahlung oder Lieferung und Unverfallbarkeit für den Vorstand



- Fälligkeit und/oder Unverfallbarkeit, verbunden mit Auszahlung oder Lieferung.
- Fälligkeit mit anschließender Haltefrist bis zur Lieferung; Bestehen einzelner Verwirkungstatbestände während der Haltefrist.
- Ende der Möglichkeit der Rückforderung („Clawback“) bereits gezahlter/zugeflossener Vergütungsbestandteile.

Verfallbedingungen / Rückforderungsmöglichkeit

Durch die aufgeschoben gewährten beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards) wird eine langfristige Anreizwirkung erreicht, da sie bis zur jeweiligen Unverfallbarkeit beziehungsweise zum Ende der Haltefristen bestimmten Verfallbedingungen unterliegen. Anwartschaften können ganz oder teilweise verfallen, zum Beispiel bei individuellem Fehlverhalten (unter anderem bei Verstoß gegen Regularien) oder einer außerordentlichen Kündigung, auch bei einem negativen Ergebnis des Konzerns oder individuellen negativen Erfolgsbeiträgen. Darüber hinaus entfällt der Restricted Equity Award vollständig, wenn die gesetzlichen regulatorischen Mindestvorgaben zur Kernkapitalquote in diesem Zeitraum nicht eingehalten wurden.

Die Neuregelung der InstVV vom August 2017 sieht unter anderem die Vereinbarung sogenannter „Clawback-Regelungen“ mit den Geschäftsleitern von bedeutenden Instituten vor. Im Gegensatz zu den Verfallbedingungen gibt eine solche Klausel dem Aufsichtsrat die Möglichkeit, bereits gezahlte bzw. zugeflossene Vergütungsbestandteile aufgrund bestimmter negativer Erfolgsbeiträge des Vorstandsmitglieds zurückzufordern. Der Aufsichtsrat hatte bereits auf Basis des Entwurfs der InstVV mit den Vorstandsmitgliedern eine solche Klausel vereinbart, die auch mit der insoweit unveränderten finalen Fassung der InstVV in Übereinstimmung steht. Der Aufsichtsrat ist damit der in der InstVV niedergelegten Hinwirkungspflicht erfolgreich nachgekommen, die Verträge der Mitglieder des Vorstands in Einklang mit den neuen Regelungen der InstVV zu bringen. Die Clawback-Regelung gilt ab dem Performance-Jahr 2018.

Begrenzungen bei außergewöhnlichen Entwicklungen

Im Falle außergewöhnlicher Entwicklungen ist die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds auf einen Maximalbetrag begrenzt. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat mit den Mitgliedern des Vorstands eine Begrenzungsmöglichkeit der variablen Vergütung in deren Anstellungsverträgen vereinbart, wonach die variable Vergütung jeweils auf Beträge unterhalb der vorgesehenen Maximalbeträge beschränkt werden oder gänzlich entfallen kann. Zudem sehen gesetzliche Regelungen vor, dass der Aufsichtsrat die Bezüge der Vorstandsmitglieder auf eine angemessene Höhe herabsetzen kann, wenn sich die Lage der Gesellschaft nach Festsetzung so verschlechtert, dass die Weitergewährung unbillig für die Gesellschaft wäre. Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt ferner nicht, wenn die zuständige Aufsichtsbehörde die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Regelungen zur Aktienhaltepflicht

- Nachhaltige Bindung der Vorstände an die Bank
- Identifikation mit Unternehmen und Aktionären
- Bindung an die Wertentwicklung durch aufgeschobene Vergütung

Sämtliche Mitglieder des Vorstands sind verpflichtet, einen bestimmten Wert an Deutsche Bank-Aktien zu halten. Durch diese Verpflichtung wird zum einen die Identifikation des Vorstands mit dem Unternehmen und dessen Aktionären gestärkt und zum anderen eine nachhaltige Bindung an die geschäftliche Entwicklung der Bank sichergestellt.

Die Anzahl zu haltender Aktien beträgt beim Vorstandsvorsitzenden das 2-Fache seiner jährlichen Grundvergütung und somit den Gegenwert von 6.800.000 € und bei den ordentlichen Vorstandsmitgliedern das 1-Fache ihrer jährlichen Grundvergütung und somit den Gegenwert von 2.400.000 € bzw. 3.000.000 €.

Mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2017 ist an die Stelle der bisherigen Karenzfrist, bis zu deren Ablauf diese Vorgaben erfüllt sein mussten, eine Regelung getreten, welche an die Höhe der gewährten aktienbasierten variablen Vergütung anknüpft. Die Vorgaben der Aktienhalteverpflichtung müssen erstmalig zu dem Stichtag erfüllt sein, zu welchem dem Vorstandsmitglied seit seiner Bestellung in den Vorstand insgesamt eine aktienbasierte variable Vergütung gewährt wurde, die dem 1 ½-fachen der Halteverpflichtung entspricht. Aufgeschobene aktienbasierte gewährte Vergütungen können zu 75 % auf die Halteverpflichtung angerechnet werden.

Die Einhaltung der Vorgaben wird halbjährlich zu den Stichtagen 30.06. beziehungsweise 31.12. eines Jahres überprüft. Bei festgestellten Differenzen haben die Vorstandsmitglieder bis zur nächsten Prüfung Zeit zur Korrektur. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben im Jahr 2017 den Vorgaben zur Aktienhaltepflicht entsprochen beziehungsweise befinden sich noch in der Karenzfrist.

Durch aufgeschoben gewährte beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckte Vergütungskomponenten bleibt eine weitere Verbundenheit mit der Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie in der Regel gleichwohl auch für einen Zeitraum nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand bestehen.

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2017

Grundgehalt

Im Geschäftsjahr 2017 beliefen sich die jährlichen Grundgehälter des Vorstandsvorsitzenden auf 3.400.000 € und die der ordentlichen Mitglieder des Vorstands auf jeweils 2.400.000 € bzw. 3.000.000 €. Dem Vorstandsmitglied Stuart Lewis wurde in 2017 eine Funktionszulage in Höhe von 300.000 € gewährt; der Aufsichtsrat übertrug ihm die zusätzliche Verantwortung, das Verhältnis zu den US-amerikanischen Regulatoren weiter zu verbessern. Garth Ritchie erhielt eine Funktionszulage in Höhe von 250.000 €; ihm wurde eine zusätzliche Verantwortung im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Brexit übertragen.

Variable Vergütung

Vor dem Hintergrund des ausgewiesenen Verlusts der Bank für das Geschäftsjahr 2017, hat der Vorstand – wie bereits für das Geschäftsjahr 2016 – gemeinsam und einstimmig entschieden, unwiderruflich auf jegliche ggf. für das Geschäftsjahr 2017 zustehenden Ansprüche auf Festlegung und Gewährung einer variablen Vergütung für die Vorstandsmitglieder zu verzichten. Der Vorstand hat diesen Verzicht gegenüber dem Aufsichtsrat erklärt. Der Aufsichtsrat hat aus diesem Grund von der Festlegung und Gewährung einer variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2017 für die Vorstandsmitglieder abgesehen.

Zielerreichungsgrad

Der Aufsichtsrat hat die in der letztjährigen Hauptversammlung geäußerte Kritik an der Transparenz über die Vergütungsentscheidungen aufgenommen und entschieden, über den Grad der Zielerreichung im Überblick zu berichten. Von der Festlegung und Gewährung einer daraus sich ergebenden variablen Vergütung wurde auf Grund des Verzichts des Vorstands abgesehen.

Die vier Erfolgskennzahlen als Bezugsgröße für die **Gruppenkomponente des STA** haben sich im Geschäftsjahr 2017 wie folgt entwickelt. Bei der Harten Kernkapitalquote (CET1-Quote) konnten deutliche Fortschritte hinsichtlich der Erreichung des Zielniveaus gemäß Strategieplan erzielt werden. Das für 2017 angestrebte Zielniveau konnte dabei sogar übertroffen werden. Auch bei der Verschuldungsquote konnten Fortschritte hinsichtlich der Erreichung des Zielniveaus gemäß Strategieplan erzielt werden, auch wenn das für 2017 angestrebte Zwischenzielniveau nicht vollständig erreicht werden konnte (weitere Angaben finden sich im Kapitel „Verschuldungsquote“ im Risikobericht). Bei den bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen konnte das für 2017 angestrebte Zwischenzielniveau erreicht werden. Das für 2017 gesetzte Eigenkapitalrendite-Ziel konnte nicht erreicht werden.

Der Aufsichtsrat hat insgesamt für die Gruppenkomponente eine Zielerreichung von 45 % festgestellt.

45 % betrug der Zielerreichungsgrad der
Gruppenkomponente des STA

Die **individuelle Komponente des STA** ergibt sich aus dem Erreichungsgrad der kurz- und mittelfristigen individuellen und geschäftsbereichsbezogenen Ziele, welche den Mitgliedern des Vorstands 2017 gesetzt wurden.

John Cryan

Zu den individuellen Zielen von Herrn Cryan gehörte im Geschäftsjahr 2017 das Erreichen eines definierten Konzernergebnisses (Plan-IBIT). Darüber hinaus waren die Steuerung der Prozesse zur Strategieimplementierung und die Stärkung der Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörden sowie die Bearbeitung aufsichtsrechtlicher Feststellungen und Anforderungen weitere Ziele. Zudem wurden Diversityziele und bestimmte Werte beim Mitarbeiterengagement vereinbart.

Kimberly Hammonds

Zu den Zielen von Frau Hammonds gehörten die Bereitstellung signifikanter regulatorischer Programme zur Unterstützung der Geschäftsaktivitäten sowie die Sicherung der Verfügbarkeit der wichtigsten IT-Anwendungen der Bank. Neben der Einhaltung eines definierten Kostenplans für 2017 waren die Behebung und Erfüllung aufsichtsbehördlicher Feststellungen, Diversityziele und bestimmte Werte beim Mitarbeiterengagement weitere Ziele.

Stuart Lewis

Die Umsetzung von definierten Kostensenkungen gehörte in 2017 zu den Zielen von Herrn Lewis. Die Umsetzung wichtiger regulatorischer Programme mit Risiko-Fokus war ein weiteres Ziel. Schließlich hatte er das Ziel, aufsichtsbehördliche Feststellungen umgehend zu beheben sowie Diversityziele und bestimmte Werte beim Mitarbeiterengagement zu erreichen.

Sylvie Matherat

Der Abschluss des Aufbaus der Bereiche Compliance und Anti-Financial Crime war eines der mit Frau Matherat vereinbarten individuellen Ziele. Ein weiteres Ziel war die Unterstützung der Geschäftsbereiche bei der Umsetzung der MiFID 2-Anforderungen. Aufsichtsbehördliche Feststellungen umgehend zu beheben, die Stärkung der internen Zusammenarbeit sowie Diversityziele und bestimmte Werte beim Mitarbeiterengagement zu erreichen, waren weitere Ziele.

James von Moltke

Zu den Zielen von Herrn von Moltke gehörte die Einführung bankweiter Initiativen zum Performance Management, die zum Ziel haben, eine verbesserte Verantwortungskultur sowie mehr Transparenz und Konsistenz zu schaffen.

Nicolas Moreau

Die Generierung von Nettomittelzuflüssen im Bereich Asset Management gehörte zu den Zielen von Herrn Moreau. Ein weiteres Ziel war die Aufstellung des Asset Management als operativ unabhängige Einheit und die Vorbereitung des Börsenganges. Die Erledigung aufsichtsbehördlicher Feststellungen, Diversityziele und bestimmte Werte beim Mitarbeiterengagement zu erreichen, waren ebenfalls Ziele.

Garth Ritchie

Zu den Zielen von Herrn Ritchie gehörten insbesondere CIB-bezogene Ertrags- und IBIT-Ziele. Aufsichtsbehördliche Feststellungen umgehend zu beheben, gehörte darüber hinaus zu seinen Zielen sowie das Erreichen von Diversityzielen und bestimmten Werten beim Mitarbeiterengagement.

Karl von Rohr

Die Anzahl anhängiger Rechtsstreitigkeiten zu reduzieren, war eines der Ziele von Herrn von Rohr. Ein weiteres Ziel betraf die Verbesserung der Personalplanung. Aufsichtsbehördliche Feststellungen umgehend zu beheben, gehörte ebenso zu seinen Zielen wie Diversityziele und bestimmte Werte beim Mitarbeiterengagement zu erreichen.

Dr. Marcus Schenck

In seiner Funktion als CFO (bis einschließlich Juni 2017) gehörten die erfolgreiche Durchführung der Kapitalerhöhung sowie Finance-bezogene Kostenziele zu den individuellen Zielen von Herrn Dr. Schenck. Als ab Juli für den CIB-Bereich mitverantwortliches Vorstandsmitglied gehörte es zu seinen Zielen, CIB-bezogene Ertrags- und IBIT-Ziele zu erreichen. In beiden von ihm verantworteten Ressorts waren die Behebung aufsichtsbehördlicher Feststellungen, Diversityziele und bestimmte Werte beim Mitarbeiterengagement weitere Ziele.

Christian Sewing

Zu den Zielen von Sewing gehörte ein geschäftsbereichsbezogenes IBIT-Ziel für das Geschäftsjahr 2017. Ein weiteres Ziel betraf Aktivitäten zur weiteren Integration der Postbank. Aufsichtsbehördliche Feststellungen umgehend zu beheben, gehörte ebenso zu seinen Zielen wie Diversityziele und bestimmte Werte beim Mitarbeiterengagement zu erreichen.

Werner Steinmüller

Ein auf die Asia-Pacific-Region bezogenes Ertragsziel und ein Führungsziel wurden mit Herrn Steinmüller für das Geschäftsjahr 2017 individuell vereinbart. Weitere Ziele waren die Behebung aufsichtsbehördlicher Feststellungen, Diversityziele und das Erreichen bestimmter Werte beim Mitarbeiterengagement.

Frank Strauß

Die mit Herrn Strauß für den Zeitraum ab dem 1. September 2017 vereinbarten individuellen Ziele betrafen die Steuerung der Deutsche Postbank AG, deren Vorstandsvorsitzender er weiterhin ist. Ein weiteres Ziel betraf die Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern.

Auf Grund des Verzichts wurde der Zielerreichungsgrad der individuellen Leistung der Mitglieder des Vorstands durch den Aufsichtsrat nicht festgelegt.

Der dem LTA zugrunde liegende RTSR konnte sich 2017 zwar gegenüber dem Vorjahr verbessern, die durchschnittliche Wertentwicklung im maßgeblichen Dreijahreszeitraum (2015 bis 2017) blieb mit 82,1 % jedoch hinter der Vergleichsgruppe zurück. Das organische Kapitalwachstum gemäß Definition hat sich in 2017 negativ entwickelt. Die Stärkung des Kontrollumfelds wurde anhand von Rückmeldungen der internen Revision und der Aufsichtsbehörden beurteilt.

Der Aufsichtsrat hat für den LTA eine Zielerreichung von insgesamt 38 % festgestellt.

38 % betrug der Zielerreichungsgrad des LTA

Gesamtvergütung

Die im bzw. für das Geschäftsjahr 2017 gewährte Vergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand) für die Mitglieder des Vorstands für ihre Vorstandstätigkeit betrug insgesamt 29.200.000 € (2016: 25.883.333 €). Dieser Betrag entfiel ausschließlich auf die festen Vergütungskomponenten. Auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung entfielen 0 € (2016: 0 €).

Der Aufsichtsrat hat die Bezüge für 2017 und 2016 auf individueller Basis wie folgt festgelegt:

in €					2017	2016	
	Grundgehalt	Gruppenkomponente	STA ¹ Individuelle Komponente	LTA ²	Gesamtvergütung	Funktionszulage	Gesamtvergütung
John Cryan	3.400.000	0	0	0	3.400.000	0	3.800.000
Kimberly Hammonds ³	2.400.000	0	0	0	2.400.000	0	1.000.000
Stuart Lewis	2.400.000	0	0	0	2.400.000	300.000	2.400.000
Sylvie Matherat	2.400.000	0	0	0	2.400.000	0	2.400.000
James von Moltke ⁴	1.200.000	0	0	0	1.200.000	0	–
Nicolas Moreau ⁵	2.400.000	0	0	0	2.400.000	0	600.000
Garth Ritchie	3.000.000	0	0	0	3.000.000	250.000	2.400.000
Karl von Rohr	2.400.000	0	0	0	2.400.000	0	2.400.000
Dr. Marcus Schenck	2.900.000	0	0	0	2.900.000	0	2.400.000
Christian Sewing	2.900.000	0	0	0	2.900.000	0	2.400.000
Werner Steinmüller ⁶	2.400.000	0	0	0	2.400.000	0	1.000.000
Frank Strauß ⁷	800.000	0	0	0	800.000	0	–
Jeffrey Urwin ⁸	600.000	0	0	0	600.000	0	2.400.000
Jürgen Fitschen ⁹	–	–	–	–	–	–	1.583.333
Quintin Price ¹⁰	–	–	–	–	–	–	1.100.000
Summe	29.200.000	0	0	0	29.200.000	550.000	25.883.333

¹ STA = Short-Term Award.

² LTA = Long-Term Award.

³ Mitglied seit dem 1. August 2016.

⁴ Mitglied seit dem 1. Juli 2017.

⁵ Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

⁶ Mitglied seit dem 1. August 2016.

⁷ Mitglied seit dem 1. September 2017.

⁸ Mitglied bis zum 31. März 2017.

⁹ Mitglied bis zum 19. Mai 2016 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Mai 2016.

¹⁰ Mitglied vom 1. Januar bis zum 15. Juni 2016.

Etwaig einem Vorstandsmitglied gewährte Vergütungselemente als Ersatz für beim Vorarbeitgeber verfallene Vergütungsbestandteile sind in der obigen Tabelle nicht enthalten. Diese werden in den Kapiteln Aktienanwartschaften und den Tabellen gemäß Deutscher Corporate Governance Kodex und DRS 17 gezeigt.

Aktienanwartschaften

Für das Geschäftsjahr 2017 haben die Vorstandsmitglieder gegenüber dem Aufsichtsrat ihren Verzicht auf die Festlegung und Gewährung von variabler Vergütung erklärt. Daher waren für die Tätigkeit als Vorstand im Geschäftsjahr 2017 im Zusammenhang mit der Festlegung variabler Vergütung keine Aktienanwartschaften zu gewähren. Entsprechendes galt für das Geschäftsjahr 2016.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhalten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Durch die Aufnahme seiner Tätigkeit als Mitglied des Vorstands sind für James von Moltke von seinem früheren Arbeitgeber aufgeschoben gewährte Vergütungskomponenten verfallen. Außerdem wurde ihm mit dem unterjährigen Wechsel zur Deutschen Bank von seinem vorherigen Arbeitgeber keine anteilige variable Vergütung für die Beschäftigung in 2017 gewährt. Die verfallenen und die nicht zur Gewährung kommenden Vergütungskomponenten wurden durch eine Barzahlung, die Vergabe von 194.142 Deutsche Bank-Aktienanwartschaften auf Basis des 2017 DB Equity Plan (Equity Upfront Awards und Restricted Equity Awards) sowie durch aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Awards) wertgleich ersetzt. Die Equity Upfront Awards unterliegen einer Haltefrist bis zum 28. Februar 2019; die Restricted Equity Awards werden zwischen dem 1. September 2017 und dem 1. März 2023 fällig und unterliegen anschließend einer Haltefrist von sechs beziehungsweise zwölf Monaten. Bis zur Zuteilung unterliegen die Awards bestimmten Verfallsbedingungen.

Altersversorgungszusage

Der Aufsichtsrat erteilt den Mitgliedern des Vorstands eine Zusage auf Altersversorgungsleistungen. Bei den Zusagen handelt es sich um einen beitragsorientierten Pensionsplan. Im Rahmen dieses Pensionsplans wurde für jedes teilnehmende Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird.

Die Mitglieder des Vorstands erhalten einen vertraglich fixierten festen jährlichen Euro-Betrag als Beitrag. Der Beitrag wird durch einen altersabhängigen Faktor mit durchschnittlich 4 % pro Jahr bis zum Alter von 60 Jahren vorab verzinst. Ab dem Alter von 61 Jahren erfolgt eine jährliche Verzinsung des Beitrags von 4 % bis zum Pensionierungszeitpunkt.

Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) zur Verfügung steht. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Die folgende Tabelle zeigt die Versorgungsbausteine, die Verzinsungen, das Versorgungskapital und den jährlichen Dienstzeitaufwand für die Jahre 2017 und 2016 sowie die entsprechenden Verpflichtungshöhen jeweils zum 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 für die im Jahr 2017 tätigen Mitglieder des Vorstands. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragsätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen und den vorher beschriebenen weiteren individuellen Ansprüchen.

Mitglieder des Vorstands in €	Versorgungsbaustein im Geschäftsjahr		Verzinsung im Geschäftsjahr		Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres		Dienstzeitaufwand (IFRS) im Geschäftsjahr		Barwert der Verpflichtung (IFRS) am Ende des Geschäftsjahres	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
John Cryan	728.000	754.000	0	0	1.875.250	1.147.250	748.829	821.114	1.916.940	1.221.303
Kimberly Hammonds ¹	936.000	250.001	0	0	1.186.001	250.001	842.110	270.466	1.091.041	275.563
Stuart Lewis	871.000	556.000	0	0	3.213.938	2.342.938	807.465	546.402	3.377.866	2.555.844
Sylvie Matherat	786.500	500.000	0	0	1.373.168	586.668	774.917	517.352	1.354.995	613.025
James von Moltke ²	503.750	-	0	-	503.750	-	451.453	-	463.619	-
Nicolas Moreau ³	1.340.000	347.500	0	0	1.687.500	347.500	1.232.878	442.672	1.591.229	450.380
Garth Ritchie	1.500.000	1.550.000	0	0	3.050.000	1.550.000	1.306.915	1.443.171	2.704.127	1.475.820
Karl von Rohr	871.000	556.000	0	0	1.523.001	652.001	807.465	546.402	1.434.564	647.482
Dr. Marcus Schenck	1.105.500	556.000	0	0	2.189.501	1.084.001	1.018.267	546.402	2.051.090	1.041.150
Christian Sewing	1.046.500	1.085.500	0	0	2.824.000	1.777.500	899.307	984.198	2.450.830	1.592.460
Werner Steinmüller ⁴	650.000	166.667	6.667	0	823.334	166.667	701.617	164.232	907.793	169.445
Frank Strauß ⁵	348.834	-	0	-	348.834	-	313.391	-	321.839	-
Jeffrey Urwin ⁶	500.000	2.000.000	20.000	0	0 ⁷	2.000.000	557.370	2.036.367	0	2.090.722

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

² Mitglied seit dem 1. Juli 2017.

³ Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

⁴ Mitglied seit dem 1. August 2016.

⁵ Mitglied seit dem 1. September 2017.

⁶ Mitglied bis zum 31. März 2017.

⁷ Die zum Zeitpunkt des Ausscheidens noch nicht gesetzlich unverfallbare Versorgungsanwartschaft wurde als Barabfindung in Höhe von 2.520.000 € ausgezahlt.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Wird die Bestellung eines Vorstandsmitglieds auf Veranlassung der Bank vorzeitig beendet, ohne dass ein wichtiger Grund zur Abberufung oder zur Kündigung des Anstellungsvertrages vorliegt, besteht grundsätzlich Anspruch auf Zahlung einer Abfindung. Für die Ermittlung der Höhe der Abfindung sind die Umstände der vorzeitigen Beendigung des Anstellungsvertrages sowie die Dauer der bisherigen Vorstandstätigkeit zu berücksichtigen. Die Abfindung beträgt in der Regel zwei Jahresvergütungen und ist auf die Vergütungsansprüche für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages beschränkt. Für die Berechnung der Abfindung wird auf die Jahresvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres und ggf. auch auf die voraussichtliche Jahresvergütung für das laufende Geschäftsjahr abgestellt. Die Festsetzung der Abfindung erfolgt im Einklang mit den rechtlichen und regulatorischen Anforderungen, insbesondere den Bestimmungen der InstVV.

Sofern Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheiden, haben sie unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich ebenfalls Anspruch auf eine Abfindung. Die genaue Höhe der Abfindung wird vom Aufsichtsrat nach billigem Ermessen festgelegt. Die Abfindung beträgt nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex nicht mehr als drei Jahresvergütungen und ist auf die Vergütungsansprüche für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages beschränkt. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient auch hier die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Jeffrey Urwin hat den Vorstand mit Wirkung zum Ablauf des 31. März 2017 verlassen. Der Vorstandsanstellungsvertrag wurde durch eine einvernehmliche Vereinbarung beendet. Der Vertrag sah keine zusätzlichen Leistungen vor.

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung

Der in den jeweiligen Geschäftsjahren gebuchte Aufwand für aufgeschobene Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, die für die Vorstandstätigkeit gewährt wurden, ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Mitglieder des Vorstands	Aufgewandter Betrag für			
	Aktienbasierte Vergütungskomponenten		Vergütungskomponente in bar	
	2017	2016	2017	2016
in €				
James von Moltke ¹	0	0	671.148	0
Stuart Lewis	955.633	-136.084 ²	230.974	466.922

¹ Mitglied seit dem 1. Juli 2017.

² Aktienbasierte Vergütung des Vorstands wird grundsätzlich mit dem zum jeweiligen Bilanzstichtag zu Grunde liegenden Aktienkurs bewertet und ergibt in diesem Fall einen negativen Betrag.

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 16. Februar 2018 beziehungsweise 17. Februar 2017 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder Deutsche Bank-Aktien wie nachfolgend beschrieben:

Mitglieder des Vorstands	Anzahl Aktien	
John Cryan	2018	13.740
	2017	9.160
Kimberly Hammonds ¹	2018	34.200
	2017	22.800
Stuart Lewis	2018	88.292
	2017	51.347
Sylvie Matherat	2018	0
	2017	0
James von Moltke ²	2018	0
	2017	0
Nicolas Moreau ³	2018	0
	2017	0
Garth Ritchie	2018	43.227
	2017	28.778
Karl von Rohr	2018	5.601
	2017	3.737
Dr. Marcus Schenck	2018	78.168
	2017	26.445
Christian Sewing	2018	54.356
	2017	36.249
Werner Steinmüller ⁴	2018	119.688
	2017	79.792
Frank Strauß ⁵	2018	7.172
	2017	258.308
Summe	2018	444.444
	2017	258.308

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

² Mitglied seit dem 1. Juli 2017.

³ Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

⁴ Mitglied seit dem 1. August 2016.

⁵ Mitglied seit dem 1. September 2017.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten am 16. Februar 2018 insgesamt 444.444 Deutsche Bank-Aktien, was rund 0,02 % der an diesem Stichtag ausstehenden Aktien entsprach.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Aktienanwartschaften der derzeitigen Vorstandsmitglieder am 17. Februar 2017 und 16. Februar 2018 und die Anzahl der in diesem Zeitraum neu gewährten, ausgelieferten oder verfallenen Anwartschaften.

Mitglieder des Vorstands	Bestand zum 17.2.2017	Gewährt	Ausgeliefert	Verfallen	Bestand zum 16.2.2018
John Cryan	0	0	0	0	0
Kimberly Hammonds ¹	88.072	14.760	0	0	102.832
Stuart Lewis	166.539	21.889	19.748	8.182	160.498
Sylvie Matherat	10.758	1.423	0	0	12.181
James von Moltke ²	–	194.142	0	0	194.142
Nicolas Moreau ³	0	0	0	0	0
Garth Ritchie	549.651	69.085	0	0	618.736
Karl von Rohr	43.456	5.749	0	0	49.206
Dr. Marcus Schenck	216.979	22.241	48.868	0	190.353
Christian Sewing	85.508	11.313	0	0	96.821
Werner Steinmüller ⁴	191.879	28.941	0	0	220.821
Frank Strauß ⁵	30.732	23.523	7.272	0	46.983

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

² Mitglied seit dem 1. Juli 2017.

³ Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

⁴ Mitglied seit dem 1. August 2016.

⁵ Mitglied seit dem 1. September 2017.

Bezüge nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)

Im Folgenden werden die Bezüge der Mitglieder des Vorstands nach Maßgabe der Anforderungen der Ziffer 4.2.5 Abs. 3 des DCGK gezeigt. Dies sind die für das Berichtsjahr gewährten Zuwendungen einschließlich der Nebenleistungen, bei den variablen Vergütungselementen ergänzt um die erreichbare Maximal- und Minimalvergütung. Darüber hinaus wird der Zufluss im bzw. für das Berichtsjahr aus Fixvergütung und variabler Vergütung (unterteilt in Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards) mit Differenzierung nach den jeweiligen Bezugsjahren dargestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die gewährten Zuwendungen für die Geschäftsjahre 2017 und 2016 gemäß DCGK:

in €	John Cryan					
	2017				2016	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.800.000	3.800.000
Nebenleistungen	220.982	220.982	220.982	220.982	41.795	41.795
Summe	3.620.982	3.620.982	3.620.982	3.620.982	3.841.795	3.841.795
Variable Vergütung	0	5.300.000	0	8.900.000	0	5.300.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.900.000	0	3.800.000	0	1.500.000
Restricted Equity Awards	0	3.400.000	0	5.100.000	0	3.800.000
Summe	0	5.300.000	0	8.900.000	0	5.300.000
Versorgungsaufwand	748.829	748.829	748.829	748.829	821.114	821.114
Gesamtvergütung (DCGK)	4.369.811	9.669.811	4.369.811	13.269.811	4.662.909	9.962.909
Gesamtvergütung¹	3.400.000	8.700.000	3.400.000	12.300.000	3.800.000	9.100.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

in €	Kimberly Hammonds ¹					
	2017				2016	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.000.000	1.000.000
Nebenleistungen	260.489	260.489	260.489	260.489	6.035	6.035
Summe	2.660.489	2.660.489	2.660.489	2.660.489	1.006.035	1.006.035
Variable Vergütung	0	4.100.000	0	6.800.000	0	1.416.667
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.300.000	0	2.600.000	0	416.667
Restricted Equity Awards	0	2.800.000	0	4.200.000	0	1.000.000
Summe	0	4.100.000	0	6.800.000	0	1.416.667
Versorgungsaufwand	842.110	842.110	842.110	842.110	270.466	270.466
Gesamtvergütung (DCGK)	3.502.599	7.602.599	3.502.599	10.302.599	1.276.501	2.693.168
Gesamtvergütung²	2.400.000	6.500.000	2.400.000	9.200.000	1.000.000	2.416.667

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €					Stuart Lewis	
					2017	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Funktionszulage	300.000	300.000	300.000	300.000	0	0
Nebenleistungen	206.628	206.628	206.628	206.628	77.938	77.938
Summe	2.906.628	2.906.628	2.906.628	2.906.628	2.477.938	2.477.938
Variable Vergütung	0	4.100.000	0	6.800.000	0	3.400.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.300.000	0	2.600.000	0	1.000.000
Restricted Equity Awards	0	2.800.000	0	4.200.000	0	2.400.000
Summe	0	4.100.000	0	6.800.000	0	3.400.000
Versorgungsaufwand	807.465	807.465	807.465	807.465	546.402	546.402
Gesamtvergütung (DCGK)	3.714.093	7.814.093	3.714.093	10.514.093	3.024.340	6.424.340
Gesamtvergütung¹	2.400.000	6.500.000	2.400.000	9.200.000	2.400.000	5.800.000

¹ Ohne Funktionszulage, Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €					Sylvie Matherat	
					2017	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	16.338	16.338	16.338	16.338	12.905	12.905
Summe	2.416.338	2.416.338	2.416.338	2.416.338	2.412.905	2.412.905
Variable Vergütung	0	4.100.000	0	6.800.000	0	3.400.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.300.000	0	2.600.000	0	1.000.000
Restricted Equity Awards	0	2.800.000	0	4.200.000	0	2.400.000
Summe	0	4.100.000	0	6.800.000	0	3.400.000
Versorgungsaufwand	774.917	774.917	774.917	774.917	517.352	517.352
Gesamtvergütung (DCGK)	3.191.255	7.291.255	3.191.255	9.991.255	2.930.257	6.330.257
Gesamtvergütung¹	2.400.000	6.500.000	2.400.000	9.200.000	2.400.000	5.800.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

in €					James von Moltke ¹	
					2017	
	Festsetzung ²	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	-	-
Nebenleistungen	473.299	473.299	473.299	473.299	-	-
Summe	1.673.299	1.673.299	1.673.299	1.673.299	-	-
Variable Vergütung	4.858.442	2.050.000	0	3.400.000	-	-
davon:						
Bar	355.404	0	0	0	-	-
Restricted Incentive Awards	1.600.227	650.000	0	1.300.000	-	-
Equity Upfront Awards	355.404	0	0	0	-	-
Restricted Equity Awards	2.547.407	1.400.000	0	2.100.000	-	-
Summe	4.858.442	2.050.000	0	3.400.000	-	-
Versorgungsaufwand	451.453	451.453	451.453	451.453	-	-
Gesamtvergütung (DCGK)	6.983.194	4.174.752	2.124.752	5.524.752	-	-
Gesamtvergütung³	6.058.442	3.250.000	1.200.000	4.600.000	-	-

¹ Mitglied seit dem 1. Juli 2017.

² Die Herrn von Moltke gewährten Leistungen als Ausgleich für den Verfall von Awards bzw. das Nichtgewähren variabler Vergütung bei seinem früheren Arbeitgeber sind unter „Variabler Vergütung“ aufgeführt.

³ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €					Nicolas Moreau ¹	
					2017	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	600.000	600.000
Nebenleistungen	59.383	59.383	59.383	59.383	5.239	5.239
Summe	2.459.383	2.459.383	2.459.383	2.459.383	605.239	605.239
Variable Vergütung	0	4.600.000	0	7.800.000	0	1.150.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.800.000	0	3.600.000	0	600.000
Restricted Equity Awards	0	2.800.000	0	4.200.000	0	550.000
Summe	0	4.600.000	0	7.800.000	0	1.150.000
Versorgungsaufwand	1.232.878	1.232.878	1.232.878	1.232.878	442.672	442.672
Gesamtvergütung (DCGK)	3.692.261	8.292.261	3.692.261	11.492.261	1.047.911	2.197.911
Gesamtvergütung²	2.400.000	7.000.000	2.400.000	10.200.000	600.000	1.750.000

¹ Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Garth Ritchie					
	2017				2016	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	2.400.000	2.400.000
Funktionszulage	250.000	250.000	250.000	250.000	0	0
Nebenleistungen	269.457	269.457	269.457	269.457	110.241	110.241
Summe	3.519.457	3.519.457	3.519.457	3.519.457	2.510.241	2.510.241
Variable Vergütung	0	4.700.000	0	8.000.000	0	4.600.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.900.000	0	3.800.000	0	2.400.000
Restricted Equity Awards	0	2.800.000	0	4.200.000	0	2.200.000
Summe	0	4.700.000	0	8.000.000	0	4.600.000
Versorgungsaufwand	1.306.915	1.306.915	1.306.915	1.306.915	1.443.171	1.443.171
Gesamtvergütung (DCGK)	4.826.372	9.526.372	4.826.372	12.826.372	3.953.412	8.553.412
Gesamtvergütung¹	3.000.000	7.700.000	3.000.000	11.000.000	2.400.000	7.000.000

¹ Ohne Funktionszulage, Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Karl von Rohr					
	2017				2016	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	23.642	23.642	23.642	23.642	47.730	47.730
Summe	2.423.642	2.423.642	2.423.642	2.423.642	2.447.730	2.447.730
Variable Vergütung	0	4.100.000	0	6.800.000	0	3.400.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.300.000	0	2.600.000	0	1.000.000
Restricted Equity Awards	0	2.800.000	0	4.200.000	0	2.400.000
Summe	0	4.100.000	0	6.800.000	0	3.400.000
Versorgungsaufwand	807.465	807.465	807.465	807.465	546.402	546.402
Gesamtvergütung (DCGK)	3.231.107	7.331.107	3.231.107	10.031.107	2.994.132	6.394.132
Gesamtvergütung¹	2.400.000	6.500.000	2.400.000	9.200.000	2.400.000	5.800.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Dr. Marcus Schenck					
	2017				2016	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.900.000	2.900.000	2.900.000	2.900.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	16.148	16.148	16.148	16.148	23.720	23.720
Summe	2.916.148	2.916.148	2.916.148	2.916.148	2.423.720	2.423.720
Variable Vergütung	0	4.400.000	0	7.400.000	0	3.400.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.600.000	0	3.200.000	0	1.000.000
Restricted Equity Awards	0	2.800.000	0	4.200.000	0	2.400.000
Summe	0	4.400.000	0	7.400.000	0	3.400.000
Versorgungsaufwand	1.018.267	1.018.267	1.018.267	1.018.267	546.402	546.402
Gesamtvergütung (DCGK)	3.934.415	8.334.415	3.934.415	11.334.415	2.970.122	6.370.122
Gesamtvergütung¹	2.900.000	7.300.000	2.900.000	10.300.000	2.400.000	5.800.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Christian Sewing					
	2017				2016	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.900.000	2.900.000	2.900.000	2.900.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	80.307	80.307	80.307	80.307	204.758	204.758
Summe	2.980.307	2.980.307	2.980.307	2.980.307	2.604.758	2.604.758
Variable Vergütung	0	4.400.000	0	7.400.000	0	3.400.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.600.000	0	3.200.000	0	1.600.000
Restricted Equity Awards	0	2.800.000	0	4.200.000	0	1.800.000
Summe	0	4.400.000	0	7.400.000	0	3.400.000
Versorgungsaufwand	899.307	899.307	899.307	899.307	984.198	984.198
Gesamtvergütung (DCGK)	3.879.614	8.279.614	3.879.614	11.279.614	3.588.956	6.988.956
Gesamtvergütung¹	2.900.000	7.300.000	2.900.000	10.300.000	2.400.000	5.800.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Werner Steinmüller¹

in €	2017				2016	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.000.000	1.000.000
Nebenleistungen	399.424	399.424	399.424	399.424	165.001	165.001
Summe	2.799.424	2.799.424	2.799.424	2.799.424	1.165.001	1.165.001
Variable Vergütung	0	4.100.000	0	6.800.000	0	1.416.667
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.300.000	0	2.600.000	0	416.667
Restricted Equity Awards	0	2.800.000	0	4.200.000	0	1.000.000
Summe	0	4.100.000	0	6.800.000	0	1.416.667
Versorgungsaufwand	701.617	701.617	701.617	701.617	164.232	164.232
Gesamtvergütung (DCGK)	3.501.041	7.601.041	3.501.041	10.301.041	1.329.233	2.745.900
Gesamtvergütung²	2.400.000	6.500.000	2.400.000	9.200.000	1.000.000	2.416.667

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Frank Strauß¹

in €	2017				2016	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	800.000	800.000	800.000	800.000	-	-
Nebenleistungen	26.893	26.893	26.893	26.893	-	-
Summe	826.893	826.893	826.893	826.893	-	-
Variable Vergütung	0	1.466.667	0	2.466.667	-	-
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	533.333	0	1.066.667	-	-
Restricted Equity Awards	0	933.333	0	1.400.000	-	-
Summe	0	1.466.667	0	2.466.667	-	-
Versorgungsaufwand	313.391	313.391	313.391	313.391	-	-
Gesamtvergütung (DCGK)	1.140.284	2.606.951	1.140.284	3.606.951	-	-
Gesamtvergütung²	800.000	2.266.667	800.000	3.266.667	-	-

¹ Mitglied seit dem 1. September 2017.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Jeffrey Urwin¹

in €	2017				2016	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	600.000	600.000	600.000	600.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	530	530	530	530	59.763	59.763
Summe	600.530	600.530	600.530	600.530	2.459.763	2.459.763
Variable Vergütung	0	0	0	0	0	6.100.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	0	0	0	0	3.300.000
Restricted Equity Awards	0	0	0	0	0	2.800.000
Summe	0	0	0	0	0	6.100.000
Versorgungsaufwand	557.370	557.370	557.370	557.370	2.036.367	2.036.367
Gesamtvergütung (DCGK)	1.157.900	1.157.900	1.157.900	1.157.900	4.496.130	10.596.130
Gesamtvergütung²	600.000	600.000	600.000	600.000	2.400.000	8.500.000

¹ Mitglied bis zum 31. März 2017.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Jürgen Fitschen¹

in €	2017				2016	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	-	-	-	-	1.583.333	1.583.333
Nebenleistungen	-	-	-	-	38.937	38.937
Summe	-	-	-	-	1.622.270	1.622.270
Variable Vergütung	-	-	-	-	0	2.208.333
davon:						
Restricted Incentive Awards	-	-	-	-	0	625.000
Restricted Equity Awards	-	-	-	-	0	1.583.333
Summe	-	-	-	-	0	2.208.333
Versorgungsaufwand	-	-	-	-	232.666	232.666
Gesamtvergütung (DCGK)	-	-	-	-	1.854.936	4.063.269
Gesamtvergütung²	-	-	-	-	1.583.333	3.791.667

¹ Mitglied bis zum 19. Mai 2016 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Mai 2016.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	2017				Quintin Price ¹	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	-	-	-	-	1.100.000	1.100.000
Nebenleistungen	-	-	-	-	13.783	13.783
Summe	-	-	-	-	1.113.783	1.113.783
Variable Vergütung	-	-	-	-	0	2.108.333
davon:						
Restricted Incentive Awards	-	-	-	-	0	1.100.000
Restricted Equity Awards	-	-	-	-	0	1.008.333
Summe	-	-	-	-	0	2.108.333
Versorgungsaufwand	-	-	-	-	525.143	525.143
Gesamtvergütung (DCGK)	-	-	-	-	1.638.926	3.747.259
Gesamtvergütung²	-	-	-	-	1.100.000	3.208.333

¹ Mitglied vom 1. Januar bis zum 15. Juni 2016.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Zufluss im bzw. für das Geschäftsjahr 2017 und 2016 gemäß DCGK:

in €	John Cryan		Kimberly Hammonds ¹		Stuart Lewis		Sylvie Matherat	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Festvergütung (Grundgehalt)	3.400.000	3.800.000	2.400.000	1.000.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Funktionszulage	0	0	0	0	300.000	0	0	0
Nebenleistungen	220.982	41.795	260.489	6.035	206.628	77.938	16.338	12.905
Summe	3.620.982	3.841.795	2.660.489	1.006.035	2.906.628	2.477.938	2.416.338	2.412.905
Variable Vergütung	0	0	0	0	999.285	0	0	0
davon Bar:	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Equity Awards:								
2013 Equity Upfront Award für 2012	0	0	0	0	27.560	0	0	0
2014 Equity Upfront Award für 2013	0	0	0	0	35.498	0	0	0
davon Restricted Incentive Awards:								
2013 Restricted Incentive Award für 2012	0	0	0	0	377.871	0	0	0
2014 Restricted Incentive Award für 2013	0	0	0	0	357.391	0	0	0
2015 Restricted Incentive Award für 2014	0	0	0	0	200.965	0	0	0
Summe	0	0	0	0	999.285	0	0	0
Versorgungsaufwand	748.829	821.114	842.110	270.466	807.465	546.402	774.917	517.352
Gesamtvergütung (DCGK)	4.369.811	4.662.909	3.502.599	1.276.501	4.713.378	3.024.340	3.191.255	2.930.257

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

in €	James von Moltke ¹		Nicolas Moreau ²		Garth Ritchie		Karl von Rohr	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Festvergütung (Grundgehalt)	1.200.000	-	2.400.000	600.000	3.000.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Funktionszulage	0	-	0	0	250.000	0	0	0
Nebenleistungen	473.299	-	59.383	5.239	269.457	110.241	23.642	47.730
Summe	1.673.299	-	2.459.383	605.239	3.519.457	2.510.241	2.423.642	2.447.730
Variable Vergütung	355.404	-	0	0	0	0	0	0
davon Bar:	355.404	-	0	0	0	0	0	0
davon Equity Awards:								
2013 Equity Upfront Award für 2012	0	-	0	0	0	0	0	0
2014 Equity Upfront Award für 2013	0	-	0	0	0	0	0	0
davon Restricted Incentive Awards:								
2013 Restricted Incentive Award für 2012	0	-	0	0	0	0	0	0
2014 Restricted Incentive Award für 2013	0	-	0	0	0	0	0	0
2015 Restricted Incentive Award für 2014	0	-	0	0	0	0	0	0
Summe	355.404	-	0	0	0	0	0	0
Versorgungsaufwand	451.453	-	1.232.878	442.672	1.306.915	1.443.171	807.465	546.402
Gesamtvergütung (DCGK)	2.480.156	-	3.692.261	1.047.911	4.826.372	3.953.412	3.231.107	2.994.132

¹ Mitglied seit dem 1. Juli 2017. Die Herrn von Moltke zugeflossenen Leistungen als Ausgleich für den Verfall von Awards bzw. das Nichtgewähren variabler Vergütung bei seinem früheren Arbeitgeber sind unter „Variabler Vergütung“ aufgeführt.

² Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

in €	Dr. Marcus Schenck		Christian Sewing		Werner Steinmüller ¹		Frank Strauß ²	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Festvergütung (Grundgehalt)	2.900.000	2.400.000	2.900.000	2.400.000	2.400.000	1.000.000	800.000	-
Funktionszulage	0	0	0	0	0	0	0	-
Nebenleistungen	16.148	23.720	80.307	204.758	399.424	165.001	26.893	-
Summe	2.916.148	2.423.720	2.980.307	2.604.758	2.799.424	1.165.001	826.893	-
Variable Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	-
davon Bar:	0	0	0	0	0	0	0	-
davon Equity Awards:								
2013 Equity Upfront Award für 2012	0	0	0	0	0	0	0	-
2014 Equity Upfront Award für 2013	0	0	0	0	0	0	0	-
davon Restricted Incentive Awards:								
2013 Restricted Incentive Award für 2012	0	0	0	0	0	0	0	-
2014 Restricted Incentive Award für 2013	0	0	0	0	0	0	0	-
2015 Restricted Incentive Award für 2014	0	0	0	0	0	0	0	-
Summe	0	0	0	0	0	0	0	-
Versorgungsaufwand	1.018.267	546.402	899.307	984.198	701.617	164.232	313.391	-
Gesamtvergütung (DCGK)	3.934.415	2.970.122	3.879.614	3.588.956	3.501.041	1.329.233	1.140.284	-

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

² Mitglied seit dem 1. September 2017.

in €	Jeffrey Urwin ¹		Jürgen Fitschen ²		Quintin Price ³	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Festvergütung (Grundgehalt)	600.000	2.400.000	-	1.583.333	-	1.100.000
Funktionszulage	0	0	-	0	-	0
Nebenleistungen	530	59.763	-	38.937	-	13.783
Summe	600.530	2.459.763	-	1.622.270	-	1.113.783
Variable Vergütung	0	0	2.079.429	0	-	0
davon Bar:	0	0	-	0	-	0
davon Equity Awards:						
2012 Equity Upfront Award für 2011	0	0	24.334	0	-	0
2013 Equity Upfront Award für 2012	0	0	33.348	0	-	0
2014 Equity Upfront Award für 2013	0	0	35.491	0	-	0
2011 Restricted Equity Award für 2010	0	0	71.018	0	-	0
2012 Restricted Equity Award für 2011	0	0	247.666	0	-	0
davon Restricted Incentive Awards:						
2011 Restricted Incentive Award für 2010	0	0	196.008	0	-	0
2012 Restricted Incentive Award für 2011	0	0	523.818	0	-	0
2013 Restricted Incentive Award für 2012	0	0	511.933	0	-	0
2014 Restricted Incentive Award für 2013	0	0	330.352	0	-	0
2015 Restricted Incentive Award für 2014	0	0	105.461	0	-	0
Summe	0	0	2.079.429	0	-	0
Versorgungsaufwand	557.370	2.036.367	-	232.666	-	525.143
Gesamtvergütung (DCGK)	1.157.900	4.496.130	2.079.429	1.854.936	-	1.638.926

¹ Mitglied bis zum 31. März 2017.

² Mitglied bis zum 19. Mai 2016 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Mai 2016.

³ Mitglied vom 1. Januar bis zum 15. Juni 2016.

In den Jahren 2015 und 2016 hatte der Aufsichtsrat für das im Berichtszeitraum aktive Vorstandsmitglied Stuart Lewis sowie für Jürgen Fitschen und neun weitere ehemalige Vorstandsmitglieder Tranchen aus aufgeschoben gewährten Vergütungselementen suspendiert. In 2017 haben diese Vorstandsmitglieder freiwillig auf einen großen Teil ihrer noch nicht ausbezahlten Vergütung verzichtet und sich im Zuge einer Vereinbarung mit dem Aufsichtsrat einverstanden erklärt, dass von 69,8 Millionen Euro an ausstehender variabler Vergütung lediglich 31,4 Millionen Euro ausbezahlt werden. Die im Rahmen der Vereinbarung in 2017 zur Auszahlung (bzw. Lieferung – im Fall von aktienbasierten Elementen) gekommenen Vergütungsbestandteile sind in der obigen Tabelle enthalten.

In Bezug auf die aufgeschobenen, im ersten Quartal 2018 zur Lieferung anstehenden Vergütungsbestandteile vergangener Jahre hat der Aufsichtsrat bestätigt, dass die gruppenweiten IBIT-Leistungsbedingungen für das Finanzjahr 2017 erfüllt wurden.

Bezüge nach Maßgabe der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betragen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2017 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 37.665.535 € (2016: 26.691.178 €). Hiervon entfielen 29.200.000 € (2016: 25.883.333 €) auf Grundgehälter, 2.053.520 € (2016: 807.845 €) auf sonstige Leistungen und 5.862.015 € (2016: 0 €) auf erfolgsabhängige Komponenten.

Die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-) Bedingungen unterliegt, nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 17 erst im Geschäftsjahr der Gewährung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt wurde. Dementsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre beziehungsweise in den Jahren 2017 und 2016 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der sonstigen Leistungen.

Bezüge gemäß DRS 17

in €	John Cryan		Kimberly Hammonds ¹		Stuart Lewis		Sylvie Matherat	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Mit kurzfristiger Anreizwirkung								
Bar	0	0	0	0	0	0	0	0
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausbezahlt	0	0	0	0	936.228	0	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Restricted Equity Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	3.400.000	3.800.000	2.400.000	1.000.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Funktionszulage	0	0	0	0	300.000	0	0	0
Sonstige Leistungen	220.982	41.795	260.489	6.035	206.628	77.938	16.338	12.905
Summe	3.620.982	3.841.795	2.660.489	1.006.035	3.842.856	2.477.938	2.416.338	2.412.905

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

in €	James von Moltke ¹		Nicolas Moreau ²		Garth Ritchie		Karl von Rohr	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Mit kurzfristiger Anreizwirkung								
Bar	355.404	-	0	0	0	0	0	0
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausbezahlt	0	-	0	0	0	0	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	355.404	-	0	0	0	0	0	0
Restricted Equity Award(s)	2.547.407	-	0	0	0	0	0	0
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	1.200.000	-	2.400.000	600.000	3.000.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Funktionszulage	0	-	0	0	250.000	0	0	0
Sonstige Leistungen	473.299	-	59.383	5.239	269.457	110.241	23.642	47.730
Summe	4.931.514	-	2.459.383	605.239	3.519.457	2.510.241	2.423.642	2.447.730

¹ Mitglied seit dem 1. Juli 2017.

² Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

in €	Dr. Marcus Schenck		Christian Sewing		Werner Steinmüller ¹		Frank Strauß ²	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Mit kurzfristiger Anreizwirkung								
Bar	0	0	0	0	0	0	0	-
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	-
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	-
Restricted Equity Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	-
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	2.900.000	2.400.000	2.900.000	2.400.000	2.400.000	1.000.000	800.000	-
Funktionszulage	0	0	0	0	0	0	0	-
Sonstige Leistungen	16.148	23.720	80.307	204.758	399.424	165.001	26.893	-
Summe	2.916.148	2.423.720	2.980.307	2.604.758	2.799.424	1.165.001	826.893	-

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

² Mitglied seit dem 1. September 2017

in €	Jeffrey Urwin ¹		Jürgen Fitschen ²		Quintin Price ³		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Mit kurzfristiger Anreizwirkung								
Bar	0	0	-	0	-	0	355.404	0
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	1.667.572	0	-	0	2.603.800	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	0	-	0	-	0	355.404	0
Restricted Equity Award(s)	0	0	-	0	-	0	2.547.407	0
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	600.000	2.400.000	-	1.583.333	-	1.100.000	29.200.000	25.883.333
Funktionszulage	0	0	-	0	-	0	550.000	0
Sonstige Leistungen	530	59.763	-	38.937	-	13.783	2.053.520	807.845
Summe	600.530	2.459.763	1.667.572	1.622.270	-	1.113.783	37.665.535	26.691.178

¹ Mitglied bis zum 31. Mär 2017.

² Mitglied bis zum 19. Mai 2016 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Mai 2016.

³ Mitglied vom 1. Januar bis zum 15. Juni 2016.

In den Jahren 2015 und 2016 hatte der Aufsichtsrat für das im Berichtszeitraum aktive Vorstandsmitglied Stuart Lewis sowie für Jürgen Fitschen und neun weitere ehemalige Vorstandsmitglieder Tranchen aus aufgeschoben gewährten Vergütungselementen suspendiert. In 2017 haben diese Vorstandsmitglieder freiwillig auf einen großen Teil ihrer noch nicht ausbezahlten Vergütung verzichtet und sich im Zuge einer Vereinbarung mit dem Aufsichtsrat einverstanden erklärt, dass von 69,8 Millionen Euro an ausstehender variabler Vergütung lediglich 31,4 Millionen Euro ausbezahlt werden. Die im Rahmen der Vereinbarung in 2017 zur Auszahlung (bzw. Lieferung – im Fall von aktienbasierten Elementen) gekommenen Vergütungsbestandteile sind in der obigen Tabelle enthalten.

In Bezug auf die aufgeschobenen, im ersten Quartal 2018 zur Lieferung anstehenden Vergütungsbestandteile vergangener Jahre hat der Aufsichtsrat bestätigt, dass die gruppenweiten IBIT-Leistungsbedingungen für das Finanzjahr 2017 erfüllt wurden.

Vergütungsbericht für die Mitarbeiter

Die Inhalte des Vergütungsberichts für die Mitarbeiter für das Jahr 2017 entsprechen den Anforderungen zur qualitativen und quantitativen Offenlegung gemäß Artikel 450 Nr. 1 (a) bis (i) der Kapitaladäquanzverordnung („Capital Requirements Regulation“ – „CRR“) in Verbindung mit § 16 Institutsvergütungsverordnung („InstVV“).

Aufsichtsrechtliches Umfeld

Ein wesentlicher Bestandteil unserer konzernweiten Vergütungsstrategie ist es, die Einhaltung der regulatorischen Vorschriften sicherzustellen. Wir wollen bei der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Änderungen im Bereich Vergütung eine Vorreiterrolle einnehmen. Hierzu werden wir weiterhin eng mit unserer Aufsichtsbehörde, der Europäischen Zentralbank („EZB“), zusammenarbeiten, um alle bestehenden und neuen Anforderungen zu erfüllen.

Als ein in der EU ansässiges Institut unterliegt die Deutsche Bank weltweit den Vorschriften der CRR und der Eigenkapitalrichtlinie 4 („Capital Requirements Directive 4“ – „CRD 4“), die im Kreditwesengesetz und der InstVV in deutsches Recht umgesetzt wurden. Am 4. August 2017 trat die überarbeitete InstVV in Kraft. Das vorrangige Ziel der Novelle war es, die Vorgaben der „Leitlinien für eine solide Vergütungspolitik“ umzusetzen, die die Europäische Bankenaufsichtsbehörde („European Banking Authority“ – „EBA“) am 21. Dezember 2015 veröffentlichte. Gemäß der InstVV müssen sämtliche Vergütungsbestandteile entweder als fixe Vergütung oder als variable Vergütung klassifiziert werden. Wenn ein Vergütungsbestandteil nicht klar als fixe Vergütung bestimmt werden kann, gilt er als variabler Bestandteil. Wir haben die Vorgaben für alle Tochtergesellschaften und Niederlassungen der Deutschen Bank weltweit übernommen, sofern dies nach Maßgabe von § 27 InstVV erforderlich ist.

Entsprechend der CRD 4 und der anschließend in das Kreditwesengesetz übernommenen Anforderungen unterliegt die Deutsche Bank einem Verhältnis von fixen zu variablen Vergütungskomponenten von 1:1, die durch die Zustimmung der Anteilseigner am 22. Mai 2014 mit einer Zustimmungsrate von 95,27 % auf 1:2 erhöht wurde. Wir haben jedoch festgelegt, dass für Mitarbeiter in Kontrollfunktionen trotzdem weiterhin ein Verhältnis von 1:1 gilt.

Als „bedeutendes Institut“ im Sinne der InstVV identifiziert die Deutsche Bank alle Mitarbeiter, deren Tätigkeit einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Bank hat („Material Risk Takers“ oder „MRTs“) anhand der Kriterien der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 604/2014, wie in der InstVV dargelegt. Material Risk Takers werden sowohl auf der Ebene des Konzerns, als auch auf Ebene derjenigen Tochtergesellschaften identifiziert, die bedeutende Institute im Sinne von § 17 InstVV sind. Das Vergütungsrahmenwerk für diese MRTs muss bestimmte Anforderungen erfüllen. Unter anderem muss ein bedeutender Teil (mindestens 40 %) der variablen Vergütung über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren zurückbehalten werden (für das Senior Management mindestens 60 % über einen Zeitraum von fünf Jahren). Als ein neues Instrument der nachträglichen Risikoadjustierung müssen bedeutende Institute ab dem Performance-Jahr 2018 in der Lage sein, zurückbehaltene Anteile der variablen Vergütung zu reduzieren und in Fällen von schwerwiegendem Fehlverhalten die Rückzahlung bereits ausgezahlter variabler Vergütung zu verlangen („Clawback“). Es gelten auch strengere Regeln für Abfindungszahlungen. So müssen beispielsweise allgemeine Regeln für Abfindungszahlungen festgelegt werden, inklusive Höchstbeträgen und spezifischer Kriterien für die Berechnung der Zahlungen. Darüber hinaus führt die InstVV striktere Anforderungen hinsichtlich der Dokumentation und der Offenlegung der Vergütung ein. Eine sorgfältige Analyse zeigte, dass unser Vergütungssystem bereits in weiten Teilen den neuen InstVV-Vorgaben entsprach. Wo noch erforderlich, passen wir die entsprechenden Richtlinien, Prozesse und Praktiken an.

Infolge einer branchenspezifischen Regulierung und im Einklang mit der InstVV fallen manche Tochtergesellschaften der Deutschen Bank unter die „Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds“ (AIFM-Richtlinie) oder die „Richtlinie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften bezüglich bestimmter Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren V“ (OGAW V-Richtlinie) und unterliegen den entsprechenden Vergütungsvorgaben. Wir identifizieren auch Material Risk Takers in AIFM-/OGAW V-regulierten Gesellschaften in Einklang mit den geltenden Vorgaben und wenden auf diese Mitarbeitergruppe die gleichen Vergütungsgrundsätze wie für die gemäß InstVV identifizierten MRTs an, mit Ausnahme der Beschränkung des 1:2-Verhältnisses von fixen zu variablen Vergütungsbestandteilen, welche nicht gilt, sofern diese Mitarbeiter nicht gleichzeitig als MRTs gemäß InstVV identifiziert wurden.

Im Weiteren berücksichtigt die Deutsche Bank die Leitlinien der „Markets in Financial Instruments Directive II“ („MiFID II“), die für Mitarbeiter unserer Bank mit direktem oder indirektem Kundenkontakt gelten. Gemeinsam mit dem Rundschreiben zu den „Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion“ („MaComp“) verlangen diese Vorschriften die Einführung einer spezifischen Vergütungsrichtlinie, die Überprüfung von Vergütungsplänen sowie die Identifizierung bestimmter Mitarbeiter als „relevante Personen“, um sicherzustellen, dass diese im besten Interesse des Kunden handeln.

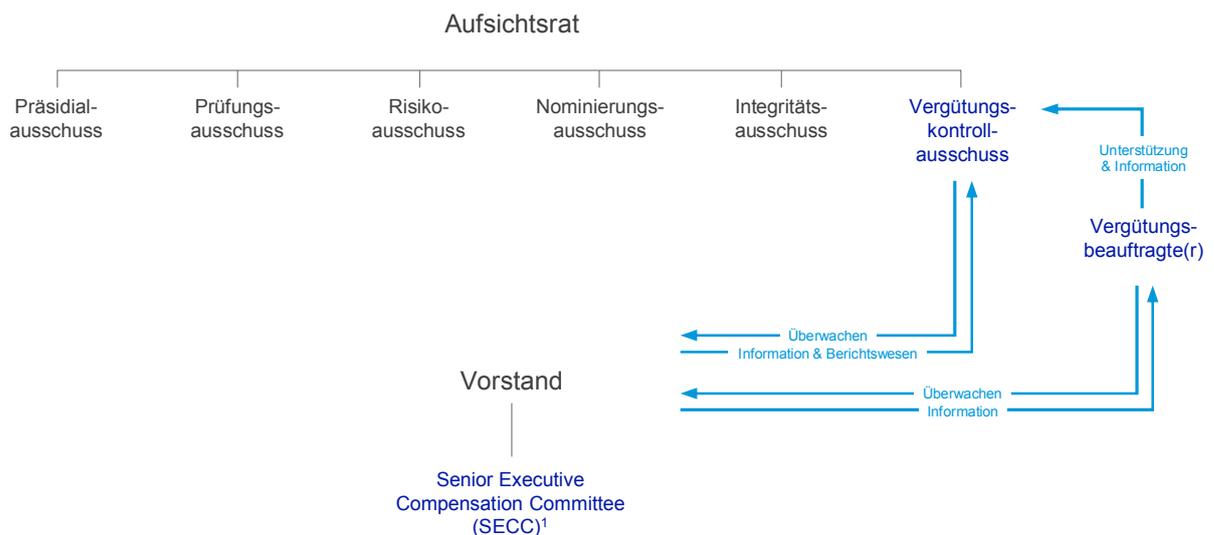
Ferner beachten wir weltweit die Anforderungen an Vergütungsvereinbarungen in der finalen Regelung zur Umsetzung von Sektion 619 des „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“ („Volcker-Regel“).

Die Deutsche Bank unterliegt auch spezifischen Richtlinien und Vorschriften lokaler Regulierungsbehörden. Viele dieser Anforderungen befinden sich mit der InstVV im Einklang. Bei Abweichungen ermöglichte die aktive und offene Kommunikation mit den Aufsichtsbehörden, den jeweiligen lokalen Anforderungen zu entsprechen und somit sicherzustellen, dass sich die jeweiligen Mitarbeiter oder Standorte im Rahmen der Vorgaben des globalen Vergütungsrahmens der Bank bewegen. Dies schließt zum Beispiel die Identifizierung der „Covered Employees“ in den Vereinigten Staaten nach den Vorgaben des Federal Reserve Board ein. In jedem Fall werden die Anforderungen der InstVV als Mindeststandards weltweit eingehalten.

Vergütungs-Governance

Eine verbindliche Governance-Struktur ermöglicht es der Deutschen Bank, im Rahmen der klaren Vorgaben der Vergütungsstrategie und Vergütungsrichtlinie zu handeln. Im Einklang mit der in Deutschland geltenden dualen Führungsstruktur regelt der Aufsichtsrat die Vergütung der Vorstandsmitglieder, während der Vorstand die Vergütungsangelegenheiten aller anderen Mitarbeiter überwacht. Sowohl der Aufsichtsrat als auch der Vorstand werden von spezifischen Ausschüssen und Funktionen unterstützt, vor allem dem Vergütungskontrollausschuss („VKA“) und dem Senior Executive Compensation Committee („SECC“).

Reward Governance-Struktur



¹ Die relevanten Aufgaben werden durch das SECC im Auftrag des Vorstands vorgenommen.

Vergütungskontrollausschuss („VKA“)

Der VKA wurde vom Aufsichtsrat eingesetzt, um diesen bei der Ausgestaltung und bei der Überwachung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG zu unterstützen. Dabei berücksichtigt der Ausschuss vor allem die Auswirkungen des Vergütungssystems auf die Risiken und das Risikomanagement im Sinne der InstVV. Das Gremium überwacht ferner die Angemessenheit des Vergütungssystems der Mitarbeiter, das vom Vorstand und vom SECC festgelegt wurde. Der VKA überprüft zudem regelmäßig, ob der Gesamtbetrag der variablen Vergütung tragfähig ist und im Einklang mit der InstVV festgelegt wurde. Der VKA bewertet darüber hinaus, wie sich die Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement auswirken und soll sicherstellen, dass die Vergütungssysteme an der Geschäfts- und Risikostrategie ausgerichtet sind. Des Weiteren unterstützt er den Aufsichtsrat bei der Überwachung des Prozesses zur Identifizierung von MRTs und bei der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontrollfunktionen sowie sonstiger maßgeblicher Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

Der Ausschuss besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden sowie drei weiteren Aufsichtsratsmitgliedern, von denen zwei Arbeitnehmervertreter sind, und kam im Kalenderjahr 2017 zu zehn Sitzungen zusammen, davon eine gemeinsame Sitzung mit dem Risikoausschuss.

Vergütungsbeauftragter

Der Vorstand hat in Abstimmung mit dem VKA einen Vergütungsbeauftragten ernannt, um den Aufsichtsrat und den VKA bei der Erfüllung ihrer Pflichten zu unterstützen. Der Vergütungsbeauftragte ist fortlaufend in die konzeptionelle Ausgestaltung, Weiterentwicklung, Überwachung und Anwendung der Vergütungssysteme der Mitarbeiter eingebunden. Der Vergütungsbeauftragte nimmt seine Überwachungspflichten unabhängig wahr und stellt seine Bewertung über die Angemessenheit der Vergütungssysteme und -praktiken für die Mitarbeiter mindestens einmal jährlich vor.

Senior Executive Compensation Committee („SECC“)

Das SECC ist ein vom Vorstand eingerichtetes Gremium, das mit der Entwicklung nachhaltiger Vergütungsgrundsätze, mit Empfehlungen zur Höhe der Gesamtvergütung und der Sicherstellung einer angemessenen Governance und Überwachung der Vergütungssysteme betraut ist. Das SECC legt die Vergütungsstrategie und Vergütungsrichtlinie des Konzerns fest. Ferner nutzt das SECC quantitative und qualitative Faktoren zur Bewertung der Leistung als Basis für Vergütungsentscheidungen und unterbreitet dem Vorstand Empfehlungen für den jährlichen Gesamtbetrag der variablen Vergütung und dessen Verteilung auf Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen.

Um die Unabhängigkeit des SECC zu gewährleisten, gehören dem Gremium nur Repräsentanten aus Infrastrukturfunktionen an, die keinem der Geschäftsbereiche zugeordnet sind. Im Jahr 2017 bestand das SECC aus dem Chief Administration Officer und dem Chief Financial Officer als Co-Vorsitzende sowie dem Chief Risk Officer (alle jeweils Vorstandsmitglieder), dem Global Head of Human Resources und jeweils einem weiteren Vertreter aus den Bereichen Finance und Risk als stimmberechtigten Mitgliedern. Der Vergütungsbeauftragte, dessen Stellvertreter und einer der Global Co-Heads of HR Performance & Reward waren Mitglieder ohne Stimmrecht. In der Regel tagt das SECC einmal monatlich. Im Rahmen des Vergütungsprozesses für das Performance-Jahr 2017 hielt es 16 Sitzungen ab.

Vergütungsstrategie

Das Vergütungssystem spielt eine entscheidende Rolle für die Umsetzung der strategischen Ziele der Deutschen Bank. Es ermöglicht uns, diejenigen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden, die notwendig sind, um die Ziele unserer Bank zu erreichen. Die Vergütungsstrategie ist an den strategischen Zielen sowie den Werten und Überzeugungen der Deutschen Bank ausgerichtet.

Fünf wesentliche Ziele unserer Vergütungspraktiken

- Förderung der Umsetzung einer kundenorientierten globalen Bankstrategie durch die Gewinnung und Bindung von talentierten Mitarbeitern über alle Geschäftsmodelle und Länder hinweg
- Unterstützung der langfristigen und nachhaltigen Performance und Entwicklung der Bank sowie einer entsprechenden Risikostrategie
- Unterstützung einer auf Kostendisziplin und Effizienz basierenden langfristigen Wertentwicklung
- Gewährleistung solider Vergütungspraktiken der Bank durch die Risikoadjustierung der Ergebnisse, Verhinderung der Übernahme unverhältnismäßig hoher Risiken, Sicherstellung der nachhaltigen Vereinbarkeit mit der Kapital- und Liquiditätsplanung sowie Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften
- Umsetzung und Förderung der von der Bank vertretenen Werte Integrität, nachhaltige Leistung, Kundenorientierung, Innovation, Disziplin und Partnerschaft

Zentrale Vergütungsgrundsätze

- Ausrichtung der Vergütung an den Aktionärsinteressen und der nachhaltigen bankweiten Profitabilität unter Berücksichtigung von Risiken
- Maximierung der nachhaltigen Leistung, sowohl auf Mitarbeiter- als auch auf Konzernebene
- Gewinnung und Bindung der talentiertesten Mitarbeiter
- Ausrichtung der Vergütung auf die verschiedenen Geschäftsbereiche und Verantwortungsebenen
- Anwendung eines einfachen und transparenten Vergütungsdesigns
- Gewährleistung, dass regulatorische Anforderungen erfüllt werden

Die Vergütungsrichtlinie des Konzerns informiert unsere Mitarbeiter über die Vergütungsstrategie, die Governance-Prozesse und die Vergütungspraktiken und -strukturen unserer Bank. Gemeinsam mit der Vergütungsstrategie stellt sie eine klare Verknüpfung zwischen Vergütungspraktiken und der allgemeinen Konzernstrategie her. Beide Dokumente stehen allen Mitarbeitern auf unserer Intranetseite zur Verfügung.

Struktur der Gesamtvergütung

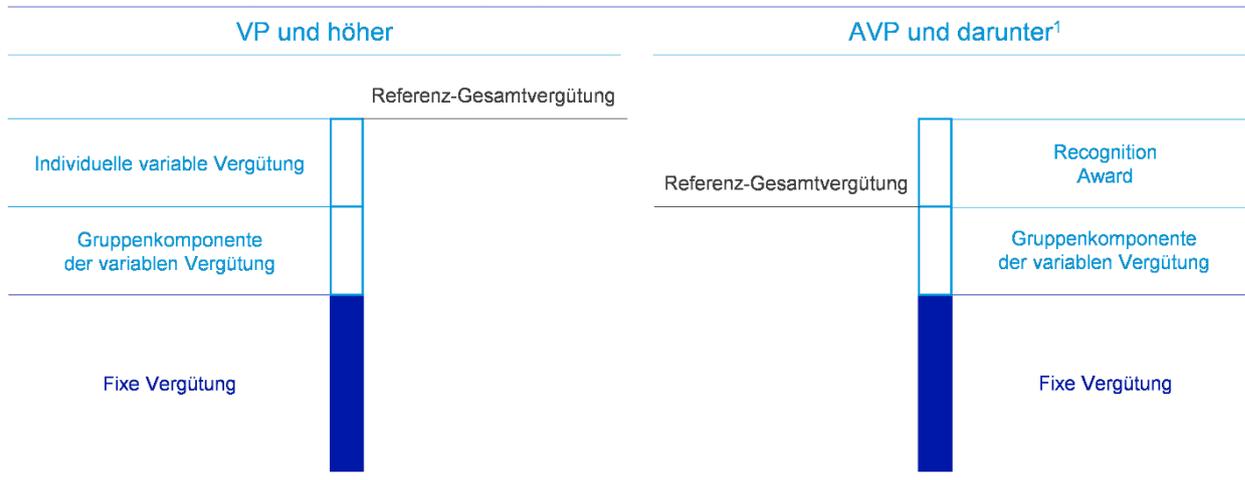
Unser Vergütungsrahmenwerk strebt an, dass die Anreize für nachhaltige Leistung über alle Ebenen der Deutschen Bank einheitlich angewandt werden und erhöht außerdem die Transparenz bei Vergütungsentscheidungen und deren Auswirkung auf Aktionäre und Mitarbeiter. Das Rahmenwerk ermöglicht eine angemessene Balance zwischen fixer und variabler Vergütung, welche zusammen die Gesamtvergütung bilden.

Wir haben 2016 eine sogenannte „Referenz-Gesamtvergütung“ für alle Mitarbeiter eingeführt, die ein Referenzwert für deren jeweilige Position ist und unseren Mitarbeitern eine Orientierung bezüglich der fixen und variablen Vergütung bietet. Die tatsächliche individuelle Gesamtvergütung kann der Referenz-Gesamtvergütung entsprechen oder diese über- oder unterschreiten, je nach Tragfähigkeit für den Konzern und nach der Erfüllung der Leistungserwartungen auf Ebene des Konzerns, der Division oder des einzelnen Mitarbeiters, die im Ermessen der Deutschen Bank festgestellt werden.

Die fixe Vergütung entlohnt die Mitarbeiter entsprechend ihren Qualifikationen, Erfahrungen und Kompetenzen sowie den Anforderungen, der Bedeutung und dem Umfang ihrer Funktion. Die angemessene Höhe der fixen Vergütung wird unter Berücksichtigung des marktüblichen Vergütungsniveaus für jede Rolle sowie auf Basis interner Vergleiche und geltender regulatorischer Vorgaben bestimmt. Sie trägt entscheidend dazu bei, dass wir die richtigen Mitarbeiter gewinnen und binden können, um unsere strategischen Ziele zu erreichen. Für die Mehrzahl unserer Mitarbeiter stellt die fixe Vergütung den primären Vergütungsbestandteil dar: Ihr Anteil an der Gesamtvergütung liegt bei über 50 %. Diese Ausrichtung ist für viele Geschäftsbereiche angemessen und wird auch künftig eines der Hauptmerkmale der Gesamtvergütung sein.

Variable Vergütung ermöglicht es, zwischen individuellen Leistungsbeiträgen zu differenzieren und Verhaltensweisen durch monetäre Anreizsysteme zu unterstützen, welche die Unternehmenskultur positiv beeinflussen können. Außerdem ermöglicht sie dem Konzern, Kosten flexibel zu steuern. Die variable Vergütung besteht grundsätzlich aus zwei Elementen – einer „Gruppenkomponente der variablen Vergütung“ und einer „individuellen Komponente der variablen Vergütung“. Die individuelle Komponente der variablen Vergütung wird entweder als „individuelle variable Vergütung“, grundsätzlich ab der Stufe Vice President (VP) und höher oder als Anerkennungsprämie („Recognition Award“) gewährt, grundsätzlich bis zur Stufe Assistant Vice President (AVP) und darunter. Unter unserem Vergütungsrahmenwerk gibt es weiterhin keine Garantien für eine variable Vergütung im laufenden Beschäftigungsverhältnis.

Überblick über die wichtigsten Elemente des Vergütungsrahmenwerkes



¹ Manche Mitarbeiter auf der Stufe Assistant Vice President und darunter in ausgewählten Gesellschaften und Geschäftsbereichen bekommen anstelle der Anerkennungsprämie („Recognition Award“) eine individuelle variable Vergütung in Aussicht gestellt.

Die Gruppenkomponente der variablen Vergütung basiert auf einem der übergreifenden Ziele des Vergütungsrahmenwerks – einer stärkeren Verknüpfung zwischen variabler Vergütung und den Konzernergebnissen. Entsprechend hat der Vorstand die „Gruppenkomponente der variablen Vergütung“ unmittelbar und für die Mitarbeiter nachvollziehbar an der Erreichung der strategischen Ziele der Deutschen Bank ausgerichtet. Zur Ermittlung der Fortschritte bei der Umsetzung dieser Ziele werden vier Erfolgskennzahlen („Key Performance Indicators“ – „KPIs“) genutzt: Harte Kernkapitalquote (Vollumsetzung), Verschuldungsquote, Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen sowie Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital. Diese vier KPIs stellen wichtige Gradmesser für das Kapital-, Risiko-, Kosten- und Ertragsprofil unserer Bank dar und bilden die nachhaltige Leistung der Deutschen Bank ab.

Die **Individuelle variable Vergütung** berücksichtigt zahlreiche finanzielle und nichtfinanzielle Faktoren. Dazu gehören das jeweilige Ergebnis des Geschäftsbereichs, die Leistung und das Verhalten des Mitarbeiters, der Vergleich mit dessen Referenzgruppe und Überlegungen zur Mitarbeiterbindung.

Die **Anerkennungsprämie („Recognition Award“)** bietet die Möglichkeit, außergewöhnliche Beiträge von Mitarbeitern der unteren Hierarchieebenen zeitnah und transparent anzuerkennen und zu belohnen. Das Volumen des Recognition Award-Programms ist unmittelbar an die fixe Vergütung für die berechnete Mitarbeiterpopulation geknüpft und wird in der Regel zwei Mal jährlich auf Basis eines bereichsinternen Nominierungsprozesses ausgezahlt.

Die Gesamtvergütung wird durch Zusatzleistungen („Benefits“) ergänzt, die sich an Betriebszugehörigkeit und Seniorität orientieren können, aber nicht direkt an die Leistung gekoppelt sind. Sie werden im Einklang mit der jeweiligen lokalen Marktpraxis sowie den lokalen Vorschriften und Anforderungen gewährt. Recognition Awards und Benefits (einschließlich der Leistungen zur betrieblichen Altersversorgung) sind nicht Bestandteil der Referenz-Gesamtvergütung eines Mitarbeiters.

Festlegung der variablen Vergütung

Die Deutsche Bank wendet eine robuste Methode zur Festlegung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung an, welche die risikoadjustierte Leistung reflektiert, die sowohl die Adjustierung ex ante als auch ex post umfasst. Die Ermittlung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung orientiert sich primär an (i) der Tragfähigkeit für den Konzern (das heißt, was „kann“ die Deutsche Bank an variabler Vergütung im Einklang mit regulatorischen Anforderungen gewähren) und (ii) der Leistung (das heißt, was „sollten“ wir an variabler Vergütung gewähren, um für eine angemessene leistungsbezogene Vergütung zu sorgen und gleichzeitig den langfristigen Erfolg des Unternehmens zu sichern). Diese Aspekte beziehen sich sowohl auf die Gruppenkomponente als auch auf die individuelle Komponente der variablen Vergütung (in Form der individuellen variablen Vergütung oder der Anerkennungsprämie).

Die Tragfähigkeit für den Konzern wird ermittelt, um zu prüfen, ob die Kernparameter innerhalb des erwarteten Zielerreichungsgrades der zukünftigen regulatorischen und strategischen Ziele liegen. Die verwendeten Tragfähigkeitsparameter sind an unserem „Rahmenwerk für Risikotoleranz“ ausgerichtet. Dazu zählen die Harte Kernkapitalquote (CET 1), die Ökonomische Kapitaladäquanzquote, die Verschuldungsquote („Leverage Ratio“), die Nettoliquiditätsposition unter Stress und die Mindestliquiditätsquote.

Bei der Bewertung der Leistung berücksichtigen wir eine Reihe von Aspekten, darunter das Ergebnis des Geschäftsbereichs. Das Ergebnis wird unter Berücksichtigung der jeweiligen bereichsbezogenen finanziellen und nichtfinanziellen Ziele bewertet. Für die finanziellen Ziele wird eine angemessene Risikoadjustierung vorgenommen, insbesondere indem zukünftige potenzielle Risiken, denen die Bank ausgesetzt sein könnte, und das Eigenkapital einbezogen werden, das für das Absorbieren schwerwiegender unerwarteter Verluste aufgrund dieser Risiken benötigt wird, einbezogen werden. Für die Infrastrukturfunktionen wird die Leistung anhand des Erreichungsgrades der Kosten- und Kontrollziele ermittelt. Die Zuordnung von variabler Vergütung zu den Infrastrukturbereichen und insbesondere zu den unabhängigen Kontrollfunktionen hängt zwar von dem Gesamtergebnis der Deutschen Bank ab, nicht aber von den Ergebnissen der von ihnen überwachten Geschäftsbereiche.

Wir haben für die Festlegung der variablen Vergütung auf Ebene der individuellen Mitarbeiter die „Grundsätze für die Festlegung der variablen Vergütung“ eingeführt. Diese enthalten Informationen über die Faktoren und Messgrößen, die bei Entscheidungen zur individuellen variablen Vergütung berücksichtigt werden müssen. Bei ihren Ermessensentscheidungen müssen unsere Führungskräfte sowohl die absoluten als auch die relativen Risiken würdigen, die Mitarbeiter bei ihren Tätigkeiten eingehen, um sicherzustellen, dass die Entscheidungen zur individuellen Komponente der variablen Vergütung ausgewogen sind und das Eingehen von Risiken nicht in unangemessener Weise gefördert wird. Die Faktoren und Messgrößen umfassen unter anderem die risikoadjustierte bereichsspezifische finanzielle und nichtfinanzielle Leistung, Erwägungen zur Unternehmenskultur und zum Verhalten, Disziplinarmaßnahmen sowie die individuelle Leistung. Führungskräfte von Material Risk Takers müssen außerdem die Faktoren und Risikoparameter dokumentieren, die sie bei der Entscheidung über die individuelle variable Vergütung herangezogen haben und aufzeigen, wie diese Faktoren die Entscheidung über die individuelle variable Vergütung beeinflusst haben.

Struktur der variablen Vergütung

Unsere Vergütungsstrukturen sind so gestaltet, dass der langfristige Erfolg unserer Mitarbeiter und unserer Bank gefördert wird. Während ein Teil der variablen Vergütung direkt ausgezahlt wird, wird durch diese Vergütungsstrukturen gewährleistet, dass die Auszahlung eines angemessenen Teils aufgeschoben wird, um die Ausrichtung an der nachhaltigen Wertentwicklung des Konzerns sicherzustellen.

Wir sind der Überzeugung, dass die Verwendung von Aktien oder aktienbasierten Instrumenten für aufgeschobene variable Vergütung ein wirksames Mittel sind, um Vergütung mit der nachhaltigen Leistung der Deutschen Bank und den Interessen der Aktionäre in Einklang zu bringen. Durch die Verwendung von Deutsche Bank-Aktien wird der Wert der variablen Vergütung für die Mitarbeiter unmittelbar mit dem Kurs der Deutsche Bank-Aktie über den Zurückbehaltungszeitraum und die Haltefrist verknüpft.

Wie weiter unten ausgeführt, werden wir weiterhin über die regulatorischen Vorgaben bezüglich des Anteils der aufgeschobenen Vergütung als auch bezüglich der Mindestdauer des Anwartschaftszeitraums hinausgehen. Wir gewährleisten, dass Mitarbeiter mit geringerer Vergütung nicht unnötigerweise einer Zurückbehaltung unterliegen, während wir gleichzeitig sicherstellen, dass ein angemessener Anteil der variablen Vergütung einkommensstarker Mitarbeiter aufgeschoben gewährt wird. Dies bedeutet grundsätzlich, dass bei einer variablen Vergütung in Höhe von oder oberhalb von 150.000 € (bei MRTs 50.000 €) der Anteil aufgeschobener variabler Vergütung in Abhängigkeit zur Höhe der variablen Vergütung steigt. Für Material Risk Takers wird im Durchschnitt ein höherer Anteil der variablen Vergütung aufgeschoben gewährt, als es die Mindestanforderungen der InstVV von 40 % (60 % für das Senior Management) erfordern.

Überblick über Vergütungsinstrumente 2017

Art der Vergütung	Beschreibung	Begünstigte	Anwartschafts-zeitraum	Haltefrist	Anteil
Barvergütung	Sofort fällige Barkomponente	Alle berechtigten Mitarbeiter	N/A	N/A	MRTs: 50 % der sofort fälligen variablen Vergütung Alle anderen Mitarbeiter: 100 % der sofort fälligen variablen Vergütung
Equity Upfront Award („EUA“)	Sofort fällige Aktienkomponente: Der Wert des EUA hängt von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie ab	Alle MRTs mit variabler Vergütung \geq 50.000 €	N/A	12 Monate	50 % der sofort fälligen variablen Vergütung
Restricted Incentive Award („RIA“) ¹	Nicht aktienbasierte Komponente (aufgeschobene Barvergütung)	Alle Mitarbeiter mit aufgeschobener variabler Vergütung	Unverfallbarkeit pro rata über vier Jahre	N/A	50 % der aufgeschobenen variablen Vergütung
Restricted Equity Award („REA“) ¹	Aufgeschobene Aktienkomponente: Der Wert des REA hängt während der Anwartschafts- und Haltefrist von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie ab	Alle Mitarbeiter mit aufgeschobener variabler Vergütung ²	Unverfallbarkeit pro rata über vier Jahre Senior Management: 4,5 Jahre Cliff-Vesting	6 Monate für MRTs	50 % der aufgeschobenen variablen Vergütung

N/A – Nicht anwendbar

¹ Für bestimmte AIFMD/UCITS Mitarbeiter: Employee Investment Plan („EIP“). Dabei handelt es sich um in bar zu erfüllende Anwartschaften, die von dem Wert der durch den Unternehmensbereich verwalteten Fonds abhängt.

² In Hinblick auf für das Performance-Jahr 2017 gewährte variable Vergütung wird „Senior Management“ als „Senior Leadership Cadre“ der Deutschen Bank definiert. Dieser umfasst die Berichtsebene unter dem Vorstand der Deutsche Bank AG (ohne nicht-strategische Rollen), Vorstandsmitglieder/Geschäftsführer von bedeutenden Instituten (ohne Deutsche Bank AG und Postbank AG für die jeweils eigene Vergütungssysteme gelten) sowie weitere Führungskräfte der höchsten Ebene, die die langfristige Stärke und den Erfolg der Deutschen Bank beeinflussen und diesen sicherstellen sollen. Sämtliche unter Senior Management gefassten Mitarbeiter werden zudem als Material Risk Takers eingestuft.

Zusätzlich zum oben ausgeführten konzernweiten Ansatz haben wir entschieden, einen strengeren Ansatz in Bezug auf die variable Vergütung von Directors und Managing Directors in der Unternehmens- und Investmentbank zu verfolgen: Der effektive Schwellenwert für aufgeschobene Vergütung für diese Mitarbeiter liegt bei 130.000 € (bei MRTs 50.000 €) und der Anteil der aufgeschoben gewährten Vergütung erhöht sich mit steigender Gesamtvergütung grundsätzlich schneller als bei anderen Mitarbeitern, um die variable Vergütung dieser Gruppe noch enger mit dem nachhaltigen Erfolg des Konzerns zu verknüpfen. Außerdem erhalten diejenigen Directors und Managing Directors, deren fixe oder variable Vergütung 500.000 € überschreitet, 100 % ihrer variablen Vergütung in aufgeschobener Form.

Unseren Mitarbeitern ist es nicht erlaubt, aufgeschobene Vergütungsbestandteile zu verkaufen, zu verpfänden, weiterzugeben oder zu übertragen. Sie dürfen keinerlei Transaktionen eingehen, die zum Ziel haben, variable Vergütung abzusichern, beispielsweise indem sie bei aktienbasierten Komponenten das Risiko von Kursschwankungen ausgleichen. Unsere Personal- und Compliance-Bereiche arbeiten eng zusammen, um die Transaktionen unserer Mitarbeiter zu überwachen und sicherzustellen, dass alle Mitarbeiter diese Anforderung erfüllen.

Nachträgliche Risikoadjustierung der variablen Vergütung

Wir sind der Überzeugung, dass das zukünftige Verhalten und die zukünftige Leistung unserer Mitarbeiter zentrale Bestandteile der aufgeschobenen variablen Vergütung sind. Entsprechend sind alle aufgeschobenen Anteile bestimmten Leistungs- und Verfallsbedingungen unterworfen, wie unten ausgeführt:

Übersicht über Leistungs- und Verfallsbedingungen für die variable Vergütung

Bedingung	Beschreibung	Verfall
Konzern CET 1-Quote	Sofern die CET 1-Quote einen bestimmten Schwellenwert am Quartalsende vor Ende des Zurückbehaltungszeitraums oder Lieferung unterschreitet	Die nächste Tranche der zu liefernden aktienbasierten Tranchen aufgeschobener Vergütung (100 % der noch nicht gelieferten Equity Upfront Awards) ¹
Negatives Konzern-IBIT	Soweit der Vorstand vor Zuteilung bestimmt, dass das Konzernergebnis vor Steuern (IBIT) negativ ist	Die nächste Tranche der zu liefernden aktienbasierten Tranchen aufgeschobener Vergütung (gilt auch für aufgeschobene Barvergütung von MRTs) ²
Negatives Divisionales IBIT	Soweit der Vorstand vor Zuteilung bestimmt, dass das divisionale Ergebnis vor Steuern negativ ist	Die nächste Tranche der zu liefernden Tranchen aufgeschobener Vergütung (gilt nur für MRTs in Geschäftsbereichen ohne Postbank MRTs) ²
Verfallsbedingungen³	<ul style="list-style-type: none"> – Im Falle eines Verstoßes gegen einschlägige interne Richtlinien oder Verfahren respektive gegen geltendes Recht, oder bei Kontrollversagen – Wenn ein Award auf eine Leistungskennzahl oder eine Annahme gestützt war, die sich nachträglich als substantiell falsch herausgestellt hat – Im Falle eines Bedeutenden Nachteiligen Ereignisses, wenn der Mitarbeiter als in ausreichendem Maße beteiligt eingestuft wird – Sofern ein Verfall aufgrund geltender regulatorischer Anforderungen erforderlich ist 	Bis zu 100 % der noch nicht gelieferten Awards

¹ Bei Vergütungskomponenten, die Cliff-Vesting unterliegen, verfällt der gesamte Award, wenn die CET 1-Quote am Quartalsende vor Ende des Zurückbehaltungszeitraums oder Lieferung den Schwellenwert unterschreitet. Für Equity Upfront Awards wird die CET 1-Quote nur am Quartalsende vor der Lieferung geprüft.

² Bei der jährlichen aktienbasierten Vergütung, die an das Senior Management (definiert als der „Senior Leadership Cadre“ der Deutschen Bank) vergeben wird und Cliff-Vesting unterliegt, verfällt ein bestimmter Anteil des Awards (20 %) für ein Jahr, wenn das IBIT dieses Jahres negativ ist.

³ Die Liste der hier genannten Verfallsbedingungen ist nicht vollständig, andere Bedingungen kommen ebenfalls zur Anwendung, wie in den entsprechenden Planbedingungen beschrieben.

Vergütungsentscheidungen für 2017

Retention Award-Programm (gewährt im Januar 2017)

Wie bereits im Vergütungsbericht für die Mitarbeiter 2016 dargestellt, wurde Anfang 2017, im Kontext strategischer Überlegungen während des Jahresendprozesses 2016, für eine begrenzte Zahl von Mitarbeitern ein längerfristiges Anreizprogramm aufgesetzt (der sogenannte „Retention Award“). Um Abwanderungsrisiken vorzubeugen und unsere Bank zu schützen, hatte der Vorstand entschieden, diese Retention Awards unabhängig von der individuellen Leistung im Vorjahr einer ausgewählten Gruppe von Mitarbeitern in Schlüsselfunktionen zu gewähren, die als kritisch für den zukünftigen Erfolg unserer Bank identifiziert worden waren, für die eine hohe Nachfrage im Markt besteht und die zudem äußerst schwer zu ersetzen sind.

Insgesamt wurden 5.522 Mitarbeitern Retention Awards gewährt, was ungefähr 5 % der globalen Belegschaft der Deutschen Bank entspricht. 554 Mio € wurden als aufgeschobene Barkomponente und 554 Mio € wurden als aufgeschobene aktienbasierte Komponente gewährt. Die Retention Awards werden über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren vollständig zurückbehalten und unterliegen zudem den gleichen Maßnahmen der nachträglichen Risikoadjustierung, die im Kapitel „Nachträgliche Risikoadjustierung der variablen Vergütung“ beschrieben sind. Die frühestmögliche Auszahlung für Bestandteile dieser Awards erfolgt daher zu Beginn des Jahres 2018 für diejenigen Mitarbeiter, die nicht als MRTs identifiziert wurden (als Pro-rata-Vesting über drei Jahre mit jährlichen Tranchen), und im Jahr 2021 für MRTs. Die Aktienkomponenten für MRTs unterliegen einer zusätzlichen Haltefrist von 12 Monaten, so dass MRTs die entsprechenden Anteile erst nach sechs Jahren vollständig erhalten.

Um die Retention Awards noch stärker am langfristigen Erfolg unserer Bank und den Interessen unserer Aktionäre auszurichten, ist die Aktienkomponente des Awards zusätzlich an die Entwicklung des Aktienkurses der Deutschen Bank gebunden. Dies bedeutet, dass der Aktienanteil nur bei vorherigem Erreichen eines festgelegten Zielkurswertes geliefert wird. Mitarbeiter, die nicht als MRT identifiziert wurden, erhalten die aktienbasierte Komponente nach dreieinhalb Jahren, MRTs unter Berücksichtigung der zusätzlichen Haltefrist jedoch erst nach fünf bis sechs Jahren. Analog zu anderen ausstehenden aktienbasierten Awards, sind der Zielkurswert und die Anzahl an ausstehenden Aktien für noch nicht erfüllte Retention Awards im Zuge unserer Kapitalerhöhung im April 2017 angepasst worden.

Obwohl sie nicht leistungsabhängig gewährt werden, sind die Retention Awards gemäß § 5 InstVV dennoch als variable Vergütung einzuordnen. In Bezug auf das Verhältnis von fixen zu variablen Vergütungskomponenten von 1:1 oder 1:2 berücksichtigt die Deutsche Bank die Retention Awards in Einklang mit den regulatorischen Vorschriften zeitanteilig über den Zurückbehaltungszeitraum. Für den Bezug der Retention Awards müssen die berechtigten Mitarbeiter in unserer Bank verbleiben. Wenn sie zu einem Wettbewerber wechseln, verfallen die jeweils noch nicht gelieferten Award-Bestandteile. Ende 2017 war die Fluktuationsquote der Empfänger von Retention Awards im Vergleich zu denjenigen Mitarbeitern geringer, die andere aufgeschobene Vergütungselemente erhielten.

Überblick zur Struktur des Retention Award-Programms

Mitarbeitergruppe	Gewichtung	Anteil	Zurückbehaltungszeitraum
Material Risk Takers	100 % aufgeschoben	50 % bar (RIA)	50 % unverfallbar ab 1. März 2021, 50 % unverfallbar ab 1. März 2022
		50 % Aktien (REA)	50 % unverfallbar ab 1. März 2021 (zzgl. Haltefrist von 12 Monaten), 50 % unverfallbar ab 1. März 2022 (zzgl. Haltefrist von 12 Monaten)
Non-Material Risk Takers	100 % aufgeschoben	50 % bar (RIA)	Pro-rata-Vesting über 3 Jahre mit jährlichen Tranchen (1. März 2018, 1. März 2019, 1. März 2020)
		50 % Aktien (REA)	Cliff-Vesting nach 3,5 Jahren (unverfallbar ab 1. August 2020)

Überlegungen und Entscheidungen im Jahresendprozess 2017

Bei der Festlegung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung für 2017 hat der Vorstand zahlreiche Faktoren einbezogen, darunter die Ergebnisse auf Konzern- und Geschäftsbereichsebene. Allerdings muss die Leistungsbewertung durch weitere Schlüsselfaktoren ergänzt werden. Hierzu zählen die Erreichung strategischer Ziele, eine wettbewerbsfähige Positionierung, um Mitarbeiter zu halten und zu motivieren sowie eine nachhaltige Balance zwischen den Interessen der Aktionäre und der Mitarbeiter, wie in der „Vergütungsstrategie“ beschrieben.

Für das Gesamtjahr 2017 erzielte die Deutsche Bank einen Gewinn vor Steuern von etwa 1,2 Mrd €, basierend auf soliden Erträgen vieler Bereiche unserer Bank. Nach Steuern machte die Bank jedoch einen Verlust von 0,7 Mrd €. Einer der Hauptgründe für diesen Verlust war die Steuerreform in den USA, die eine einmalige Steuerbelastung in Höhe von 1,4 Mrd € im vierten Quartal 2017 zur Folge hatte. Diese Steuerbelastung beeinflusste die harte Kernkapitalquote (Vollumsetzung) nur sehr begrenzt.

Das Geschäftsjahr 2017 stand wie erwartet im Zeichen der Verfolgung unserer strategischen Ziele. Entsprechend wurde das Jahresergebnis weiterhin durch Restrukturierungs- und Abfindungskosten sowie Kosten für Rechtsfälle belastet. Insgesamt wurden beachtliche Fortschritte erzielt: Wir konnten die Verhandlungen zu bedeutenden Verfahren abschließen, setzten die effizientere Gestaltung der Infrastrukturfunktionen fort, investierten in die Digitalisierung und trieben sowohl die Integration der Postbank als auch den Teilbörsengang („Initial Public Offering“ – „IPO“) der Deutschen Asset Management voran, unserer Vermögensverwaltungssparte.

Vor diesem Hintergrund hat das SECC die Tragfähigkeit der variablen Vergütung für den Konzern im Verlauf des Jahres 2017 regelmäßig überwacht. Das Gremium hat festgestellt, dass trotz des negativen Jahresergebnisses die Kapital- und Liquiditätsausstattung der Deutschen Bank klar über den regulatorisch vorgeschriebenen Mindestanforderungen liegen und daher die Tragfähigkeitsparameter erfüllt wurden. Des Weiteren übertreffen der Jahresabschluss 2017 und die Ziele für die Geschäftsjahre 2018 und 2019 sowohl die internen Ziel-Kennzahlen zur Risikobereitschaft als auch die erwarteten regulatorischen Mindestanforderungen.

Der Prozess zur Festlegung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung für das Performance-Jahr bezieht nicht nur den Einfluss auf das aktuelle Jahr in die Betrachtung ein, sondern auch auf zukünftige Jahre. Mit Blick auf die Aktienrendite wägen wir daher sorgfältig zwischen kurzfristiger und langfristiger Rendite ab und berücksichtigen dabei, dass wir im Moment dabei sind, den Grundstein für Wachstum und zukünftigen Erfolg zu legen. Dies umfasst Investitionen in die Mitarbeiter unserer Bank, um das Momentum aufrechtzuerhalten, das in den vergangenen Jahren aufgebaut wurde.

Nach der Entscheidung, für 2016 den Gesamtbetrag der variablen Vergütung deutlich zu begrenzen, hätte ein weiteres Jahr mit drastisch reduzierter variabler Vergütung oder keiner speziellen Anerkennung individueller Leistung ein erhebliches Fluktuationsrisiko bedeutet, besonders in Bezug auf Mitarbeiter, die für den zukünftigen Erfolg unserer Bank kritisch sind und viele weitere Mitarbeiter, die alle hart gearbeitet und dadurch geholfen haben, unsere Bank durch Zeiten des permanenten Wandels zu führen. Wir haben im Verlauf des Jahres mehrfach betont, im Jahr 2017 wieder zu einem normalen System der variablen Vergütung zurückkehren zu wollen, bestehend aus der Gruppenkomponente und der individuellen Komponente der variablen Vergütung.

Auf Basis dieser Überlegungen, in Übereinstimmung mit den regulatorischen Anforderungen und unter Berücksichtigung der risikobereinigten Geschäftsergebnisse hat der Vorstand einen Gesamtbetrag der leistungsabhängigen variablen Vergütung für 2017 in Höhe von 2,2 Mrd € festgelegt (dies umfasst die individuelle Komponente und die Gruppenkomponente der variablen Vergütung sowie die Recognition Awards). Die variable Vergütung für den Vorstand der Deutschen Bank AG ist in diesem Betrag nicht enthalten, da diese separat von unserem Aufsichtsrat festgelegt wird. Die Vergütung des Vorstands für das Jahr 2017 wird im „Vergütungsbericht für den Vorstand“ näher erläutert. Sie ist zudem in den nachfolgenden Tabellen und Schaubildern enthalten.

Als Teil der in März 2018 für das Performance-Jahr 2017 gewährten variablen Vergütung, wird die „Gruppenkomponente der variablen Vergütung“ allen berechtigten Mitarbeitern auf Basis der Bewertung der vier Leistungskennzahlen, wie im Kapitel „Struktur der Gesamtvergütung“ beschrieben, gewährt. Der Vorstand hat für 2017 unter Berücksichtigung der beträchtlichen Leistungen der Mitarbeiter und in seinem Ermessen einen Zielerreichungsgrad von 55 % festgelegt.

Gegenüber 2016 ist die Summe der fixen Vergütung für 2017 um etwa 4 % von 8,3 Mrd € auf 8.0 Mrd € gesunken, vor allem aufgrund der gesunkenen Mitarbeiterzahl. Wie in unserem Vergütungsrahmenwerk festgehalten, ist die fixe Vergütung weiterhin die primäre Vergütungskomponente für die Mehrheit unserer Mitarbeiter, vor allem für die Mitarbeiter der unteren Hierarchieebenen.

Offenlegung der Gesamtvergütung für 2017

Um die Zusammenarbeit und Effizienz innerhalb unseres Konzerns zu stärken, hat die Deutsche Bank im Jahr 2017 beschlossen, dass Mitarbeiter aus den Infrastrukturbereichen in die von ihnen betreuten Geschäftsbereiche wechseln sollten. Dies gab unseren Geschäftsbereichen mehr Verantwortung und Autonomie für ihre organisatorischen Entscheidungen und Prozesse und führte im Vergleich zu 2016 zu einer signifikanten Erhöhung der Mitarbeiterzahlen in den Geschäftsbereichen, vor allem in der Unternehmens- und Investmentbank und der Deutsche Asset Management. Die unabhängigen Kontrollfunktionen verblieben grundsätzlich in den Infrastrukturfunktionen.

Wie bereits dargestellt, ist der im Januar 2017 gewährte Retention Award nicht Teil der variablen Vergütung, die Mitarbeitern für ihre Leistung im Jahr 2017 zugesprochen wird.

Gesamtvergütung für 2017 – alle Mitarbeiter

	2017						2016
in Mio € (sofern nicht anders angegeben) ¹	CIB	PCB ²	Deutsche AM	Unabhängige Kontroll- funktionen ³	Unternehmens- funktionen ⁴	Konzern Gesamt	Konzern Gesamt
Anzahl der Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) am Jahresende	17.251	43.460	3.803	13.478	19.542	97.535	99.744
Gesamtvergütung	3.881	3.121	635	1.320	1.313	10.270	8.887
Fixe Vergütung	2.463	2.834	417	1.131	1.150	7.995	8.341
Leistungsabhängige variable Vergütung	1.341	279	195	186	160	2.161	
Andere variable Vergütung ⁵	77	8	23	3	2	113	
Variable Vergütung ⁶	1.418	287	218	189	163	2.275	546
Retention Award-Programm (Jan 2017) ⁷					0	961	N/A

N/A – Nicht anwendbar

¹ Die Tabelle kann Rundungsabweichungen enthalten.

² Die Zahlen zu PCB enthalten ebenfalls Angaben zu den Mitarbeitern der Postbank-Gruppe (17.441 Mitarbeiter) sowie der fixen Vergütung in der Postbank-Gruppe (971 Mio €). Die variable Vergütung, die von der Postbank-Gruppe gewährt wird, ist nicht in dem oben genannten Betrag über variable Vergütung enthalten. Für die variable Vergütung der Postbank-Gruppe ist ein Betrag von 95 Mio € vorgesehen.

³ Im Einklang mit regulatorischen Vorgaben umfasst die Kategorie „Unabhängige Kontrollfunktionen“ für den Zweck dieser Tabelle den Bereich des Chief Risk Officer, Group Audit, Compliance, Anti-Financial Crime und Human Resources (zentral und regional). Zusätzlich hat die Deutsche Bank die folgenden Infrastrukturfunktionen als unabhängige Kontrollfunktionen identifiziert: Legal, Global Governance, Group Incident & Investigation Management, Chief Information Security Office, Group Finance, Group Tax und Regulatory Affairs. Für sämtliche genannten Bereiche gilt ein Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung von 1:1.

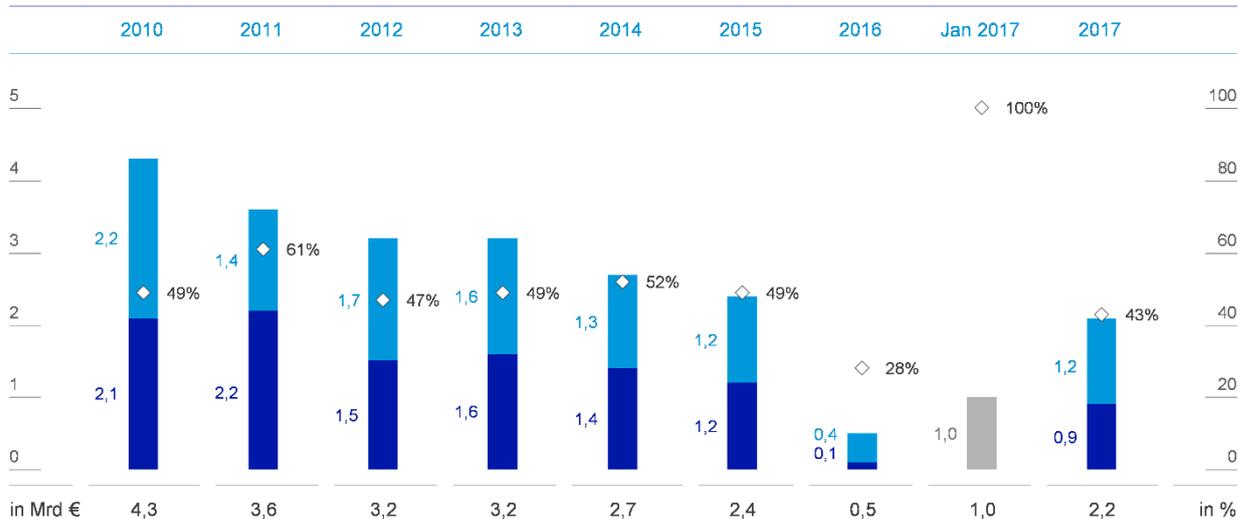
⁴ „Unternehmensfunktionen“ umfasst alle Infrastrukturfunktionen, die für den Zweck dieser Tabelle nicht unter „Unabhängige Kontrollfunktionen“ oder als Teil eines Geschäftsbereichs erfasst sind. Dies beinhaltet zum Beispiel den Bereich des Chief Operating Officer sowie Corporate Social Responsibility. „Unternehmensfunktionen“ enthält zudem die Vergütung des Vorstands der Deutsche Bank AG.

⁵ „Andere variable Vergütung“ beinhaltet andere vertragliche Verpflichtungen zur Gewährung oder Zahlung von variabler Vergütung im Berichtszeitraum, wie beispielsweise „sign-on awards“ (Neueinstellungsprämien).

⁶ „Variable Vergütung“ beinhaltet die leistungsabhängige variable Vergütung der Deutschen Bank sowie die anderen Verpflichtungen zur Gewährung oder Zahlung von variabler Vergütung im Berichtszeitraum. „Buyouts“ in Höhe von 60 Mio € (Ausgleichszahlungen für entgangene Ansprüche von Neueinstellungen gegenüber früheren Arbeitgebern) sind nicht enthalten.

⁷ Die Angaben zum „Retention Award-Programm (Jan 2017)“ berücksichtigen verfallene Awards und sind für 2017 währungsbereinigt (Wert bei Gewährung im Januar 2017 basierend auf Wechselkursen von 2016: 1.108 Mio €).

Leistungsabhängige variable Vergütung und Anteil der aufgeschobenen Vergütung im Jahresvergleich



■ Sofortige Auszahlung in bar

■ Aufgeschoben gewährte variable Vergütung

■ Das im Januar 2017 gewährte Retention Award-Programm (1,0 Mrd €) enthält Anspruchsverwirkungen (ursprünglich gewährter Betrag: 1,1 Mrd €), zu 100% aufgeschoben. Retention Awards sind nicht leistungsabhängig

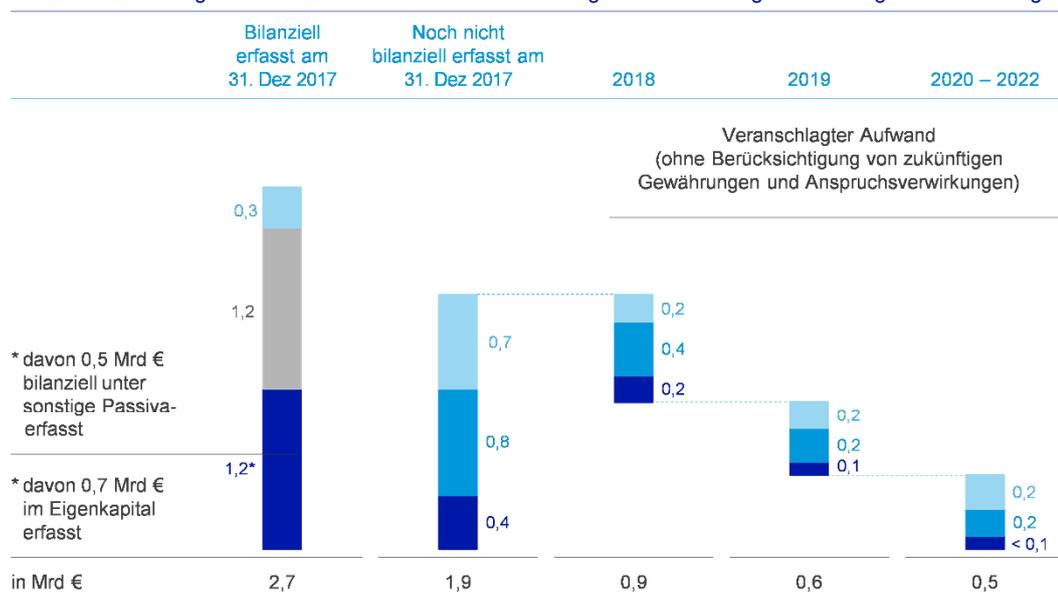
◇ Anteil der aufgeschoben gewährten variablen Vergütung an der gesamten variablen Vergütung in %
Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen geringfügige Abweichungen ergeben

Bilanzielle Erfassung und Amortisation variabler Vergütung

Per 31. Dezember 2017 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung – einschließlich der Neuzusagen im März 2018 für das Geschäftsjahr 2017 und des Retention Award-Programms aus Januar 2017 – auf circa 1,9 Mrd €. Die folgende Darstellung verdeutlicht die bilanzielle Erfassung der variablen Vergütung für 2017 sowie die prognostizierte Amortisierung der ausstehenden variablen Vergütung über die nächsten Geschäftsjahre (ohne künftige Gewährungen und Anspruchsverwicklungen).

Leistungsabhängige variable Vergütung und Retention Award-Programm

Bilanzielle Erfassung am 31. Dezember 2017 und veranschlagter Aufwand für gewährte aufgeschobene Vergütung



- Sofort fällige Barvergütung im Rahmen der variablen Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2017 gewährt wurde, ausgewiesen als Teil der sonstigen Passiva
 - Aufgeschobene variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2016 oder davor gewährt wurde (einschließlich aufgeschoben gewährter variabler Vergütung für 2017 in Höhe von 126 Mio €, die aufgrund lokaler regulatorischer Anforderungen am 31. Dezember 2017 bilanziell erfasst wurde)
 - Aufgeschobene variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2017 gewährt wurde
 - Retention Award-Programm (gewährt im Januar 2017), zu 100 % aufgeschoben, wovon 0,3 Mrd € in 2017 im Eigenkapital erfasst wurden
- Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen geringfügige Abweichungen ergeben

Von der leistungsabhängigen variablen Vergütung für 2017, und unter Berücksichtigung des im Januar 2017 gewährten Retention Award-Programms, wurden 1,6 Mrd € im Jahr 2017 aufwandswirksam erfasst. Weitere 1,5 Mrd € werden in künftigen Jahren verbucht. Zudem wurde im Jahr 2017 Aufwand für in Vorjahren aufgeschoben gewährte Vergütung in Höhe von 0,7 Mrd € erfasst.

Offenlegung der Vergütung von Material Risk Takers

Für das Geschäftsjahr 2017 wurden weltweit 1.795 Mitarbeiter als Material Risk Takers gemäß InstVV identifiziert, im Vergleich zu 3.056 Mitarbeitern im Jahr 2016. Der Rückgang hängt hauptsächlich mit dem deutlich begrenzten Gesamtbetrag der variablen Vergütung für das Jahr 2016 und dessen Auswirkung auf die quantitativen Kriterien gemäß der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 604/2014 zusammen.

Im Einklang mit § 16 InstVV und Artikel 450 CRR sind Einzelheiten der Vergütungselemente der MRTs gemäß InstVV in den folgenden Tabellen zusammengestellt. Material Risk Takers und einkommensstarke Mitarbeiter (Mitarbeiter mit einer Gesamtvergütung von 1 Mio € oder mehr) der Postbank sind nicht Teil dieser Offenlegung und werden separat im Vergütungsbericht der Postbank veröffentlicht. Die Offenlegung der Vergütung von Material Risk Takers reflektiert außerdem den im Kapitel „Vergütungsentscheidungen für 2017“ beschriebenen Transfer von Mitarbeitern der Infrastrukturbereiche in die Geschäftsbereiche und enthält zudem den Gesamtbetrag des Retention Award-Programms für MRTs.

Aggregierte Vergütung für Material Risk Takers gemäß InstVV

	2017						2016	
in Mio € (sofern nicht anders angegeben) ¹	Senior Management ²	CIB	PCB	Deutsche AM	Unabhängige Kontrollfunktionen ³	Unternehmensfunktionen ⁴	Konzern Gesamt	Konzern Gesamt
Anzahl MRTs nach Köpfen	231	990	188	82	239	65	1.795	3.056
Anzahl MRTs nach FTE	226	984	183	82	232	65	1.772	3.047
Gesamtvergütung	477	1.468	136	101	130	47	2.359	1.648
Gesamte fixe Vergütung	208	583	58	35	75	23	981	1.438
Gesamte variable Vergütung für das Berichtsjahr	269	886	78	67	56	23	1.379	210
davon:								
Retention Award-Programm (Jan 2017) ⁵							540	0
davon:								
in Bar	133	444	40	27	29	12	683	134
in Aktien	136	442	39	33	27	11	689	71
in anderen Instrumenten	0	0	0	6	0	0	6	5
Gesamtbetrag der aufgeschobenen variablen Vergütung für das Berichtsjahr	217	733	47	45	31	14	1.087	106
davon:								
in Bar	106	367	24	16	15	7	535	51
in Aktien	110	367	24	23	15	7	545	51
in anderen Instrumenten	0	0	0	6	0	0	6	5
Art. 450 Abs. 1 Buchst. h Unterabs. (iii) CRR i.V.m. Art. 450 Abs. 1 Buchst. h Unterabs. (iv) CRR zur zurückbehaltenen variablen Vergütung aus den Vorjahren und der expliziten Risikoadjustierung								
Gesamtbetrag der zu Beginn des Berichtsjahres noch ausstehenden variablen Vergütung, die in den Vorjahren zurückbehalten wurde	476	997	108	130	45	26	1.783	2.318
davon:								
erdient	171	424	39	34	23	13	704	1.009
noch nicht erdient	306	573	69	96	22	13	1.079	1.309
Aufgeschobene variable Vergütung, die während des Berichtsjahres gewährt, ausbezahlt oder reduziert wurde								
im Berichtsjahr gewährt	158	497	33	38	24	12	762	1.160
im Berichtsjahr ausbezahlt	118	415	39	33	22	12	639	725
reduziert durch explizite Risikoadjustierung ⁶	0	3	0	0	0	0	3	13
Art. 450 Abs. 1 Buchst. h Unterabs. (v) CRR zu den Neueinstellungsprämien								
Anzahl der Begünstigten einer garantierten variablen Vergütung (Neueinstellungsprämien)	3	18	0	1	4	1	27	42
Gesamtbetrag der garantierten variablen Vergütungen (Neueinstellungsprämien)	1	18	0	1	1	1	21	61
Art. 450 Abs. 1 Buchst. h Unterabs. (v) und (vi) CRR zu den Abfindungen								
Gesamtbetrag der im Berichtsjahr gewährten Abfindungen ⁷	2	12	3	0	0	2	21	42
Anzahl der Begünstigten der im Berichtsjahr gewährten Abfindungen nach Mitarbeitern	2	35	6	2	4	4	53	114
Höchste im Berichtsjahr an eine Einzelperson gewährte Abfindung	2	5	2	0	0	1	5	4

¹ Die Tabelle kann Rundungsdifferenzen enthalten. „Buyouts“ sind nicht enthalten; alle Angaben ohne Mitarbeiter und Vergütung der Postbank.

² „Senior Management“ umfasst die Geschäftsleiter bedeutender Institute gemäß § 17 InstVV (einschließlich des Vorstands der Deutschen Bank AG) sowie sämtliche weiteren Mitglieder des „Senior Leadership Cadre“. Aufsichtsratsmitglieder / Direktoren ohne Geschäftsbereich sind ebenfalls in den Zahlen „Senior Management“ nach Köpfen (davon 60) und nach FTE (davon 58) enthalten. Falls diese nur aufgrund ihres Mandats als MRTs identifiziert wurden, sind sie in keiner weiteren Zeile enthalten, da sie im Rahmen dieses Mandats keine variable Vergütung erhalten und die dafür gewährte fixe Vergütung nicht aussagekräftig ist. Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG sind jedoch in „Senior Management – Gesamte fixe Vergütung“ enthalten.

³ Im Einklang mit regulatorischen Vorgaben umfasst die Kategorie „Unabhängige Kontrollfunktionen“ für den Zweck dieser Tabelle den Bereich des Chief Risk Officer, Group Audit, Compliance, Anti-Financial Crime, und Human Resources (Zentral und Regional). Zusätzlich hat die Deutsche Bank die folgenden Infrastrukturfunktionen als unabhängige Kontrollfunktionen identifiziert: Legal, Global Governance, Group Incident & Investigation Management, Chief Information Security Office, Group Finance, Group Tax und Regulatory Affairs. Für sämtliche genannten Bereiche gilt ein Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung von 1:1.

⁴ „Unternehmensfunktionen“ umfasst alle Infrastrukturfunktionen, die für den Zweck dieser Tabelle nicht unter „Unabhängige Kontrollfunktionen“ oder als Teil eines Geschäftsbereichs erfasst sind. Dies beinhaltet zum Beispiel den Bereich des Chief Operating Officer sowie Corporate Social Responsibility.

⁵ Das Retention Award-Programm ist in dieser Tabelle in allen Angaben zur variablen Vergütung enthalten.

⁶ Unter Berücksichtigung der Risikoadjustierung sowie von Eigenkündigungen ist im Jahr 2017 insgesamt ausstehende variable Vergütung für MRTs in Höhe von 122 Mio € verfallen.

⁷ Abfindungen werden grundsätzlich in dem Jahr ausbezahlt, in dem sie gewährt werden.

Vergütung einkommensstarker Mitarbeiter

in €	2017
	Anzahl der Mitarbeiter (ohne Retention Award-Programm)
Gesamtbezüge	
1.000.000 bis 1.499.999	330
1.500.000 bis 1.999.999	155
2.000.000 bis 2.499.999	85
2.500.000 bis 2.999.999	56
3.000.000 bis 3.499.999	29
3.500.000 bis 3.999.999	21
4.000.000 bis 4.499.999	10
4.500.000 bis 4.999.999	8
5.000.000 bis 5.999.999	4
6.000.000 bis 6.999.999	4
7.000.000 bis 7.999.999	3
8.000.000 bis 8.999.999	0
9.000.000 bis 9.999.999	0
10.000.000 bis 10.999.999	0
Gesamt	705

¹ Ohne Mitarbeiter der Postbank. Ohne „Buyouts“. Bei Berücksichtigung des Retention Award-Programms mit dem im Januar 2017 gewährten Gesamtbetrag belief sich die Anzahl der einkommensstarken Mitarbeiter für 2017 auf 1.098.

Für das Jahr 2017 haben insgesamt 705 Mitarbeiter eine Gesamtvergütung von 1 Mio € oder mehr erhalten, im Vergleich zu 316 Mitarbeitern in im Jahr 2016 und 756 Mitarbeitern im Jahr 2015.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Die in 2013 neu gestalteten Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 18. Mai 2017 geändert und wurden am 5. Oktober 2017 wirksam. Danach gelten die folgenden Regelungen:

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung („Aufsichtsratsvergütung“). Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-Fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-Fache dieses Betrages.

Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen wie folgt gezahlt:

Ausschuss in €	31.12.2017	
	Vorsitzender	Mitglied
Prüfungsausschuss	200.000	100.000
Risikoausschuss	200.000	100.000
Nominierungsausschuss	100.000	50.000
Vermittlungsausschuss	0	0
Integritätsausschuss	200.000	100.000
Präsidialausschuss	100.000	50.000
Vergütungskontrollausschuss	100.000	50.000

Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres auszuzahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars auf drei Nachkommastellen in Aktien der Gesellschaft umgerechnet. Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablaufen einer Bestellungsperiode folgenden Jahres auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet (Verfallregelung).

Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend.

Die Gesellschaft erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern die durch die Ausübung des Amtes entstehenden Auslagen und eine etwaige auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallende Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Außerdem werden für jedes Mitglied des Aufsichtsrats etwaige nach ausländischen Gesetzen für die Aufsichtsrats Tätigkeit entstehende Arbeitgeberbeiträge für Sozialversicherungen bezahlt. Schließlich werden dem Aufsichtsratsvorsitzenden in angemessenem Umfang Reisekosten für durch seine Funktion veranlasste Repräsentationsaufgaben und Kosten für aufgrund seiner Funktion gebotene Sicherheitsmaßnahmen erstattet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der Gesellschaft von dieser in angemessener Höhe unterhaltene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung mit Selbstbehalt einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür entrichtet die Gesellschaft.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2017

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2017 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer):

Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2017		Vergütung für das Geschäftsjahr 2016	
	Fest	Hiervon im 1. Quartal 2018 auszuzahlen	Fest	Hiervon im Februar 2017 auszuzahlen
Dr. Paul Achleitner ¹	800.000	683.333	800.000	600.000
Stefan Rudschäfski ²	300.000	225.000	0	0
Alfred Herling ³	0	0	300.000	300.000
Wolfgang Böhr	200.000	150.000	141.667	106.250
Frank Bsirske	250.000	187.500	250.000	187.500
Dina Dublon	300.000	225.000	300.000	225.000
Jan Duscheck ⁴	100.000	75.000	41.667	31.250
Gerhard Eschelbeck ⁵	58.333	43.750	0	0
Katherine Garrett-Cox ⁶	200.000	150.000	125.000	104.167
Timo Heider	200.000	150.000	200.000	150.000
Sabine Irrgang	200.000	150.000	200.000	150.000
Prof. Dr. Henning Kagermann	250.000	187.500	250.000	187.500
Martina Klee	200.000	150.000	200.000	150.000
Peter Löscher ⁷	83.333	83.333	200.000	150.000
Henriette Mark	200.000	150.000	200.000	150.000
Richard Meddings	400.000	300.000	400.000	300.000
Louise Parent	400.000	300.000	333.333	250.000
Gabriele Platscher	200.000	150.000	200.000	150.000
Bernd Rose	200.000	150.000	200.000	150.000
Gerd Alexander Schütz ⁸	58.333	43.750	0	0
Prof. Dr. Stefan Simon ⁹	216.667	162.500	33.333	25.000
Rudolf Stockem ¹⁰	0	0	116.667	116.667
Dr. Johannes Teyssen	250.000	187.500	216.667	162.500
Georg Thoma ¹¹	0	0	108.333	108.333
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler ¹²	83.333	83.333	200.000	150.000
Insgesamt	5.150.000	3.987.500	5.016.667	3.904.167

¹ Mitglied wurde am 18. Mai 2017 wiedergewählt.

² Mitglied seit 1. Januar 2017.

³ Mitglied bis 31. Dezember 2016.

⁴ Mitglied seit 2. August 2016.

⁵ Mitglied seit 18. Mai 2017.

⁶ Mitglied wurde am 19. Mai 2016 wiedergewählt.

⁷ Mitglied bis 18. Mai 2017.

⁸ Mitglied seit 18. Mai 2017.

⁹ Mitglied seit 23. August 2016.

¹⁰ Mitglied bis 31. Juli 2016.

¹¹ Mitglied bis 28. Mai 2016.

¹² Mitglied bis 18. Mai 2017.

Von der ermittelten Vergütung für das Geschäftsjahr 2017 wurden dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 25 % nach Rechnungsvorlage im Februar 2018 auf der Basis eines Aktienkurses von 15,458 € (Durchschnitt der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra) des Januars 2018, auf drei Nachkommastellen gerundet) in virtuelle Aktienanteile der Gesellschaft umgerechnet. Für Mitglieder, die im Jahr 2017 aus dem Aufsichtsrat ausschieden, wurde die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt. Für Mitglieder, deren Bestellungsperiode im Jahr 2017 abgelaufen ist, wurde die bis zu diesem Zeitpunkt ermittelte gesamte Vergütung vollständig in Geld ausgezahlt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der virtuellen Aktienanteile der Mitglieder des Aufsichtsrats, auf drei Nachkommastellen, die in den ersten drei Monaten 2018 als Teil der Vergütung 2017 umgerechnet wurden, die aus den Vorjahren 2013 bis 2016 aufgelaufenen Gesamtbeträge, sowie die jeweils während der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat kumulativ erworbene Gesamtanzahl der virtuellen Aktienanteile und die im Februar 2018 für ausgeschiedene bzw. wiedergewählte Mitglieder zur Auszahlung gekommenen Beträge.

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der virtuellen Aktienanteile			Im Februar 2018 auszuzahlen in € ¹
	Im Februar 2018 als Teil der Ver- gütung 2017 umgerechnet	Aus den Vorjahren 2013 bis 2016 aufgelaufene Gesamtbeträge	Gesamt (kumulativ)	
Dr. Paul Achleitner ²	7.547,235	34.842,354	42.389,589	538.593
Stefan Rudschäfski ³	4.851,794	0	4.851,794	0
Wolfgang Böhr	3.234,529	2.039,332	5.273,861	0
Frank Bsirske	4.043,162	9.812,535	13.855,697	0
Dina Dublon	4.851,794	10.445,634	15.297,428	0
Jan Duscheck ⁴	1.617,265	564,436	2.181,701	0
Gerhard Eschelbeck ⁵	943,404	0	943,404	0
Katherine Garrett-Cox ⁶	3.234,529	1.128,872	4.363,401	0
Timo Heider	3.234,529	7.870,476	11.105,005	0
Sabine Irrgang	3.234,529	7.870,476	11.105,005	0
Prof. Dr. Henning Kagermann	4.043,162	10.517,526	14.560,688	0
Martina Klee	3.234,529	8.152,472	11.387,001	0
Peter Löscher ⁷	0	8.152,472	8.152,472	126.021
Henriette Mark	3.234,529	8.896,223	12.130,752	0
Richard Meddings	6.469,058	6.861,587	13.330,645	0
Louise Parent	6.469,058	8.294,024	14.763,082	0
Gabriele Platscher	3.234,529	8.614,226	11.848,755	0
Bernd Rose	3.234,529	8.332,230	11.566,759	0
Gerd Alexander Schütz ⁸	943,404	0	943,404	0
Prof. Dr. Stefan Simon ⁹	3.504,073	451,549	3.955,622	0
Dr. Johannes Teysen	4.043,162	6.972,511	11.015,673	0
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler ¹⁰	0	8.896,223	8.896,223	137.518
Insgesamt	75.202,803	158.715,158	233.917,961	802.132

¹ Zum Kurswert von 15,458 € auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) im Januar 2018.

² Mitglied wurde am 18. Mai 2017 wiedergewählt.

³ Mitglied seit 1. Januar 2017.

⁴ Mitglied seit 2. August 2016.

⁵ Mitglied seit 18. Mai 2017.

⁶ Mitglied wurde am 19. Mai 2016 wiedergewählt.

⁷ Mitglied bis 18. Mai 2017.

⁸ Mitglied seit 18. Mai 2017.

⁹ Mitglied seit 23. August 2016.

¹⁰ Mitglied bis 18. Mai 2017.

Mit Ausnahme von Frank Bsirske und Jan Duscheck sind alle Arbeitnehmervertreter Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Im Geschäftsjahr 2017 zahlten wir diesen Aufsichtsratsmitgliedern zusätzlich zur Aufsichtsratsvergütung insgesamt 1,13 Mio € (in Form von Vergütungen, Renten- und Pensionszahlungen).

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen. Mitglieder, die bei uns angestellt sind oder waren, haben jedoch Anspruch auf Leistungen, die nach der Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses anfallen. Im Jahresverlauf 2017 haben wir 0,12 Mio € für Pensionsverpflichtungen, Rentenzahlungen oder vergleichbare Leistungen für diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats zurückgestellt, die bei uns angestellt sind oder waren.

Herr Dr. Paul Achleitner nimmt im Einverständnis mit dem Vorstand der Bank unentgeltlich bestimmte Repräsentationsaufgaben für die Bank wahr, aus denen sich Gelegenheiten für die Vermittlung von Geschäftskontakten ergeben. Diese Aufgaben sind eng mit seinen funktionalen Verantwortlichkeiten als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG verknüpft. Insoweit ist die Kostenübernahme durch die Bank in der Satzung geregelt. Aufgrund einer gesonderten vertraglichen Vereinbarung stellt die Bank Herrn Dr. Paul Achleitner für derartige Tätigkeiten im Interesse der Bank unentgeltlich Infrastruktur- und Unterstützungsleistungen zur Verfügung. So ist er berechtigt, interne Ressourcen zur Vorbereitung und Durchführung seiner Tätigkeiten zu nutzen. Beispielsweise stehen Herrn Dr. Paul Achleitner die Sicherheits- und Fahrdienste der Bank für diese Aufgaben unentgeltlich zur Verfügung. Außerdem erstattet die Bank seine Reisekosten und Teilnahmegebühren und entrichtet die Steuern auf etwaige geldwerte Vorteile. Der Präsidialausschuss hat dem Abschluss dieser Vereinbarung am 24. September 2012 zugestimmt. Die Regelungen der Vereinbarung gelten für die Dauer der Bestellung von Herrn Dr. Paul Achleitner zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und werden jährlich auf ihre Angemessenheit überprüft. Im Rahmen dieser Vereinbarung hat die Bank Herrn Dr. Achleitner im Geschäftsjahr 2017 Unterstützungsleistungen im Gegenwert von rund 248.000 € (2016: 225.000 €) und Aufwandserstattungen in Höhe von 197.679 € (2016: 234.488 €) gewährt.

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB

Die vollständige Erklärung zur Unternehmensführung ist auf der Website der Bank unter www.db.com/ir/de/berichte.htm zu finden und ist nicht Bestandteil des Lageberichts.

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem steht unter der Aufsicht unserer Vorsitzenden des Vorstands und unseres Finanzvorstands. Es soll hinreichende Sicherheit darüber gewähren, dass die Aufstellung des Konzernabschlusses im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) steht und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist. ICFR beinhaltet zudem unsere Offenlegungskontrollen und –prozesse zur Vermeidung von Fehlangaben.

Risiken im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigt werden. Darüber hinaus können sie Sanktionen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von den korrekten Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet mit dem Ziel, diese Risiken zu begrenzen. Ein solches System kann aber nur eine angemessene und keine absolute Sicherheit darüber bieten, dass die Abschlüsse frei von wesentlichen Fehlern sind. Die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL wurde basierend auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“) aus dem Jahr 2013 vorgenommen. COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsystems fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsystems hat das Management die nachstehenden Ziele für das IKSRL festgelegt:

- **Existenz** – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und die erfassten Transaktionen wurden auch durchgeführt.
- **Vollständigkeit** – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- **Bewertung** – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- **Rechte, Verpflichtungen und Eigentum** – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- **Darstellung und Berichterstattung** – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- **Sicherung von Vermögenswerten** – Nicht autorisierter Kauf, Nutzungen oder Verkäufe von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsystem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte Kontrollen, Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher Fehler oder Betrugsfälle nicht vollständig ausschließen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen eines Kontrollsystems soll in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Kosten stehen.

Organisation des internen Kontrollsystems

In das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eingebundene Funktionen

Die Kontrollen im Rahmen des IKSRL sind von den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen durchzuführen, die an den Prozessen und Kontrollen zur Erstellung und Überprüfung der Abschlüsse beteiligt sind. Die Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems obliegt überwiegend den Mitarbeitern aus den Funktionen Finance, Chief Operating Office sowie Risk.

Finance ist dabei als eine von den Geschäftsbereichen unabhängige Funktion für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich. Die Verantwortlichkeiten im Rahmen des Kontrollprozesses sind im Bereich Finance wie folgt unterteilt:

- **Group Finance** verantwortet die Konzernberichterstattung einschließlich der Erstellung konzernweiter Finanz- und Managementinformationen sowie der Risikoberichterstattung. Group Finance legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung der am Periodenende durchgeführten Korrekturprozesse. Nach Berücksichtigung und Verarbeitung der Kommentare der Geschäftsleitung und der externen Berater zu Inhalt und Darstellung des Konzernabschlusses wird dieser von Group Finance erstellt.
 - **Transactions, Policy and Advisory** ist für die Erarbeitung der konzernweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards und regulatorischen Standards sowie für deren einheitliche Anwendung im Konzern zuständig. Sie berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen und regulatorischen Fragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen und regulatorische Fragen zeitnah gelöst werden.
 - **Global Valuation Group** sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien, Mindeststandards für die Bewertung, Umsetzungsvorgaben sowie die Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsthemen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und Wirtschaftsprüfer).
 - **Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften** zuständige Mitarbeiter von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Diese Mitarbeiter stehen im engen Kontakt mit dem Geschäftsbereich, der Infrastrukturfunktion und dem Management der Gesellschaft und sind durch ihre spezifischen Kenntnisse in der Lage, eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung in Bezug auf Produkte und Transaktionen zu identifizieren. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Bewertungen.
- **Group Tax** ist in Verbindung mit Finance für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Finanzdaten verantwortlich. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.
- **Group Planning & Performance Management** verantwortet die konzernweiten Prognosen sowie Planungsaktivitäten.

Der operative Betrieb des IKSRL wird durch das Chief Operating Office und Risk maßgeblich unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Erstellung der Finanzinformationen:

- **Chief Operating Office („COO“)** bestätigt die Transaktionen mit unseren Kontrahenten und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depots und Börsen zuständig. COO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und ist für die Abstimmung der Nostrokonten verantwortlich.
- **Chief Risk Office („CRO“)** ist für die Entwicklung von Richtlinien und Standards für das Kredit-, Markt-, Rechts-, Liquiditätsmanagement und das operationelle Risikomanagement zuständig. CRO überprüft und beurteilt die Angemessenheit etwaiger Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredit- und Rechtsrisiken sowie operationelle Risiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Solche Kontrollen sind direkt im operativen Prozess integriert und hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die:

- fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
- regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschlusserstellung;
- der Fehlervermeidung oder nachträglichen Fehlerfeststellung dienen;
- direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;
- automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in einen Kontrollprozess eingebunden, wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung sowie automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen. Manuelle interne Kontrollen, wie die Genehmigung von Transaktionen, werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

- **Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien.** Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
- **Referenzdaten.** Kontrollen für das Hauptbuch und die bilanziellen und außerbilanziellen Transaktionen sowie für die für Produkte benötigten Referenzdaten.
- **Produktentwicklungs- und Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung.** Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
- **Kontrollen externer und interner Abstimmungen.** Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depots und Börsengeschäfte geprüft.
- **Bewertung einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen.** Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögenswerten und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.
- **Steuerberechnung.** Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern ordnungsgemäß durchgeführt werden und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst sind.
- **Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen.** Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende sonstige Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
- **Nachweis von Bilanzposten.** Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
- **Konsolidierungskontrollen und andere Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung.** Zum Meldestichtag übermitteln alle Geschäftsbereiche und Regionen ihre Finanzdaten zwecks Konsolidierung an den Konzern. Konsolidierungskontrollen umfassen die Validierung von Buchungen zur Eliminierung von konzerninternen Transaktionen. Bei den Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung werden die Prozesse zum Abschluss von Hauptbuchkonten am Monatsende und Korrekturbuchungen überprüft.
- **Berichterstattung und Darstellung.** Kontrollen zur Erstellung des Konzernabschlusses schließen die Bearbeitung und Übereinstimmung mit Checklisten zu den Offenlegungspflichten sowie die Durchsicht und Freigabe durch leitende Mitarbeiter von Finance ein. Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss und -lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Die vorgenannten Kontrollen werden primär für Abschlüsse nach International Financial Reporting Standards durchgeführt und nach HGB gleichermaßen angewandt. Darüber hinaus wurden spezifische HGB-bezogene Kontrollen eingerichtet, die nachfolgende Aspekte umfassen:

- **Eliminierung von unternehmensinternen Transaktionen.** Abstimmung und Eliminierung unternehmens-interner Transaktionen zwischen Filialen der Bank für HGB-spezifische Bilanzpositionen.
- **Analytische Prüfung.** Prüfung von nach HGB erforderlichen Neubewertungen und von Reklassifizierungen zwischen IFRS und HGB auf Ebene der Filialen und der Muttergesellschaft.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Konzernvorstand führt jedes Jahr eine formelle Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durch. Diese Überwachung umfasst die Bewertung sowohl der Wirksamkeit des Kontrollumfelds als auch der einzelnen zugrunde liegenden Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Die Fehleranfälligkeit der identifizierten Kontrollen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise gemäß § 315 HGB, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL eingerichtet wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Bewertung, da sie dem Management zusätzliche Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführter risikoorientierter Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses auch bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Die vom Management durchgeführte Überprüfung führte zum 31. Dezember 2017 zu der Feststellung, dass die Ausgestaltung des IKSRL zweckmäßig ist und die Kontrollen wirksam sind.

Nicht-finanzielle Erklärung

Der Nachhaltigkeitsansatz der Deutsche Bank AG entspricht den konzernweiten Prinzipien. Als Muttergesellschaft definieren sich die nicht-finanziellen Themen der Deutsche Bank AG auch über die Tochtergesellschaften. Daher schließt die Darstellung in der nicht-finanziellen Erklärung der Deutsche Bank AG auch Angaben aus dem Konzern ein.“

Nachhaltigkeitsansatz

Für unseren Nachhaltigkeitsansatz und eine entsprechende Berichterstattung analysieren wir regelmäßig das dafür relevante Themenspektrum. Wir identifizieren Themen, die von unseren internen und externen Stakeholdern als wesentlich erachtet werden. Dabei orientieren wir uns am internationalen Nachhaltigkeitsstandard der Global Reporting Initiative (GRI). Wir berücksichtigen die Meinung unserer Interessengruppen und analysieren relevante Quellen - zum Beispiel Themen, die auf unserer Hauptversammlung diskutiert wurden, Nachhaltigkeitsratings, interne und externe Medienberichte und Erkenntnisse aus Wettbewerber-Analysen. Die Themen in dieser nichtfinanziellen Erklärung spiegeln die Ergebnisse der GRI-Wesentlichkeitsanalyse wider, die wir in den letzten Jahren durchgeführt haben.

Im Jahr 2017 haben wir unsere wesentlichen Themen überprüft und bestimmte Themen neu geordnet, um sie sichtbarer und verständlicher zu machen, und um den neuen Anforderungen des Handelsgesetzbuches (HGB) zur Offenlegung von nichtfinanziellen Informationen, zu entsprechen. Unter "Produkte und Dienstleistungen" haben wir zum Beispiel ESG-bezogene Produkte, die so genannten "Social Investments" und "Impact Investments" gebündelt und auch Titel geändert.

Die Nichtfinanzielle Erklärung ist gemäß § 289c (1) HGB Teil des Lageberichts. Für eine weitergehende Darstellung unseres Nachhaltigkeitsansatzes verweisen wir auf den separat veröffentlichten Nichtfinanziellen Bericht des Deutsche Bank Konzerns.

Das Geschäftsmodell des Deutsche Bank Konzerns beschreiben wir gemäß § 289c (1) HGB im Lagebericht auf den Seiten 5 ff. Die Beschreibung des Geschäftsmodells ist Teil der Nichtfinanziellen Erklärung der Deutschen Bank.

Nach § 289c (3 Nr. 3 und 4) HGB ist die Deutsche Bank verpflichtet, über alle bekannten wesentlichen Risiken im Zusammenhang mit ihrer eigenen Geschäftstätigkeit, ihren Geschäftsbeziehungen und ihren Produkten und Dienstleistungen zu berichten, wenn diese sehr wahrscheinlich schwerwiegende negative Auswirkungen auf die nichtfinanziellen Aspekte haben oder haben werden. Es wurden keine derartigen Risiken festgestellt.

Da die Umwelt- und Menschenrechtsthemen der Deutschen Bank die Wesentlichkeitskriterien des § 289c HGB nicht erfüllen, legen wir relevante Informationen zu unserem Managementansatz sowie Ergebnisse zu Umwelt- und Menschenrechtsthemen in unserem Nichtfinanziellen Bericht des Deutsche Bank Konzerns, außerhalb der Nichtfinanziellen Erklärung dar.

Wir beobachten die nichtfinanziellen Themen und ihre Auswirkungen auf die Lage und Entwicklung der Deutschen Bank genau, um Veränderungen zu erkennen und die Wesentlichkeit für zukünftige Berichte entsprechend anzupassen und offenzulegen.

Angemessenheit und Eignung von Produkten

Die Deutsche Bank schließt nur Geschäfte ab, bei denen sie hinreichend sicher ist, dass ein bestimmtes Produkt oder eine Dienstleistung für den jeweiligen Kunden angemessen und geeignet ist; wir beachten dabei entsprechende lokale Gesetze und Vorschriften und ergreifen geeignete Maßnahmen, um dies zu überprüfen.

Am 3. Januar 2018 traten die Finanzmarktrichtlinie MiFID II und die Finanzmarktverordnung MiFIR in Kraft. Die neuen Regelungen betreffen die gesamte Bank und alle Kundengruppen. Wir haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend geschult, Kunden fristgerecht informiert und unsere IT-Systeme angepasst.

Gemäß MiFID II identifizieren wir solche Produkte, die am besten zu den Bedürfnissen unserer Kunden passen. Unsere Produkte müssen bestimmten Anforderungen genügen, zum Beispiel bezüglich des Risikos, der Komplexität, der Transparenz und der Kundenbetreuung (After-Sales-Support). Wir bewerten die individuelle Produktqualität und wählen das Produkt aus, das zum Kunden und seinem Investitionsverhalten passt. Unser Grundprinzip ist: Es sollen keine Produkte vertrieben werden, wenn es offensichtlich wird, dass der Kunde

- das Produkt nicht benötigt,
- sich das Produkt mittel- bis langfristig nicht leisten kann,
- das Produkt nicht verstanden hat oder
- ein abweichendes Risikoprofil hat.

Wir prüfen auch sorgfältig, ob wir eine Geschäftsbeziehung mit externen Produkthanbietern eingehen. Wir möchten sicherstellen, dass die hohen Qualitätsstandards eingehalten werden, die mit unseren eigenen Richtlinien und den Bedürfnissen unserer Kunden übereinstimmen.

Wir speichern die Aufzeichnungen zu unseren Analysen für bestimmte Kundengruppen und halten fest, wenn wir einen Kunden darauf hinweisen, dass ein Produkt oder eine Dienstleistung für ihn nicht angemessen ist oder wir nicht genügend Informationen für eine Analyse erhalten haben und ob ein Geschäft in einem solchen Fall trotzdem zustande kam.

Unsere Prozesse, wie wir neue Produkte genehmigen (New Product Approval – NPA) und wie wir bestehende Produkte systematisch überprüfen (Systematic Product Review - SPR) bilden gemeinsam unser „Produktlebenszyklus-Rahmenwerk“. Es bildet die Grundlage, dass wir unseren Kunden geeignete Produkte und Dienstleistungen anbieten können.

Das Rahmenwerk dient dazu, mit Risiken umzugehen, die mit der Einführung neuer und Änderungen bei bestehenden Produkten und Dienstleistungen während des Produktlebenszyklusses zusammenhängen. Es definiert den Prozess, der systematisch sicherstellen soll, dass unsere Produkte und Dienstleistungen geeignet sind und mit den Bedürfnissen, Merkmalen und Zielen der Zielmärkte während der gesamten Nutzung übereinstimmen.

Wir wenden vergleichbare Prozesse konzernweit an. Der NPA-Prozess zielt auf die Phase vor der Einführung von Produkten und Dienstleistungen und der SPR-Prozess auf die periodische Überprüfung danach ab.

Darüber hinaus liefern Prozesse zur Genehmigung neuer Geschäfte in der Unternehmens- und Investmentbank ein Rahmenwerk für die Koordination, Dokumentation und den Umgang mit Risiken, die mit bestimmten Transaktionen, einschließlich der Restrukturierung bestehender Geschäfte verbunden sind, die bestimmte vordefinierte, risikobasierte Eskalationsmerkmale erfüllen. Diese sogenannten „strukturierten Geschäfte“ unterliegen einer strengeren Prüfung über das Rahmenwerk.

Wir achten auf eine konsistente Qualitätskontrolle durch klar geregelte Positionen, Verantwortlichkeiten und Standards, die die Einhaltung des Rahmenwerks überwachen sowie Schulungen und einen Red-Flag-Prozess, der Korrekturmaßnahmen ermöglicht, umfassen. Fachexperten aus verschiedenen Abteilungen sind an unseren NPA- und SPR-Prozessen beteiligt. Auf diese Weise können wir die geltenden technischen, Rechnungslegungs- und aufsichtsrechtlichen Standards sowie anzuwendende rechtlichen, Compliance- und Kontrollvorschriften identifizieren. Zudem werden alle neu entwickelten Produkte und Änderungen bestehender Produkte von wichtigen Kontrollfunktionen wie Compliance und der Abteilung gegen Geldwäsche (AML) überprüft. NPA-Ausschüsse in den Regionen und den Geschäftsbereichen überprüfen Produktentwicklungen, die als wesentlich eingestuft wurden. Dies ist zum Beispiel bei solchen Produkten der Fall, die neue Risikofaktoren beinhalten oder neue Geschäftsfelder betreffen. Bei Bedenken beispielsweise in Hinsicht auf Reputationsrisiken, eskalieren wir diese an die regionalen Ausschüsse oder den Konzernausschuss für Reputationsrisiken.

Die hier beschriebenen Vorkehrungen gelten für alle Geschäftsbereiche. Darüber hinaus haben wir weitere Grundsätze entwickelt, die insbesondere dem Schutz unserer Kunden in der Privat- und Firmenkundenbank dienen, die wir nachfolgend beschreiben.

Wir haben Grundsätze für die Privat- und Firmenkundenbank entwickelt, die Mindeststandards für unsere Produktlinien definieren. Sie verpflichten uns, ausschließlich ethisch vertretbare und transparente Produkte und Dienstleistungen anzubieten. Darüber hinaus wollen wir unsere Kunden verantwortungsvoll und vorausschauend beraten, wie es ihren Bedürfnissen entspricht und ihnen die jeweiligen Chancen und Risiken aufzeigen:

- Unsere Produkte haben Bezug zur Realwirtschaft.
- Sie sind transparent und leicht zu verstehen.
- Sie schaffen Vorteile.
- Sie dienen dem Einzelnen, ohne der Allgemeinheit Schaden zuzufügen. Das heißt, das angebotene Produkt sollte nicht verbunden sein mit:
 - Spekulationen auf Lebensmittelknappheit oder Engpässe, die sich auf die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auswirken könnten
 - Wetten auf den Tod, Krankheiten, Invalidität oder Insolvenz
 - der Herstellung und dem Verkauf von Kernwaffen, Streumunition und Landminen
 - der Förderung oder Nutzung von Kinderarbeit
 - Straftaten wie Drogenhandel, Geldwäsche und Korruption sowie
 - der Verletzung der Menschenrechte

Die Prozesse und Prinzipien sind so gestaltet, dass gesetzliche und regulatorische Anforderungen (inklusive Produktverbote) eingehalten werden.

In der Wertpapierberatung empfehlen wir sowohl eigene Produkte, als auch solche anderer Anbieter (offene Architektur). Dank unserer breiten Marktabdeckung können wir solche Produkte identifizieren, die am besten zu den spezifischen Kundenbedürfnissen passen. Wir bewerten die individuelle Produktqualität und wählen das Produkt aus, das zum Kunden und seinem Investitionsverhalten passt. Unsere Produktrichtlinien definieren auch ausdrücklich Produkte, zu denen wir keine Beratung anbieten. Wir beraten und strukturieren zum Beispiel keine Produkte und nehmen keine Produkte in die diskretionäre Vermögensverwaltung auf, die in Agrargüter investieren, und wir beraten keine sogenannten Differenzkontrakte¹ (Contracts for Difference, CFDs).

¹ Ein Differenzkontrakt (CFD) ist ein Vertrag zwischen zwei Parteien, die in der Regel als „Käufer“ und „Verkäufer“ bezeichnet werden. Der Verkäufer zahlt dem Käufer die Differenz zwischen dem aktuellen Wert eines Vermögenswertes und seinem Wert zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses (bei einer negativen Differenz zahlt der Käufer an den Verkäufer). CFDs sind derivative Finanzinstrumente, die es ermöglichen, von steigenden (Long-Positionen) oder fallenden Kursen (Short-Positionen) zu profitieren und auf diese Märkte zu spekulieren.

Kundenzufriedenheit

Kundenzufriedenheit zeigt sich am besten im täglichen Austausch mit unseren Kunden und in unseren langfristigen Geschäftsbeziehungen. Je nach Kundentyp und -präferenzen wenden wir in unseren Geschäftsbereichen verschiedene Methoden an, um die Zufriedenheit unserer Kunden zu messen. Diese sind im Folgenden beschrieben.

Unternehmens- und Investmentbank

Um die Zufriedenheit unserer institutionellen Kunden zu messen, führen wir unverbindliche Umfragen durch, sogenannte „Broker Reviews“. So wollen wir systematisch erfassen, wie einzelne institutionelle Kunden unsere Dienstleistungen bewerten, und ein einheitliches Verständnis dafür entwickeln, wo wir uns verbessern können. Unsere Relationship Manager und Kundenbetreuer besprechen mit dem Management eines Kunden hierbei regelmäßig wie zufrieden dieses ist - üblicherweise ein- oder zweimal im Jahr. Im Rahmen einer solchen Umfrage bewerten unsere Kunden unsere Leistung detailliert nach Betreuungsteam und Produktkategorie. Diese Bewertung fließt in den Dialog mit einem Kunden ein und hilft uns, fundierte Entscheidungen zu treffen, ob und was wir verändern müssen.

Um die Zufriedenheit von Unternehmenskunden zu bewerten, führen die Transaktionsbank (GTB) und das Beratungs- und Finanzierungsgeschäft für Unternehmen (Corporate Finance) gemeinsam die Kundenumfrage „Voice of the Client“ durch. Sie deckt mehr als 80 % unseres Geschäfts mit Unternehmenskunden ab: Seit 2015 geben rund 2.100 Entscheidungsträger und Dienstleistungsempfänger jährlich detailliert Rückmeldung, die wir als Grundlage für kundenspezifische Maßnahmen sowie Initiativen zur Entwicklung neuer Dienstleistungen und Produkte nutzen. In Jahr 2017 leiteten wir aus den Rückmeldungen insgesamt rund 4.600 Maßnahmen ab. Gemeinsam mit unseren Kunden überprüfen wir den Status und die Qualität der Umsetzung. Im Berichtsjahr waren 75 % der hierzu befragten Kunden größtenteils oder vollständig (Bewertung mit 1 oder 2 auf einer fünfstufigen Skala) mit den Ergebnissen der Maßnahmen zufrieden.

Privat- und Firmenkundenbank

PCC Deutschland und PCC International

Die öffentliche Diskussion und die kritische Medienberichterstattung rund um die Deutsche Bank setzte sich 2017 fort, da die grundlegenden Rationalisierungsmaßnahmen in PCC Deutschland auch negative Nachrichten brachten. Aufgrund der im Jahr 2016 eingeleiteten strategischen Neuausrichtung mussten sich die Kunden mit vielen Veränderungen auseinandersetzen, wie zum Beispiel mit der Reduzierung der Filialen.

Im Jahr 2017 nahmen über 259.400 (ca. 3 %) Kunden von PCC Deutschland an unserer Kundenzufriedenheitsumfrage teil. Die Kundenzufriedenheit ist 2017 nicht mehr gestiegen. Obwohl wir in unser neues Geschäftsmodell investiert und einen klar strukturierten Beratungsprozess geschaffen haben, konnten wir die Bewertungen in keiner Kategorie unserer jährlichen Kundenzufriedenheitsumfrage verbessern. Die detaillierten monatlichen Informationen über den neuesten Kundenzufriedenheitsindex der Filialen werden vom Management der Deutschen Bank genau verfolgt.

Das Ergebnis der Kundenbefragung ermöglicht es uns, die Bedürfnisse unserer Kunden besser zu verstehen. Wir nutzen diese Umfrage und Kundenkontakte, um die Erwartungen der Kunden zu verstehen und ihre Zufriedenheit verbessern zu können. Dieser Prozess umfasst sowohl Privat- als auch Geschäftskunden.

Neben PCC Deutschland haben rund 24.000 Kunden aus allen internationalen PCC Standorten an unserer Umfrage 2017 teilgenommen. Aufgrund verbesserter Vertriebskommunikation und Einführung kundenorientierter Kampagnen, verbesserte sich in PCC International die Kundenzufriedenheit nach einem leichten Rückgang im vergangenen Jahr, mit besonders positiven Ergebnissen in den Zielsegmenten von wohlhabenden Kunden und mittelständischen Unternehmen. Auf der anderen Seite ist die Bereitschaft zur Empfehlung der Deutschen Bank als direkte Folge der Rationalisierung in einigen Ländern gesunken.

Kundenzufriedenheitsindex in PCC Deutschland / PCC International

in % (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Kundenzufriedenheit PCC Germany			
Index PCC Germany	71,6	75,4	73,3
Mit unserem Service	73,0	77,3	74,7
Mit unserer Beratung	72,8	76,7	74,2
Mit aktiv angebotenen Produkten und Dienstleistungen	67,2	71,0	69,0
Bereitschaft die Deutsche Bank zu empfehlen	73,5	76,5	75,4
Anzahl der teilnehmenden Kunden	259.405	260.960	371.582
Kundenzufriedenheit PCC International			
Index PCC International	77,4	77,2	77,2
Bereitschaft die Deutsche Bank zu empfehlen	75,5	77,3	77,1
Anzahl der teilnehmenden Kunden	24.272	24.169	24.084

Im Jahr 2017 setzte PCC Deutschland das Mystery-Shopping-Programm fort, eine Kombination aus rund 2.000 Testkäufen in Filialen und einer telefonischen Befragung von rund 8.300 Bestandskunden über unseren Service- und Beratungsstandard. Die Anrufe wurden durch ein anschließendes Gespräch ergänzt.

PCC International führte rund 1.200 Testkäufe in Filialen durch. Der Mystery-Shopping-Index ist gesunken, bleibt aber im Vergleich zu unseren Wettbewerbern auf einem guten Niveau. Im Rahmen der EQUOS RCB-Studie in Spanien wurde die Deutsche Bank im dritten Jahr in Folge als "Best Quality Service Bank" ausgezeichnet. EQUOS RCB umfasst fast alle Banken und Sparkassen in Spanien und repräsentiert mehr als 95 % des spanischen Marktes (sowohl der Finanzinstitutionen als auch des Territoriums). Das Mystery Shopping wurde in Polen durch die Firma QUALITY WATCH durchgeführt, in Spanien und Portugal durch die Firma STIGA.

Der Mystery-Shopping-Index ist 2017 im Vergleich zu den Vorjahren sowohl national als auch international zurückgegangen, hauptsächlich aufgrund der Rationalisierung, also der Reduzierung der Filialen, die die Tests zu Beginn des Jahres wesentlich im ersten Quartal beeinflusst haben. Die Testergebnisse im dritten Quartal zeigen eine deutliche Erholung, der Jahresdurchschnitt zeigt einen leichten Rückgang. PCC International konnte nach einem leichten Rückgang im Jahr 2016 und trotz der Herausforderungen des Jahres 2017 die Zufriedenheit der Kunden dank besserer Kommunikation im Verkaufsmanagement und der Einführung kundenorientierter Kampagnen verbessern und positive Ergebnisse in den wichtigsten Zielsegmenten der vermögenden Kunden und der kleinen und mittleren Unternehmen erzielen.

In PCC Deutschland und PCC International werden die Ergebnisse der Kundenzufriedenheitsumfrage und des Mystery-Shopping-Index bei der Zielsetzung für unsere Filialen berücksichtigt. Beide sind auch an die erfolgsabhängige Komponente der Vergütung unserer Vertriebsmitarbeiter gekoppelt.

Mystery Shopping Index PCC Deutschland / PCC International

in % (sofern nicht anders angegeben)	31.12. 2017	31.12. 2016	31.12. 2015
PCC Germany			
Mystery Shopping Index	78,5	81,0	80,8
PCC International			
Mystery Shopping Index	74,5	77,3	77,4

Wealth Management

Deutsche Bank Wealth Management (WM) hat im 4. Quartal 2017 Scorpio Partnership beauftragt, einen führenden Research und Strategieberater im globalen Vermögenssektor, einen Bericht zu verfassen, der eine externe Sicht auf die Performance unseres WM und seine Wettbewerbsposition liefern soll - sowohl in Bezug auf die Marke als auch aus Kundensicht. Der Bericht nutzt Daten aus der High Net Worth Individuals (HNWI) / Ultra High Net Worth Individuals (UHNWI) Datenbank von Scorpio Partnership, die von 2014 bis 2017 reichen.

Der Bericht zeigt eine weitestgehend starke Kundenzufriedenheit für WM, während er auf regionale Herausforderungen in Bezug auf die Markenwahrnehmung hinweist (die globale Markenwahrnehmung entspricht dem wichtiger Wettbewerber). Der Bericht hob jedoch auch ein Reputationsrisiko in Bezug auf Vertrauen und Zuversicht in die Deutsche Bank hervor.

Die Überprüfung unterstrich, dass unsere WM-Kunden Faktoren wie zum Beispiel Marktkenntnis, Finanzforschung und Mitarbeitererfahrung mehr Bedeutung beimessen, als das Kunden unserer Mitbewerber tun. In diesen Bereichen, sowie bei Aspekten wie Stabilität und Sicherheit sowie Qualität der Umsetzung wird unser WM besser bewertet als unsere Mitbewerber. Die allgemeine Zufriedenheit unserer WM-Kunden ist im Vergleich zu den Mitbewerbern konkurrierend, d.h. WM-Kunden werden ihr Neugeschäft mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit bei der Deutschen Bank tätigen (Wahrscheinlichkeit von 43,6 % gegenüber dem globalen WM-Durchschnitt von 28,1 %: Daten von 2016).

Digitalisierung und Innovationen

Die digitale Revolution erfasst ganze Branchen, und das gilt auch für die Finanzdienstleistungsbranche. Wir wollen ein wichtiger Akteur in der digitalen Welt sein und wir sind auf dem Weg, ein technologieorientiertes Unternehmen zu werden. Wir nutzen neue Technologien, um unsere digitale Kompetenz in den Geschäftsbereichen, der IT-Umgebung, der Betriebsorganisation und den Kontrollfunktionen zu verbessern. Die Digitalisierung hat wesentliche Auswirkungen auf alle unsere Geschäftsbereiche, die dieses Thema daher in ihre Risikobewertungen einbeziehen müssen. Als Bank sehen wir in der Digitalisierung erhebliche Chancen.

Steuerung und Management

Die Digitalisierung der Bank richtet sich danach, was geschäftlich erforderlich ist. Die Verantwortung für die verschiedenen Initiativen tragen unsere Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen. Die drei Geschäftsbereiche der Bank – die Unternehmens- und Investmentbank, die Privat- und Firmenkundenbank und die Deutsche Asset Management – haben jeweils eigene Teams, die für die Digitalisierung verantwortlich sind. Ihre Aufgabe ist es, digitale Initiativen und den Umbau im jeweiligen Geschäftsbereich je nach Anforderung voranzutreiben.

Die Geschäftsbereiche werden durch gemeinsame Zentren für Digitalisierung und Innovationen unterstützt. Unsere Innovationslabore in Berlin, London, New York, und im Silicon Valley arbeiten mit unseren Geschäftsbereichen zusammen, um digitale Lösungen im externen Ökosystem zu finden, mit denen wir unser Angebot für unsere Kunden erweitern und verbessern können. Der Bereich Data Science & Analytics ist an drei Hauptstandorten in Dublin, London und Pune vertreten. Diese Zentren haben mehr als 50 Machbarkeitsstudien für mehrere unserer Bereiche erstellt und dabei Technologien wie unseren sicheren und leistungsstarken Datenspeicher und künstliche Intelligenz genutzt. Die Digitalfabrik bringt agile, funktionsübergreifende Teams zusammen, die digitale Bankprodukte entwickeln. Wir haben zudem zahlreiche externe Partnerschaften mit Unternehmen wie Axel Springer Plug & Play, The Floor und H-Farm vereinbart. Außerdem arbeiten wir mit der Digitalinitiative des Massachusetts Institute of Technology (MIT) zusammen.

Unser Global Digital Forum ist ein konzernweites Gremium, das die Abstimmung und den Austausch zwischen den Geschäftsbereichen bei digitalen Initiativen sicherstellt. Den Vorsitz hat unser Konzernbeauftragter für Datenmanagement, Digitalstrategie und Innovationen. Außerdem gehören dem Gremium die Leiter der Digitalteams der Geschäftsbereiche an. Im Jahr 2017 gründeten wir das Team Digitalstrategie. Dieses Team stellt sicher, dass wir bei der Digitalisierung einen einheitlichen Ansatz verfolgen. Es arbeitet eng mit den Mitgliedern des Global Digital Forum zusammen.

Die Bankenbranche in der digitalen Welt

Neue Technologien ermöglichen einen reibungslosen Austausch mit unseren Kunden. Die Digitalisierung unterstützt Selbstbedienungslösungen. Dazu gehört es, Produkte und Dienstleistungen über skalierbare Plattformen an den Standorten und zu der Zeit anzubieten, die sich unsere Kunden aussuchen. Wir entwickeln Plattformen, die unseren Kunden das Leben erleichtern und ihnen einen Mehrwert schaffen.

Unser Digitalisierungsansatz folgt klaren Grundsätzen:

- Wir haben die Größe, die Ressourcen, das Branchenwissen und die digitale Kompetenz, die es braucht, um die Umwälzung unserer Branche als Chance zu nutzen.
- Wir laden FinTech-Unternehmen dazu ein, unsere Plattformen mitzuentwickeln, damit unsere Kunden und die Märkte davon profitieren können.
- Wir wollen uns am Kunden orientieren und passen unsere Organisation entsprechend an. Neue Technologien ermöglichen es uns, innovative Produkte und Dienstleistungen anzubieten.
- Wir müssen eine treibende Kraft bei Plattformen sein. Das Plattform-Modell ermöglicht es uns, unsere Kapazitäten in den verschiedenen Geschäftsbereichen bestmöglich zu nutzen und neue Finanzdienstleistungen für unsere Kunden zu entwickeln.
- Wir nutzen unsere Daten zunehmend, um unsere Kunden besser zu verstehen, fundiertere Entscheidungen zu treffen und unsere Kontrollfunktionen weiter zu stärken.

Erfolge im Jahr 2017

Im Laufe des Jahres 2017 haben wir in allen Geschäftsbereichen deutliche Fortschritte in der Digitalisierung erzielt.

Unternehmens- und Investmentbank

In unserer Unternehmens- und Investmentbank haben wir in einem bisher beispiellosen Schritt mehr als 150.000 Zeilen des Programmcodes unserer preisgekrönten Autobahn-Plattform externen Entwicklern zugänglich gemacht. Dadurch können Handelsanwendungen unterschiedlicher Anbieter die Anwendung als gemeinsame Basis nutzen und mit den Autobahn-Funktionen reibungslos zusammenarbeiten.

Zusätzlich zur Veröffentlichung von Autobahn-Programmcode haben wir weitere Verbesserungen an der Autobahn-Plattform selbst vorgenommen. Im August 2017 führten wir „Autobahn Click to Confirm“ ein. Über diese neue Funktion können unsere Kunden Bestätigungen für Devisen-, Zins- und Kreditgeschäfte über ein sicheres Portal im Internet verwalten. Außerdem können unsere Kunden mit der Funktion „Cashflow Confirmation“ Barzahlungen im Zusammenhang mit Derivategeschäften online abwickeln.

Im Kapitalmarktgeschäft (Global Markets) haben wir die IT-Plattform Symphony Communication Services für den Großteil der Mitarbeiter und die unterstützenden Infrastrukturfunktionen eingeführt. Symphony ist eine verschlüsselte, Cloud-basierte Plattform der Zusammenarbeit, die eine mobile App und automatisierte Workflow Bots umfasst. Die Plattform verbessert die Produktivität und die Kommunikation zwischen den kundennahen Bereichen und den Technologie- und Operationsteams. Symphony gehört einem Konsortium von 20 Buy- und Sell Side-Finanzinstituten. Wir zählen zu den Gründungsmitgliedern des 2014 gegründeten Unternehmens.

In der Unternehmens- und Investmentbank haben wir zudem mehrere Programme gestartet, um in verschiedenen Produktbereichen die robotergesteuerte Prozessautomatisierung (Robotic Process Automation – RPA) voranzutreiben. Damit wollen wir die Kosten senken, die Kundenbetreuung verbessern und die Kontrollen bei Kernprozessen stärken.

Wir haben zusammen mit anderen Banken mehrere Initiativen gestartet, um herauszufinden, wo wir die Technologie der dezentralen Transaktionsregister (Distributed Ledger Technology, DLT) einsetzen können. Als eine der ersten Banken haben wir uns an dem Projekt „Utility Settlement Coin“ beteiligt. Durch diesen Blockchain-basierten Ansatz für das Clearing und die Abwicklung von Finanztransaktionen zwischen Banken sollen Risiken gesenkt und die Ausführung beschleunigt werden.

Im November 2017 startete unsere Transaktionsbank (Global Transaction Banking) ihren SWIFT-gpi-Service. Diese neue digitale Plattform bietet Firmenkunden eine Echtzeitverfolgung von Zahlungen und die taggleiche Nutzung der Gelder. Mit gpi adressieren wir die realen Bedürfnisse von Kunden weltweit. Erste Rückmeldungen haben gezeigt, dass viele Transaktionen zwischen Kontinenten von Anfang bis Ende schnell und mit vollständiger Nachverfolgbarkeit abgewickelt werden.

Darüber hinaus hat unsere Transaktionsbank 12,5 Prozent an dem deutschen Handelsfinanzierungs-Start-up TrustBills erworben. TrustBills ist eine Online-Auktionsplattform für den Kauf und Verkauf von nationalen und internationalen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Privat- und Firmenkundenbank

Unsere laufenden Investitionen in die Digitalisierung des Privat- und Firmenkundengeschäfts machen sich bezahlt. Von den sieben Millionen Kunden unserer Privat- und Firmenkundenbank schließen mehr als vier Millionen ihre Bankgeschäfte digital ab. Im Januar führten wir in Deutschland die digitale Kontoeröffnung für deutsche Staatsangehörige mit deutschem Wohnsitz ein, wodurch unsere Kunden ein Online-Konto in nur sieben Minuten aktivieren können. Am 29. August 2017 hat die Deutsche Bank den sogenannten „Mobile Moment“ erreicht. Das ist der Punkt, ab dem mehr Kunden über ein mobiles Gerät auf ihr Online-Konto zugreifen als über einen PC.

Über unser Entwicklerportal steigern wir die Effizienz an den Märkten und ermöglichen Programmierern, ihre Ideen für neue digitale Dienstleistungen zu testen. Dieser partnerschaftliche Ansatz hilft sowohl externen Anbietern als auch uns, die Einführungszeit für neue Produkte und Dienstleistungen zum Vorteil unserer Kunden zu senken.

Seit Mai 2017 bieten wir den Kunden unserer Privat- und Firmenkundenbank den sogenannten ZinsMarkt an, einen digitalen Marktplatz für treuhänderisch verwaltete Festgeldanlagen. Auch Partnerbanken bieten bereits Festgeldanlagen über die Plattform an. ZinsMarkt wurde zusammen mit dem deutschen FinTech-Unternehmen Deposit Solutions konzipiert und entwickelt.

Außerdem investieren wir in die Digitalisierung unseres Filialnetzes. In den beiden vergangenen Jahren haben wir unsere Berater mit rund 10.000 iPads ausgestattet und mehrere Apps entwickelt, die sogenannte Dashboard Collection. Dadurch können wir bei Beratungsgesprächen dank modernster Technik digitale Unterschriften für Verträge und Anträge erfassen und unseren Papierverbrauch senken.

Ende 2017 hat die Privat- und Firmenkundenbank die erste auf künstlicher Intelligenz basierende Lösung eingeführt, die natürliche Sprachverarbeitung verwendet und mit IBM Watson Technologie gebaut wurde. Sie ermöglicht dem für die Unterstützung des Vertriebs verantwortlichen Team, Kundenanfragen effektiver und schneller zu beantworten und sich darauf zu konzentrieren, Mehrwert für Kunden zu schaffen.

Unsere Einheit Wealth Management hat im August 2017 in Asien Deutsche Bank Wealth Online eingeführt. Darüber können Kunden Informationen zu ihrem Portfolio und anlagebezogenen Veröffentlichungen abrufen sowie mit ihren Berater kommunizieren und Transaktionen abschließen. Ende 2017 führte unser Wealth Management die App „DB NextGen“ für potentielle Vermögenskunden der nächsten Generation ein.

Des Weiteren sind wir eine der führenden Banken im Projekt we.trade, eine auf der dezentralen Transaktionsregister Technologie basierende Plattform für Handelsfinanzierungen. Diese erlaubt es kleinen und mittleren Unternehmen mit Hilfe von Blockchain, inländische und internationale Handelsgeschäfte zu steuern, nachzuerfolgen und abzusichern. we.trade ist ein Gemeinschaftsunternehmen von neun Banken in zehn Ländern – wir gehören zu den Anteilseignern.

Der Erfolg unserer digitalen Lösungen in der Privat- und Firmenkundenbank belegt wie wertvoll unsere Digitalfabrik ist, die wir im Jahr 2016 gründeten. In diesem Entwicklungszentrum arbeiten Mitarbeiter aus den Geschäftsbereichen, der IT-Abteilung und dem Compliance-Bereich zusammen. Sie haben zahlreiche Verbesserungen unserer Mobile App sehr schnell eingeführt – essentiell für die schnelle Welt, in der wir leben.

Bei der von uns mitbegründeten verimi-Initiative arbeiten führende deutsche Unternehmen aus verschiedenen Branchen zusammen. Mit diesem „Generalschlüssel“ können Kunden mit nur einer Anmeldung auf viele Dienstleistungen der beteiligten Unternehmen und anderer Teilnehmer zugreifen. Dies ist ein weiteres Beispiel für digitale Plattformen, die unseren Kunden das Leben leichter zu machen. Weitere Informationen über die verimi-Plattform stehen unter www.verimi.com zur Verfügung.

Verhalten und Risiko

Unsere Unternehmenskultur bestimmt wesentlich, wie wir als Bank arbeiten. Sie dient als Orientierung dafür, wie wir uns verhalten und Entscheidungen treffen, und sie ist die Grundlage für den Umgang unserer Mitarbeiter untereinander, den Umgang mit unseren Kunden und mit der Gesellschaft insgesamt.

Definition und Ziele

Bei der Deutschen Bank orientieren wir uns an unseren Werten Integrität, Nachhaltige Leistung, Kundenorientierung, Innovation, Disziplin und Partnerschaft. Diese Werte sind im Verhaltens- und Ethikkodex der Bank (der Kodex) verankert. In dem Kodex formuliert die Bank somit ihre grundsätzliche Erwartungshaltung, wie sich ihre Mitarbeiter verhalten sollen.

Unser Vorstand hat vier Leitprinzipien für unsere Unternehmenskultur definiert:

- Aktive und sichtbare Führung: Die Art und Weise der Kommunikation des Vorstands und des gezeigten Führungsverhaltens
- Motivierende und effektive Führungskräfte: Motivierende Führungskräfte, die persönliche Entwicklung fördern und Teamziele erreichen
- Inspirierte und leistungsstarke Mitarbeiter: Förderung von Praktiken und Prozessen im Personalmanagement, die zu Engagement und Vielfalt im Unternehmen führen
- Verantwortungsbewusste und nachhaltige Geschäftspraxis: Gezielter Ausbau unseres Geschäfts mit wirksamen Kontrollen und Eingrenzung des Risikos

Alle kulturbezogenen Maßnahmen in unseren Geschäfts- und Infrastrukturbereichen richten sich daran aus.

Die Maßnahmen helfen uns dabei, unsere strategischen Ziele zu erreichen: einfacher und effizienter werden, Risiken vermindern, die Kapitalbasis erhöhen sowie Disziplin und Verantwortung stärken. Unsere angestrebte Kultur in der Bank zu verankern und angemessenes Verhalten zu fördern bleibt für alle Interessengruppen der Deutschen Bank, einschließlich des Senior Managements, der Mitarbeiter, Kunden, Aktionäre und Regulierungsbehörden, von höchster Priorität.

Kultur lässt sich schwer messen, das ist uns bewusst. Trotzdem wollen wir wissen, wie gut wir bei den zuvor genannten Zielen vorankommen. Wir haben deshalb damit begonnen ein Dashboard zu entwickeln. Es enthält bereits bestehende Messgrößen aus verschiedenen Datenquellen der Bank, die sowohl wahrnehmungsbasierte Informationen abdecken, beispielsweise aus der Mitarbeiterbefragung, als auch quantitative Daten, die wir bereits in den Bereichen Personal, Risikomanagement, Kommunikation und Compliance erheben und überwachen.

Governance

Alle Mitarbeiter der Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen sind dafür verantwortlich, zur beschriebenen Unternehmenskultur beizutragen. Die Gesamtverantwortung für die Kultur in der Bank liegt beim Vorstandsvorsitzenden des Konzerns.

Jedes Vorstandsmitglied ist für die Kultur seines Geschäfts- oder Infrastrukturbereichs verantwortlich. Die Führungsgremien unserer Bereiche (Executive Committees, ExCo) wiederum sind dafür zuständig kulturbezogene Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Die „Culture, Integrity and Conduct Group“ (CIC) ist eine Arbeitsgruppe, die unser Vorstandsvorsitzender leitet und der vom Vorstand ernannte Vertreter aller Geschäftsbereiche und Funktionsbereiche angehören. Sie soll dafür sorgen, dass alle kulturbezogenen Maßnahmen den übergeordneten Zielen dienen. Die CIC tagt mindestens sechsmal pro Jahr. Ihr Schwerpunkt liegt auf kulturbezogenen Maßnahmen, die dazu beitragen, angestrebte Verhaltensweisen und Praktiken zu stärken, sowie unerwünschtem Verhalten und unerwünschten Praktiken entgegenzuwirken. Zu ihren Aufgaben gehört es zudem, sich über gute Praxisbeispiele auszutauschen und kulturbezogene Pläne und Ideen zu prüfen, die dann im Forum vorgestellt werden.

Zusätzlich zum CIC haben wir ein „Conduct & Integrity (C&I) Council“. Es soll die Aufsicht und Führung bei verhaltens- und integritätsbezogenen Initiativen der Bank sicherstellen sowie deren konzernweite Koordination verbessern. Das C&I berichtet dem CIC regelmäßig über die Fortschritte.

Durchgeführte Maßnahmen

Aktive und sichtbare Führung

Unsere leitenden Führungskräfte nehmen eine besondere Rolle bei der Umsetzung unserer Werte ein, indem sie die Bedeutung von kultur- und verhaltensbezogenen Themen hervorheben und sich selbst und andere in die Verantwortung nehmen.

Kommunikation der Führungsebene

Wir stellten Vorstandsmitglieder und die nächste Führungsebene entsprechend ihrer jeweiligen Schwerpunktbereiche in einer Videoreihe vor, die alle Mitarbeiter in unserem Intranet ansehen konnten. Diese Videos und flankierende E-Mails an die Mitarbeiter sind Beispiele für die offene und ehrliche Kommunikation, die wir in der Bank anstreben. Beispiele von Videoreihen sind:

- „Tower Talks“ mit dem Vorstandsvorsitzenden, dem für die Verwaltung zuständigen Vorstandsmitglied und dem Finanzvorstand sowie
- Interviews mit dem Leiter der Beziehungen zu den Aufsichtsbehörden und dem Leiter des Kampfs gegen Finanzkriminalität; sie unterstreichen, wie wichtig Mitarbeiter beim Kampf gegen die Finanzkriminalität sind.

Zuständigkeit für Kulturthemen auf höchster Ebene

Damit die Art und Weise der Kommunikation des Vorstands gestärkt und mit entsprechendem Führungsverhalten komplettiert wird, liegt die Verantwortung für die Förderung von Kulturmaßnahmen in den Geschäfts- und Infrastrukturbereichen bei den ExCos. Damit wollen wir gewährleisten, dass sich bereichsbezogene Maßnahmen an den Zielen der Geschäfts- oder Infrastrukturbereiche ausrichten und kulturelle Herausforderungen aufgegriffen werden.

Motivierende und effektive Führungskräfte

Die Stärkung des Verantwortungsbewusstseins von Führungskräften und das Vertrauen zwischen der Führungskraft und ihrem Team führen zu einer engagierteren und leistungsstärkeren Organisation und fördern gleichzeitig ein Arbeitsumfeld, in dem offen und ehrlich kommuniziert wird.

Führungs- und Management-Programme

Wir werden weiterhin in ein breites Angebot an Führungskräfteprogrammen investieren, die auf unterschiedliche Rollen und Verantwortlichkeiten ausgerichtet sind. Die Programme verdeutlichen die Erwartungen, die wir an unsere Führungskräfte stellen und sollen die Kompetenz unserer Führungskräfte ausbauen, wie sie Mitarbeiter einbinden und motivieren können. Folgende Programme wurden 2017 angeboten:

- „Leadership Fundamentals“: Programme für Führungskräfte, die vielfältige Teams leiten und bei der Umsetzung der Strategie der Bank eine bedeutende Rolle spielen.
- „Management Fundamentals“ und „Experienced Manager Essentials“: Programme für neue Führungskräfte oder solche mit bereits bestehender Führungsverantwortung. Diese Programme informieren Führungskräfte darüber, was die Bank von Ihnen erwartet und wie sie ihre Ziele im Team besser erreichen.
- „Acceleration Programmes“: Programme für leistungsstarke Vice Presidents und Directors, die durch gezieltes Training, Coaching und einen bereichsübergreifenden Austausch Management- und Führungskompetenz stärken und künftige Führungskräfte aufbauen sollen.
- „Change-Management-Schulungen“: für verschiedene Führungsebenen, die Kompetenzen im Bereich des Veränderungsmanagements stärken sollen. Schwerpunkte der Schulungen umfassen: Veränderungen besser verstehen, flexibel auf diese reagieren und andere in Veränderungsprozessen unterstützen.

Ganzheitliche Leistung

Die Deutsche Bank hat den Ansatz zur ganzheitlichen Leistung (GL) eingeführt, um die Leistung der Mitarbeiter zu steuern und sie zu fördern. Der Ansatz ist ganzheitlich und basiert auf regelmäßigen, konstruktiven und offenen Gesprächen. Statt eines einzigen Ratings erlauben die Indikatoren für ganzheitliche Leistung einen umfassenden Blick auf unsere Mitarbeiter hinsichtlich ihrer Erfahrung, ihres geschäftlichen Beitrags (Was), ihres Verhaltens (Wie), ihrer Fähigkeiten und ihrer beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung. Regelmäßige, konstruktive Gespräche dienen dazu, unterdurchschnittliche Leistung – einschließlich eines Fehlverhaltens – zeitnah anzusprechen. Damit wollen wir erreichen, dass Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden und Fortschritte regelmäßig überprüft werden. Unsere Mitarbeiterbefragung 2017 macht die Auswirkungen dieser Maßnahmen sichtbar: 68 % der Mitarbeiter gaben an, dass sie von den Führungskräften aussagekräftiges und regelmäßige Rückmeldung über ihre Stärken und Potentiale bekommen (2016: + 6 %-Punkte). Außerdem äußern mehr als drei Viertel der Mitarbeiter, dass sie ein besseres Verständnis dafür haben, wie sie dabei helfen, die Strategie der Bank umzusetzen (2016: 77 %, + 16 %-Punkte).

Inspirierte und leistungsstarke Mitarbeiter

Positives Verhalten zu fördern, über Erfolg zu sprechen und bankweite Prozesse zu entwickeln, so dass unsere Mitarbeiter ihre Aufgaben besser ausüben können, sehen wir als wichtige Grundlage dafür an, dass wir unsere angestrebte Unternehmenskultur erreichen.

Konsequenzmanagement

Wir verbinden das Verhalten, das wir von unseren Mitarbeitern erwarten eng mit Konsequenzen, wenn unsere Mitarbeiter diese Erwartungen nicht erfüllen. Bei Verstößen gegen Richtlinien oder nicht erwartungsgemäßem Verhalten können disziplinarische Maßnahmen eingeleitet werden. Leitlinien regeln die Konsequenzen disziplinarischer Maßnahmen für weitere Prozesse im Personalmanagement, wie beispielsweise den Einfluss auf die Vergütung, Beförderung, Performance Management und die Ernennung zu Key Function Holder. Ein weiteres Beispiel für mögliche Konsequenzen sind „Red Flags“. Der Red-Flags-Prozess überwacht, wie unsere Mitarbeiter bestimmte risikobezogene Richtlinien und Prozesse einhalten. Ein Verstoß führt zu einer entsprechend risikogewichteten „Red Flag“. Die Red Flag-Ergebnisse einzelner Mitarbeiter haben Einfluss auf die Vergütung, Beförderung und Leistungsbeurteilung.

Einbindung und Engagement der Mitarbeiter

Die Bank hat die Kampagne #Positiver Beitrag ins Leben gerufen, damit die Mitarbeiter geschlossen hinter einem gemeinsamen Ziel stehen und um Glaubwürdigkeit und Vertrauen wieder aufzubauen. Am Anfang steht ein neuer Dialog mit unseren Interessengruppen sowie das Ziel, die Bank als Unternehmen zu positionieren, das „Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht“ und „eine Bank zu sein, die für Kunden, Mitarbeiter, Anleger und die Gesellschaft Positives bewirkt“.

Drei von vier Mitarbeitern, die im Rahmen der Employee Barometer Survey, einer globalen Befragung zur internen Kommunikation und der Marke Deutsche Bank, befragt wurden, äußerten sich positiv über die Kampagne. Etwa 74.000 mal beteiligten sich Mitarbeiter während der ersten sechs Monate nach dem Start im Intranet an der Kampagne #Positiver Beitrag. Die Umfrage zeigt, dass unsere Mitarbeiter die Marke der Bank nun positiver wahrnehmen (47 % im vierten Quartal 2017 gegenüber 37 % im ersten Quartal).

Verantwortungsbewusste und nachhaltige Geschäftspraxis

Das Beachten von Kontrollanforderungen und die proaktive Handhabung von Risiken ist wichtig für die Entwicklung unseres Geschäfts und die Umsetzung der strategischen Ziele der Bank, insbesondere dabei, weniger risikoreich zu werden.

Rahmenwerk für Verhaltensrisiken

Die Deutsche Bank steuert und mindert ihr Verhaltensrisiko als Teil ihres unternehmensweiten Risikomanagement-Rahmenwerks, um ihren Interessengruppen angemessene Ergebnisse zu liefern. Wir wollen unsere Kunden fair behandeln und in den Finanzmärkten, in denen sie geschäftlich tätig ist, integer handeln. Im Einklang damit, haben wir ein gruppenweites Rahmenwerk für Verhaltensrisiken entwickelt. Es verschafft unserem Senior Management einen ganzheitlichen Überblick über unsere Verhaltensrisiken. Verhaltensrisiko bezeichnet das Risiko, dass unsere Mitarbeiter, Vertreter der Bank oder unsere Geschäftspraktiken unangemessenen oder nachteiligen Einfluss auf unsere Kunden, uns selbst oder auf die Integrität der Finanzmärkte nehmen. Der Verhaltens- und Ethikkodex der Bank legt in Verbindung mit seinen Richtlinien und Verfahren die geforderten Standards für das Geschäftsgebahren aller Mitarbeiter fest. Wir akzeptieren und tolerieren kein Fehlverhalten oder unangemessenes und unethisches Verhalten, auch wenn wir uns bewusst sind, dass wir aufgrund der Art der zugrundeliegenden Geschäfte, den Märkten in denen wir tätig ist und aufgrund der Produkte und Dienstleistungen, die wir unseren Kunden anbieten, einem gewissen Maß an Verhaltensrisiko ausgesetzt sind. Die Geschäftsbereiche müssen dafür sorgen, dass sie über adäquate und effektive Kontrollen sowie über risikomindernde Maßnahmen verfügen, um nur Geschäfte durchzuführen, die im Rahmen unserer Risikobereitschaft bezüglich Verhaltensrisiken liegen.

Risikobewusstsein

Wir streben eine Unternehmenskultur an, in der alle Mitarbeiter ermutigt und befähigt werden Risiken zu managen.

Das erwarten wir und kommunizieren dies auch breit über verschiedene Kanäle und Pflichtschulungen. 2017 zeigten wir die Videoreihe „Ich bin ein Risikomanager“, mit Beispielen, wie Mitarbeiter an verschiedenen Stellen dazu beitragen, Risiken effektiv zu steuern. Darüber hinaus steht unseren Mitarbeitern die Richtlinie „Risk Management Principles“ zur Verfügung, welche das Risikomanagement-Rahmenwerk der Bank erläutert.

Im Jahr 2017 haben wir außerdem eine neue Methode eingeführt, wie wir Risikokultur bewerten. Die Bewertungsmethode basiert auf Prinzipien und bezieht sich unter anderem auf das Risikobewusstsein und die Einhaltung der Risikobereitschaft in den Geschäftsbereichen. Die Bewertungsergebnisse fließen in unsere Risikoberichte ein. Damit unterstreichen wir die Bedeutung des Themas Risikokultur für unser tägliches Risikomanagement.

Kampf gegen Finanzkriminalität

Wir nehmen den Kampf gegen Finanzkriminalität äußerst wichtig und haben wirksame Richtlinien und Prozessen eingeführt (siehe Kapitel „Finanzkriminalität“).

Die konzernweite Mitarbeiterbefragung 2017 zeigt, dass 83 % der Mitarbeiter (2016: + 17 %-Punkte) sich in der Lage sehen, mit Risiken umzugehen, ohne gegen Standards, Richtlinien und Prozesse zu verstoßen.

Public Policy und Regulierung

Im Jahr 2017 haben wir weitere Maßnahmen ergriffen, um noch effizienter auf regulatorische Veränderungen reagieren und Synergieeffekte innerhalb der Bank optimal nutzen zu können. In diesem Zuge haben wir unsere Bereiche Regulatory Affairs, Group Structuring sowie Government & Public Affairs zusammengelegt. Die Bereiche arbeiten eng zusammen und berichten an den Global Head of Government & Public Affairs and Group Structuring, welcher an den Chief Regulatory Officer berichtet. Durch diese Bereiche sind wir frühzeitig über wichtige politische und regulatorische Entwicklungen informiert und können unsere politischen Positionen entsprechend koordinieren. Die Vision unseres Bereichs ist es, die „Strategie der Bank zu unterstützen, indem wir auf kritische regulatorische Änderungen vorbereitet sind und die Vereinfachung des Konzerns vorantreiben“. Unser Ziel ist es, die Regelkonformität mit wichtigen politischen und regulatorischen Anforderungen („Inbound“) sicherzustellen und branchenrelevante Themen in die öffentliche Diskussion auf politischer und regulatorischer Ebene („Outbound“) einzubringen. Unsere Government & Public Affairs Büros in Berlin, Brüssel und Washington, D.C. sind für die Beziehungen der Deutschen Bank zu den wichtigsten politischen Entscheidungsträgern verantwortlich. Sie stellen Informationen und Daten zur Verfügung, um sie im Prozess der Politikgestaltung zu informieren und gleichzeitig den politischen Akteuren die Geschäftsstrategie und deren Einflussfaktoren näher zu bringen. Wir arbeiten eng mit unseren Chief Regulatory Office (CRegO)-Kollegen in Peking zusammen, um auch den chinesischen Raum abzudecken.

Um die für die Deutsche Bank wichtigen Themen in politischen und regulatorischen Diskussionen voranzutreiben, haben wir eine Reihe von zentralen Themen für die nächsten 12 Monate definiert. Im Jahr 2017 konzentrierten wir uns vor allem auf die deutsche G20-Präsidentschaft, die Digitalisierung von Banken und der Gesellschaft, die Erneuerung der Eurozone, Brexit sowie auf das Thema ökologische und nachhaltige Finanzierungen. Zu den genannten Themen nahmen wir an Seminaren, öffentlichen Foren und Gesprächen mit Politikern teil und richteten auch eigene Veranstaltungen aus.

Das Risiko sich ändernder Regeln und Regularien, die unsere Geschäftsaktivität betreffen, ist ständig gegeben. Um dieses Risiko angemessen zu adressieren, haben wir ein ganzheitliches Rahmenwerk entwickelt, um Risiken zu identifizieren und neue oder sich ändernde Regularien umzusetzen. Dabei nutzen wir einen systematischen Ansatz, der signifikante regulatorische Risiken für die Bank priorisiert sowie klare Verantwortlichkeiten für die Identifizierung, Folgenabschätzung und Implementierung regulatorischer Änderungen zuweist.

Das Rahmenwerk trägt zur Steuerung des Risikos durch regulatorische Änderungen bei und unterstützt unser Profil in Debatten zu regulatorischen Richtlinien sowie den konstruktiven Dialog mit regulatorischen Interessengruppen. Das Rahmenwerk unterstützt zudem bei der strategischen Entscheidungsfindung und stellt die Aufsicht und Kontrolle über die Umsetzung der wichtigsten Initiativen sicher. Zudem trägt es dazu bei, dass unser Senior Management Informationen über neue Herausforderungen erhält, die in der öffentlichen Debatte stehen. Wir fördern den Prozess der Politikgestaltung auch, indem wir politischen und regulatorischen Interessensgruppen Informationen und Daten zu bereitstellen, welche unsere Geschäftsstrategie und deren Einflussfaktoren beleuchten.

Wir haben klare Regeln und Vorgehensweisen für die Interaktion unserer Mitarbeiter mit externen politischen und regulatorischen Interessensgruppen. Unsere globale Richtlinie „Gifts, Entertainment and Business Events Policy“ gilt für alle Mitarbeiter. Die Richtlinie regelt, wie sich unsere Mitarbeiter in Bezug auf Geschenke und die Teilnahme an Veranstaltungen verhalten müssen und welche Aufzeichnungen geführt werden müssen – sowohl für Geschenke und Einladungen, die von uns ausgehen, als auch dann, wenn sie annehmen. Für die Interaktion mit EU-Institutionen ist unsere interne Richtlinie „Pre-Clearance of All Communications with EH Institutions to Discuss Policy Issues“ für alle Mitarbeiter bindend. Die Richtlinie regelt die einheitliche Kommunikation und stellt sicher, dass Kontakte zu EU-Beamten zentral gesteuert werden. In den USA handeln wir in Übereinstimmung mit unserer internen Richtlinie bezüglich „Political Contributions in the US and US Lobbying Activities“.

Wir haben das EU-Transparenzregisters unterzeichnet, welches von uns die Veröffentlichung bestimmter Finanzinformationen und die Einhaltung eines Verhaltenskodex verlangt.

Finanzkriminalität

Die Art und Weise, wie wir unser Geschäft betreiben, ist uns ebenso wichtig wie unser wirtschaftlicher Erfolg. Seit langem setzt sich die Deutsche Bank für Regelungen und Verfahren auf internationaler Ebene zur Bekämpfung von Finanzkriminalität ein. Wir betrachten dies als unerlässlich, um die Stabilität der Banken und die Integrität des internationalen Finanzsystems als Ganzes zu gewährleisten. Weiterhin schützt es die Deutsche Bank davor, für Straftaten missbraucht zu werden. Abgesehen davon setzt sich die Deutsche Bank der Gefahr einer strafrechtlichen oder aufsichtsrechtlichen Haftung, Zivilklagen und Reputationsverlusten aus, sofern keine Vorkehrungen gegen Finanzkriminalität getroffen werden.

Wir überprüfen die relevanten AFC-Richtlinien mindestens einmal jährlich. Damit wollen wir sicherstellen, dass die jeweils aktuellen regulatorischen Anforderungen adäquat in unseren Richtlinien abgebildet sind.

Die ultimative Verantwortung für die Bekämpfung von Finanzkriminalität liegt beim Vorstand der Bank. Die Abteilung zum Kampf gegen Finanzkriminalität (Anti-Financial Crime, AFC) hat den Auftrag, im Tagesgeschäft die Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismus-Finanzierung, Betrug, Bestechung und Korruption, die Überwachung von Sanktionen und Embargos sowie die Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen sicherzustellen. Im Jahr 2017 stand die Stärkung der Abteilung im Fokus, die Zahl der Mitarbeiter ist signifikant um 60 % gewachsen.

Die AFC-Organisation ist in Regionen, globalen sowie zentralen Funktionen unterteilt:

- Regionsleiter sind verantwortlich für die jeweiligen Regionen, in denen die Deutsche Bank vertreten ist (Deutschland, Amerika, Vereinigtes Königreich und Irland, Asien-Pazifik und Europa, Naher Osten und Afrika).
- Globale Funktionsverantwortliche steuern die Funktionen wie Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Sanktionen und Embargos sowie Betrug, Bestechung und Korruption.
- Die zentralen Funktionen verantworten die Bereiche Risiko und Kontrollen, Untersuchungen und die Einhaltung regulatorischer Pflichten und Verfahren.

Ohne die Verantwortung des Vorstands und die Überwachung und Einhaltung der Richtlinien und Vorschriften durch die AFC-Organisation einzuschränken, liegt die endgültige Verantwortung für die Strukturierung und Ausführung der Geschäfte und der dazugehörigen Prozesse bei den Führungskräften und Mitarbeitern in den jeweiligen Geschäftsbereichen der Bank.

Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, sich sorgfältig mit den anzuwendenden Richtlinien und Vorschriften vertraut zu machen, um diese jederzeit einzuhalten und das Wissen darüber aktuell zu halten.

Mitarbeitertraining und -engagement

Wir schulen unsere Mitarbeiter zu den Themen Aufsicht, Compliance und den Kampf gegen Finanzkriminalität. Die Ausgestaltung der Schulungen hängt von dem jeweiligen Teilnehmerkreis ab:

Hochschulabsolventen

- Einführungswoche für Hochschulabsolventen: für neue Mitarbeiter in Bereichen von AFC oder Compliance sowie
- Trainingskurse für Hochschulabsolventen in allen Geschäftsbereichen: Sie haben die Bedeutung hervor, Verhaltensrisiken (Conduct) sowie Risiken, die mit Finanzkriminalität in Verbindung stehen, zu managen.

Mitarbeiter von AFC und Compliance

- „Erste 100 Tage“ Einführungsprozess; sowie
- verschiedene technisch ausgerichtete Entwicklungsprogramme zum Beispiel zum Thema „Durchführung einer internen Untersuchung“

Sonstige Mitarbeiter der Bank

Unser bankweites Curriculum umfasst Kurse zu Geldwäsche, Betrugsaufklärung, Korruption und Bestechung sowie Sanktionen. Die Teilnahme an diesen Schulungen ist hoch, die Quote nicht rechtzeitig absolvierter Kurse ist sehr niedrig.

AFC Risiko und Kontrolle

Unser globales Risk & Controls Team identifiziert gemeinsam mit anderen AFC Funktionen, den Geschäftsbereichen oder Infrastrukturfunktionen die möglichen Risiken, die aus Produkten, Dienstleistungen oder Kundenverbindungen bezüglich Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Sanktionen und Embargos, Bestechung und Korruption sowie Betrug entstehen können. Um diese zu beurteilen, bewerten wir Kunden, Produkte und Transaktionen jährlich anhand einer globalen AFC-Gefährdungsanalyse auf Länder und Gesellschaftsebene. Zusätzlich verfassen wir quartalsweise einen Bericht zu den Top-Risiken, der gemäß den Standards unseres Rahmenwerks für nichtfinanzielle Risiken erstellt wird. Wir entwickeln unsere Methoden zur Gefährdungsanalyse kontinuierlich weiter und überprüfen sie auf ihre regulatorische Anwendbarkeit. Die Rahmenbedingungen und die technische Infrastruktur dafür gibt unser globales Risk & Controls Team vor.

Die Gefährdungsanalyse dient im Wesentlichen dazu, die AFC-Risiken besser zu verstehen, die angebotene Produkte und Dienstleistungen in sich bergen, die Kunden mit sich bringen oder die in Regionen herrschen, in denen die Bank tätig ist. Um solche Risiken zu erkennen und zu verringern, haben wir einen Prozess etabliert, der Risiken durch spezifische Kontrollen absichert. Die Kontrollstandards beziehen wir in die Gefährdungsanalyse mit ein. Unzureichende Kontrollergebnisse führen zu Maßnahmen und einer höheren Bewertung des Residualrisikos.

Die Kunden kennen („Know Your Client“, KYC)

Unsere gruppenweite KYC-Richtlinie setzt die Standards zur Steuerung unseres konzernweiten KYC-Ansatzes. Durch die Umsetzung der KYC-Richtlinie soll allen Anforderungen der nationalen und internationalen Gesetze und Regularien Rechnung getragen werden. Im Jahr 2017 hat die Bank ein neues KYC-Programm eingeführt, das für alle Länder gilt, in denen die Deutsche Bank tätig ist. Es legt einen besonderen Fokus auf Hochrisiko-Kunden (wie zum Beispiel politisch exponierte Personen), fordert größere Verantwortung der Geschäftsbereiche ein, schafft eine klare Anleitung und bessere Anwendbarkeit, und es fördert das Bewusstsein für die Risikobereitschaft der Bank.

Wir überprüfen unsere Kunden sorgfältig und gleichen die Ergebnisse regelmäßig gegen interne und externe Kriterien ab. 2017 haben wir unser erweitertes Programm zur Prüfung von Kunden in der Bank ausgebaut. Wir erwarten uns dadurch Verbesserungen bezüglich der Effektivität und Effizienz unserer Verfahren, die die Grundlage eines zukünftig täglichen Kundenscreenings bilden.

Das Ergebnis unserer Prüfung kann zur Folge haben, dass wir eine Kundenbeziehung ablehnen oder die betroffenen Konten, Transaktionen und genutzten Produkte besonders überwachen und kontrollieren. Bei einer verdächtigen Aktivität informieren wir die Behörden entsprechend den bestehenden rechtlichen und regulatorischen Bestimmungen.

KYC ist ein laufender Prozess von der Kundenannahme über den gesamten Lebenszyklus einer Kundenbeziehung. Wir müssen daher nicht nur unsere Kunden genau kennen, sondern auch die Art der Kundenbeziehung antizipieren. Unser Kundenannahmeprozess regelt die Eröffnung eines Kontos für potenzielle Kunden. Bevor dieser Prozess nicht vollständig beendet ist, führen wir keine Geld- oder Wertpapiertransfers durch und treffen auch keine verbindlichen Geschäftszusagen. Dies betrifft auch die Kontonutzung, Dienstleistungen oder Produktanbahnungen. Damit wir das Risiko aus einer Kundenbeziehung regelmäßig beurteilen können, sind unsere Geschäftsbereiche verpflichtet, Kundenüberprüfungen anzustoßen und gewissenhaft durchzuführen. Die Häufigkeit der Kontrollen richtet sich nach dem individuellen Kundenrisiko. Allgemein überprüfen wir Verbindungen mit Hochrisikokunden jährlich, Kunden im mittleren Risikosegment alle zwei Jahre und Kunden mit geringem Risikoniveau alle fünf Jahre.

Die Analyse und das Verständnis kundenbezogener Risiken der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Rahmenwerks für „Financial Crime Risk Management“, das zur Risikosteuerung Anwendung findet. Die Gliederung der Kunden in Risikogruppen dient der Durchführung einer entsprechenden Sorgfältigkeitsprüfung und Vervollständigung benötigter Kundeninformationen. Die Risikogruppen gewährleisten eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus der laufenden Überwachung der Kundenbeziehung und dem Erkennen von Auffälligkeiten.

Unser Risikoklassifizierungsmodell berücksichtigt folgende Aspekte jeder Kundenverbindung, um ein individuelles Kundenrisiko festzustellen: Länderrisiko, Branchenrisiko, Produktisiko und das Risiko aus der jeweiligen Gesellschaftsform. Politisch exponierte Personen (PEP) oder Kundenverbindungen deren wirtschaftlich Berechtigte ein PEP sind, ordnen wir automatisch der hohen Risikoklasse zu.

Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Innerhalb von AFC ist der Bereich Geldwäschebekämpfung ('Anti-Money Laundering' (AML)) dafür zuständig, Maßnahmen für die Verhinderung von Geldwäsche und der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung zu etablieren, einschließlich Maßnahmen für

- die Einhaltung von Richtlinien und Regularien zur Identifikation, Dokumentation und Aufbewahrung;
- das Aufdecken verdächtiger Transaktionen und Bearbeiten von Verdachtsmeldungen; und
- die Entwicklung, Aktualisierung, und Ausführung interner Richtlinien, Arbeitsprozesse und Kontrollen für die Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Sobald ein Verdachtsmoment besteht, dass Vermögen aus unerlaubten Quellen stammt oder zur Terrorismusfinanzierung verwendet werden kann, müssen Transaktionen abgelehnt werden.

Die Geldwäsche-Einheit ist so aufgestellt, dass sie sowohl die deutschen als auch die lokalen Regeln in anderen Ländern abdeckt, in denen die Deutsche Bank tätig ist. Das umfasst Richtlinien, Arbeitsprozesse, einen speziellen Geldwäschebeauftragten, regelmäßiges Mitarbeitertraining und unabhängige Kontrollen. Der Prozentsatz von überfälligen Geldwäsche-Trainings ist auf einem niedrigen Niveau (0,08 Prozent).

Die Deutsche Bank ist auch Teil der Wolfsberg-Gruppe von Banken und hat die Wolfsberg Anti-Money Laundering Principles adaptiert und hat auch die Wolfsberg Statement on the Suppression of the Financing of Terrorism unterschrieben.

Sanktionen und Embargos

Nationale Behörden, Gemeinschaften wie die Europäische Union sowie multilaterale Institutionen wie die Vereinten Nationen sind alle ermächtigt, restriktive Maßnahmen gegen Staaten, Organisationen, Gruppierungen, Gesellschaften und Personen zu verhängen, die international akzeptierte Normen und Gebaren verletzen oder Straftaten wie etwa terroristische Handlungen begangen haben. Diese Maßnahmen sind allgemein als Embargos und Sanktionen bekannt.

Die Deutsche Bank hat die Verpflichtung, die von der EU, dem Bundeswirtschaftsministerium und anderen Behörden, zum Beispiel der US Office of Foreign Assets Control (OFAC) und dem UK Treasury Department, erlassenen Gesetze und verbindlichen Anforderungen in Bezug auf Finanz- und Handelssanktionen zu überwachen und zu bewerten.

Konzernweit gültige Richtlinien zu Embargos, speziellen Risikoländern und einer spezifischen Richtlinie zu Office of Foreign Assets Control (OFAC) Anforderungen helfen uns, das Kundenrisiko während des Kundenannahmeprozesses und anschließend periodischer Überprüfungen zu bewerten und zu reduzieren. Dies gilt auch für Risiken in Bezug auf bestimmte Transaktionen, Länder und Güter.

Im Zuge der Einführung und Umsetzung des Joint Comprehensive Plan of Action, den die Weltmächte zusammen mit dem Iran Anfang 2016 beschlossen haben, hat die Deutsche Bank ihre strengen Richtlinienvorgaben gegenüber dem Iran nur sehr vorsichtig gelockert. Für langjährig existierende Kundenbeziehungen führen wir Transaktionen unter Einhaltung der erhöhten Sorgfaltspflicht in Euro durch.

Kampf gegen Bestechung und Korruption

In einigen Bereichen, in denen die Deutsche Bank täglich aktiv ist, können sich Bestechungs- und Korruptionsrisiken ergeben. Bestechung bedeutet grundsätzlich, missbräuchlich etwas anzubieten, zu versprechen, zu geben, zu autorisieren, zu akzeptieren oder etwas von Wert an eine andere Person zu geben oder anzunehmen. Korruption bedeutet jede Tätigkeit, die den Missbrauch von Position oder Macht für einen unangemessenen persönlichen oder geschäftlichen Vorteil beinhaltet, sei es im öffentlichen oder im privaten Sektor.

Im Einklang mit unserem Verhaltens- und Ethikkodex, unseren Werten und Überzeugungen, sowie dem internationalen Recht, einschließlich des UK Bribery Act 2010, des US Foreign Corrupt Practices Act von 1977, verfolgen wir einen Null-Toleranz-Ansatz bei Bestechung und Korruption gemäß dem Strafgesetzbuch und der OECD-Übereinkommen zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr. Unser Anti-Bestechungs- und Korruptions-Team (ABC) hat die Aufgabe, die Erfüllung der bankseitigen Verpflichtung zur Einhaltung geltender Gesetze und Vorschriften sowie Best-Practice-Standards sicher zu stellen. Diese sind:

- die Überwachung und Beratung in Bezug auf die Einhaltung der Gesetze, Vorschriften und internationale Standards über Bestechung und Korruption und
- die laufende Planung und Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Minderung des Bestechungs- und Korruptionsrisikos sowie
- Kontrollen und Sicherungsmaßnahmen, um das Bestechungs- und Korruptionsrisiko zu mindern.

Unsere Konzernrichtlinie zur Verhinderung von Bestechung und Korruption (Anti-Bribery and Corruption Policy) legt die Mindeststandards für Verhalten fest, die wir von allen mit der Bank verbundenen Mitarbeitern und Dritten erwarten.

Bei allen Neueinstellungen führen wir Zuverlässigkeitsüberprüfungen durch. 2017 haben wir zudem einen überarbeiteten Prozess zur Zuverlässigkeitsprüfung für die aktiven Mitarbeiter eingeführt.

Jeder Mitarbeiter ist für die Vorbeugung, Aufdeckung und Meldung von Bestechung und anderen Formen von Korruption im Zusammenhang mit dem Geschäft der Deutschen Bank verantwortlich. Bestechung und Korruption haben schwerwiegende Folgen für unsere Mitarbeiter und die Bank. Ein Mitarbeiter, der Bestechungsgelder zahlt, erhält oder diesen zustimmt, verletzt unsere Konzernrichtlinie zur Verhinderung von Bestechung und Korruption und verstößt gegen den Verhaltens- und Ethikkodex der Bank. Er begeht eine strafrechtlich oder aufsichtsrechtlich relevante Tat und macht möglicherweise die Bank straf- oder aufsichtsrechtlich haftbar - lokal und weltweit. Mitarbeiter können auch zivil- oder strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden, dies beinhaltet Geld- sowie Haftstrafen. Unsere Geschäftsleitung kann strafrechtlich belangt werden und persönlich haftbar gemacht werden, wenn ihr bewusst war, dass eine Bestechung stattgefunden hat oder stattfinden wird, und keine geeigneten Maßnahmen ergriffen wurden, um dies zu verhindern.

Die Deutsche Bank kann die Beziehung zu Dritten, die gegen die Grundsätze und Regeln der ABC-Richtlinie oder der geltenden Bestechungs- und Korruptionsgesetze verstoßen, ebenfalls kündigen.

Zur Umsetzung der Strategie sind unsere regionalen Teams für die Risikoanalyse, die Entwicklung und Überwachung von Kontrollen, Schulungen und Sensibilisierung zuständig.

Sicherheit von Informationen

Unsere Kunden erwarten Zugang zu den Dienstleistungen ihrer Bank – zu jeder Zeit, ortsunabhängig und mittels einer Vielzahl von Zugangswegen. Bei der Weiterentwicklung unserer Technologie, unseres Serviceangebots und unserer Prozesse setzen wir auf die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern und die Integration von FinTech-Entwicklungen. Zugleich nehmen Angriffe auf Informationen und Technologien in Umfang, Geschwindigkeit und Raffinesse zu. Informationssicherheit ist daher eines der wesentlichen nichtfinanziellen Themen für die Deutsche Bank. Der Schutz von Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Daten unserer Kunden und der Informationsgüter der Bank ist unerlässlich für das Vertrauen, das die Deutsche Bank von ihren Kunden, Aktionären, Mitarbeitern und gesellschaftlichen Interessengruppen erhält.

Steuerung

Wir arbeiten laufend an unserem Rahmenwerk für Informationssicherheit und unserem IT-Sicherheitsprogramm, um die Richtlinien und Standards der Bank an die sich verändernden Geschäftsanforderungen, regulatorischen Vorgaben und neuen Cyber-Bedrohungsszenarien anzupassen. Unsere Richtlinien für Informationssicherheit unterstützen die Deutsche Bank bei der Einhaltung dieser Anforderungen und bilden die Grundlage für die aktive Steuerung von Maßnahmen zu deren Umsetzung. Dabei setzen wir auf internationale Standards und bewährte Methoden für den Aufbau unserer umfassenden Informationssicherheits-Richtlinien. Unser Informationssicherheits-Managementsystem ist seit 2012 nach dem internationalen Standard ISO 27001 zertifiziert und wurde 2015 rezertifiziert. Mit unseren Richtlinien für Informationssicherheit verpflichtet sich der Vorstand der Bank klar zum Schutz der Informationen der Bank. Als Entscheidungsgremium mit durch den COO-Vorstandsbereich übertragener Kompetenz für die Steuerung aller Maßnahmen einschließlich potenzieller Eskalationen haben wir ein „IT Security Committee“ etabliert.

Chief Information Security Office

Im Jahr 2017 wurde die Verantwortung für die Unternehmenssicherheit (vorher Teil der Betriebsorganisation des Bereichs Corporate Services) und die Informationssicherheit im Chief Security Office (CSO) zusammengeführt, um den umfassenden Schutz von Informationen sowie der physischen Sicherheit von Menschen, Werten und Gebäuden sicherzustellen. Das CSO ist Teil unserer Betriebsorganisation (COO), die für die internen Abläufe in der Bank verantwortlich ist. Innerhalb des CSO bleibt CISO der zentrale und unabhängige Ansprechpartner für die Informationssicherheit der Deutschen Bank. Unser Chief Information Security Office sorgt für angemessene Strukturen, Richtlinien, Prozesse und technische Funktionen für den Umgang mit Informationsrisiken innerhalb der Deutschen Bank und ist verantwortlich für die Entwicklung und Umsetzung der globalen Informationssicherheitsstrategie, die 2017 überprüft und bestätigt wurde.

CISO arbeitet mit allen Geschäftsbereichen der Deutschen Bank und allen Mitarbeitern zusammen, um sicherzustellen, dass die Systeme der Bank geschützt sind und sicher eingesetzt werden können, um die Geschäftsziele der Bank zu erreichen. Unser Anspruch ist es, mit unserer Kompetenz in der Informationssicherheit einen Wettbewerbsvorteil für die Deutsche Bank zu schaffen, die Marke und Reputation der Deutschen Bank zu schützen und hierdurch das Vertrauen der Kunden und der Märkte zu stärken.

Cyber-Bedrohungen

Wir verfolgen einen mehrstufigen Ansatz zum Schutz der Informationen der Bank, indem wir Mechanismen zur Sicherheitskontrolle auf allen Technologieebenen etablieren. Dazu gehören zum Beispiel Daten, unsere Infrastruktur und Anwendungen. Auf diese Weise stellen wir einen ganzheitlichen Schutz sicher, der es uns ermöglicht, Cyber-Angriffe zu verhindern oder aber Bedrohungen frühestmöglich zu erkennen, darauf zu reagieren und – falls nötig – Wiederherstellungsmaßnahmen zu ergreifen. Dies ist ein wesentlicher Aspekt unserer Informationssicherheitsstrategie.

Neben Prävention durch Threat Operations, Data Leakage Prevention, Vulnerability Management und der kontinuierlichen Sensibilisierung unserer Mitarbeiter räumen wir auch der Erkennung von Bedrohungen einen hohen Stellenwert ein und konzentrieren uns auf eine schnelle und angemessene Reaktion mit klar definierten Verantwortlichkeiten. Unsere eigens eingerichteten „Cyber Intelligence and Response Center“ in Deutschland, Singapur und den USA bieten eine Rund-um-die-Uhr-Abdeckung, die dazu beiträgt, Bedrohungen besser zu erkennen und zu jedem Zeitpunkt mit wirksamen Maßnahmen auf Sicherheitsvorfälle reagieren zu können.

Der Mensch als „Firewall“

Ein wesentlicher Baustein unserer Informationssicherheitsstrategie ist die Sensibilisierung unserer Mitarbeiter für die Cyber-Bedrohungen und die Verantwortung jedes Einzelnen für den Schutz unserer Informationsgüter. Im Jahr 2017 haben wir daher eine globale Mitarbeiterkampagne gestartet, die auf verschiedenen Kanälen – beispielsweise im Intranet, auf Veranstaltungen und durch Informationsmaterial – alle Felder der Informations- und Unternehmenssicherheit abdeckt. Auch unsere Kunden sensibilisieren wir stärker für dieses Themengebiet, zum Beispiel durch Kundenunterlagen und gezielte Veranstaltungen.

Training und Ausbildung sind im höchst dynamischen Umfeld der Informationssicherheit unerlässlich. Im Jahr 2017 haben wir daher unser „Information Security Profession Framework“ für alle CISO-Mitarbeiter überprüft und die dazugehörigen Ausbildungsanforderungen für die einzelnen Arbeitsplatzprofile definiert.

Zusätzlich zu unseren Sensibilisierungsmaßnahmen durchlaufen alle Mitarbeiter regelmäßig verpflichtende Schulungen. Diese werden durch aufgabenbezogene Trainings für verschiedene Zielgruppen und Spezialistenrollen ergänzt.

Zusammenarbeit mit Interessengruppen

Aufsichtsbehörden haben erkannt, dass die Gefährdung der Informationssicherheit ein hohes Risiko für Finanzinstitutionen darstellt. Wir arbeiten eng mit den Behörden zusammen, um globale und lokale Anforderungen an die Bank zu verstehen und frühzeitig darauf reagieren zu können. Darüber hinaus stimmen wir uns intensiv mit nationalen und internationalen Sicherheitsorganisationen, staatlichen Behörden und Branchenverbänden ab. Über den aktiven Austausch relevanter und anonymisierter Informationen über Bedrohungen („Indicators of Compromise“) wollen wir die Risiken für alle Beteiligten verringern.

Die Zusammenarbeit mit Interessengruppen trägt dazu bei, unsere Ansätze und Methoden zur Gewährleistung der Informationssicherheit auf dem neusten Stand zu halten. Wir haben daher ein eigenes Team für die Koordination des Informationsaustauschs und den Ausbau unseres Netzwerks eingerichtet.

Datenschutz

Sämtliche Daten, die einen direkten oder indirekten Bezug zu einer natürlichen Person haben, werden durch nationale und internationale Regelungen geschützt. Zu den personenbezogenen Daten zählen insbesondere Informationen und Angaben von Kunden, aber beispielsweise auch Daten unserer Beschäftigten sowie Daten der Beschäftigten unserer Lieferanten und Dienstleister. Vor dem Hintergrund, dass im Zeitalter zunehmender Digitalisierung nahezu alle Geschäftsprozesse auch die Verarbeitung personenbezogener Daten erfordern, ist der Schutz dieser Daten unser besonderes Anliegen.

Unsere Abteilung Konzerndatenschutz (Group Data Privacy (GDP)) ist eine spezialisierte, unabhängige Kontrollfunktion mit Büros in Frankfurt am Main, Berlin, New York, Singapur sowie London und Birmingham. Die Abteilung konzentriert sich auf Zulässigkeitsfragen im Hinblick auf die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten, die der Bank überlassen wurden. Unser GDP-Team berichtet direkt an den Vorstand und wird in den Ländern, in denen wir tätig sind, von lokalen Datenschutzbeauftragten unterstützt. Zwischen unserer zentralen und der dezentralen Datenschutzorganisation bestehen damit direkte und indirekte Berichtslinien; regelmäßige Abstimmungen und ständiger Austausch über datenschutzrelevante Themen finden auf globaler, europäischer und lokaler Ebene statt. Zusätzlich ist die Deutsche Bank in relevanten Gremien und Arbeitskreisen, wie beispielsweise dem Bundesverband deutscher Banken, IBM Guide Share Europe, Bitkom vertreten und beteiligt sich in diesem Rahmen auch an der Interpretation und Weiterentwicklung branchenspezifischer und maßgeblicher Standards. Das Mandat für den Konzerndatenschutz (Group Data Privacy (GDP)) innerhalb der Deutschen Bank wird durch eine Datenschutz-Einheit der Postbank ergänzt.

Der regulatorische Datenschutz hat in der Deutschen Bank einen hohen Stellenwert - datenschutzrechtliche Entwicklungen werden von uns regelmäßig beobachtet und analysiert. Wir nehmen Veränderungen vor und passen unsere Kontrollprozesse an. Gleiches gilt auch für technische Entwicklungen und neue digitale Geschäftsmodelle – gemeinsam mit den zuständigen Bereichen prüft der Konzerndatenschutz diese auf die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben.

Nach mehr als vier Jahren Verhandlungszeit trat am 24. Mai 2016 die EU-Datenschutz-Grundverordnung in Kraft. Nach einer Übergangszeit von zwei Jahren wird die Verordnung Ende Mai 2018 verbindlich. Unser Hauptaugenmerk liegt darauf, die umfangreichen Anforderungen gemeinsam mit unseren Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen umzusetzen und die entsprechenden Weichen zu stellen, damit die Bank ab Ende Mai 2018 diese erfüllt. Anderenfalls drohen der Bank empfindliche Geldbußen und hieraus resultierend erhebliche finanzielle, aufsichtsrechtliche und rufschädigende Risiken. Im Rahmen eines Projekts zur Umsetzung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung werden bankweit Prozesse, Verträge, Richtlinien und Formulare überprüft und angepasst. In diesem Zuge überarbeiten wir auch unser Rahmenwerk der Kontrollfunktion Konzerndatenschutz, um die Prüfung der Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben umfassend gewährleisten zu können. Das Projekt wird durch drei Mitglieder des Vorstands begleitet.

Um Datenschutzverstöße vermeiden und effektiv behandeln zu können, haben wir geeignete Prozesse implementiert. Sie tragen dazu bei, dass etwaige Vorkommnisse unverzüglich gemeldet und geeignete Maßnahmen eingeleitet werden können.

Personalstrategie

Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem unsere Mitarbeiter partnerschaftlich zusammenarbeiten und nachhaltige Leistung erbringen können.

Der Erfolg unserer Strategie hängt maßgeblich von den Fähigkeiten und Erfahrungen unserer Mitarbeiter ab – und somit von unserer Fähigkeit, diese an unsere Bank zu binden, sie zu motivieren und zu entwickeln sowie gezielt auch neue Mitarbeiter zu gewinnen. Das spiegelt sich in unseren strategischen Schwerpunkten unserer Personalarbeit des Jahres 2017 wider:

- Talente stärken durch mehr bankweite Führungs- und Managementprogramme,
- Vielfalt und Teilhabe aller Mitarbeiter verankern,
- Investitionen in die Zukunft, zum Beispiel durch digitales Lernen,
- Prozesse und Themen des Personalbereichs besser erlebbar zu machen durch die Einführung von „Workday“,
- Restrukturierungsmaßnahmen unterstützen und gleichzeitig interne Mobilität ermöglichen,
- regulatorische Projekte durchführen (zum Beispiel MiFID II und Institutsvergütungsverordnung) und
- strategische Geschäftsinitiativen unterstützen (zum Beispiel Fusion mit der Postbank, Brexit, und Teilbörsengang der DWS).

Wir konnten wichtige Ergebnisse erzielen. So haben wir fast ein Drittel der offenen Stellen intern besetzt (ohne Postbank), den Frauenanteil im Management weiter ausgebaut, in die Digitalisierung investiert (z.B. mit der App „I am DB“ für Hochschulabsolventen) und Restrukturierungsmaßnahmen sozialverträglich umgesetzt (z.B. Filialschließungen in Deutschland).

Verantwortlich für die Definition und Kontrolle der strategischen Schwerpunkte sowie für die konzernweiten Personalstandards ist das globale Führungsgremium des Personalbereichs (Global HR Executive Committee). Dazu gehören die weltweit verantwortlichen Leiter unseres Personalbereichs; darunter die Vertreter unserer Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen, die sich die Verantwortung für das Personalmanagement teilen, sowie die prozessual, produktbezogen und regional verantwortlichen Personalleiter.

Darüber hinaus ist die Personalstrategie grundsätzlich auch in den individuellen Zielen verankert, die der Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG mit den Mitgliedern des Konzernvorstands vereinbart hat. Einzelne Aspekte und Schwerpunkte (z.B. die Erreichung bestimmter Quoten für Vielfalt oder die Bestimmung der Mitarbeiterzufriedenheit) dienen auch als Grundlage, um die individuelle Leistung und Zielerreichung der Vorstandsmitglieder zu messen.

Rekrutierung und Entwicklung von Talenten

Mitarbeiterrekrutierung

Unsere Fluktuationsquote aufgrund von Kündigungen durch Arbeitnehmer betrug in der Deutsche Bank AG im Jahr 2017 bei 7,7 % (2016: 6,5 %). Darüber hinaus haben wir 341 junge Nachwuchskräfte rekrutiert.

Hochschulabsolventen

Es bleibt ein großes Anliegen für uns, Nachwuchstalente zu gewinnen. Im Jahr 2017 stellten die Deutsche Bank AG weltweit 279 Hochschulabsolventen ein. Sie starteten ihr Nachwuchsprogramm mit einer Orientierungsveranstaltung im Juli. Die Absolventen können bei uns Vielfalt und Internationalität erwarten. Die derzeitige Trainee-Gruppe ist vielfältig: 127 Nachwuchskräfte kommen aus Großbritannien, 68 aus Deutschland, 44 aus der Region Asien-Pazifik und weitere 36 aus den Vereinigten Staaten. 36 % der diesjährigen Absolventen sind Frauen. 34 % der Absolventen werden ihre Karriere in der Technologie-Sparte und in der Betriebsorganisation beginnen, 19 % im Beratungs- und Finanzierungsgeschäft mit Unternehmen, 18 % im Kapitalmarktgeschäft und 23 % in den Infrastrukturbereichen wie beispielsweise Risikomanagement, Audit, Compliance und Finance.

Nach der Einführungsveranstaltung starteten die Absolventen mit einem online-basierten zwölf-monatigen Pflichttraining, das auf den Werten und Überzeugungen der Bank basiert und die Teilnehmer mit den nötigen technischen sowie professionellen Fähigkeiten ausstattet.

Auch bei der Rekrutierung von Hochschulabsolventen liegt unser Augenmerk vor allem auf technologiebezogenen Stellen. Damit setzen wir unseren Umbau zu einem technologieorientierten Unternehmen fort.

Die Deutsche Bank-App „I am DB“ für Hochschulabsolventen wurde im vergangenen Jahr für die beste Kunden- und Mitarbeiterkommunikation in der Finanzdienstleistungsbranche ausgezeichnet. Alle neu eingestellten Hochschulabsolventen bekommen Zugang zu der App, und zwar bereits bis zu zwölf Monate vor ihrem ersten Arbeitstag. Sie können sich dort anschauen, wie wir in den sozialen Medien kommunizieren, was wir auf unseren Karriere- und Nachrichtenseiten anbieten, was unsere Führungskräfte sagen und sich über Organisatorisches informieren. Zudem vermitteln wir unsere Unternehmenskultur und unserer Erwartungen der Bank in Schulungen.

Auszubildende

Im Jahr 2017 beschäftigte die Deutsche Bank AG 68 Auszubildende (2016: 71), 47 % der Auszubildenden sind Frauen (2016: 51 %). Wir bilden ganz bewusst mehr Menschen aus, als wir Stellen haben, um jungen Leuten eine qualitativ hochwertige Ausbildung und damit berufliche Chancen zu ermöglichen.

Mitarbeiterentwicklung

Abgeleitet aus den strategischen Schwerpunkten des Jahres 2017 lag der Fokus darauf, die interne Mobilität zu fördern und Führungskräfte zu entwickeln.

Interne Karriereentwicklung

Die interne Mobilität ist für uns sehr wichtig, um qualifizierte und talentierte Mitarbeiter zu binden und uns ihre Erfahrung und ihr Fachwissen zu erhalten. Daher haben wir das Konzept der internen Mobilität weiter vorangetrieben und in die Organisation eingebettet. Wir streben an, offene Stellen auf allen Hierarchieebenen vorrangig mit geeigneten internen Kandidaten zu besetzen. Offene Stellen werden gemäß der Rekrutierungsrichtlinie der Bank zunächst für mindestens zwei Wochen nur intern ausgeschrieben. Erst nachdem der Auswahlprozess für interne Bewerber abgeschlossen ist, können externe Kandidaten in Betracht kommen.

Indem wir für offene Stellen vorrangig interne Kandidaten berücksichtigen, wollen wir solche Mitarbeiter gezielt unterstützen, die von Restrukturierungsmaßnahmen betroffen sind. Wir fördern und vereinfachen bereichsübergreifende Wechsel, damit unsere Mitarbeiter ihre Fähigkeiten und Erfahrungen weiter ausbauen und vielfältige Karrierewege innerhalb der Bank verfolgen können. Gleichzeitig halten wir wichtiges Wissen und Erfahrung in der Bank. Die interne Mobilität senkt auch unsere Abfindungs- und Rekrutierungskosten.

In diesem Zusammenhang führen wir kurzfristig eine neue App „Connect2Job“ ein, mit der unsere Mitarbeiter einfacher und mehr Stellenangebote finden und sich darauf bewerben können. Die neue App wird unseren Mitarbeitern eine mobile, profilbasierte interne Stellensuche bieten, so dass sie passende Stellen auch über ihr Smartphone und nicht nur über den PC am Arbeitsplatz finden können. Bei der profilbasierten Suche vergleicht ein Algorithmus die persönlichen Kompetenzen aus dem Lebenslauf mit den Anforderungen der ausgeschriebenen Stelle und zeigt an, wie weit beide übereinstimmen.

Die App erfüllt damit die Bedürfnisse der Mitarbeiter nach zeitgemäßen Anwendungen, schafft Transparenz im Stellenmarkt des Konzerns, lässt sich einfach bedienen und ist eine geeignete Maßnahme der Bank im Hinblick auf die gegenwärtigen Herausforderungen des digitalen Wandels.

Führungskräfteentwicklung

Das „Leadership Capability Model“ und die Werte und Überzeugungen der Deutschen Bank definieren, was wir von unseren Führungskräften erwarten. Sie reflektieren das gemeinsame Verständnis darüber, welche Fähigkeiten benötigt werden, um Mitarbeiter zu führen und den Geschäftserfolg im Einklang mit der Unternehmenskultur und den -werten nachhaltig zu gewährleisten. Auf diesem Modell basiert unser Ansatz zur Weiterentwicklung von Führungskräften. Er umfasst eine Reihe von Förderprogrammen.

Wir haben bereits 2015 zwei „Management Fundamentals“-Programme eingeführt, die für neue Führungskräfte verpflichtend sind. Das Basisprogramm ist für Mitarbeiter bis zur Ebene Vice President konzipiert, die erstmals Führungsverantwortung in der Bank übernehmen. Die zweite Variante richtet sich gezielt an Directors und Managing Directors. Beide Programme decken drei wesentliche Aspekte ab: Mitarbeiter führen, den Geschäftserfolg steigern und die Unternehmenskultur mitgestalten. Die „Management Fundamentals“ sollen die Teilnehmer darin unterstützen, ihre Rolle als Führungskräfte auszuüben und weiterzuentwickeln. Seit 2017 bieten wir für erfahrene Führungskräfte auch spezielle Kurzprogramme an („Skill Practice Pods“), die Themen wie Talentförderung oder Mitarbeiterführung in schwierigen Zeiten behandeln.

Darüber hinaus haben wir mit „Leadership Fundamentals“ ein bereichsübergreifendes Programm für Manager von Führungskräften. Wir haben das Programm im Jahr 2017 überarbeitet. Sein Schwerpunkt liegt darauf, Denkweisen und Verhaltensmuster zu fördern, die eine effektive Mitarbeiterführung ermöglichen. Dazu gehören beispielsweise ein inspirierender und authentischer Führungsstil sowie Zusammenarbeit, um gemeinsam Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Das erste Modul beschäftigt sich mit dem Selbstverständnis der Teilnehmer als Führungskräfte (Stärken und Verbesserungspotenzial) und erklärt die Erwartungen der Bank an ihre Führungskräfte. Im zweiten Modul erhalten Teilnehmer tiefergehende Einblicke in unser Geschäft und wichtige Knotenpunkte der Bank. Zusätzlich geht es im zweiten Modul auch um kulturelle Aspekte und darum, was es bedeutet die Werte und Überzeugungen vorzuleben.

Weiterentwicklung fördern

Das erste bankweite "Director Acceleration Program" (DAP) startete im Mai 2017. Es erstreckt sich über 12 Monate. Den Ausgangspunkt des Programms bildet ein viertägiges Modul in London, das sich an alle Teilnehmer richtet. Hier erfahren sie von Mitgliedern des Vorstands, was die Bank von ihren Führungskräften erwartet, erhalten wichtige Einblicke zu strategischen Themen und besuchen Vorträge von Professoren der London Business School. Die Teilnehmer sind danach zu jeweils zwei Modulen in den nächstgelegenen regionalen Hauptstandort der Bank eingeladen (Europa: London (2), Frankfurt (2); Amerika: New York (2); und Asien; Singapur (1) Hongkong (1)). Die Themen reichen von der Weiterentwicklung von Führungskompetenzen und organisatorischen Veränderungen bis hin zur Talentförderung sowie Einflussnahme und Kommunikation. Zusätzlich zu den Schulungen erhalten die Teilnehmer ein 360-Grad-Feedback sowie Coaching-Begleitung.

Erstmalig fand 2017 im Rahmen des DAP auch das Modul "Women Global Leaders" (WGL) statt. Wir harmonisierten die Programme, da ihre Kriterien und Ergebnisse sowie die Zielgruppen übereinstimmen. Die Integration des WGL-Programms dient der verstärkten Förderung weiblicher Führungskräfte und wir können ihnen gleichzeitig zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten anbieten. Die Teilnehmerinnen des DAP begannen ihr 12-monatiges Programm mit dem WGL-Modul und setzten dieses dann gemeinsam mit den männlichen Teilnehmern ab dem globalen Modul fort.

Das „Vice President Acceleration Program“ fand 2017 zum zweiten Mal statt. Das Programm, das sich über sechs Monate erstreckt, besteht aus jeweils zwei Modulen in Europa (London, Frankfurt, Mailand), Amerika (New York) und Asien (Singapur). Absolventen des letztjährigen Programmes wurden im Vergleich zu anderen Vice Presidents eher befördert und blieben der Bank auch stärker erhalten:

- Beförderung: 23,3 % der Teilnehmer der Deutsche Bank AG wurden im März 2017 in den Director-Rang befördert, verglichen mit einer Beförderungsrate von 3,8 % von VP zu D innerhalb der gesamten Bank
- Bindung: 93,6 % der Teilnehmer der Deutsche Bank AG arbeiten weiterhin bei der Bank, verglichen mit 92,6 % der VPs innerhalb der gesamten Bank (per August 2017)

Ganzheitliche Leistung

Die Leistung unserer Mitarbeiter steuern wir wie folgt: (1) Wir legen die Erwartungen und Ziele zu Beginn des Jahres fest, führen (2) unterjährige Gespräche darüber und beurteilen (3) abschließend die Leistung.

„Ganzheitliche Leistung“ steht für einen integrierten Ansatz, um die Leistung und Entwicklung unserer Mitarbeiter zu steuern. Das Konzept haben wir im März 2017 in allen Geschäfts- und Infrastrukturbereichen umgesetzt. Der Ansatz basiert auf regelmäßigen und konstruktiven Gesprächen zwischen Mitarbeitern und Führungskräften. Damit reagiert die Bank auf die Ergebnisse externer Studien und interner Mitarbeiterbefragungen. Die Mitarbeiter wünschen sich häufigere, dafür aber weniger formale Gespräche über ihre Leistung und ihre Entwicklung. Darüber hinaus motiviert es Mitarbeiter, wenn sie genau wissen, was von ihnen erwartet wird und wie sie persönlich zur Strategie und Erfolg der Bank beitragen können.

Im Jahr 2017 vereinbarten in der Deutsche Bank AG 71 % der Berechtigten einer individuellen variablen Vergütung ihre Ziele.

Vielfalt und Teilhabe

Vielfalt („Diversity“) ist eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg eines global tätigen Unternehmens und somit auch ein wichtiges personalpolitisches Anliegen für die Bank. Wir möchten die am besten geeigneten Mitarbeiter gewinnen, fördern und binden – und alles unabhängig vom kulturellen Hintergrund, von der Nationalität, von der ethnischen Zugehörigkeit, vom Geschlecht, von der sexuellen Orientierung, von den körperlichen Fähigkeiten, von der Religion, vom Werdegang und der Erfahrung. Unsere Führungskräfte auf allen Ebenen werden geschult und vom Personalbereich dazu beraten, im oben genannten Sinne „vielfältige Teams“ zu fördern, in denen sich die Mitarbeiter gegenseitig respektieren, ihr Potenzial voll entfalten und so gemeinsam Erfolge erzielen.

Unsere Bank förderte die Vielfalt im Arbeitsumfeld sowie ein respektvolles und vorurteilsfreies Miteinander. Gute Fortschritte konnten wir auch im Hinblick auf ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis verzeichnen. Neben der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zählen die Vielfalt der Kulturen und der Generationen sowie die Chancengleichheit lesbischer, schwuler, bi-, trans- oder intersexueller (LGBTI) Mitarbeiter zu den Eckpfeilern unseres Engagements für Vielfalt und Teilhabe.

Geschlechtergleichheit

Im Jahr 2017 förderten wir erneut gezielt Frauen. Mit einem Frauenanteil von 35 % im Aufsichtsrat zum Jahresende 2017 erfüllten wir die seit 2015 gültige gesetzliche Vorgabe zur Geschlechterquote von 30 % für börsennotierte und mitbestimmungspflichtige deutsche Unternehmen.

Der Aufsichtsrat hatte der Bank bereits 2015 das Ziel gesetzt, bis zur Jahresmitte 2017 mindestens ein weibliches Mitglied in den Vorstand aufzunehmen. Mit derzeit zwei Frauen im Vorstand hat die Bank dies umgesetzt. Zum Ende des Jahres 2017 waren 18,5 % der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands der Deutschen Bank weiblich (2016: 18,4 %). Auf der zweiten Ebene unterhalb des Vorstands betrug der Anteil 23,0 % (2016: 23,2 %). Wir haben uns mit 17 % beziehungsweise 21 % zum Ende des Jahres 2017 anspruchsvolle Ziele für diese beiden Hierarchieebenen nach Maßgabe der gesetzlichen Anforderungen in Deutschland gesetzt.

Im Jahr 2011 verpflichteten wir uns freiwillig, den Anteil weiblicher Führungskräfte bis Ende 2018 weltweit deutlich zu erhöhen. Zwischen 2011 und 2017 ist die Anzahl der weiblichen Managing Directors und Directors konzernweit um 15% gestiegen. Im Jahr 2017 betrug der Anteil dieser Mitarbeiterinnen in der Deutsche Bank AG 21,9 % (2016: 21,3 %). Der Anteil der weiblichen Officer belief sich in der Deutschen Bank AG in 2017 auf insgesamt 32,2 % (2016: 32,1 %).

Auch im Jahr 2017 war die Deutsche Bank in den Bloomberg Financial Services Gender-Equality Index (BFGEI). Der Index enthält Unternehmen, die sich für die Chancengleichheit der Geschlechter einsetzen und stellt Investoren sowie Unternehmen standardisierte Daten bereit: über den Anteil von Männern und Frauen in der Belegschaft, die Personalpolitik der Unternehmen, spezifische Zusatzleistungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie über das externe gesellschaftliche Engagement. Die Deutsche Bank ist eines von nur zwei DAX30-Unternehmen, die in diesen weltweiten Index vertreten sind.

Angaben nach § 289 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals einschließlich des Genehmigten und des Bedingten Kapitals

Für Informationen bezüglich des Stammkapitals der Deutschen Bank verweisen wir auf die Angabe „Stammaktien“ im „Konzernanhang“.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2017 eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein oder zwei Vorstandsmitglieder zu Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Gemäß dem Kreditwesengesetz und EU-Verordnung Nr. 468/2014 der Europäischen Zentralbank (SSM Rahmenverordnung) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank (EZB) vor der Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese zuverlässig, fachlich geeignet und in ausreichendem Maße zeitlich verfügbar sind. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 25c Absatz 1 KWG, Artikel 93 SSM Rahmenverordnung).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die EZB oder BaFin kann einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse einzelner Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese Mitglieder nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder (§ 45c Absatz 1 bis 3 KWG, Artikel 93 Absatz 2 der SSM Rahmenverordnung).

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In einem solchen Fall wird das Amtsgericht Frankfurt/Main auf Antrag der BaFin die notwendigen Mitglieder des Aufsichtsrates ernennen, falls aufgrund der Prohibition der Aufsichtsrat nicht mehr die notwendige Anzahl an Mitgliedern stellen kann, um den Betrieb aufrecht zu erhalten (§ 46 Absatz 2 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 18. Mai 2017 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2022 zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 18. Mai 2017 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2021 eigene Aktien bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals oder – falls dieser Wert geringer ist – des zum Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie der etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbenen Aktien über die Börse beziehungsweise durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen. Er wurde auch ermächtigt, erworbene Aktien gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck zu veräußern, Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder andere dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienliche Vermögenswerte zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft und verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, solche eigenen Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die für Mitarbeiter oder Organmitglieder der Gesellschaft und verbundener Unternehmen begründet wurden.

Ferner wurde der Vorstand unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser oder einer vorangegangenen Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 18. Mai 2017 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ergänzend ermächtigt, den Aktienwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Verkaufsoptionen an Dritte verkau-

fen und Kaufoptionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese Optionen nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktien erwerben unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen so gewählt werden, dass der Aktienwerb in Ausübung der Optionen spätestens am 30. April 2022 erfolgt.

Der bei Ausübung der Verkaufsoptionen beziehungsweise bei Fälligkeit des Terminkaufs zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Geschäfts nicht um mehr als 10 % überschreiten und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen Optionsprämie. Eine Ausübung der Kaufoptionen darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Erwerb der Aktien nicht um mehr als 10 % überschreitet und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreitet.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Auch aus bestehenden Derivaten, die während des Bestehens vorangehender Ermächtigungen und auf deren Grundlage vereinbart wurden, dürfen weiterhin eigene Aktien erworben werden.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit

Gemäß §§ 21, 22 Entgelttransparenzgesetz hat die Deutsche Bank AG als tarifgebundener Arbeitgeber alle fünf Jahre, erstmals in 2018, Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und deren Wirkungen sowie zur Herstellung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer als Anlage zum Lagebericht darzustellen. Abweichend vom restlichen Jahresabschluss und Lagebericht ist dafür gemäß der gesetzlichen Vorgabe das Jahr 2016 das relevante Berichtsjahr.

Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Im Geschäftsjahr 2016 hat die Deutsche Bank AG ihre langjährigen Aktivitäten zu „Diversity & Inclusion“, darunter die Förderung von Frauen im Unternehmen als integralen Bestandteil der Unternehmens- und Personalstrategie fortgesetzt.

Zu diesen Aktivitäten und Maßnahmen zählen insbesondere:

- Die bankinternen Förderprogramme „Women Global Leaders“ (WGL) und „Accomplished Top Leaders Advancement Strategy“ (ATLAS), die leistungsstarke weibliche Directors und Managing Directors mit dem Ziel fördern, ein breiteres Aufgabenspektrum und konkrete Aufstiegsmöglichkeiten wahrnehmen zu können.
- Divisionsübergreifende und auch unternehmensübergreifende Coaching-Programme für leistungsstarke weibliche Assistant Vice Presidents und Vice Presidents.
- Die Bereitstellung von Trainings zum Umgang mit unbewussten Denkmustern sowohl für alle Mitarbeiter als auch speziell für Führungskräfte.
- Gezielte Kampagnen, um weibliche Talente, zum Beispiel im Bereich IT und bei Hochschulabsolventen, für die Deutsche Bank AG zu gewinnen.
- Die konsequente Einbettung unserer Prinzipien von „Diversity & Inclusion“ in Personalprozesse wie zum Beispiel den Einstellungs- und den Beförderungsprozess und das regelmäßige Berichtswesen.

Im weiteren Sinne umfassen diese Aktivitäten und Maßnahmen auch die vielfältige Unterstützung der Mitarbeiter dabei, den Anforderungen am Arbeitsplatz und im Privatleben gerecht zu werden. Dazu gehören zum Beispiel flexible Arbeitsmodelle, die Möglichkeit von Sabbaticals, Kinderbetreuungsplätze in der Nähe des Arbeitsplatzes an den Hauptstandorten der Deutschen Bank sowie Coaching-Angebote, um Mütter und Väter beim Übergang in die Elternzeit, beim beruflichen Wiedereinstieg und bei anderen spezifischen Fragestellungen zu begleiten.

Als weiteres Beispiel für das Engagement ist der Beitritt der Deutschen Bank AG zur „Women in Finance Charter“ des britischen Finanzministeriums zu nennen. Diese setzt sich für die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Finanzdienstleistungsbranche in Großbritannien ein.

Dass das Spektrum an Aktivitäten und Maßnahmen in die gewünschte Richtung wirkt, zeigt sich an den folgenden wesentlichen Kennzahlen:

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Deutsche Bank AG ist gestiegen

	2016	2015	2014
Weibliche Mitarbeiter ¹			
Weibliche Managing Directors und Directors	22,0%	21,7%	20,6%
Weibliche Officer	32,1%	31,9%	31,4%
Weibliche Non-Officer	56,4%	56,2%	57,7%
Weibliche Mitarbeiter insgesamt	37,6%	37,5%	37,1%

¹ Abgeleitet aus globalen Corporate Titles, Vollzeitkräfte

Umsetzung des deutschen Geschlechterquotengesetzes gem. § 96 Abs. 2 Aktiengesetz in der Deutsche Bank AG im Jahr 2016

	31.12. 2016	31.12. 2015
Anteil Frauen im Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG	35%	35%
Anzahl Frauen im Vorstand der Deutsche Bank AG	2	1
Anteil Frauen an der Ebene 1 unterhalb des Vorstands der Deutsche Bank AG	15,7%	17,9%
Anteil Frauen an der Ebene 2 unterhalb des Vorstands der Deutsche Bank AG	19,5%	15,3%

Weitere Details zu konzernweiten Aktivitäten, Maßnahmen und Kennzahlen stehen im Personalbericht 2016.

Maßnahmen zur Herstellung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer

Die Vergütung der Mitarbeiter der Deutschen Bank AG setzt sich im Wesentlichen aus einer Grundvergütung und einer variablen Vergütung zusammen. Die Grundvergütung bemisst sich vor allem anhand der Aufgabe, der Verantwortung sowie Qualifikation und Erfahrung eines Mitarbeiters. Vielfach bilden die Grundlage der Grundvergütung kollektive Regelungen wie Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen oder sonstige Vorgaben, aus denen sich die Einstufung von Funktionen sowie die darauf basierende Grundgehaltsfindung und –entwicklung ergeben. Diese Vereinbarungen und Vorgaben bieten die Basis für die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern.

Im Jahr 2016 wurde ein neues, global gültiges Vergütungsrahmenwerk - zunächst für die außertariflichen Mitarbeiter - eingeführt, das diesen Ansatz fortführt und weiter unterstützt. Zielsetzungen bei der Neukonzeption waren ein transparenterer Vergütungsansatz durch die Einführung von Referenzquoten für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung in Abhängigkeit des Hierarchielevels und des Geschäftsbereichs. Zudem werden die Mitarbeiter gleichermaßen am wirtschaftlichen Ergebnis der Bank über einen einheitlichen Gruppenfaktor beteiligt. Der Anteil der individuellen diskretionären variablen Vergütung wurde hingegen insgesamt reduziert. Durch diese Maßnahmen werden die Möglichkeiten etwaiger Ungleichbehandlungen erheblich eingeschränkt.

Weitere Details zu konzernweiten Aktivitäten, Maßnahmen und Kennzahlen stehen im Personalbericht 2016.

Statistische Angaben

In der Deutsche Bank AG gab es im Jahr 2016 durchschnittlich 12.439 weibliche und 19.336 männliche Beschäftigte (davon in Deutschland 5.311 weibliche und 7.525 männliche Beschäftigte). Davon waren durchschnittlich 9.731 Frauen und 18.571 Männer in Vollzeit sowie 2.708 Frauen und 765 Männer in Teilzeit tätig (davon in Deutschland 3.590 Frauen und 7.176 Männer in Vollzeit sowie 1.825 Frauen und 245 Männer in Teilzeit).

2

Jahresabschluss

130	Bilanz zum 31. Dezember 2017
132	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
133	Anhang
133	Allgemeine Angaben
138	Erläuterungen zur Bilanz
153	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
155	Anteilsbesitz
171	Sonstige Erläuterungen
177	Organe
181	Verzeichnis der Mandate

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite in Mio €			31.12.2017	31.12.2016
Barreserve				
a) Kassenbestand			72	85
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			168.791	109.375
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	103.736			51.673
			168.862	109.459
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen			279	184
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0			0
b) Wechsel			14	13
			293	197
Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen			604	39
b) Kommunalkredite			217	117
c) andere Forderungen			130.742	166.621
darunter:				131.562
täglich fällig	46.604			71.799
gegen Beleihung von Wertpapieren	2.757			2.935
Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen			11.901	12.725
b) Kommunalkredite			5.599	7.033
c) andere Forderungen			214.100	254.331
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	7.249			274.089
			231.600	8.221
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		630		846
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0			0
		630		846
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		33.378		40.380
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	12.471			16.218
bb) von anderen Emittenten		4.437		3.145
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.564			2.239
		37.815		43.524
c) Eigene Schuldverschreibungen			29	29
Nennbetrag	30			30
			38.474	44.399
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			472	580
Handelsbestand			601.755	715.338
Beteiligungen			474	387
darunter:				
an Kreditinstituten	9			9
an Finanzdienstleistungsinstituten	178			90
Anteile an verbundenen Unternehmen			43.561	44.049
darunter:				
an Kreditinstituten	11.088			11.376
an Finanzdienstleistungsinstituten	200			202
Treuhandvermögen			29	58
darunter: Treuhandkredite	14			39
Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			3.279	3.109
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			749	870
c) Geschäfts- oder Firmenwert			19	28
d) geleistete Anzahlungen			0	0
			4.046	4.007
Sachanlagen			1.025	939
Sonstige Vermögensgegenstände			5.950	7.996
Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			17	41
b) andere			811	890
			828	931
Aktive latente Steuern			2.369	2.290
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			944	1.149
Summe der Aktiva			1.232.245	1.372.646

Passivseite in Mio €		31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
c) andere Verbindlichkeiten		216.541	252.752
		216.541	252.752
darunter:			
täglich fällig	96.160		127.499
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		965	315
c) Spareinlagen			
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.419		2.446
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	1.106		1.171
		3.524	3.616
d) andere Verbindlichkeiten		302.314	266.014
		306.803	269.945
darunter:			
täglich fällig	200.953		178.812
Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekenspfandbriefe	6.581		7.435
ac) sonstige Schuldverschreibungen	83.879		92.146
		90.460	99.581
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten		10.149	6.800
		100.610	106.381
darunter:			
Geldmarktpapiere	9.289		5.788
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	246		174
Handelsbestand			
		519.913	646.585
Treuhandverbindlichkeiten			
		29	58
darunter: Treuhandkredite	14		39
Sonstige Verbindlichkeiten			
		7.719	21.619
Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		72	188
b) andere		886	775
		958	963
Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		46	48
b) Steuerrückstellungen		599	702
c) andere Rückstellungen		5.116	7.525
		5.761	8.275
Nachrangige Verbindlichkeiten			
		12.072	12.465
Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals			
		4.771	5.110
Fonds für allgemeine Bankrisiken			
davon: Sonderposten nach § 340e Absatz 4 HGB	1.476	2.726	2.426
Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	5.291		3.531
abzüglich rechnerischer Wert der eigenen Anteile	1		0
		5.290	3.531
bedingtes Kapital 563 Mio € (31.12.2016: 486 Mio €)			
b) Kapitalrücklage		42.081	35.796
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	13		13
cd) andere Gewinnrücklagen	6.560		6.280
		6.573	6.293
d) Bilanzgewinn		399	447
		54.343	46.067
Summe der Passiva			
		1.232.245	1.372.646
Eventualverbindlichkeiten			
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		47.513	50.589
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		5	3
		47.518	50.592
Andere Verpflichtungen			
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		115.480	122.816
		115.480	122.816

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

in Mio €			2017	2016
Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	9.816			9.035
davon negative Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	605			416
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.394			1.892
		11.210		10.927
Zinsaufwendungen		8.959		7.336
davon negative Zinsaufwendungen		359		290
			2.251	3.591
Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.641		2.396
b) Beteiligungen		13		83
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		1.708		1.669
			4.362	4.148
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			1.298	2.249
Provisionserträge		7.678		8.256
Provisionsaufwendungen		1.560		1.225
			6.118	7.030
Nettoertrag des Handelsbestands			2.164	694
davon Ergebnis aus der Auflösung des Sonderpostens nach § 340e Absatz 4 HGB		0		0
Sonstige betriebliche Erträge			2.380	3.288
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	4.284			4.162
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	819			1.098
		5.103		5.260
darunter: für Altersversorgung 147 Mio € (2016: 461 Mio €)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		7.568		8.264
			12.671	13.524
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.110	895
Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.775	2.817
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			475	124
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			276	2.061
Aufwendungen aus Verlustübernahme			2	15
Entnahmen aus/Einstellungen (-) in Fonds für allgemeine Bankrisiken			-300	-500
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			962	1.063
Außerordentliche Erträge		0		3
Außerordentliche Aufwendungen		64		309
Außerordentliches Ergebnis			-64	-306
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		166		389
darunter: latente Steuern 38 Mio € (2016: 168 Mio €)				
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen		88		87
			254	476
Jahresüberschuss			644	282
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			55	165
			699	447
Einstellungen in Gewinnrücklagen				
- in andere Gewinnrücklagen		300		0
			300	0
Bilanzgewinn			399	447

Allgemeine Angaben

Die Deutsche Bank AG ist unter der Firma Deutsche Bank Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 30000 eingetragen.

Der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG für das Geschäftsjahr 2017 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute („RechKredV“) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen.

Grundlagen und Methoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

Forderungen

Zu Handelszwecken gehaltene Forderungen werden wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bewertet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten oder dem Nominalbetrag ausgewiesen und werden um erforderliche Wertberichtigungen gekürzt. Sind die Gründe für die Vornahme einer in der Vergangenheit berücksichtigten Wertberichtigung weggefallen, ist die Wertberichtigung aufzulösen (Wertaufholung).

Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken. Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf der Basis eines Bonitätseinstufungssystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht zur Aufrechnung gemäß § 340f Absatz 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bewertet.

Bestimmte Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dauerhaft gehalten werden sollen, sind als Finanzanlagen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind.

Falls Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere weder dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, sind sie als Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Dasselbe gilt für Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die, wenn sie nicht Teil des Handelsbestands sind, grundsätzlich wie Umlaufvermögen bewertet sind.

Bei den Wertpapieren werden Zuschreibungen vorgenommen, wenn die Gründe für bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen weggefallen sind (Wertaufholungsgebot).

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als Handelsaktivität zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Kreditderivate

Kreditderivate, die zu Handelszwecken gehalten beziehungsweise eingegangen werden, werden wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bewertet.

Sonstige erworbene Kreditderivate, die als Absicherung für eingegangene Kreditrisiken qualifizieren, werden nicht separat bilanziert, sondern bei der Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft berücksichtigt.

Handelsaktivitäten

Finanzinstrumente (einschließlich positiver und negativer Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten) sowie Edelmetalle des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten. Zusätzlich zu dem Risikoabschlag im Rahmen der Zeitwertbewertung besteht eine faktische Ausschüttungssperre bezüglich der Nettoerträge des Handelsbestands, indem in jedem Jahr ein bestimmter Anteil der Nettoerträge des Handelsbestands dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist.

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Betrag, zu dem ein Finanzinstrument im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern zum Abschlussstichtag ausgetauscht werden könnte, ohne dass es sich um einen Zwangsverkauf oder eine Notabwicklung handelt. Sofern verfügbar, basiert der beizulegende Zeitwert auf beobachtbaren Börsenpreisen oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit beobachtbarer Daten variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen vorhanden, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen, die für das jeweilige Instrument angemessen sind, ermittelt.

Wenn der beizulegende Zeitwert mithilfe von Modellen ermittelt oder aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet wird, sind in erheblichem Umfang Einschätzungen erforderlich. Diese sind mit Unsicherheiten verbunden und können Änderungen unterliegen, so dass die tatsächlichen Ergebnisse und Werte von diesen Einschätzungen abweichen können.

Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert werden Wertanpassungen für Glattstellungskosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken sowie Finanzierungskosten für unbesicherte Handelsderivate berücksichtigt.

Um etwaig verbliebenen Realisierungsrisiken von Gewinnen Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um einen Risikoabschlag reduziert, der als Abzugsposten des Handelsbestands auf der Aktivseite berücksichtigt wird. Die Berechnung des Risikoabschlags erfolgt auf der Grundlage des Value-at-Risk-Abschlags, dem eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde liegen.

Der Betrag, der in einem Geschäftsjahr gesondert dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist, entspricht mindestens 10 % der Nettoerträge des Handelsbestands (nach Vornahme des Risikoabschlags) und darf nicht höher sein als der gesamte Nettoertrag des Handelsbestands des Geschäftsjahres. Die Zuführung erfolgt, bis der Sonderposten eine Höhe von 50 % des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands nach Risikoabschlag erreicht.

Der Sonderposten darf nur aufgelöst werden, um einen Nettoaufwand des Handelsbestands auszugleichen oder wenn er die 50 %-Grenze überschreitet.

Finanzinstrumente und Edelmetalle des Handelsbestands werden separat auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz als Handelsbestand ausgewiesen. Grundsätzlich qualifizieren Termingeschäfte über den Erwerb oder die Veräußerung von Waren nicht als Finanzinstrumente und können daher nicht dem Handelsbestand zugeordnet werden.

Alle Änderungen des beizulegenden Zeitwerts (abzüglich eines Risikoabschlags beziehungsweise zuzüglich eines Risikoabschlags) werden im Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands erfasst.

Derivate des Handelsbestands werden unter bestimmten Voraussetzungen mit durch den Kontrahenten gestellten Barsicherheiten verrechnet. Zur Verrechnung auf Einzelkontrahentenebene qualifizierten Derivate, die unter einem Rahmenvertrag mit einem Besicherungsanhang (Credit Support Annex, „CSA“) und täglichem Austausch von Barsicherheiten abgeschlossen wurden. Die Verrechnung umfasst je Kontrahent sowohl den Buchwert der Derivate als auch die Sicherheitsleistung.

Bewertungseinheiten

In den Fällen, in denen Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen (Grundgeschäfte) zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten (Sicherungsinstrumenten) zusammengefasst werden (Bewertungseinheit), werden in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme sich ausgleichen, die allgemeinen Bewertungsgrundsätze nicht angewandt. Die Bank wendet grundsätzlich die Einfrierungsmethode an. Dabei werden die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko nicht bilanziert. So unterbleibt die Berücksichtigung negativer Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, zum Beispiel die Vornahme von Abschreibungen, in Bezug auf das abgesicherte Risiko. Einer etwaigen negativen Ineffektivität aus der Bewertungseinheit wird durch Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste Rechnung getragen.

Im Rahmen von Bewertungseinheiten gelten auch Termingeschäfte über den Erwerb oder die Veräußerung von Waren als Finanzinstrumente.

Umwidmungen

Für die Zuordnung von Forderungen und Wertpapieren zum Handelsbestand, zur Liquiditätsreserve oder zu den wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenständen ist jeweils die Zweckbestimmung zum Erwerbszeitpunkt maßgebend.

Eine Umgliederung in den Handelsbestand ist ausgeschlossen und eine Umgliederung aus dem Handelsbestand erfolgt nur dann, wenn außergewöhnliche Umstände, insbesondere schwer wiegende Beeinträchtigungen der Handelbarkeit der Finanzinstrumente, zu einer Aufgabe der Handelsabsicht führen. Darüber hinaus können Finanzinstrumente des Handelsbestands nachträglich in eine Bewertungseinheit einbezogen werden.

Eine Umwidmung zwischen den Kategorien Liquiditätsreserve und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände wird vorgenommen, wenn sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat und dies dokumentiert ist.

Die Umwidmung erfolgt zum Zeitpunkt der Änderung der Zweckbestimmung mit dem dann geltenden beizulegenden Zeitwert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen werden mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 253 HGB mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Anteile an verbundenen Unternehmen werden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet, das heißt, außerplanmäßige Abschreibungen werden nur für voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen vorgenommen.

Der niedrigere beizulegende Wert beizulegender Zeitwert von verbundenen Unternehmen wird auf Basis eines Discounted-Cashflow-Modells ermittelt. Das Bewertungsmodell zinst die erwarteten freien Cashflows für einen Fünfjahreszeitraum mit einem riskoadjustierten Zinssatz ab. Für die Zeit nach dem Fünfjahreszeitraum wird eine nachhaltige Planentwicklung unterstellt, um die ewige Rente zu ermitteln. Für bestimmte verbundene Unternehmen beinhaltet die Bewertung messbare Synergien.

Sowohl bei den Beteiligungen als auch bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot vorgenommen. Von der gemäß § 340c Absatz 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Sachanlagen sowie immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert, gegebenenfalls vermindert um planmäßige Abschreibungen. Selbst geschaffene Marken, Drucktitel, Verlagsrechte, Kundenlisten oder vergleichbare immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sind die Gründe für bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen weggefallen, sind Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Ausbuchung von Vermögensgegenständen

Vermögensgegenstände werden grundsätzlich dann ausgebucht, wenn das rechtliche Eigentum übertragen wird.

Keine Ausbuchung erfolgt, wenn trotz der Übertragung des rechtlichen Eigentums aufgrund besonderer Vereinbarungen im Einzelfall wesentliche Elemente in Bezug auf den übereigneten Vermögensgegenstand beim Veräußerer verbleiben, die bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise für die Stellung als Eigentümer (Rechtsinhaber) kennzeichnend sind.

Aufgrund der Kodifizierung in § 246 Absatz 1 Satz 2 HGB werden die im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehenen Wertpapiere ausschließlich in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen, das heißt, es erfolgt keine Ausbuchung beim Verleiher, da diesem das wirtschaftliche Eigentum an den Papieren unverändert zusteht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Begebene Nullkuponanleihen werden unter Anwendung des ursprünglichen Effektivzinses zum Barwert ausgewiesen.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Die begebenen Instrumente qualifizieren als Verbindlichkeiten und sind mit ihrem Erfüllungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Der Zinsaufwand wird auf Basis der erwarteten Zahlungen an die Eigentümer der Instrumente abgezinst.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt. Pensionsrückstellungen werden nach der Methode der laufenden Einmalprämien unter Verwendung des von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen durchschnittlichen Marktzinssatzes ermittelt, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, es sei denn, die jeweilige Restlaufzeit des Pensionsplans ist kürzer.

Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und mit diesen Schulden verrechnet. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden (Überdotierung), wird der übersteigende Betrag unter einem gesonderten Posten auf der Aktivseite ausgewiesen. Im Fall einer Unterdotierung oder für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen der Bank werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Wenn sich die Höhe von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren bestimmt, werden die Rückstellungen hierfür zum beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere angesetzt, soweit er einen garantierten Mindestbetrag übersteigt.

Andere Rückstellungen, bei denen es sich entweder um Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (ohne Handelsaktivitäten) handelt, werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Sofern die Restlaufzeit der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten länger als ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung der Rückstellung.

Die Einschätzung, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden ist, umfasst auch die Würdigung, ob sich am Abschlussstichtag aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten im Bankbuch von Kreditinstituten ein Verpflichtungsüberschuss ergibt.

Für die Beurteilung, ob ein Verlust aus allen zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs droht, ist es erforderlich, die aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs am Abschlussstichtag noch zu erwartenden Zinserträge und Zinsaufwendungen, die direkt zuzuordnenden Gebühren und Provisionen sowie die voraussichtlich noch zur Bewirtschaftung des Bankbuchs erforderlichen Aufwendungen (das heißt zu erwartende Refinanzierungskosten, Kreditrisikokosten sowie Verwaltungskosten) einzubeziehen.

Die Ermittlung eines potenziellen Rückstellungsbedarfs orientiert sich an dem internen Management der Zinspositionen des Bankbuchs. Für offene Zinspositionen des Bankbuchs wird der barwertige Ansatz angewendet, ergänzt durch eine Analyse der historischen Kostendeckung von Risiko- und Verwaltungskosten durch Zinsüberschüsse für die gegen das Zinsänderungsrisiko abgesicherten Positionen.

Latente Steuern

Bestehen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, so wird eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung als passive latente Steuern beziehungsweise eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerentlastung als aktive latente Steuern in der Bilanz angesetzt. Steuerliche Verlustvorträge sind bei der Berechnung aktiver latenter Steuern in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung berücksichtigt.

Erwerb Eigener Aktien

Der Nennbetrag beziehungsweise der rechnerische Wert von erworbenen eigenen Anteilen wird in der Vorspalte offen von dem Posten Gezeichnetes Kapital abgesetzt und der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag oder dem rechnerischen Wert und den Anschaffungskosten der eigenen Anteile wird erfolgsneutral mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet.

Werden die eigenen Anteile wieder veräußert, entfällt der Abzug in der Vorspalte. Ein den Nennbetrag oder den rechnerischen Wert übersteigender Differenzbetrag aus dem Veräußerungserlös wird bis zur Höhe des mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechneten Betrags in die jeweiligen Rücklagen eingestellt. Ein darüber hinausgehender Differenzbetrag wird in die Kapitalrücklage eingestellt, wohingegen ein beim Verkauf entstehender Verlust die Gewinnrücklagen belastet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung folgt den in den §§ 256a und 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt, es sei denn, die Wechselkursänderung ist dauerhaft, so dass außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen sind. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Die Abgrenzung der Positionen in Fremdwährung, auf die Vorschriften zur besonderen Deckung nach § 340h HGB angewandt werden, berücksichtigt die internen Verfahren zur Risikosteuerung.

Die Behandlung der Ergebnisse aus der Fremdwährungsumrechnung richtet sich danach, ob es sich um Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestands, um besonders gedeckte oder nicht besonders gedeckte Geschäfte handelt. Im Falle des Handelsbestands sowie bei Bestehen besonderer Deckung werden sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge aus der Währungsumrechnung erfolgswirksam erfasst. Gleiches gilt für Fremdwährungsposten ohne besondere Deckung mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Demgegenüber werden bei Fremdwährungsposten, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, nur die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung dem Imparitätsprinzip entsprechend erfolgswirksam berücksichtigt. Die Umrechnungsergebnisse aus der Währungsumrechnung sind im Nettoergebnis des Handelsbestands und in sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen enthalten.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Kursdifferenzen aus der Währungsumrechnung von Bilanzposten innerhalb der Bank werden – mit Ausnahme von Währungskursverlusten aus der Umrechnung des den Auslandsfilialen zur Verfügung gestellten Dotationskapitals (einschließlich Ergebnisvorträgen) – erfolgsneutral den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

Erläuterungen zur Bilanz

Restlaufzeitengliederung der Forderungen

in Mio €	31.12. 2017	31.12. 2016
Andere Forderungen an Kreditinstitute ohne täglich fällige Forderungen	84.958	94.978
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	23.262	26.316
mehr als drei Monate bis ein Jahr	15.731	21.587
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	19.763	19.509
mehr als fünf Jahre	26.203	27.565
Forderungen an Kunden	231.600	274.089
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	126.124	154.441
mehr als drei Monate bis ein Jahr	23.717	23.938
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	53.548	68.588
mehr als fünf Jahre	26.305	26.428
mit unbestimmter Laufzeit	1.906	694

Wertpapiere

Die nachfolgende Tabelle gliedert die in den Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere auf.

in Mio €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.807	37.534	6.667	6.866
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	149	165	6	7
Beteiligungen	0	4	40	42
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	1.125	1.094

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 38,5 Mrd € werden 3,7 Mrd € in 2018 fällig.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, da eine langfristige Anlageabsicht besteht. Der Buchwert betrug zum Bilanzstichtag insgesamt 3.170 Mio €. Sie werden in zwei verschiedenen Portfolios gehalten. Das erste, mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 3.238 Mio € (Buchwert 3.113 Mio €), bezieht sich auf die strategische Liquiditätsreserve, die von Treasury verwaltet wird. Hierin sind erstklassige Staatsanleihen, sonstige supranationale und staatsnahe Anleihen enthalten, die Anfang Januar 2016 aus der Liquiditätsreserve umklassifiziert wurden, da keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsaktivität mehr bestand. Diese Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere des Anlagevermögens wurden mit ihrem unter dem Marktwert liegenden Bilanzwert zum damaligen Zeitpunkt reklassifiziert.

Im zweiten Portfolio sind vor allem Umwidmungen aus 2008 und 2009 enthalten, nachdem für diese Vermögensgegenstände bei stark verringerter Liquidität auf den entsprechenden Märkten keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand. Umgliederungen wurden mit dem niedrigeren Zeitwert am Umwidmungsstichtag vorgenommen. Der Substanzwert der Vermögensgegenstände überstieg zum Umwidmungszeitpunkt den geschätzten beizulegenden Zeitwert. Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden in getrennten Portfolios geführt. Der niedrigere beizulegende Zeitwert dieser Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren betrug zum Bilanzstichtag 46 Mio € (Buchwert 57 Mio €). Der niedrigere beizulegende Wert wird, soweit verfügbar, aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind.

Anteile an Investmentvermögen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Anteile an inländischen und ausländischen Investmentvermögen, deren Anteile zu mehr als 10 % gehalten wurden, nach Anlagezielen.

in Mio €	31.12.2017			
	Buchwert	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttung in 2017
Aktienfonds	380	380	0	0
Rentenfonds	124	124	0	0
Mischfonds	3.101	3.101	0	0
Währungsfonds	0	0	0	0
Rohstofffonds	0	0	0	0
Insgesamt	3.605	3.605	0	0

Die Anteile an den Investmentvermögen wurden im Handelsbestand gehalten. Die Buchwerte entsprachen den Marktwerten der Anteile. Die Investmentvermögen umfassten mehrheitlich von der Deutschen Bank aufgelegte Exchange Traded Funds.

Die Bedingungen für eine Verschiebung der Rücknahme von Fondsanteilen sind für die einzelnen Fonds unterschiedlich geregelt. Kriterien können dabei ein Mindestwert der Anteile oder die Entscheidung des Fondsmanagements sein. Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe beziehen sich auf Situationen, in denen zu viele Anleger ihre Anteile gleichzeitig zurückgeben möchten. In diesen Fällen können die Fonds die Rücknahme der Anteile bis zu einem Zeitpunkt verschieben, an dem die Rücknahme erfüllt werden kann.

Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 33,7 Mrd € betraf ausschließlich im Rahmen von Repogeschäften verpensierte Wertpapiere.

Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestands

Nachfolgende Tabelle gliedert den Handelsbestand der Aktivseite und Passivseite weiter auf

31.12.2017 in Mio €	Handelsbestand der Aktivseite	in Mio €	Handelsbestand der Passivseite
Derivative Finanzinstrumente	330.556	Derivative Finanzinstrumente	321.909
Forderungen	100.056	Verbindlichkeiten	198.004
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	63.614		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	97.605		
Sonstige Vermögensgegenstände	10.091		
Risikoabschlag	-166		
Insgesamt	601.755	Insgesamt	519.913

Die grundlegenden Annahmen, die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts mithilfe anerkannter Bewertungsmethoden zugrunde gelegt wurden, werden ausführlich im Abschnitt „Grundlagen und Methoden“ dargestellt.

Die nachfolgende Tabelle gliedert den Nominalbetrag der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten derivativen Finanzinstrumente, welche den Handelsderivaten entsprechen, nach Art und Umfang auf.

	31.12.2017
in Mio €	Nominalbetrag
Außerbörslich gehandelte Produkte	42.414.338
Zinsbezogene Geschäfte	34.486.122
Wechselkursbezogene Geschäfte	5.731.586
Kreditderivate	508.355
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	1.677.198
Sonstige Geschäfte	11.077
Börsengehandelte Produkte	6.180.967
Zinsbezogene Geschäfte	5.394.762
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	46.958
Wechselkursbezogene Geschäfte	700.208
Sonstige Geschäfte	39.039
Insgesamt	48.595.305

Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads und der Kreditausfälle beeinflusst.

Methoden der Ermittlung und Risikoabschlag

Die Berechnung des Risikoabschlags lehnt sich an das Modell zur Berechnung des regulatorischen Value-at-Risk an, in das die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente des Handelsbestands eingehen. Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden gegebenenfalls verschiedene Wertanpassungen beispielsweise für Liquiditätsrisiken vorgenommen, die im Abschnitt „Grundlagen und Methoden“ unter „Handelsaktivitäten“ detailliert dargestellt werden.

Der Berechnung des Value-at-Risk-Abschlags („VaR-Abschlag“) liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde. Der Beobachtungszeitraum beträgt 261 Handelstage.

Zusätzlich zum regulatorischen VaR-Abschlag wurde der Risikoabschlag um Risikobeträge im Zusammenhang mit dem eigenen Kreditrisiko der Bank ergänzt, die nicht von der VaR-Berechnung abgedeckt werden.

Der absolute Betrag des Risikoabschlags beträgt 166 Mio €.

Änderung der festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand

Innerhalb des Geschäftsjahres wurde keine Änderung der institutsintern festgelegten Kriterien zur Zuordnung zum Handelsbestand vorgenommen.

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände

in Mio €	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute	690	795
Forderungen an Kunden	126	138
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.261	382
Handelsbestand	4.131	9.231

Derivative Finanzinstrumente

Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte: Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes
- Wechselkursbezogene Geschäfte: Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Währungsswaps, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte
- Aktien-/Indexbezogene Geschäfte: Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes
- Kreditderivate: Credit Default Swaps (CDS), Total Return Swaps (TRS), Credit Linked Notes (CLN).

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertete derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Tabelle zeigt derivative Finanzinstrumente, die dem Bankbuch zugeordnet sind und daher grundsätzlich nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

in Mio €	31.12.2017				
	Nominal- betrag	Buchwert		Marktwert	
		positiv	negativ	positiv	negativ
Außerbörslich gehandelte-Produkte					
Zinsbezogene Geschäfte	588.655	476	699	2.525	2.430
Wechselkursbezogene Geschäfte	135.149	257	182	2.889	3.835
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	0	0	0	0	0
Kreditderivate	3.741	16	21	9	21
Sonstige Geschäfte	38	0	0	0	8
Insgesamt	727.583	750	902	5.424	6.294

Die Buchwerte der grundsätzlich nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente werden in den Sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise in den Sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Bewertungseinheiten

Die Deutsche Bank AG geht Bewertungseinheiten in Form von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts ein, um sich im Wesentlichen mittels Zinsswaps und Optionen gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Wertpapiere infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Kreditderivate im Bankbuch, die nicht als Kreditsicherheiten qualifizieren, werden gemäß Verlautbarung IDW RS BFA 1 in Bewertungseinheiten einbezogen.

Zusätzliche Risiken, welche durch in hybride Finanzinstrumente eingebettete Derivate eingegangen werden, werden in diesem Zusammenhang ebenfalls im Rahmen von einzelgeschäftszugehörigen Absicherungsbeziehungen abgesichert.

Neben den oben beschriebenen Sachverhalten sichert die Bank Warenrisiken mittels einzelgeschäftszugehöriger und portfoliobezogener Absicherungsbeziehungen ab.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Art der in die obigen Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte einschließlich der Höhe der mit den Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken. Für bilanzierte Vermögensgegenstände und Schulden ist ferner der Buchwert zum Bilanzstichtag angegeben.

in Mio €	31.12.2017	
	Buchwert	Höhe des abgesicherten Risikos
Abgesicherte Vermögensgegenstände, insgesamt	36.277	-202
Abgesicherte Verbindlichkeiten, insgesamt	111.459	-4.547
	Nominalbetrag	Höhe des abgesicherten Risikos
Nicht bilanzierte schwebende Geschäfte	80.306	285

Die Höhe des abgesicherten Risikos, falls negativ, entspricht dem kumulierten Rückgang des beizulegenden Zeitwerts für Vermögensgegenstände beziehungsweise dem kumulierten Anstieg des beizulegenden Zeitwerts für Verbindlichkeiten seit Eingang der Absicherungsbeziehung, die netto, nach Einbeziehung von Absicherungsgeschäften, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung reflektiert wurden. Ist die Höhe des abgesicherten Risikos positiv, so entspricht dies dem kumulierten Anstieg des beizulegenden Zeitwerts für Vermögensgegenstände beziehungsweise dem kumulierten Rückgang des beizulegenden Zeitwerts für Verbindlichkeiten, die netto, nach Einbeziehung von Absicherungsgeschäften, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung reflektiert wurden.

Die Deutsche Bank AG geht ferner grundsätzlich Devisentermingeschäfte und -swaps zur Absicherung der beizulegenden Zeitwerte gegen Währungsrisiken ihrer Filialen aus Dotationskapital und Ergebnisvorträgen ein, welche den Nettovermögenswert der einzelnen Filialen darstellen, der Währungsrisiken unterliegt. Der Buchwert dieser über Makrohedges abgesicherten Nettopositionen beläuft sich auf 29,8 Mrd €. Die Höhe des abgesicherten Risikos beträgt negative 740 Mio €. Der endgültige Ausgleich der gegenläufigen Kassakursveränderung findet bei Rückzahlung des Dotationskapitals statt.

In den Fällen, in denen die Kontraktbedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument exakt gegenläufig sind, erfolgen sowohl die prospektive Effektivitätsbeurteilung als auch die rückwirkende Ermittlung der Unwirksamkeit der Bewertungseinheit durch Vergleich der Vertragsbedingungen. Ansonsten stehen der Bank statistische Methoden und die Regressionsanalyse zur Effektivitätsbeurteilung zur Verfügung. Zur Messung der Unwirksamkeit der Sicherungsbeziehungen stellt die Deutsche Bank AG die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten einander betragsmäßig gegenüber (Dollar-Offset-Methode). Die Sicherungsbeziehungen werden in der Regel über die verbleibende Restlaufzeit des abzusichernden Grundgeschäfts gebildet.

Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute	82.516	112.928	0	0
Forderungen an Kunden	57.427	74.963	20	255
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.291	1.455	3	7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	95.030	97.012	1	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.066	41.592	36	66
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.023	1.163	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	5.194	6.027	0	0

Die vollständige Anteilsbesitzliste der Deutschen Bank AG (inklusive Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden, und Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet) ist in der Anhangangabe „Anteilsbesitz“ ersichtlich.

Treuhandgeschäfte

in Mio €	Treuhandvermögen		in Mio €	Treuhandverbindlichkeiten	
	31.12.2017	31.12.2016		31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden	14	39	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7	9	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29	58
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3	4			
Beteiligungen	4	4			
Sonstige Vermögensgegenstände	1	2			
Insgesamt	29	58	Insgesamt	29	58

Anlagevermögen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens.

in Mio €	Anschaffungs-/Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwert	
	Stand	Zugänge	Abgänge	kumuliert	davon lfd. Jahr	davon Abgänge	Stand	Stand
	1.1.2017						31.12.2017	31.12.2016
Immaterielle Anlagewerte	6.316	1.075	130	3.215	878	70	4.046	4.007
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	4.523	1.050 ¹	123	2.171	726	66	3.279	3.109
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.097	24	7	365	143	3	749	870
Geschäfts- oder Firmenwert	697	0	0	678	10	0	19	28
Geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	2.692	356	107	1.916	235	93	1.025	939
Grundstücke und Gebäude	93	0	13	24	2	5	56 ²	63
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.586	356	93	1.888	229	88	961	865
Leasinggeschäft	13	0	0	5	4	0	8	11
			Veränderung					
Beteiligungen			87				474	387
Anteile an verbundenen Unternehmen			-488 ³				43.561	44.049
Geldmarktpapiere			-24				0	24
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			-101				3.170	3.271
davon einbezogen in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB			0				0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			-5				0	5
davon einbezogen in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB			0				0	0

Von der nach § 34 Absatz 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursänderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1. Januar 2017) sowie bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt.

¹ Zugänge zu selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechten und ähnlichen Rechten und Werten entfallen auf selbsterstellte Software.

² Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von 56 Mio € wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

³ Der Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen ging um 488 Mio € auf 43,6 Mrd € zurück. Zugängen im Anteilsbestand in Höhe von 2,9 Mrd € standen Abgänge in Höhe von 3,4 Mrd € gegenüber. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus Kapitalreduzierungen in Höhe von 1,3 Mrd €, Währungsumrechnungseffekten in Höhe von 1,1 Mrd € und Nettoabschreibungen in Höhe von 677 Mio €. Dieser wurde zum Teil durch Kapitalerhöhungen in Höhe von 2,6 Mrd € kompensiert.

Immaterielle Anlagewerte

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 15 Jahren abgeschrieben. Diese wird insbesondere durch ökonomische und organisationspezifische Faktoren wie die zukünftigen Wachstums- und Gewinnerwartungen, die Art und Dauer von Synergieeffekten, die Nutzbarkeit von Kundenbeziehungen und den Mitarbeiterstamm des erworbenen Geschäfts bestimmt. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben, die bis zu 10 Jahren beträgt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 5,9 Mrd € wurden im Wesentlichen nachschüssige Zahlungen aus Swapgeschäften in Höhe von 2,1 Mrd €, Forderungen aus Gewinnabführungsverträgen in Höhe von 1,3 Mrd € sowie Steuererstattungsansprüche an Finanzämter in Höhe von 1,0 Mrd € ausgewiesen.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von 20 Mio € enthalten.

Latente Steuern

Latente Steuern werden für zeitliche Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt, die sich voraussichtlich in späteren Geschäftsjahren umkehren. Dabei werden nicht nur zeitliche Differenzen aus den eigenen Bilanzposten einbezogen, sondern auch solche, die bei Organtöchtern beziehungsweise Personengesellschaften bestehen, an denen die Deutsche Bank AG als Gesellschafterin beteiligt ist. Die Deutsche Bank AG – Filiale New York erhält auf Basis eines Steuerumlagevertrags Ausgleichszahlungen für aktive latente Steuern auf zeitliche Differenzen sowie auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvträge und noch nicht genutzte Steuergutschriften. Zusätzlich sind bei der Berechnung aktiver latenter Steuern steuerliche Verlustvträge in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung zu berücksichtigen. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Deutschen Bank AG von aktuell 31,3 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag.

Abweichend hiervon werden latente Steuern aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei deutschen Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes bewertet, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet; dieser beträgt derzeit 15,83 %.

Latente Steuern in ausländischen Betriebsstätten werden mit den dort geltenden statutarischen Steuersätzen bewertet, deren Bandbreite sich hauptsächlich zwischen 20 % und 38 % bewegt.

Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine bilanzierte aktive latente Steuer in Höhe von 2,4 Mrd €. Maßgeblich hierfür war neben der Deutsche Bank AG „Inlandsbank“ inklusive der hierin abgebildeten latenten Steuer für Organtöchter, die Filiale New York und die Filiale London. Sie beruht im Wesentlichen auf Verlustvträgen und auf temporären Wertunterschieden, die überwiegend aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden im Zusammenhang mit mitarbeiterbezogenen Verpflichtungen und vorgenommenen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert für Kreditportfolios und das Handelsbuch resultieren.

Restlaufzeitengliederung der Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	120.381	125.253
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	58.256	52.105
mehr als drei Monate bis ein Jahr	38.706	21.157
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13.980	42.634
mehr als fünf Jahre	9.438	9.357
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	1.106	1.171
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	507	507
mehr als drei Monate bis ein Jahr	587	640
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	11	24
mehr als fünf Jahre	0	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	102.319	87.514
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	52.233	43.704
mehr als drei Monate bis ein Jahr	29.772	24.266
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	11.199	11.035
mehr als fünf Jahre	9.114	8.510
Andere verbriefte Verbindlichkeiten	10.149	6.800
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	4.697	2.573
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.433	4.223
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20	4
mehr als fünf Jahre	0	0

Von den begebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 90,5 Mrd € werden in 2018 14,7 Mrd € fällig.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragenen wurden

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

in Mio €	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.522	5.971
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14.798	10.260
Verbindlichkeiten im Handelsbestand	4.896	2.766
Andere Verbindlichkeiten	957	383

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 7,7 Mrd € umfassten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Veräußerungen von Vermögensgegenständen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllten, in Höhe von 3,9 Mrd €, Betriebsaufwendungen für den operativen Bereich in Höhe von 1,0 Mrd €, Effekte aus der Fremdwährungsumrechnung auf Dotationskapital und Gewinnvorräte in Höhe von 689 Mio € sowie Verbindlichkeiten aus besonders gedeckten Fremdwährungspositionen gemäß § 340h HGB in Höhe von 507 Mio €.

Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Deutsche Bank AG bietet ihren Mitarbeitern Leistungen für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Folgenden Pensionspläne genannt) an. Dies umfasst sowohl beitragsdefinierte als auch leistungsdefinierte Zusagen.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten dieser Pläne befindet sich in Deutschland. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Der Bewertungsstichtag für alle leistungsdefinierten Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß des Verfahrens der laufenden Einmalprämien bewertet. Diese Bewertung beinhaltet versicherungsmathematische Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehalts- und Rentensteigerungen sowie Inflationsraten. Die Festsetzung der Diskontierungszinssätze folgt den Regelungen des § 253 Absatz 2 HGB.

Zugrunde gelegte versicherungsmathematische Annahmen	31.12.2017	31.12.2016
Diskontierungszinssatz	3,56 %	3,90 %
Inflationsrate	1,80 %	1,60 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	2,30 %	2,10 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,70 %	1,50 %
Wahrscheinlichkeiten zur Lebenserwartung/Invalidisierung	Richttafeln Heubeck 2005 G	Richttafeln Heubeck 2005 G

Die Verpflichtungen aus diesen leistungsdefinierten Versorgungszusagen sind zumeist durch Deckungsvermögen unterlegt. Für überdotierte Verpflichtungen wird in der Bilanz ein aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen. Im Fall einer Unterdotierung oder für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen der Bank werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Für beitragsdefinierte Pensionszusagen in Deutschland, wo die Deutsche Bank AG mit anderen Finanzinstituten Mitgliedsunternehmen des BVV ist, gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers, welche die Pensionsleistungen und deren gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungen umfasst.

Darüber hinaus gibt es Rückstellungen für weitere ähnlich langfristige Verpflichtungen, vornehmlich in Deutschland, beispielsweise für Dienstjubiläen oder Vorruhestandsvereinbarungen. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

in Mio €	Pensionspläne	
	31.12.2017	31.12.2016
Pensionsverpflichtung	4.848	4.604
Angenommene Pensionsverpflichtung bei Anwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinses	5.371	5.041
Durch den Unterschied im Durchschnittszins erfasster Ertrag	524	437
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	5.746	5.705
davon:		
Anschaffungskosten des Deckungsvermögens	5.356	5.327
Summe nicht realisierter Gewinne des Deckungsvermögens	390	377
Überdeckung am Jahresende (Saldo)	898	1.101
Nettobilanzwert Vermögen	898	1.101
davon:		
bilanziert als Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	944	1.149
bilanziert als Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	46	48

Wie im Vorjahr ergibt sich durch die Anwendung der aktualisierten Bewertungsprinzipien gemäß § 253 Absatz 6 HGB ein Bewertungsunterschied durch den in den Finanzkennzahlen genutzten 10-Jahres-Durchschnittszinssatz und dem 7-Jahres-Durchschnittszinssatz. Die Differenz in Höhe von 524 Mio € wurde seit 1. Januar 2016 als Ertrag erfasst und fließt in die Berechnung der Ausschüttungssperre ein.

in Mio €	Pensionspläne	
	2017	2016
Erträge des Planvermögens	29	372
Zinsaufwand der Pensionsverpflichtung	353	102
Nettozinsertrag/-aufwand (-)	-324	270
davon: erfasst als Sonstige betriebliche Erträge	0	274
davon: erfasst als Sonstige betriebliche Aufwendungen	324	4

Sonstige Rückstellungen

in Mio €	31.12.2017
Rückstellungen für drohende Verluste	677
Rückstellungen im Kreditgeschäft	347
Übrige sonstige Rückstellungen	4.092
Gesamtbetrag der sonstigen Rückstellungen	5.116

Die Übrigen Sonstigen Rückstellungen wurden für die folgenden Risiken gebildet:

Personalarückstellungen bilden zusätzliche Komponenten der Mitarbeitervergütung ab. Diese Bestandteile bestehen aus variabler und aufgeschobener Vergütung, aktienbasierter Vergütung, Mitarbeiteransprüchen aus Vorruhestandsregelungen und weiteren Verpflichtungen. Der zurückgestellte Betrag beläuft sich auf 2,1 Mrd €.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen Nichterfüllung rechtlicher oder aufsichtsbehördlicher Verantwortlichkeiten, was dazu geführt hat oder führen könnte, dass eine Einschätzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtsinrichtungen, selbstregulierender Organisationen oder sonstiger Aufsichtsbehörden vorgenommen wird. Die Rückstellungen für dieses Risiko betragen 733 Mio € zum Jahresende 2017.

Zivilrechtliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund der behaupteten Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren oder aufsichtsrechtlichen Verfahren führen oder führen könnten. Die Rückstellungen für dieses Risiko betragen 585 Mio € zum Jahresende 2017.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für zivilrechtliche und regulatorische Rechtsstreitigkeiten, die in einer separaten Rückstellungsart dargestellt werden. Die Rückstellungen für dieses Risiko betragen 250 Mio € zum Jahresende 2017.

Ein Operationelles Risiko ist das Risiko eines Verlustes, welches durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entsteht. Die für die Zwecke dieser Ermittlung verwandte Definition von operationellen Rückstellungen unterscheidet sich von der des Risikomanagements, da hier keine Verluste aus zivilrechtlichen Verfahren oder Fragen im Zusammenhang mit der aufsichtsbehördlichen Durchsetzung berücksichtigt werden. Im Risikomanagement ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos, da Zahlungen an Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren und aufsichtsrechtlichen Verfahren Verlustereignisse aufgrund operationeller Defizite begründen, Geschäfts- und Reputationsrisiken sind jedoch ausgeschlossen.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Zur Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit wird der Konzern in den kommenden Jahren Kosten, Redundanzen und Komplexität in erheblichem Umfang verringern. Die Rückstellungen für diese Aktivitäten betragen 139 Mio € zum Jahresende 2017.

Weitere Übrige Rückstellungen bestehen in Höhe von 330 Mio € zum Jahresende 2017.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten werden in Form von festverzinslichen und variabel verzinslichen Wertpapieren, Namens- und Inhaberschuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen begeben und haben Ursprungslaufzeiten von mehrheitlich zwischen zehn und 30 Jahren.

Die Deutsche Bank AG ist in keinem Fall verpflichtet, nachrangige Mittelaufnahmen vorzeitig zurückzuzahlen, wobei in bestimmten Fällen eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin möglich ist. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Die Umwandlung dieser Mittel in bilanzielles Eigenkapital oder eine andere Schuldform ist in den Anleihebedingungen nicht vereinbart. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die nachstehende Tabelle zeigt wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten ab einem Gegenwert von 1,0 Mrd €

Währung	Betrag in Mio	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Fälligkeit/nächster Kündigungstermin
€	1.095	Inhaberschuldverschreibung	2010	5,000 %	24.06.2020 ¹
U.S.\$	1.500	Namensschuldverschreibung	2013	4,296 %	24.05.2023 ²
€	1.000	Namensschuldverschreibung	2008	8,000 %	15.05.2018 ²
U.S.\$	1.385	Namensschuldverschreibung	2008	8,050 %	30.06.2018 ²
U.S.\$	1.975	Namensschuldverschreibung	2008	7,600 %	20.02.2018 ³
€	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2015	2,750 %	17.02.2025 ¹
U.S.\$	1.500	Inhaberschuldverschreibung	2015	4,500 %	01.04.2025 ¹

¹ Fälligkeit der Schuldverschreibungen. Die Schuldverschreibungen beinhalten die Möglichkeit außerordentlicher Kündigung in Abhängigkeit der Zustimmung von Aufsichtsbehörden oder von Änderungen in der Steuergesetzgebung.

² Vorzeitige Fälligkeit der Schuldverschreibungen bei Kündigung.

³ Fälligkeit der Schuldverschreibung, die am 17. Januar 2018 gekündigt wurde.

Die Aufwendungen (inklusive Ergebnis aus derivativen Sicherungsinstrumenten) für die gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 12,1 Mrd € beliefen sich in 2017 auf insgesamt 370 Mio €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 216 Mio € sind unter dem Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Im Jahr 2014 hat die Deutsche Bank AG Zusätzliche Tier-1-Anleihen („Anleihen“) in Höhe von 4,7 Mrd € begeben. Seitdem wurden keine weiteren Anleihen emittiert.

Die Zusätzlichen AT1-Anleihen stellen unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank dar. Die Zinszahlungen für diese Anleihen bemessen sich an deren Nominalbetrag und sind für den Zeitraum vom Ausgabebetrag bis zum ersten möglichen vorzeitigen Rückzahlungstag fix. Danach wird der Zinssatz für jeweils fünf Jahre neu festgelegt. Die Anleihebedingungen beinhalten Regelungen, nach denen die Deutsche Bank sowohl verpflichtet werden kann, als auch das umfassende Recht zur alleinigen Entscheidung hat, jederzeit Zinszahlungen entfallen zu lassen. Zinszahlungen sind nicht kumulativ und werden in Folgejahren nicht höher ausfallen, um etwaige ausgefallene Zinszahlungen aus Vorjahren nachzuholen. Die Anleihen haben kein Fälligkeitsdatum. Sie können von der Deutschen Bank zum ersten möglichen vorzeitigen Fälligkeitsdatum gekündigt werden und danach alle fünf Jahre. Des Weiteren können sie unter bestimmten Bedingungen vorzeitig gekündigt werden. Die Anleihen unterliegen den im jeweiligen Prospekt ausgeführten Bedingungen, die unter anderem beinhalten, dass die Deutsche Bank die Anleihen nur ganz und nicht teilweise kündigen kann, sofern dafür bestimmte aufsichtsrechtliche oder steuerliche Gründe vorliegen. Jede vorzeitige Kündigung bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde. Der Rückzahlungs- und der Nominalbetrag der Anleihen kann bei Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts vermindert werden. Einen solchen auslösenden Sachverhalt stellt es dar, wenn die Tier-1-Kernkapitalquote des Deutsche Bank-Konzerns, berechnet auf konsolidierter Basis, unter 5,125 % fällt. Die Anleihen können nach Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts unter bestimmten Bedingungen wieder zugeschrieben werden.

Per 31. Dezember 2017 belief sich der Bilanzwert der Anleihen auf 4,8 Mrd € gegenüber 5,1 Mrd € am Ende des Vorjahres. Der Rückgang des Bilanzwertes ist auf Wechselkurseffekte zurückzuführen. Der auf die Anleihen entfallende Zinsaufwand für das Jahr 2017 betrug 318 Mio €. Darin enthalten war per 31. Dezember 2017 abgegrenzter Zinsaufwand von 213 Mio €, der in den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen ist.

Am 31. Dezember 2017 ausstehende Zusätzliche Tier-1-Anleihen

Währung	Betrag in Mio	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Früheste Kündigungsmöglichkeit
€	1.750	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	6,000 %	30.04.2022
U.S.\$	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	6,250 %	30.04.2020
Britische Pfund	650	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	7,125 %	30.04.2026
U.S.\$	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	7,500 %	30.04.2025

Fremdwahrung

Der Gesamtbetrag der Vermogensgegenstande in Fremdwahrung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 750,3 Mrd €, derjenige der Schulden auf umgerechnet 493,7 Mrd €.

Eigenkapital

Eigene Aktien

Verteilt über das Jahr 2017 haben die Bank beziehungsweise mit ihr verbundene Unternehmen für Handelszwecke 462.690.358 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 462.610.015 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen veräußert. Der Erwerb Eigener Aktien stützte sich auf die von der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 erteilten sowie der von der Hauptversammlung am 18. Mai 2017 erneuerten Ermächtigungen gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG, deren Schranken bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten wurden. Der durchschnittliche Kaufpreis betrug 16,14 €, der durchschnittliche Verkaufspreis 16,14 € je Stückaktie. Das Ergebnis wurde in der Kapitalrücklage berücksichtigt.

Die im Verlauf von 2016 insgesamt für Handelszwecke umgesetzten Eigenen Aktien entsprachen rund 22 % des Grundkapitals. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 0,06 %, der tägliche Durchschnittsbestand auf 0,01 % des Grundkapitals.

Ferner wurde die Bank durch Beschlüsse der Hauptversammlungen am 18. Mai 2017 sowie am 19. Mai 2016 ermächtigt, Eigene Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Die in diesen Beschlüssen gesetzten Schranken wurden bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten. Die durch die Hauptversammlung am 19. Mai 2016 erteilte und bis zum 30. April 2021 befristete Ermächtigung zum Erwerb Eigener Aktien wurde ab Wirksamwerden der Ermächtigung vom 18. Mai 2017 aufgehoben. Diese neue Ermächtigung gilt bis zum 30. April 2022.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 18. Mai 2017 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen oder Terminkaufvertrgen durchzuführen. Die Schranken beim Einsatz solcher Derivate wurden bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten.

Am Jahresende 2017 hatte die Deutsche Bank AG 174.370 Stück Eigene Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG im Bestand. Der Bestand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 108.089 Stück; das sind 0,01 % des Grundkapitals. Der Bank und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren am 31. Dezember 2017 7.598.801 Stück Deutsche Bank-Aktien als Kreditsicherheit verpfändet (Ende 2016: 5.089.000 Stück), das sind 0,37 % (Ende 2016: 0,37 %) des Grundkapitals.

Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 2.066.773.131 Stückaktien, die auf den Namen lauten. Damit ergibt sich ein rechnerischer Nominalwert in Höhe von 2,56 € pro Aktie. Im April 2017 wurden 687.500.000 neue Aktien aus genehmigtem Kapital mit Bezugsrechten gegen Bareinlage ausgegeben. Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2017 auf 2.066.490.672 Stück (Ende 2016: 1.379.174.241 Stück). Die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 1.895.158.284 Stück.

in €	Gezeichnetes Kapital ¹	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2016	3.530.939.215,36	1.760.000.000,00	486.400.000,00
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage	1.760.000.000,00	-1.760.000.000,00	0
Aufhebung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 18. Mai 2017	0	0	-486.400.000,00
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 18. Mai 2017	0	2.560.000.000,00	563.200.000,00
Stand 31.12.2017	5.290.939.215,36	2.560.000.000,00	563.200.000,00

¹ Inklusiv Nominalwert der Eigenen Aktien.

Einzelheiten zu dem genehmigten und noch ausübbaren bedingten Kapital sind in den Angaben nach § 289 Absatz 4 HGB dargestellt.

Veränderung des Eigenkapitals

in Mio €		
Stand 31.12.2016		46.067
Ausschüttung in 2017		-392
Gewinnvortrag		-55
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage		
– Erhöhung des gezeichneten Kapitals	1.760	
– Einstellung in die Kapitalrücklage	6.277	8.037
Eigene Anteile		
– Veränderung Nominalwert im gezeichneten Kapital	-0	
– Veränderung Anschaffungskosten	-6	
– Realisierte Gewinne (Nicht-Handel)	0	
– Realisiertes Ergebnis (Handel)	7	
– Realisierte Verluste (Nicht-Handel)	-15	-14
Einstellung in andere Gewinnrücklagen		300
Bilanzgewinn 2017		399
Stand 31.12.2017		54.343

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 55 Mio € sowie der Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 300 Mio € belief sich der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2017 auf 399 Mio €. Die Bank wird der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 11 € Cent je Stückaktie zu zahlen und den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Außerbilanzielle Transaktionen

Unter dem Bilanzstrich weist die Bank Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen aus, soweit für diese keine Rückstellungen gebildet wurden. Die Entscheidung, ob ein Ausweis der Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen außerhalb der Bilanz oder durch Rückstellungsbildung erfolgt, wird nach dem Ergebnis der Einschätzung des Kreditrisikos getroffen. Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen werden ferner um als Verbindlichkeiten bilanzierte erhaltene Barsicherheiten gekürzt.

Das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme von Eventualverbindlichkeiten wird durch die bestehenden Rückgriffsmöglichkeiten auf den jeweiligen Auftraggeber reduziert und beruht damit im Wesentlichen auf dem Kreditrisiko der Auftraggeber.

Die Bank schätzt vor dem verbindlichen Eingehen ihrer Verpflichtung im Rahmen einer Kreditprüfung des Auftragsgebers sowie gegebenenfalls anhand einer Bewertung der erwarteten Erfüllung der zugrunde liegenden Verpflichtungen durch den jeweiligen Auftraggeber das Verlustrisiko ab, das aus der Inanspruchnahme einer Eventualverbindlichkeit oder von einer unwiderruflichen Kreditzusage resultiert. Darüber hinaus überprüft die Bank während der Laufzeit ihrer Verpflichtungen regelmäßig, ob aus Inanspruchnahmen der Eventualverbindlichkeiten oder der unwiderruflichen Kreditzusagen Verluste zu erwarten sind. Unter Umständen verlangt die Bank die Stellung von Sicherheiten, um das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme zu mindern. Die im Rahmen dieser Beurteilungen abgeschätzten Verlustbeträge werden in der Bilanz als Rückstellungen erfasst.

Eventualverbindlichkeiten

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt die Deutsche Bank AG im Auftrag ihrer Kunden regelmäßig Bürgschaften, Akkreditive und Kredithaftungen. Im Rahmen dieser Verträge ist es für die Deutsche Bank AG erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen gemäß Vertrag nicht erfüllt. Für diese Haftungsverhältnisse ist der Bank im Einzelnen nicht bekannt, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme erfolgen wird. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, erfolgt eine Rückstellungsbildung.

In der nachfolgenden Tabelle werden die gesamten potenziellen Zahlungen aus Bürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen dargestellt. Die Übersicht zeigt die Maximalbeträge der möglichen Inanspruchnahme der Deutschen Bank AG, wenn sämtliche eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müssten und gleichzeitig sämtliche Rückgriffsmöglichkeiten auf die Auftraggeber nicht erfüllt werden. Die Tabelle bildet insofern nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme auslaufen oder entstehende Inanspruchnahmen durch Rückgriff auf die Auftraggeber ausgeglichen werden.

in Mio €	31.12. 2017	31.12. 2016
Bürgschaften, Garantien	37.418	38.750
Akkreditive	4.044	4.263
Kredithaftungen	6.051	7.576

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen am 31. Dezember 2017 in Höhe von 115,5 Mrd € betreffen 114,4 Mrd € Zusagen von Buch- und Wechselkrediten an Nichtbanken.

Die Deutsche Bank AG gewährt unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen ihrer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Deutsche Bank widerrufen werden können. Diese Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen gezeigt. Die oben genannten Beträge stellen nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme dar, da viele dieser Verträge ohne Inanspruchnahme auslaufen. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden nicht in der Bilanz ausgewiesen, aber bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, erfolgt eine Rückstellungsbildung.

Die Deutsche Bank AG unterhält verschiedene Geschäftsbeziehungen zu sogenannten Zweckgesellschaften („SPEs“), die einen bestimmten Geschäftszweck erfüllen sollen. SPEs dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögensgegenständen und Risiken zu ermöglichen sowie den Kunden durch die Verbriefung von finanziellen Vermögensgegenständen Zugang zu liquiden Märkten zu verschaffen. In der Regel profitiert die Deutsche Bank AG von Dienstleistungsgebühren oder Provisionserträgen, die sie für die Gründung von SPEs erhält, oder weil sie als Investment Manager, Depotbank oder in einer anderen Funktion agiert. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Generell können verschiedenste Arten von Geschäftsbeziehungen zu SPEs bestehen. Die Deutsche Bank AG hat primär Liquiditätsfazilitäten ausgereicht, die als unwiderrufliche Kreditzusagen in den Anderen Verpflichtungen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden. Die Deutsche Bank AG stellt den SPEs finanzielle Unterstützung bereit in Verbindung mit Commercial-Paper-Conduits-Programmen, der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitizations), Investmentanteilen und Immobilienleasing. Solche Zweckgesellschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Funktionieren etlicher wichtiger Teile der Kapitalmärkte einschließlich der Märkte für durch Grundpfandrechte und andere Vermögensgegenstände unterlegte Wertpapiere (Asset-backed Securities), da sie Investoren im Rahmen der Verbriefungsprogramme den Zugang zu spezifischen Zahlungsströmen und Risiken ermöglichen. Zum 31. Dezember 2017 hatten diese Vereinbarungen keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Kreditvereinbarungen, Kapitalquoten, Bonitätseinstufungen sowie Dividenden.

Sonstige Verpflichtungen

Kaufverpflichtungen sind rechtlich durchsetzbare und bindende Vereinbarungen, Waren oder Dienstleistungen zu festgesetzten Konditionen wie Mindestabnahmemengen oder Festpreisen zu erwerben. Aus solchen Verträgen besteht für die Deutsche Bank AG das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten höher sind als der ökonomische Nutzen. Die Bank überprüft im Rahmen der Jahresabschlusserstellung, ob Verluste aus sonstigen Verpflichtungen drohen. In solchen Fällen wird eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

Die Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 1,5 Mrd € und beinhalten zukünftige Zahlungen unter anderem für Informationstechnologie und Gebäudemanagement.

Leasingverträge liegen vor, wenn der Eigentümer (Leasinggeber) eines Vermögensgegenstands für einen bestimmten Zeitraum das Recht zur Nutzung des Vermögensgegenstands an eine andere Partei (Leasingnehmer) gegen regelmäßige Zahlungen überträgt. Leasingverträge werden als Operating Lease klassifiziert, wenn die Verträge ein begrenztes oder unbegrenztes Recht zur Kündigung durch den Leasingnehmer vorsehen. Die Mehrheit der Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Vermögensgegenstand einhergehen, verbleibt beim Leasinggeber; der Leasingnehmer bleibt wirtschaftlicher Eigentümer. Verträge über Operating Lease bieten eine Alternative zum Eigentum, da sie dem Leasingnehmer ermöglichen, einen Vermögensgegenstand zu nutzen, ohne direkt in den Vermögensgegenstand zu investieren. Die bestehenden Verpflichtungen der Deutschen Bank aus Operating Lease schließen Miet- und Pachtverträge für Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung ein. Die Mehrheit der Leasingverträge sind Gebäudeleasings, bei denen die Deutsche Bank Leasingnehmer ist. Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen zum 31. Dezember 2017 3,0 Mrd € (145 Mio € gegenüber verbundenen Unternehmen) bei Restlaufzeiten von bis zu 29 Jahren.

Per 31. Dezember 2017 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung – einschließlich der Neuzusagen im März 2018 – auf 1,1 Mrd €.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2017 auf 114 Mio €, davon 15 Mio € gegenüber einem verbundenen Unternehmen und 97 Mio € gegenüber assoziierten Unternehmen.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31. Dezember 2017 auf insgesamt 0,1 Mio €.

Gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat die Deutsche Bank sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von durch sie beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Des Weiteren hat sich die Deutsche Bank AG gemäß § 3 Absatz 1a des Statuts des Einlagensicherungsfonds für Bank-Bausparkassen verpflichtet, den Fachverband für Bank-Bausparkassen e. V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Deutschen Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main, anfallen.

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Bankenabgabe bezüglich des Single Resolution Fonds sowie der gesetzlichen Deutschen Einlagensicherung beliefen sich auf 319 Mio €.

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit unserer Auslandsfilialen waren Sicherheitsleistungen aufgrund gesetzlicher Regelungen von 1,6 Mrd € erforderlich.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 18,5 Mrd €.

Es bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 9 Mio €, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, stehen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags des Handelsbestands und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Absatz 2 RechKredV zu folgender Übersicht:

in Mio €	2017	2016
Bundesrepublik Deutschland	9.475	5.857
Europa ohne Deutschland	10.122	12.963
Amerika	4.904	4.274
Afrika/Asien/Australien	3.292	3.661
Insgesamt	27.793	26.755

Der Anstieg der Erträge in der Bundesrepublik Deutschland ist im Wesentlichen auf das verbesserte Handelsergebnis zurückzuführen. Hierzu teilweise gegenläufig waren verminderte Provisions- und Zinserträge. Der Rückgang der Erträge in Europa ohne Deutschland ist im Wesentlichen auf ein vermindertes Handelsergebnis zurückzuführen.

Zinserträge und Zinsaufwendungen

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften beinhalteten 605 Mio € negative Zinsen, das heißt Zinsaufwendungen auf Ausleihungen. Diese negativen Zinserträge entfielen im Wesentlichen auf Forderungen an Kreditinstitute und Handelsaktiva. Zinsaufwendungen beinhalteten 359 Mio € negative Zinsen, das heißt Zinserträge aus Verbindlichkeiten, im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 2,4 Mrd € umfassten im Wesentlichen die Wertveränderungen aus Nichthandelsderivaten in Höhe von 926 Mio €, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 729 Mio € sowie Erträge aus der Währungsumrechnung der Bilanzbestände von 118 Mio €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 2,8 Mrd € beinhalteten Wertveränderungen aus Nichthandelsderivaten in Höhe von 814 Mio €, Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen in Höhe von 768 Mio €, Aufwendungen im Zusammenhang mit leistungsdefinierten Versorgungszusagen an Mitarbeiter in Höhe von 324 Mio € sowie Aufwendungen aus der Währungsumrechnung der Bilanzbestände von 220 Mio €.

Außerordentliches Ergebnis

Außerordentliche Erträge in Höhe von 0,4 Mio € resultieren aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen (2016: 3,4 Mio € Erträge aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen). Außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 64,4 Mio € stehen im Zusammenhang mit Restrukturierungsaktivitäten (2016: Aufwendungen von 309,0 Mio €).

Aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von minus 64,0 Mio € (2016: minus 305,6 Mio €).

Angabe zu ausschüttungsgesperrten Beträgen im Sinne der §§ 253 Absatz 6 und 268 Absatz 8 HGB

Nachfolgende Tabelle zeigt die bei der Gewinnausschüttung zu beachtenden Beträge nach § 268 Absatz 8 HGB und nach § 253 Absatz 6 HGB. Nach der letztgenannten Regelung ist die Differenz aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen mit Durchschnittszinsen, gebildet aus Zeiträumen von 7 und 10 Jahren, zu ermitteln. Wir verweisen auf unsere Erläuterungen zur Bilanz, Abschnitt Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Bei der Deutschen Bank AG entsprechen die nach Gewinnausschüttung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen zuzüglich des Bilanzgewinns mindestens der Summe der zu beachtenden Beträge. In den einzelnen Positionen sind, falls vorhanden, die passiv gebildeten latenten Steuern berücksichtigt. Deshalb können die Beträge vom Bilanzausweis abweichen.

in Mio €	31.12. 2017	31.12. 2016
Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	3.075	2.941
Aktivierung latenter Steuern	2.743	2.607
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	384	365
Unterschiedsbetrag aus der Abzinsung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen	360	300
Summe der ausschüttungsgesperrten Beträge	6.562	6.213

Anteilsbesitz

- 156 Unternehmen, an denen mehr als 20 % der
Kapitalanteile gehalten werden
- 170 Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften,
bei denen die Beteiligung 5 % der
Stimmrechte überschreitet

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz der Deutschen Bank AG gemäß § 285 Nummer 11 HGB einschließlich der Angaben nach § 285 Nummer 11a HGB. Nach § 286 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, soweit sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank AG von untergeordneter Bedeutung sind.

Fußnoten:

- 1 Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres 2016; Zahlen des lokalen Abschlusses für das Geschäftsjahr 2017 liegen noch nicht vor.
- 2 Ergebnisabführungsvertrag, keine Angabe zum Ergebnis.
- 3 Eigenkapital und Ergebnis des Teilkonzerns. Die folgenden Gesellschaften mit vorangestelltem Strich gehören zum Teilkonzern; ihr Eigenkapital und ihr Ergebnis sind in den Teilkonzernzahlen enthalten.
- 4 Stellung als unbeschränkt haftender Gesellschafter gemäß § 285 Nummer 11a HGB.
- 5 General Partnership.
- 6 Im Geschäftsjahr 2017 gegründete Gesellschaft, daher noch kein Abschluss verfügbar.
- 7 Konzernabschluss nach IFRS.
- 8 Rumpfgeschäftsjahr.

Unternehmen, an denen mehr als 20 % der Kapitalanteile gehalten werden

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
1	ABATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
2	ABRI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
3	AC VI Initiatoren GmbH & Co. KG	München		25,0		
4	Acacia (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
5	Acamar Holding S.A.	Luxemburg		95,0		
6	Accounting Solutions Holding Company, Inc.	Wilmington		100,0		
7	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
8	ACHTUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
9	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
10	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
11	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
12	Adara S.A.	Luxemburg		95,0		
13	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
14	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
15	ADMANU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
16	Agena S.A.	Luxemburg		95,0		
17	AGLOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
18	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
19	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		26,9	231,8	22,9
20	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
21	Alfred Herrhausen Gesellschaft - Das internationale Forum der Deutschen Bank - mbH	Berlin		100,0		
22	ALMO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
23	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
24	Amber Investments S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
25	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
26	APUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
27	Argantis GmbH i.L.	Köln		50,0		
28	ATAUT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
29	Atena SPV S.r.l	Conegliano		60,0		
30	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
31	Baigo Capital Partners Fund 1 Parallel 1 GmbH & Co. KG	Bad Soden am Taunus		49,8	7,2	2,7
32	BAKTU Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
33	Baldur Mortgages Limited	London		100,0		
34	BALIT Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
35	Bankers Trust Investments Limited	London		100,0		
36	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt		30,0	6,5	4,2
37	Banks Island General Partner Inc.	Toronto		50,0		
38	Bayan Delinquent Loan Recovery 1 (SPV-AMC), Inc.	Makati Stadt		100,0		
39	Benefit Trust GmbH	Lützen		100,0	7082,3	118,8
40	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		49,0		
41	BFDB Tax Credit Fund 2011, Limited Partnership	New York		99,9		
42	BIMES Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
43	Biomass Holdings S.à r.l.	Luxemburg	1	100,0	0,0	-3,9
44	Birch (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
45	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf		33,2		
46	BLI Internationale Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		32,0		
47	Borfield Sociedad Anonima	Montevideo		100,0		
48	BrisConnections Holding Trust	Kedron		35,6		
49	BrisConnections Investment Trust	Kedron		35,6		
50	BT Globenet Nominees Limited	London		100,0		
51	BVT-CAM Private Equity Teiligungs GmbH	Grünwald		50,0		
52	BVT-CAM Private Equity Management & Teiligungs GmbH	Grünwald		50,0	0,7	2,5
53	CAM Initiator Treuhand GmbH & Co. KG	Köln		100,0		
54	CAM PE Verwaltungs GmbH & Co. KG	Köln		100,0		
55	CAM Private Equity Nominee GmbH & Co. KG	Köln		100,0		
56	CAM Private Equity Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0		
57	Cape Acquisition Corp.	Wilmington		100,0		
58	CapeSuccess Inc.	Wilmington		100,0		
59	CapeSuccess LLC	Wilmington		82,6		
60	Cardales Management Limited (in members' voluntary liquidation)	St. Peter Port		100,0		
61	Cardales UK Limited	London		100,0	16,7	1,3
62	Career Blazers Consulting Services, Inc.	Albany		100,0		
63	Career Blazers Contingency Professionals, Inc.	Albany		100,0		
64	Career Blazers Learning Center of Los Angeles, Inc.	Los Angeles		100,0		
65	Career Blazers LLC	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
66	Career Blazers Management Company, Inc.	Albany		100,0		
67	Career Blazers New York, Inc.	Albany		100,0		
68	Career Blazers of Ontario Inc.	London, Ontario		100,0		
69	Career Blazers Personnel Services of Washington, D.C., Inc.	Washington D.C.		100,0		
70	Career Blazers Personnel Services, Inc.	Albany		100,0		
71	Career Blazers Service Company, Inc.	Wilmington		100,0		
72	Cathay Advisory (Beijing) Co., Ltd.	Peking		100,0		
73	Cathay Asset Management Company Limited	Port Louis		100,0		
74	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Port Louis		67,6	246,6	57,0
75	CBI NY Training, Inc.	Albany		100,0		
76	Cedar (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
77	Centennial River 1 Inc.	Denver		100,0		
78	Centennial River 2 Inc.	Austin		100,0		
79	Centennial River Acquisition I Corporation	Wilmington		100,0		
80	Centennial River Acquisition II Corporation	Wilmington		100,0		
81	Centennial River Corporation	Wilmington		100,0		
82	CITAN Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt	2	100,0	13,6	0,0
83	City Leasing (Thameside) Limited	London		100,0		
84	City Leasing Limited	London		100,0		
85	Comfund Consulting Limited	Bangalore		30,0		
86	Consumo S.p.A.	Mailand		100,0		
87	Craigs Investment Partners Limited	Tauranga		49,9	35,5	16,6
88	CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH	Bonn	2	100,0		
89	CTXL Achtzehnte Vermögensverwaltung GmbH i.L.	München		100,0		
90	D B Investments (GB) Limited	London	1	100,0	1725,6	0,0
91	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		100,0		
92	DAHOC (UK) Limited	London		100,0		
93	DAHOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0	15,5	2,1
94	Danube Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
95	DB (Barbados) SRL	Christ Church		100,0		
96	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
97	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
98	DB Advisors SICAV	Luxemburg		96,1	8570,5	129,4
99	DB Alternative Strategies Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
100	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		100,0		
101	DB Apex Management Limited	Georgetown		100,0		
102	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt	2	100,0	10618,8	0,0
103	DB Capital Investments Sàrl	Luxemburg		100,0	-121,9	-14,6
104	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt	2	100,0	1705,1	0,0
105	DB Capital Partners General Partner Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
106	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Pozuelo de Alarcón		100,0	6,7	-2,9
107	DB Chambers Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
108	DB Chestnut Holdings Limited	Georgetown		100,0		
109	DB Consorzio S. Cons. a r. l.	Mailand		100,0		
110	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
111	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		90,0		
112	DB Credit Investments S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
113	DB Delaware Holdings (Europe) Limited	Georgetown		100,0		
114	DB Direkt GmbH	Frankfurt	2	100,0		
115	DB Energy Commodities Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
116	DB Enfield Infrastructure Holdings Limited	St. Helier		100,0	34,2	0,9
117	DB Equity Limited	London	1	100,0	28,1	0,0
118	DB Finance International GmbH	Eschborn		100,0		
119	DB Global Technology SRL	Bukarest		100,0	20,9	4,8
120	DB Group Services (UK) Limited	London		100,0		
121	DB HR Solutions GmbH	Eschborn		100,0	4,5	2,4
122	DB Immobilienfonds 2 GmbH & Co. KG i.L.	Frankfurt		74,0		
123	DB Impact Investment (GP) Limited	London		100,0		
124	DB Impact Investment Fund I, L.P.	Edinburgh		100,0		
125	DB Industrial Holdings Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	Lützen		100,0	1649,5	5,9
126	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen		100,0	1572,4	119,1
127	DB Infrastructure Holdings (UK) No.1 Limited (in members' voluntary liquidation)	London	1	100,0	13,4	0,0
128	DB Infrastructure Holdings (UK) No.3 Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
129	DB International (Asia) Limited	Singapur		100,0	399,0	-17,9
130	DB International Investments Limited	London		100,0		
131	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		100,0		
132	DB Investment Services GmbH	Frankfurt	2	100,0	46,0	0,0
133	DB London (Investor Services) Nominees Limited	London		100,0		
134	DB Management Support GmbH	Frankfurt		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
135	DB Municipal Holdings LLC	Wilmington		100,0		
136	DB Nexus American Investments (UK) Limited	London		100,0		
137	DB Nexus Iberian Investments (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
138	DB Nexus Investments (UK) Limited	London	1	100,0	0,8	-8,2
139	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0		
140	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0		
141	DB Operaciones y Servicios Interactivos Agrupación de Interés Económico	Barcelona		99,9		
142	DB Overseas Holdings Limited	London	1	100,0	38,7	1,2
143	DB Petri LLC	Wilmington		100,0		
144	DB Placement, LLC	Wilmington		100,0		
145	DB Print GmbH	Frankfurt	2	100,0		
146	DB Private Equity GmbH	Köln		100,0	22,8	1,7
147	DB Private Equity International S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
148	DB Private Equity Treuhand GmbH	Köln		100,0		
149	DB RC Investments II, LLC	Wilmington		99,9		
150	DB Re S.A.	Luxemburg		100,0		
151	DB Real Estate Canadainvest 1 Inc.	Toronto		100,0		
152	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		34,3		
153	DB Safe Harbour Investment Projects Limited	London		100,0		
154	DB Securities S.A.	Warschau		100,0		
155	DB Service Centre Limited	Dublin	1	100,0	12,9	2,7
156	DB Service Uruguay S.A.	Montevideo		100,0		
157	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		100,0		
158	DB STG Lux 10 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
159	DB STG Lux 11 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
160	DB STG Lux 12 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
161	DB STG Lux 9 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
162	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		100,0		
163	DB Structured Finance 1 Designated Activity Company	Dublin		100,0		
164	DB Structured Finance 2 Designated Activity Company	Dublin		100,0		
165	DB Trustee Services Limited	London		100,0		
166	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0		
167	DB UK Australia Finance Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
168	DB UK Australia Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
169	DB UK Bank Limited	London	1	100,0	662,9	-10,5
170	DB UK Holdings Limited	London	1	100,0	617,2	364,8
171	DB UK PCAM Holdings Limited	London		100,0	10,3	-117,3
172	DB USA Corporation (Teilkonzern)	Wilmington	3	100,0	10079,6	-905,8
173	-ABFS I Incorporated	Baltimore		100,0		
174	-ABS MB Ltd.	Baltimore		100,0		
175	-Alex. Brown Financial Services Incorporated	Baltimore		100,0		
176	-Alex. Brown Investments Incorporated	Baltimore		100,0		
177	-Argent Incorporated	Baltimore		100,0		
178	-Azurix Argentina Holding, Inc.	Wilmington		100,0		
179	-Azurix Cono Sur, Inc.	Wilmington		100,0		
180	-Azurix Corp.	Wilmington		100,0		
181	-Azurix Latin America, Inc.	Wilmington		100,0		
182	-B.T.I. Investments (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
183	-Barkly Investments Ltd.	St. Helier		100,0		
184	-Blue Cork, Inc.	Wilmington		100,0		
185	-BT Milford (Cayman) Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
186	-BTAS Cayman GP	Georgetown		100,0		
187	-Charlton (Delaware), Inc.	Wilmington		100,0		
188	-China Recovery Fund, LLC	Wilmington		85,0		
189	-Cyrus J. Lawrence Capital Holdings, Inc.	Wilmington		100,0		
190	-D.B. International Delaware, Inc.	Wilmington		100,0		
191	-DB (Pacific) Limited	Wilmington		100,0		
192	-DB (Pacific) Limited, New York	New York		100,0		
193	-DB Abalone LLC	Wilmington		100,0		
194	-DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		100,0		
195	-DB Alps Corporation	Wilmington		100,0		
196	-DB Alternative Trading Inc.	Wilmington		100,0		
197	-DB Asia Pacific Holdings Limited	Georgetown		100,0		
198	-DB Aster II, LLC	Wilmington		100,0		
199	-DB Aster III, LLC	Wilmington		100,0		
200	-DB Aster, Inc.	Wilmington		100,0		
201	-DB Aster, LLC	Wilmington		100,0		
202	-DB Boracay LLC	Wilmington		100,0		
203	-DB Capital Partners, Inc.	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
204	-DB Commodity Services LLC	Wilmington		100,0		
205	-DB Delaware Holdings (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
206	-DB Elara LLC	Wilmington		100,0		
207	-DB Energy Trading LLC	Wilmington		100,0		
208	-DB Equipment Leasing, Inc.	New York		100,0		
209	-DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		100,0		
210	-DB Fund Services LLC	Wilmington		100,0		
211	-DB Ganymede 2006 L.P.	Georgetown		100,0		
212	-DB Global Technology, Inc.	Wilmington		100,0		
213	-DB Green Holdings Corp.	Wilmington		100,0		
214	-DB Green, Inc.	New York		100,0		
215	-DB Holdings (New York), Inc.	New York		100,0		
216	-DB Holdings (South America) Limited	Wilmington		100,0		
217	-DB Intermezzo LLC	Wilmington		100,0		
218	-DB Investment Managers, Inc.	Wilmington		100,0		
219	-DB Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0		
220	-DB Investment Resources (US) Corporation	Wilmington		100,0		
221	-DB Investment Resources Holdings Corp.	Wilmington		100,0		
222	-DB Io LP	Wilmington		100,0		
223	-DB IROC Leasing Corp.	New York		100,0		
224	-DB Litigation Fee LLC	Wilmington		100,0		
225	-DB Managers, LLC	West Trenton		100,0		
226	-DB Mortgage Investment Inc.	Baltimore		100,0		
227	-DB Omega BTV S.C.S.	Luxemburg		100,0		
228	-DB Omega Holdings LLC	Wilmington		100,0		
229	-DB Omega Ltd.	Georgetown		100,0		
230	-DB Omega S.C.S.	Luxemburg		100,0		
231	-DB Overseas Finance Delaware, Inc.	Wilmington		100,0		
232	-DB Portfolio Southwest, Inc.	Austin		100,0		
233	-DB Private Clients Corp.	Wilmington		100,0		
234	-DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		100,0		
235	-DB RC Holdings, LLC	Wilmington		100,0		
236	-DB RMS Leasing (Cayman) L.P.	Georgetown		100,0		
237	-DB Services Americas, Inc.	Wilmington		100,0		
238	-DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		100,0		
239	-DB Structured Products, Inc.	Wilmington		100,0		
240	-DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		100,0		
241	-DB USA Core Corporation	West Trenton		100,0		
242	-DBAB Wall Street, LLC	Wilmington		100,0		
243	-DBAH Capital, LLC	Wilmington		100,0		
244	-DBFIC, Inc.	Wilmington		100,0		
245	-DBNZ Overseas Investments (No.1) Limited	Georgetown		100,0		
246	-DBRE Global Real Estate Management US IA, L.L.C.	Wilmington		100,0		
247	-DBRE Global Real Estate Management US IB, L.L.C.	Wilmington		100,0		
248	-DBUSBZ1, LLC	Wilmington		100,0		
249	-DBX Advisors LLC	Wilmington		100,0		
250	-DBX Strategic Advisors LLC	Wilmington		100,0		
251	-Deutsche AM Distributors, Inc.	Wilmington		100,0		
252	-Deutsche AM Service Company	Wilmington		100,0		
253	-Deutsche AM Trust Company	Salem		100,0		
254	-Deutsche Asia Pacific Finance, Inc.	Wilmington		100,0		
255	-Deutsche Asset Management US Holding Corporation	Wilmington		100,0		
256	-Deutsche Asset Management USA Corporation	Wilmington		100,0		
257	-Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		100,0		
258	-Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		100,0		
259	-Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Baltimore		100,0		
260	-Deutsche Bank Insurance Agency of Delaware	Wilmington		100,0		
261	-Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		100,0		
262	-Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		100,0		
263	-Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		100,0		
264	-Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		100,0		
265	-Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		100,0		
266	-Deutsche Bank Trust Corporation	New York		100,0		
267	-Deutsche Cayman Ltd.	Georgetown		100,0		
268	-Deutsche International Corporate Services (Delaware) LLC	Wilmington		100,0		
269	-Deutsche Inversiones Limitada	Santiago		100,0		
270	-Deutsche Investment Management Americas Inc.	Wilmington		100,0		
271	-Deutsche Leasing New York Corp.	New York		100,0		
272	-Deutsche Master Funding Corporation	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
273	-Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		100,0		
274	-Deutsche Securities SpA	Santiago		100,0		
275	-DFC Residual Corp.	Carson City		100,0		
276	-Dusk LLC	Wilmington		100,0		
277	-ECT Holdings Corp.	Wilmington		100,0		
278	-G Finance Holding Corp.	Wilmington		100,0		
279	-G.O. IB-US Management, L.L.C.	Wilmington		100,0		
280	-GAC-HEL, Inc.	Wilmington		100,0		
281	-Gemini Technology Services Inc.	Wilmington		100,0		
282	-German American Capital Corporation	Baltimore		100,0		
283	-GWC-GAC Corp.	Wilmington		100,0		
284	-Hac Investments Ltd.	Wilmington		100,0		
285	-Kelsey Street LLC	Wilmington		100,0		
286	-Kingfisher Holdings LLC	Wilmington		100,0		
287	-87 Leonard Development LLC	Wilmington		100,0		
288	-Manta Acquisition LLC	Wilmington		100,0		
289	-Manta Group LLC	Wilmington		100,0		
290	-MHL Reinsurance Ltd.	Burlington		100,0		
291	-MIT Holdings, Inc.	Baltimore		100,0		
292	-MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		100,0		
293	-MortgageIT, Inc.	New York		100,0		
294	-New 87 Leonard, LLC	Wilmington		100,0		
295	-North American Income Fund Public Limited Company	Dublin		66,8		
296	-North Las Vegas Property LLC	Wilmington		100,0		
297	-PARTS Funding, LLC	Wilmington		100,0		
298	-PARTS Student Loan Trust 2007 - CT1	Wilmington		100,0		
299	-Pelleport Investors, Inc.	New York		100,0		
300	-Port Elizabeth Holdings LLC	Wilmington		100,0		
301	-Quantum 13 LLC	Wilmington		100,0		
302	-REO Properties Corporation	Wilmington		100,0		
303	-RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		100,0		
304	-RREEF America L.L.C.	Wilmington		100,0		
305	-RREEF Management L.L.C.	Wilmington		100,0		
306	-RREEF North American Infrastructure Fund B, L.P.	Wilmington		99,9		
307	-Sagamore Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
308	-Sharps SP I LLC	Wilmington		100,0		
309	-Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		100,0		
310	-Structured Finance Americas, LLC	Wilmington		100,0		
311	-World Trading (Delaware) Inc.	Wilmington		100,0		
312	-Zumirez Drive LLC	Wilmington		100,0		
313	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		100,0	844,4	384,6
314	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		100,0	44,3	-13,1
315	DB Vanquish (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
316	DB Vantage (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
317	DB Vantage No.2 (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
318	DB Vita S.A.	Luxemburg		75,0	23,4	1,7
319	DBCIBZ1	Georgetown		100,0	9,4	3,9
320	DBCIBZ2	Georgetown		100,0	9,5	3,9
321	DBG Eastern Europe II Limited Partnership	St. Helier		25,9	22,7	14,5
322	DBOI Global Services (UK) Limited	London	1	100,0	12,2	5,8
323	DBOI Global Services Private Limited	Mumbai		100,0	105,9	23,5
324	DBR Investments Co. Limited	Georgetown		100,0	33,3	28,7
325	DBRE Global Real Estate Management IA, Ltd.	Georgetown		100,0	11,1	0,0
326	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		100,0		
327	DBRMS4	Georgetown		100,0	305,5	5,2
328	DBRMSGP1	Georgetown	4, 5	100,0	194,7	3,3
329	DBRMSGP2	Georgetown	4, 5	100,0	110,7	1,9
330	DBUK PCAM Limited	London		100,0	-100,2	-0,3
331	DBUSBZ2, S.à r.l.	Luxemburg		100,0	9,6	3,9
332	De Meng Innovative (Beijing) Consulting Company Limited	Peking		100,0		
333	DeAM Infrastructure Limited	London		100,0		
334	DEBEKO Immobilien GmbH & Co Grundbesitz OHG	Eschborn	4	100,0	147,2	-11,1
335	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Düsseldorf		100,0	24,1	5,4
336	Delowrezham de México S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0		
337	DEUFRAN Beteiligungs GmbH	Frankfurt		100,0	122,6	0,2
338	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt		100,0	3,7	2,9
339	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		100,0		
340	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		100,0		
341	Deutsche Aeolia Power Production Société Anonyme	Peania		80,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
342	Deutsche Alt-A Securities, Inc.	Wilmington		100,0		
343	Deutsche Alternative Asset Management (France) SAS	Paris		100,0		
344	Deutsche Alternative Asset Management (Global) Limited	London		100,0	240,5	87,3
345	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited	London		100,0	97,6	28,4
346	Deutsche AM Management GmbH	Frankfurt		100,0		
347	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		100,0	540,1	314,8
348	Deutsche Asset Management (Asia) Limited	Singapur		100,0	250,9	33,0
349	Deutsche Asset Management (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0	13,9	-8,8
350	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		100,0	12,2	0,2
351	Deutsche Asset Management (Japan) Limited	Tokio		100,0	51,1	9,9
352	Deutsche Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul	1	100,0	13,8	1,6
353	Deutsche Asset Management (UK) Limited	London		100,0	186,1	-22,4
354	Deutsche Asset Management Group Limited	London		100,0	44,4	173,8
355	Deutsche Asset Management Holding SE	Frankfurt		100,0	6501,2	23,3
356	Deutsche Asset Management International GmbH	Frankfurt	2	100,0	44,5	0,0
357	Deutsche Asset Management Investment GmbH	Frankfurt	2	100,0	193,6	0,0
358	Deutsche Asset Management S.A.	Luxemburg		100,0	541,0	255,3
359	Deutsche Asset Management S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		100,0		
360	Deutsche Asset Management Schweiz AG	Zürich	6	100,0		
361	Deutsche Asset Management Shanghai Investment Company Limited	Schanghai		100,0		
362	Deutsche Australia Limited (Teilkonzern)	Sydney	1, 3	100,0	253,2	44,5
363	-Baincor Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
364	-Bainpro Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0		
365	-Belzen Pty. Limited	Sydney		100,0		
366	-BNA Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
367	-BTD Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
368	-Buxtal Pty. Limited	Sydney		100,0		
369	-Deutsche Access Investments Limited	Sydney		100,0		
370	-Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		100,0		
371	-Deutsche Finance Co 1 Pty Limited	Sydney		100,0		
372	-Deutsche Finance Co 2 Pty Limited	Sydney		100,0		
373	-Deutsche Finance Co 3 Pty Limited	Sydney		100,0		
374	-Deutsche Finance Co 4 Pty Limited	Sydney		100,0		
375	-Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		100,0		
376	-Deutsche Investments Australia Limited	Sydney		100,0		
377	-Deutsche Securities Australia Limited	Sydney		100,0		
378	-Deutsche Securitisation Australia Pty Limited	Sydney		100,0		
379	-DNU Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
380	-DTS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
381	-Memax Pty. Limited	Sydney		100,0		
382	-Nortfol Pty. Limited	Sydney		100,0		
383	-OPS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
384	-Pan Australian Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0		
385	-R.B.M. Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0		
386	-RTS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
387	-Zenwix Pty. Limited	Sydney		100,0		
388	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		100,0	53,0	9,4
389	Deutsche Bank (Chile)	Santiago		100,0	20,3	0,7
390	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		100,0	1098,0	39,2
391	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		100,0	374,2	43,3
392	Deutsche Bank (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0	36,7	5,0
393	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		100,0	612,7	18,4
394	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		100,0		
395	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		100,0	111,8	12,3
396	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0	507,7	56,7
397	Deutsche Bank Capital Finance LLC I	Wilmington		100,0	300,0	0,0
398	Deutsche Bank Capital LLC I	Wilmington		100,0		
399	Deutsche Bank Contingent Capital LLC II	Wilmington		100,0	666,1	0,0
400	Deutsche Bank Contingent Capital LLC III	Wilmington		100,0	1644,5	0,0
401	Deutsche Bank Contingent Capital LLC IV	Wilmington		100,0	999,9	0,0
402	Deutsche Bank Contingent Capital LLC V	Wilmington		100,0	1153,2	0,0
403	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt	2	100,0	10,0	0,0
404	Deutsche Bank Financial Company	Georgetown		100,0	47,5	-2,1
405	Deutsche Bank International Limited	St. Helier		100,0	162,6	-4,8
406	Deutsche Bank International Trust Co. (Cayman) Limited	Georgetown		100,0		
407	Deutsche Bank International Trust Co. Limited	St. Peter Port		100,0		
408	Deutsche Bank Investments (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0	3,3	2,6
409	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0	6400,3	218,2
410	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		100,0	32,1	(9,0)

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
411	Deutsche Bank México, S.A., Institución de Banca Múltiple	Mexiko Stadt		100,0	89,9	1,5
412	Deutsche Bank Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
413	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		100,0	1009,6	8,3
414	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft	Frankfurt	2	100,0	2666,3	0,0
415	Deutsche Bank Representative Office Nigeria Limited	Lagos		100,0		
416	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		100,0	402,6	15,5
417	Deutsche Bank Securities Limited	Toronto		100,0	92,7	0,1
418	Deutsche Bank Services (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
419	Deutsche Bank Società per Azioni	Mailand		99,9	1611,5	9,9
420	Deutsche Bank Trustee Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0		
421	Deutsche Bank Österreich AG	Wien		100,0	16,8	-12,8
422	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española	Madrid		99,8	1184,0	10,1
423	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		100,0		
424	Deutsche Capital Hong Kong Limited	Hongkong		100,0	13,9	0,5
425	Deutsche Capital Management Limited	Dublin		100,0		
426	Deutsche Capital Partners China Limited	Georgetown		100,0		
427	Deutsche CIB Centre Private Limited	Mumbai		100,0	61,9	10,2
428	Deutsche Colombia S.A.S.	Bogotá		100,0		
429	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		100,0		
430	Deutsche Emerging Markets Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		99,9		
431	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		100,0	50,1	13,8
432	Deutsche Far Eastern Asset Management Company Limited	Taipeh		60,0		
433	Deutsche Fiduciary Services (Suisse) SA	Genf		100,0		
434	Deutsche Finance No. 2 (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
435	Deutsche Finance No. 2 Limited	Georgetown		100,0		
436	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd	Singapur		100,0		
437	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		100,0		
438	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		100,0	80,0	1,1
439	Deutsche Group Holdings (SA) Proprietary Limited	Johannesburg		100,0	70,9	36,6
440	Deutsche Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0		
441	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt	2	99,8		
442	Deutsche Gulf Finance	Riad	7	29,1	139,1	7,5
443	Deutsche Holdings (BTI) Limited	London		100,0		
444	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0	2799,0	130,8
445	Deutsche Holdings (Malta) Ltd.	Valletta		100,0	793,0	132,5
446	Deutsche Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0		
447	Deutsche Holdings Limited	London	1	100,0	1523,3	6,2
448	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London	1	100,0	167,5	0,0
449	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London	1	100,0	209,9	203,3
450	Deutsche Holdings No. 4 Limited	London		100,0	143,3	0,2
451	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf	2	100,0	26,5	0,0
452	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		100,0	73,6	2,7
453	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited	Dublin		100,0	19,0	-0,2
454	Deutsche International Corporate Services Limited	St. Helier		100,0		
455	Deutsche International Custodial Services Limited	St. Helier		100,0		
456	Deutsche International Finance (Ireland) Limited	Dublin		100,0		
457	Deutsche International Trust Company N.V.	Amsterdam		100,0	15,7	-0,3
458	Deutsche International Trust Corporation (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0		
459	Deutsche Inversiones Dos S.A. (en Liquidación)	Santiago		100,0	22,3	6,5
460	Deutsche Investments (Netherlands) N.V.	Amsterdam		100,0		
461	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		100,0	129,2	6,6
462	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		100,0		
463	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		100,0	48,5	5,6
464	Deutsche Malta Company Ltd	Valletta		100,0	28,2	-0,7
465	Deutsche Mandatos S.A.	Buenos Aires		100,0		
466	Deutsche Mexico Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0	258,6	107,9
467	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company	London	1	100,0	939,6	-17,9
468	Deutsche Mortgage Securities, Inc.	Wilmington		100,0		
469	Deutsche Nederland N.V.	Amsterdam		100,0		
470	Deutsche New Zealand Limited (Teilkonzern)	Auckland	3	100,0	21,1	5,4
471	-Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		100,0		
472	-Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		100,0		
473	-Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		100,0		
474	-Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		100,0		
475	-Deutsche Securities New Zealand Limited	Auckland		100,0		
476	-Kingfisher Nominees Limited	Auckland		100,0		
477	-LWC Nominees Limited	Auckland		100,0		
478	Deutsche Nominees Limited	London		100,0		
479	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Grasbrunn	2	100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
480	Deutsche Postbank AG (Teilkonzern)	Bonn	1, 3, 7	100,0	7226,0	317,0
481	-Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt		100,0		
482	-BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln	2	100,0		
483	-BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hameln		100,0		
484	-BHW Holding AG	Hameln	2	100,0		
485	-BHW Kreditservice GmbH	Hameln		100,0		
486	-Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schüttertringen		100,0		
487	-Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		100,0		
488	-Deutsche Postbank Funding LLC II	Wilmington		100,0		
489	-Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		100,0		
490	-DSL Portfolio GmbH & Co. KG	Bonn		100,0		
491	-DSL Portfolio Verwaltungs GmbH	Bonn		100,0		
492	-PB Factoring GmbH	Bonn	2	100,0		
493	-PB Firmenkunden AG	Bonn	2	100,0		
494	-PB International S.A.	Schüttertringen		100,0		
495	-PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen	Bonn		98,2		
496	-Postbank Beteiligungen GmbH	Bonn	2	100,0		
497	-Postbank Direkt GmbH	Bonn		100,0		
498	-Postbank Filialvertrieb AG	Bonn	2	100,0		
499	-Postbank Finanzberatung AG	Hameln		100,0		
500	-Postbank Immobilien GmbH	Hameln	2	100,0		
501	-Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH	Bonn	2	100,0		
502	-Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG	Bonn		90,0		
503	-Postbank Leasing GmbH	Bonn	2	100,0		
504	-Postbank Service GmbH	Essen		100,0		
505	-Postbank Systems AG	Bonn	2	100,0		
506	-VÖB-ZVD Processing GmbH	Frankfurt		100,0		
507	Deutsche Private Asset Management Limited	London		100,0		
508	Deutsche Regis Partners, Inc.	Makati Stadt		49,0	13,3	5,3
509	Deutsche River Investment Management Company S.à r.l., en faillite	Luxemburg		49,0		
510	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		100,0	11,2	0,4
511	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0	34,9	9,5
512	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0	3,7	3,6
513	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong		100,0	215,0	13,0
514	Deutsche Securities Inc.	Tokio		100,0	1240,9	140,3
515	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		100,0	10,8	0,0
516	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		100,0	172,1	1,9
517	Deutsche Securities Mauritius Limited	Port Louis		100,0		
518	Deutsche Securities Menkul Degerler A.S.	Istanbul		100,0		
519	Deutsche Securities S.A.	Buenos Aires		100,0		
520	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC	Riad		100,0	101,0	-7,4
521	Deutsche Securities Venezuela S.A.	Caracas		100,0	-17,2	-15,5
522	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		100,0	30,4	-4,3
523	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		100,0		
524	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt	2	100,0		
525	Deutsche Strategic	Luxemburg		100,0		
526	Deutsche Strategic Investment Holdings Yugen Kaisha	Tokio		100,0		
527	Deutsche TISCO Investment Advisory Company Limited	Bangkok		49,0		
528	Deutsche Transnational Trustee Corporation Inc	Charlottetown		100,0		
529	Deutsche Trust Company Limited Japan	Tokio		100,0		
530	Deutsche Trustee Company Limited	London		100,0	26,2	4,4
531	Deutsche Trustee Services (India) Private Limited	Mumbai		100,0		
532	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		100,0		
533	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		50,0		
534	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Bonn		25,1		
535	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt		78,0		
536	DG China Clean Tech Partners	Tianjin		49,9		
537	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt	2	100,0		
538	DIB-Consult Deutsche Immobilien- und Beteiligungs-Beratungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0		
539	DIL Financial Services GmbH & Co. KG	Düsseldorf		100,0		
540	DIL Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
541	DIL Internationale Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
542	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	2	100,0		
543	Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH	Berlin		21,1		
544	DONARUM Holding GmbH	Düsseldorf		50,0		
545	DREIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
546	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
547	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
548	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
549	Durian (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
550	DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt	2	99,2	336,4	0,0
551	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG i.l.	Hamburg		65,2		
552	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
553	Elba Finance GmbH	Eschborn		100,0		
554	Elbe Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
555	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Erfurt		50,0		
556	ELFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
557	Elizabethan Holdings Limited	Georgetown		100,0		
558	Elizabethan Management Limited	Georgetown		100,0		
559	Elmo Funding GmbH	Eschborn	2	100,0	10,3	0,0
560	Elmo Leasing Vierzehnte GmbH	Eschborn	2	100,0		
561	Emerald Asset Repackaging Designated Activity Company	Dublin		100,0		
562	eolec	Issy-les-Moulineaux		33,3		
563	equiNotes Management GmbH	Düsseldorf		50,0		
564	Erste Frankfurter Hoist GmbH	Eschborn		100,0		
565	European Value Added I (Alternate G.P.) LLP	London		100,0		
566	EVROENERGIAMI S.A.	Athen		40,0		
567	Exinor SA (dissolution volontaire)	Bastogne		100,0		
568	EXTOREL Private Equity Advisers GmbH i.L.	Köln		100,0		
569	FARAMIR Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0		
570	Fenix Administración de Activos S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0		
571	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.L.	Mailand		100,0		
572	Finanza & Futuro Banca Società per Azioni	Mailand		100,0	28,4	0,7
573	FRANKFURT CONSULT GmbH	Frankfurt	2	100,0		
574	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0		
575	FÜNFTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
576	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
577	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. "Leipzig-Magdeburg" KG	Bad Homburg		41,2		
578	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden "Louisenstraße" KG	Bad Homburg		30,6		
579	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		74,9		
580	FÜNFUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
581	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
582	German Public Sector Finance B.V.	Amsterdam		50,0		
583	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		36,7		
584	giropay GmbH	Frankfurt		33,3		
585	Glor Music Production GmbH & Co. KG	Valley-Oberlaindern		21,2		
586	Gordian Knot Limited	London		24,7	1,7	-7,5
587	Great Future International Limited	Road Town		43,0		
588	Grundstücksgesellschaft Frankfurt Bockenheimer Landstraße GbR	Troisdorf		94,9		
589	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI GbR	Troisdorf		44,9		
590	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI mbH	Köln		100,0		
591	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf	1	36,1	81,5	-12,4
592	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf		64,7	17,0	-11,9
593	Grundstücksvermietungsgesellschaft Wilhelmstr. mbH i.L.	Grünwald		100,0		
594	Harvest Fund Management Co., Ltd.	Schanghai	7	30,0	567,1	120,5
595	Herengracht Financial Services B.V.	Amsterdam		100,0		
596	HR "Simone" GmbH & Co. KG	Jork		21,8		
597	HTB Spezial GmbH & Co. KG	Köln		100,0		
598	Huarong Rongde Asset Management Company Limited	Peking		40,7	1240,1	158,7
599	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		50,0		
600	Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG	Berlin		20,5		
601	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben II GbR	Troisdorf		50,0		
602	Inn Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
603	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown		49,0		
604	IOG Denali Upton, LLC	Dover		23,0		
605	IOG NOD I, LLC	Dover		22,5		
606	IOS Finance E F C S.A.	Barcelona		100,0	47,5	4,3
607	Isaac Newton S.A.	Luxemburg		95,0	0,2	7,9
608	Isar Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
609	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0		
610	IVAF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
611	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		21,1		
612	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf		25,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
613	J R Nominees (Pty) Ltd	Johannesburg		100,0		
614	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		100,0		
615	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt	2	100,0		
616	Kidson Pte Ltd	Singapur		100,0	31,1	0,0
617	Kinneil Leasing Company	London		35,0		
618	KOMPASS 3 Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
619	KOMPASS 3 Erste Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Euro KG i.L.	Düsseldorf		96,1		
620	KOMPASS 3 Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. USD KG i.L.	Düsseldorf		97,0		
621	Konsul Inkasso GmbH	Essen	2	100,0		
622	Kradavimd UK Lease Holdings Limited	London	1	100,0	7,0	-50,4
623	KVD Singapore Pte. Ltd.	Singapur		30,1		
624	LA Water Holdings Limited	Georgetown		75,0		
625	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		100,0	19,7	-1,4
626	Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld		100,0		
627	Leo Consumo 2 S.r.l.	Conegliano		70,0		
628	Leonardo III Initial GP Limited	London		100,0		
629	Lindsell Finance Limited	St. Julian's		100,0		
630	London Industrial Leasing Limited	London		100,0		
631	M Cap Finance Mittelstandsfonds GmbH & Co. KG	Frankfurt		77,1	80,6	58,8
632	Macondo Spain SL	Madrid		100,0		
633	Maestrale Projects (Holding) S.A.	Luxemburg		49,7		
634	Magalhaes S.A.	Luxemburg		95,0		
635	Maher Terminals Holdings (Toronto) Limited	Vancouver		100,0	266,2	0,7
636	MCT Südafrika 3 GmbH & Co. KG	Hamburg		35,3		
637	MEF I Manager, S. à r.l.	Luxemburg		100,0		
638	Metro plus Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		40,0		
639	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG i.L.	Grünwald		29,6		
640	Midssel Limited	London		100,0		
641	Mira GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0		
642	Moon Leasing Limited	London		100,0		
643	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0		
644	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0		
645	MT "CAPE BEALE" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG	Hamburg		23,9		
646	MT "KING DANIEL" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG	Hamburg		23,4		
647	MT "KING DOUGLAS" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG	Hamburg		23,5		
648	MT "KING EDWARD" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG	Hamburg		27,1		
649	MT "KING ERIC" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG	Hamburg		26,4		
650	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		100,0		
651	NBG Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
652	NCW Holding Inc.	Vancouver		100,0		
653	NEPTUNO Verwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln	2	100,0		
654	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
655	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
656	New Energy Biomasse Hellas GmbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
657	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
658	Nineco Leasing Limited	London		100,0		
659	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
660	Nordwestdeutscher Wohnungsbauträger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt	2	100,0		
661	norisbank GmbH	Bonn	2	100,0	433,9	0,0
662	North Coast Wind Energy Corp.	Vancouver		96,7		
663	NV Profit Share Limited	Georgetown		42,9		
664	Oder Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
665	OOO "Deutsche Bank TechCentre"	Moskau		100,0	35,4	33,1
666	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		100,0	221,0	33,2
667	Opal Funds (Ireland) Public Limited Company	Dublin		100,0		
668	OPB Verwaltungs- und Teiligungs-GmbH	Köln		100,0		
669	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		100,0		
670	OPB-Holding GmbH	Köln		100,0	14,3	0,0
671	OPB-Nona GmbH	Frankfurt		100,0		
672	OPB-Oktava GmbH	Köln		100,0		
673	OPB-Quarta GmbH	Köln		100,0		
674	OPB-Quinta GmbH	Köln		100,0		
675	OPB-Septima GmbH	Köln		100,0		
676	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG i.L.	Köln		27,7		
677	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		100,0		
678	OPPENHEIM Flottenfonds V GmbH & Co. KG	Köln		100,0		
679	Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln	2	100,0		
680	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Manager GmbH	Köln		100,0		
681	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
682	OVT Trust 1 GmbH	Köln	2	100,0		
683	OVV Beteiligungs GmbH	Köln		100,0		
684	P.F.A.B. Passage Frankfurter Allee Betriebsgesellschaft mbH	Berlin		22,2		
685	PADEM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
686	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
687	PAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
688	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
689	PANIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.l.	Düsseldorf		50,0		
690	PANTUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
691	Parkhaus an der Börse GbR	Köln		37,7		
692	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
693	PBC Banking Services GmbH	Frankfurt	2	100,0	120,0	0,0
694	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Essen	2	100,0		
695	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
696	PEDUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
697	PENDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
698	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
699	PERGOS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
700	PERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
701	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
702	PERLIT Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
703	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
704	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
705	Peruda Leasing Limited	London		100,0		
706	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
707	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
708	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Manila		95,0	14,5	0,2
709	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		100,0		
710	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
711	Postbank Akademie und Service GmbH	Hamel		100,0		
712	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
713	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
714	PRATES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
715	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
716	Private Equity Asia Select Company III S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
717	Private Equity Global Select Company IV S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
718	Private Equity Global Select Company V S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
719	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf		50,0		
720	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
721	Private Equity Select Company S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
722	Private Financing Initiatives, S.L.	Barcelona		55,3	4,1	8,7
723	PT Deutsche Sekuritas Indonesia	Jakarta		99,0	19,5	0,4
724	PT. Deutsche Verdhana Sekuritas Indonesia	Jakarta		40,0		
725	Public joint-stock company "Deutsche Bank DBU"	Kiew		100,0	10,6	1,1
726	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
727	PUKU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
728	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
729	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
730	QUELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
731	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
732	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-A L.L.C.	New York		33,0	15,1	(1,0)
733	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-B L.L.C.	New York		33,3	35,8	-2,9
734	Raymond James New York Upstate Housing Opportunities Fund I L.L.C.	New York		24,9	-0,3	-3,7
735	Reference Capital Investments Limited	London		100,0		
736	Regula Limited	Road Town		100,0		
737	REON - Park Wiatrowy I Sp. z o.o.	Warschau		50,0		
738	REON-Park Wiatrowy II Sp. z o.o.	Warschau		50,0		
739	REON-Park Wiatrowy IV Sp. z o.o.	Warschau		50,0		
740	Rhine Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
741	Riviera Real Estate	Paris		100,0		
742	Royster Fund Management S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
743	RREEF China REIT Management Limited	Hongkong		100,0		
744	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		100,0		
745	RREEF Fund Holding Co.	Georgetown		100,0		
746	RREEF India Advisors Private Limited	Mumbai		100,0		
747	RREEF Investment GmbH	Frankfurt	2	99,9	21,7	0,0
748	RREEF Management GmbH	Frankfurt	2, 8	99,9	52,7	0,0
749	RREEF Spezial Invest GmbH	Frankfurt	2	100,0	16,5	0,0
750	SAB Real Estate Verwaltungs GmbH	Hamel		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
751	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
752	SAGITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
753	Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH	Köln	2	100,0	33,3	0,0
754	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Köln	2	100,0	1352,4	0,0
755	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		100,0	39,0	-0,1
756	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär AG	Köln	2	100,0		
757	SALIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
758	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
759	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Düsseldorf		58,5		
760	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
761	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
762	SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
763	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
764	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
765	SATINA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
766	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
767	SCHEDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
768	Schumacher Beteiligungs GmbH	Köln		33,2		
769	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
770	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heiligenstadt KG	Düsseldorf		71,1		
771	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
772	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kleine Alexanderstraße KG i.L.	Düsseldorf		95,0		
773	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
774	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
775	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
776	SEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
777	SEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
778	SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
779	SELEKTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
780	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
781	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fehrenbach KG i.L.	Düsseldorf		94,7		
782	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf		100,0		
783	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
784	Service Company Four Limited	Hongkong		100,0		
785	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
786	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
787	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
788	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
789	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
790	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
791	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG i.L.	Düsseldorf		83,8		
792	SILIGO Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
793	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
794	SIMILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
795	Sixco Leasing Limited	London		100,0		
796	SOLATOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
797	SOLIDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
798	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
799	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heizkraftwerk Halle KG i.L.	Halle/Saale		30,5		
800	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
801	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
802	Somkid Immobiliare S.r.l.	Conegliano		100,0		
803	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
804	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
805	SPhinX, Ltd. (in voluntary liquidation)	Georgetown		43,6		
806	SPINO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
807	SPLENDOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
808	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		22,5		
809	STABLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
810	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
811	Starpool Finanz GmbH	Berlin		49,9		
812	STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0		
813	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
814	SUBU Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
815	SULPUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
816	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
817	SUPLION Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
818	SUSA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
819	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
820	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH	Eschborn		100,0		
821	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0		
822	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
823	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
824	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
825	Tagus - Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		100,0	14,2	0,5
826	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
827	TAKIR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
828	Tasfiye Halinde Bebek Danismanlik Anonim Sirketi	Istanbul		100,0		
829	TEBOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
830	Teesside Gas Transportation Limited	London		45,0	-154,1	17,1
831	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0		
832	TEMATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0		
833	Tempurrite Leasing Limited	London	1	100,0	1,1	-79,1
834	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
835	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
836	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle I KG	Düsseldorf		100,0		
837	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordhausen I KG	Düsseldorf		100,0		
838	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		100,0		
839	Tianjin Deutsche AM Fund Management Co., Ltd.	Tianjin		100,0		
840	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
841	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lager Nord KG	Düsseldorf		25,0		
842	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
843	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
844	Trave Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
845	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin		50,0		
846	TRENTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
847	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt		100,0		
848	TRINTO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
849	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
850	Triplereason Limited	London		100,0	330,2	0,2
851	Triton Beteteiligungs GmbH	Frankfurt		33,1		
852	Triton Fund III G L.P.	St. Helier		62,5	25,4	9,0
853	TRS Aria LLC	Wilmington		100,0		
854	TRS Birch II LTD	Georgetown		100,0		
855	TRS Birch LLC	Wilmington		100,0		
856	TRS Cypress II LTD	Georgetown		100,0		
857	TRS Elm II LTD	Georgetown		100,0		
858	TRS Leda LLC	Wilmington		100,0		
859	TRS Maple II LTD	Georgetown		100,0		
860	TRS Oak II LTD	Georgetown		100,0		
861	TRS Oak LLC	Wilmington		100,0		
862	TRS Poplar II LTD	Georgetown		100,0		
863	TRS Scorpio LLC	Wilmington		100,0		
864	TRS Spruce II LTD	Georgetown		100,0		
865	TRS SVCO LLC	Wilmington		100,0		
866	TRS Sycamore II LTD	Georgetown		100,0		
867	TRS Tupelo II LTD	Georgetown		100,0		
868	TRS Venor LLC	Wilmington		100,0		
869	TRS Walnut II LTD	Georgetown		100,0		
870	TRS Walnut LLC	Wilmington		100,0		
871	TUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
872	TUGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
873	TYRAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
874	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund XCV L.P.	Dover		23,5	68,7	-8,3
875	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York		99,9		
876	UKE, s.r.o.	Belá		100,0		
877	VARIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
878	VCJ Lease S.à r.l.	Luxemburg		95,0		
879	VCL Lease S.à r.l.	Luxemburg		95,0		
880	VCM Initiatoren III GmbH & Co. KG	München		24,9		
881	VCM MIP 2002 GmbH & Co. KG i.L.	Köln		90,0		
882	VCM MIP II GmbH & Co. KG i.L.	Köln		90,0		
883	VCM Partners GmbH & Co. KG	München		25,0		
884	VCM Treuhand Beteteiligungsverwaltung GmbH	Köln		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
885	VCP Treuhand Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0		
886	VCP Verwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Köln		100,0		
887	Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin		100,0		
888	Vesta Real Estate S.r.l.	Mailand		100,0		
889	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
890	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
891	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
892	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
893	Volbroker.com Limited	London		22,5		
894	Wealthspur Investment Company Limited	Labuan		100,0		
895	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0	84,5	7,1
896	Weser Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
897	Whale Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
898	Wohnungs-Verwaltungsgesellschaft Moers mbH	Düsseldorf		50,0		
899	Wohnungsgesellschaft HEGEMAG GmbH	Darmstadt		50,0		
900	XARUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
901	XELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
902	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
903	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
904	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
905	ZAKATUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
906	ZALLUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
907	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
908	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben II KG i.L.	Düsseldorf		98,1		
909	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
910	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0		
911	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
912	zeitinvest-Service GmbH	Eschborn		25,0		
913	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
914	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben I KG i.L.	Düsseldorf		98,2		
915	ZENO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
916	ZEPTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
917	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
918	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
919	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		33,3	168,0	24,2
920	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
921	ZIMBEL Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
922	ZINDUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
923	ZINUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
924	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
925	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
926	ZITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
927	ZONTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
928	ZORUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
929	ZURET Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
930	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
931	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
932	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
933	ZWEIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
934	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
935	ZYLUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0		
936	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0		
937	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Patente I KG i.L.	Schönefeld		20,4		

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
938	ABRAAJ Holdings	Georgetown		8,8		
939	Accunia A/S	Kopenhagen		6,1		
940	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin		5,6		
941	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam		8,5		
942	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		8,4		
943	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		6,3		
944	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		8,2		
945	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		5,6		
946	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		8,7		
947	Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg		8,7		
948	Cecon ASA	Arendal		9,6		
949	China Polymetallic Mining Limited	Georgetown		5,7		
950	DGHL Limited (in voluntary liquidation)	Camana Bay		16,3		
951	Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung	Leezen		11,0		
952	MTS S.p.A.	Rom		5,0		
953	Philipp Holzmann Aktiengesellschaft i.l.	Frankfurt		19,5		
954	Prader Bank S.p.A.	Bozen		9,0		
955	Private Export Funding Corporation	Wilmington		6,0		
956	PT Trikonsel OKE Tbk	Jakarta		12,0		
957	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		11,8		
958	Silver Creek Low Vol Strategies, Ltd.	Georgetown		10,5		
959	The Ottoman Fund Limited	St. Helier		13,6		
960	TRIUVA Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		6,0		
961	Yensai.com Co., Ltd.	Tokio		7,1		

Sonstige Erläuterungen

Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Tochtergesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

DB Investments (GB) Limited, London

Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main¹

Deutsche Asset Management Investment GmbH, Frankfurt am Main²

Deutsche Asset Management S.A., Luxemburg³

Deutsche Australia Limited, Sydney

DEUTSCHE BANK A.Ş., Istanbul

Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington

Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking

Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg

Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur

Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau

Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo

Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Madrid

Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand

Deutsche Bank (Suisse) SA, Genf

Deutsche Bank Trust Company Americas, New York

Deutsche Futures Singapore Pte Ltd, Singapur

Deutsche Holdings (Malta) Ltd., St. Julians

Deutsche Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf

Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company, London

Deutsche Securities Inc., Tokyo

Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong

Deutsche Securities Saudi Arabia LLC, Riyadh

DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main⁴

norisbank GmbH, Bonn

Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“, Kiew

OOO „Deutsche Bank“, Moskau

Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA, Köln

¹ Wir haben die Patronatserklärung für die Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main, zuletzt publiziert im Geschäftsbericht für das Jahr 2016, mit Ablauf des 30. Juni 2018 beendet und gekündigt.

² Wir haben die Patronatserklärung für die Deutsche Asset Management Investment GmbH, Frankfurt am Main, zuletzt publiziert im Geschäftsbericht für das Jahr 2016, mit Ablauf des 30. Juni 2018 beendet und gekündigt.

³ Wir haben die Patronatserklärung für die Deutsche Asset Management S.A., Luxemburg, zuletzt publiziert im Geschäftsbericht für das Jahr 2016, mit Ablauf des 30. Juni 2018 beendet und gekündigt.

⁴ Wir haben die Patronatserklärung für die DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main, zuletzt publiziert im Geschäftsbericht für das Jahr 2016, mit Ablauf des 30. Juni 2018 beendet und gekündigt.

Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz

Nachfolgend werden die Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz („PfandBG“) offengelegt.

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte (§ 28 Absatz 1 Nr. 1 PfandBG)

in Mio €	31.12.2017				
	Nominalwert	Barwert	Risikobarwert - Hochzins- szenario	Risikobarwert - Niedrigzins- szenario	Risikobarwert - Worst Case Szenario inkl. Währungs- veränderungen
Hypothekendarfandbriefe	7.538,4	7.664,5	6.731,3	8.950,8	6.731,3
Deckungswerte	9.859,8	11.011,9	9.720,5	12.634,6	9.720,5
Deckungswerte gem. § 12 (1)	8.954,7	10.095,9	8.899,0	11.604,5	8.899,0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 1	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 2 ¹	0	0	0	0	0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 3 ²	905,1	916,0	821,5	1.030,1	821,5
als % der umlaufenden Pfandbriefe	12,0	12,0	12,2	11,5	12,2
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 4 (Forderungen)	0	0	0	0	0
als % der gesamten Deckungswerte	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 4 (Verbindlichkeiten)	0	0	0	0	0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	0	0	0	0
Überdeckung	2.321,4	3.347,4	2.989,2	3.683,8	2.989,2
als % der umlaufenden Pfandbriefe	30,8	43,7	44,4	41,2	44,4

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV statischer Ansatz.

¹ Exkl. Deckungswerte gem. § 4 (1) Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 PfandBG.

² Inkl. Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 2 PfandBG und inkl. Deckungswerte gem. § 4 (1) Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 PfandBG.

in Mio €	31.12.2016				
	Nominalwert	Barwert	Risikobarwert - Hochzins- szenario	Risikobarwert - Niedrigzins- szenario	Risikobarwert - Worst Case Szenario inkl. Währungs- veränderungen
Hypothekendarfandbriefe	7.686,9	7.913,1	7.129,1	8.072,8	7.129,1
Deckungswerte	8.940,1	10.320,4	9.090,5	10.566,5	9.090,5
Deckungswerte gem. § 12 (1)	8.660,1	10.023,1	8.811,6	10.268,8	8.811,6
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 1	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 2 ¹	0	0	0	0	0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 3 ²	280,0	297,3	278,8	297,7	278,8
als % der umlaufenden Pfandbriefe	3,6	3,8	3,9	3,7	3,9
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 4 (Forderungen)	0	0	0	0	0
als % der gesamten Deckungswerte	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 4 (Verbindlichkeiten)	0	0	0	0	0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	0	0	0	0
Überdeckung	1.253,2	2.407,3	1.961,4	2.493,7	1.961,4
als % der umlaufenden Pfandbriefe	16,3	30,4	27,5	30,9	27,5

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV statischer Ansatz.

¹ Exkl. Deckungswerte gem. § 4 (1) Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 PfandBG.

² Inkl. Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 2 PfandBG und inkl. Deckungswerte gem. § 4 (1) Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 PfandBG.

Die Deckungswerte setzen sich aus Forderungen an Kunden, welche durch Grundpfandrechte besichert sind und Schuldverreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren gemäß PfandBG zusammen.

Laufzeitstruktur (§ 28 Absatz 1 Nr. 2 PfandBG)

Laufzeitstruktur in Mio €	Laufzeitstruktur des Umlaufs		Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	
	31.12. 2017	31.12. 2016	31.12. 2017	31.12. 2016
Laufzeit bis 6 Monate	1.000,0	80,0	373,4	396,6
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	0	125,0	365,8	200,2
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	589,9	1.000,0	655,3	269,4
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	170,0	0	451,0	337,0
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	950,0	759,9	768,7	972,2
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	375,0	950,0	847,3	806,5
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	700,0	1.375,0	671,4	836,3
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.365,0	2.610,0	3.816,3	3.372,4
Laufzeit mehr als 10 Jahre	1.388,5	787,0	1.910,7	1.749,5
Insgesamt	7.538,4	7.686,9	9.859,9	8.940,1

Anteil der Derivategeschäfte im Deckungsstockvolumen (§ 28 Absatz 1 Nr. 3 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2017 sowie zum 31. Dezember 2016 befanden sich keine Derivate in der Deckungsmasse.

Deckungswerte nach Größenklassen (§ 28 Absatz 2 Nr. 1a PfandBG)

Die im Gesamtbetrag von 9,0 Mrd € (2016: 8,7 Mrd €) enthaltenen einzelnen Deckungswerte mit einem Nominalwert von weniger als 0,3 Mio € beliefen sich auf 6,6 Mrd € (2016: 6,3 Mrd €), die mit einem Nominalwert zwischen 0,3 Mio € und 1 Mio € beliefen sich auf 1,6 Mrd € (2016: 1,7 Mrd €), die mit einem Nominalwert zwischen 1 Mio € und 10 Mio € beliefen sich auf 713 Mio € (2016: 706 Mio €) und die mit einem Nominalwert von mehr als 10 Mio € auf 0 Mio € (2016: 0 Mio €).

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart (§ 28 Absatz 2 Nr. 1b und 1c PfandBG)

31.12.2017	Wohnwirtschaftlich						Gewerblich					
	Wohnungen	Ein-familien-häuser	Mehr-familien-häuser	Sonstige	Insgesamt	Büro-gebäude	Handels-gebäude	Industrie-gebäude	Sonstige ge-werblich genutzte Gebäude	Insgesamt	Bau-plätze	Insgesamt
in Mio €												
Bundesrepublik Deutschland	1.431,3	4.202,5	2.347,6	0	7.981,4	403,3	142,8	127,2	300,0	973,3	0	8.954,7
Vereinigtes Königreich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Frankreich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Belgien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Niederlande	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	1.431,3	4.202,5	2.347,6	0	7.981,4	403,3	142,8	127,2	300,0	973,3	0	8.954,7

31.12.2016	Wohnwirtschaftlich						Gewerblich					
	Wohnungen	Ein-familien-häuser	Mehr-familien-häuser	Sonstige	Insgesamt	Büro-gebäude	Handels-gebäude	Industrie-gebäude	Sonstige ge-werblich genutzte Gebäude	Insgesamt	Bau-plätze	Insgesamt
in Mio €												
Bundesrepublik Deutschland	1.301,7	4.044,8	2.267,5	0	7.614,0	411,0	147,6	142,2	345,3	1.046,1	0	8.660,1
Vereinigtes Königreich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Frankreich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Belgien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Niederlande	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	1.301,7	4.044,8	2.267,5	0	7.614,0	411,0	147,6	142,2	345,3	1.046,1	0	8.660,1

Rückstände aus Hypothekendarlehen, die zur Deckung von Hypothekendarlehenpfandbriefen verwendet wurden (§ 28 Absatz 2 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2017 sowie zum 31. Dezember 2016 gab es keine mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen aus Hypothekendarlehen, die zur Deckung von Hypothekendarlehenpfandbriefen verwendet wurden.

Weitere Angaben zu Hypothekendarlehen (§ 28 Absatz 2 Nr. 4 PfandBG)

Zum Jahresende 2017 sowie 2016 gab es keine anhängigen Zwangsversteigerungen. In den Geschäftsjahren 2017 und 2016 wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt und keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Ferner wurden keine Rückstände auf zu leistende Zinsen verzeichnet.

Zinsstruktur (§ 28 Absatz 1 Nr. 9 PfandBG)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Nennwert	
	31.12. 2017	31.12. 2016
Festverzinsliche Hypothekendarlehenpfandbriefe	7.079	6.102
Als % der umlaufenden Pfandbriefe	94	79
Festverzinsliche Deckungswerte	9.735	8.813
Als % der Deckungswerte	99	99

Nettobarwert je Währung (§ 28 Absatz 1 Nr. 10 PfandBG)

Währung in Mio €	Nennwert	
	31.12. 2017	31.12. 2016
Euro	2.989	1.961

Kennzahlen (§ 28 Absatz 1 Nr. 7, § 28 Absatz 1 Nr. 11, § 28 Absatz 2 Nr. 3 PfandBG)

in Mio €	31.12. 2017	31.12. 2016
durchschnittlicher, anhand des Beleihungswertes gewichteter Beleihungsauslauf ¹	53	54
Volumengewichteter Durchschnitt der seit der Hypothekendarlehensvergabe verstrichenen Laufzeit in Jahren ²	5	4
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen des § 13 (1) überschreiten (Länder ohne Befriedigungsvorrecht) ³	0	0

¹ Gem. § 28 Absatz 2 Nr. 3 PfandBG.

² Gem. § 28 Absatz 1 Nr. 11 PfandBG.

³ Gem. § 28 Absatz 1 Nr. 7 PfandBG.

Angaben nach § 160 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Zum 31. Dezember 2017 waren uns folgende Aktionäre, die gemäß § 33 Wertpapierhandelsgesetz einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3 % halten, bekannt:

Paramount Services Holdings Ltd., British Virgin Islands, meldete einen Bestand von 3,05 % Deutsche Bank Aktien seit 20. August 2015. Bis zum 31. Dezember 2017 haben wir keine weiteren Meldungen der Paramount Services Holdings Ltd., British Virgin Islands, erhalten.

Supreme Universal Holdings Ltd., Cayman Islands, meldete einen Bestand von 3,05 % Deutsche Bank Aktien seit 20. August 2015. Bis zum 31. Dezember 2017 haben wir keine weiteren Meldungen der Supreme Universal Holdings Ltd., Cayman Islands, erhalten.

BlackRock, Inc., New York, meldete am 13. Dezember 2017 einen Bestand von 6,13 % Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2017 haben wir keine weiteren Meldungen der BlackRock, Inc., New York, erhalten.

C-QUADRAT Special Situations Dedicated Fund, Cayman Islands, meldete am 28. April 2017 einen Bestand von 9,90 % Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2017 haben wir keine weiteren Meldungen der C-QUADRAT Special Situations Dedicated Fund, Cayman Islands, erhalten.

Stephen A. Feinberg, (Cerberus), meldete am 14. November 2017 einen Bestand von 3,001 % Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2017 haben wir keine weiteren Meldungen von Stephen A. Feinberg, (Cerberus), erhalten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Die Gesamtbezüge des Vorstands sind im Vergütungsbericht ab Seite 55 dargestellt. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2017 27.694.325 € (2016: 35.305.889 €) gezahlt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Die in 2013 neu gestalteten Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 18. Mai 2017 geändert und wurden am 5. Oktober 2017 wirksam. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung. Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-Fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-Fache dieses Betrags. Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen gezahlt. Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres auszuzahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt gemäß den Regelungen in der Satzung in Aktien der Gesellschaft umgerechnet (virtuelle Aktien). Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablauf einer Bestellungsperiode folgenden Jahres gemäß den Regelungen in der Satzung vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet. Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallsregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend. Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2017 betrug 5.150.000 € (2016: 5.016.667 €), von der gemäß den Regelungen in der Satzung 3.987.500 € im 1. Quartal 2018 (Februar 2017: 3.904.167 €) ausgezahlt werden.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen am 31. Dezember 2017 insgesamt 193.802.597 € (2016: 181.630.281 €).

Am 31. Dezember 2017 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 12.337.886 € (2016: 8.433.662 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 35.210.035 € (2016: 40.005.403 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten in 2017 Kredite in Höhe von 4.497.534 € zurück.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 177 bis 178 aufgeführt.

Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 29.259 (2016: 30.110), davon 10.962 Mitarbeiterinnen (2016: 11.343). Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 17.686 (2016: 18.204) Mitarbeiter tätig.

Corporate Governance

Die Bank hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben. Die aktuelle Entsprechenserklärung vom 26. Oktober 2017 und alle früheren Entsprechenserklärungen sind auf der Website der Deutschen Bank unter www.db.com/ir/de/dokumente.htm veröffentlicht.

Zusätzlich erbrachte Leistungen des Abschlussprüfers

Die Deutsche Bank AG und ihre nachgeordneten Unternehmen haben bestimmte prüfungsnahe Dienstleistungen und steuerliche Beratungsleistungen vom Abschlussprüfer der Deutsche Bank AG, der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Deutschland, erhalten.

Die prüfungsnahen Dienstleistungen beinhalteten andere Prüfungsleistungen, die gesetzlich oder durch Rechtsverordnung gefordert sind. Insbesondere betraf dies spezifische Leistungen für den Finanzdienstleistungssektor, prüferische Durchsichten von Zwischenabschlüssen, sowie Verschmelzungs- und Spaltungsprüfungen. Ferner wurden freiwillige Prüfungen durchgeführt, dies umfasste Prüfungen für interne Managementzwecke sowie die Erstellung von Comfort Letter.

Steuerliche Beratungsleistungen beinhalteten Dienstleistungen im Rahmen von Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen.

Bezüglich Informationen über an den Abschlussprüfer der Deutsche Bank AG bezahlte Honorare verweisen wir auf den Konzern-Finanzbericht.

Organe

Vorstand

Im Geschäftsjahr 2017 gehörten dem Vorstand folgende Mitglieder an:

John Cryan
Vorstandsvorsitzender

Dr. Marcus Schenck
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
(seit 5. März 2017)

Christian Sewing
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
(seit 5. März 2017)

Kimberly Hammonds

Stuart Lewis

Sylvie Matherat

James von Moltke
(seit 1. Juli 2017)

Nicolas Moreau

Garth Ritchie

Karl von Rohr

Werner Steinmüller

Frank Strauß
(seit 1. September 2017)

Jeffrey Urwin
(bis 31. März 2017)

Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2017 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Mitglieder an.
Darüber hinaus ist bei den Aufsichtsratsmitgliedern der Wohnort angegeben.

Dr. Paul Achleitner – Vorsitzender München	Martina Klee* Frankfurt am Main
Stefan Rudschäfski* – Stellvertretender Vorsitzender Kaltenkirchen	Peter Löscher (bis 18. Mai 2017) München
Wolfgang Böhr* Düsseldorf	Henriette Mark* München
Frank Bsirske* Berlin	Richard Meddings Sandhurst
Dina Dublon New York	Louise M. Parent New York
Jan Duscheck* Berlin	Gabriele Platscher* Braunschweig
Gerhard Eschelbeck (seit 18. Mai 2017) Cupertino	Bernd Rose* Menden
Katherine Garrett-Cox Brechtin, Angus	Gerd Alexander Schütz (seit 18. Mai 2017) Wien
Timo Heier* Emmerthal	Prof. Dr. Stefan Simon Schwyz
Sabine Irrgang* Mannheim	Dr. Johannes Teysen Düsseldorf
Prof. Dr. Henning Kagermann Königs Wusterhausen	Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler (bis 18. Mai 2017) Essen

*Arbeitnehmersvertreter

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Paul Achleitner, Vorsitzender
Frank Bsirske*, Prof. Dr. Henning Kagermann, Stefan Rudschäfski*

Nominierungsausschuss

Dr. Paul Achleitner, Vorsitzender
Frank Bsirske*, Prof. Dr. Henning Kagermann, Stefan Rudschäfski*, Dr. Johannes Teysen

Prüfungsausschuss

Richard Meddings, Vorsitzender
Dr. Paul Achleitner, Katherine Garrett-Cox, Henriette Mark*, Gabriele Platscher*, Bernd Rose*,
Prof. Dr. Stefan Simon (seit 18. Mai 2017), Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützscher (bis 18. Mai 2017)

Risikoausschuss

Dina Dublon, Vorsitzende
Dr. Paul Achleitner, Wolfgang Böhr*, Richard Meddings, Louise M. Parent,

Integritätsausschuss

Prof. Dr. Stefan Simon, Vorsitzender (seit 1. Januar 2018, Mitglied seit 18. Mai 2017)
Dr. Paul Achleitner, Sabine Irrgang*, Timo Heider*, Martina Klee*, Peter Löscher (bis 18. Mai 2017), Louise M. Parent,
(Vorsitzende bis 31. Dezember 2017), Dr. Johannes Teysen, (Vizevorsitzender bis 31. Dezember 2017)

Vergütungskontrollausschuss

Dr. Paul Achleitner, Vorsitzender
Frank Bsirske*, Prof. Dr. Henning Kagermann, Stefan Rudschäfski*

Vermittlungsausschuss

Dr. Paul Achleitner, Vorsitzender
Wolfgang Böhr*, Prof. Dr. Henning Kagermann, Stefan Rudschäfski*

*Arbeitnehmersvertreter

Bezirksbeiräte und Beraterkreise

Der Vorstand kann laut Satzung der Deutschen Bank Bezirksbeiräte und Beraterkreise bilden. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Website der Deutschen Bank unter www.db.com/company/de/beraterkreise.htm.

Verzeichnis der Mandate

Aufsichtsrat

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB i.V.m. § 125 Abs. 1 S. 5 AktG

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten deutscher Gesellschaften und vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen. Unterjährige Veränderungen sind jeweils mit Ein- und/oder Austrittsdatum vermerkt.

Stand: Februar 2018

Bei früher ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Zeitpunkt des jeweiligen Ausscheidens. Bei neu eingetretenen Aufsichtsratsmitgliedern Zeitpunkt ab Eintritt.

Mitglieder des Aufsichtsrats	Ausgeübte Tätigkeit	Mandatsunternehmen	Mandat
Mandatsinhaber	Ausgeübte Tätigkeit	Externe Mandate	Mandat
Dr. Paul Achleitner	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, Frankfurt	Bayer Aktiengesellschaft Daimler AG	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats
Wolfgang Böhr	Vorsitzender des Betriebsrats der Deutschen Bank, Düsseldorf; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank	Externe Mandate Betriebskrankenkasse Deutsche Bank AG	Mitglied des Verwaltungsrats
Frank Bsirske	Vorsitzender der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin	Externe Mandate IBM Central Holding GmbH innogy SE Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) RWE AG	Mitglied des Aufsichtsrats (bis Juni 2017) Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats Mitglied des Verwaltungsrats Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Konzerninterne Mandate Deutsche Postbank AG	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dina Dublon		Externe Mandate Accenture PLC PepsiCo Inc.	Member of the Board of Directors (bis Februar 2017) Member of the Board of Directors
Jan Duscheck	Bundesfachgruppenleiter Bankgewerbe, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Gerhard Eschelbeck (seit Mai 2017)	Vice President Security & Privacy Engineering, Google Inc., Mountain View	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Katherine Garrett-Cox	Managing Director and Chief Executive Officer, Gulf International Bank (UK) Ltd., London	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Timo Heider	Stellvertretender Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutsche Postbank AG; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der BHW Kreditservice GmbH; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der BHW Bausparkasse AG/Postbank Finanzberatung AG	Konzerninterne Mandate BHW Bausparkasse AG Deutsche Postbank AG Pensionskasse der BHW Bausparkasse AG VvaG	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Sabine Irrgang	Personalleiterin Baden-Württemberg, Deutsche Bank AG	Keine zu veröffentlichenden Mandate	

Mitglieder des Aufsichtsrats			
Mandatsinhaber	Ausgeübte Tätigkeit	Mandatsunternehmen	Mandat
Professor Dr. Henning Kagermann	Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, München	Externe Mandate	
		BMW Bayerische Motoren Werke AG	Mitglied des Aufsichtsrats (bis Mai 2017)
		Deutsche Post AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		KUKA AG	Mitglied des Aufsichtsrats (seit Mai 2017)
Martina Klee	Vorsitzende des Betriebsrats Group COO Eschborn/Frankfurt der Deutschen Bank	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft	Mitglied des Aufsichtsrats
		Externe Mandate	
Peter Löscher (bis Mai 2017)	Vorsitzender des Aufsichtsrats der OMV AG, Wien	Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank VvaG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Externe Mandate	
		OMV AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Henriette Mark	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank	Sulzer AG	Präsident des Verwaltungsrats
		Telefónica S.A.	Mitglied des Aufsichtsrats
		Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Richard Meddings		Externe Mandate	
		HM Treasury	Non-Executive Director
		Jardine Lloyd Thompson Group PLC	Non-Executive Director (seit Oktober 2017)
		Legal & General Group PLC	Non-Executive Director (bis Mai 2017)
Louise M. Parent	Rechtsanwältin (Of Counsel), Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP, New York	TSB Bank PLC	Non-Executive Director (seit September 2017) Chairman (seit Februar 2018)
		Externe Mandate	
		Fidelity National Information Service Inc.	Member of the Board of Directors (seit Oktober 2017)
Gabriele Platscher	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank	Zoetis Inc.	Member of the Board of Directors
		Externe Mandate	
		BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes a.G.	
Bernd Rose	Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Postbank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats der Deutschen Bank	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats
		BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.	
		Externe Mandate	
Stefan Rudschäfski (seit Januar 2017)	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, Frankfurt; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Freigestellter Betriebsrat Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Hamburg; Betriebsratsvorsitzender Deutsche Bank, Hamburg	ver.di	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Vermögensverwaltungsgesellschaft	
		Konzerninterne Mandate	
Stefan Rudschäfski (seit Januar 2017)	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, Frankfurt; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Freigestellter Betriebsrat Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Hamburg; Betriebsratsvorsitzender Deutsche Bank, Hamburg	Deutsche Postbank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Stefan Rudschäfski (seit Januar 2017)	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, Frankfurt; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Freigestellter Betriebsrat Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Hamburg; Betriebsratsvorsitzender Deutsche Bank, Hamburg	Externe Mandate	
		Betriebskrankenkasse Deutsche Bank AG	Mitglied des Verwaltungsrats

Mitglieder des Aufsichtsrats			
Mandatsinhaber	Ausgeübte Tätigkeit	Mandatsunternehmen	Mandat
Gerd Alexander Schütz (seit Mai 2017)	Gründer und Vorstand C- QUADRAT Investment AG, Wien	Externe Mandate	
		MyBucks S.A. RCS	Non-Executive Chairman of the Board of Directors (bis Februar 2018)
Professor Dr. Stefan Simon	Selbständiger Rechtsanwalt in eigener Kanzlei, SIMON GmbH, Schwyz	Externe Mandate	
		Leop. Krawinkel GmbH & Co. KG	Mitglied des Beirats; Vorsitzender des Beirats (seit Januar 2018)
Dr. Johannes Teysen	Vorsitzender des Vorstands der E.ON SE, Essen	Externe Mandate	
		Nord Stream AG	Mitglied des Aktionärsausschusses (seit Juni 2017)
		Uniper SE	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis Juni 2017)
Professor Dr. Klaus Rüdiger Trützschler (bis Mai 2017)		Externe Mandate	
		Sartorius AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Wilh. Werhahn KG	Mitglied des Verwaltungsrats
		Wuppermann AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Zwiesel Kristallglas AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats

Vorstand

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB i.V.m. § 125 Abs. 1 S. 5 AktG

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten deutscher Gesellschaften und vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen. Unterjährige Veränderungen sind jeweils mit Ein- und/oder Austrittsdatum vermerkt.

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im In- und Ausland nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB sind mit * gekennzeichnet.

Stand: Februar 2018

Bei früher ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Zeitpunkt des jeweiligen Ausscheidens. Bei neu eingetretenen Vorstandsmitgliedern Zeitpunkt ab Eintritt.

Mitglieder des Vorstands			
Mandatsinhaber	Ausgeübte Tätigkeit	Mandatsunternehmen	Mandat
John Cryan	Vorstandsvorsitzender	Externe Mandate MAN Group PLC	Non-Executive Director
Dr. Marcus Schenck	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Christian Sewing	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG*	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Kimberly Hammonds	Mitglied des Vorstands	Deutsche Postbank AG*	Mitglied des Aufsichtsrats
		Externe Mandate Cloudera Inc., USA	Non-Executive Director (seit Mai 2017)
		Red Hat Inc., USA	Member of the Board of Directors
Stuart Lewis	Mitglied des Vorstands	Konzerninterne Mandate DEUKONA Versicherungs- Vermittlungs-GmbH	Vorsitzender des Beirats
		Deutsche Bank Società per Azioni*	Chairman of the Supervisory Board
		Konzerninterne Mandate DB USA Corporation	Member of the Board of Directors
James von Moltke (seit Juli 2017)	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Nicolas Moreau	Mitglied des Vorstands	Konzerninterne Mandate Deutsche Asset Management Investment GmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Garth Ritchie	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Karl von Rohr	Mitglied des Vorstands	Externe Mandate BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Mitglied des Aufsichtsrats
		BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.	Mitglied des Aufsichtsrats
		Konzerninterne Mandate Deutsche Postbank AG*	Mitglied des Aufsichtsrats
		Konzerninterne Mandate Deutsche Postbank AG*	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Werner Steinmüller	Mitglied des Vorstands	Konzerninterne Mandate Deutsche Postbank AG*	Vorstandsvorsitzender
Frank Strauß (seit September 2017)	Mitglied des Vorstands	Konzerninterne Mandate Deutsche Postbank AG*	Vorstandsvorsitzender
Jeffrey Urwin (bis März 2017)	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG

Mandate nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im In- und Ausland.
Stand: 31. Dezember 2017.

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG		
Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Wilfried Amanshauser	Konzerninterne Mandate	
	OOO "Deutsche Bank"	Member of the Supervisory Board
Ashok Aram	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Chairman of the Supervisory Board
Nathalie Bausch	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Asset Management S.A.	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Michael Berendes	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Matthias Bergner	Konzerninterne Mandate	
	DB Structured Derivative Products, LLC	Member of the Board of Directors
Brigitte Bomm	Konzerninterne Mandate	
	DB USA Corporation	Member of the Board of Directors
Jörg Bongartz	Konzerninterne Mandate	
	OOO "Deutsche Bank"	Member of the Supervisory Board
Oliver Bortz	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Mitglied des Aufsichtsrats
Rüdiger Bronn	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à.r.l.	Member of the Supervisory Board
Ralf Brümmer	Externe Mandate	
	Bankpower GmbH Personaldienstleistungen	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Matthias Buck	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats
Thomas Buschmann	Externe Mandate	
	VSM Vereinigte Schmirgel- und Maschinen-Fabriken AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Fabrizio Campelli	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank (Suisse) SA	Mitglied des Verwaltungsrats
Ulrich Christmann	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Mitglied des Aufsichtsrats
Andrea Corsi	Externe Mandate	
	Lewisham Homes Ltd.	Non-Executive Director
Petra Crull	Konzerninterne Mandate	
	DB Investment Services GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Yves Dermaux	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Asset Management S.A.	Mitglied des Aufsichtsrats
Karin Dohm	Externe Mandate	
	Ceconomy AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche EuroShop AG	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Andreas Dörhöfer	Externe Mandate	
	Düsseldorfer Hypothekenbank AG	Member of the Supervisory Board
	Valovis Bank GmbH	Deputy Chairman of the Supervisory Board
Philipp Gossow	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
Verena Grohs	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Jürgen Harengel	Konzerninterne Mandate	
	Betriebs-Center für Banken AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Sandra Heinrich	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats
Natascha Hilger	Externe Mandate	
	MTS SpA	Non-Executive Director
Kees Hoving	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG		
Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Marzio Hug	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Alexander Ilgen	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Asset Management Investment GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Stephan Jugenheimer	Konzerninterne Mandate	
	RREEF Spezial Invest GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Majid Julfar	Externe Mandate	
	United Kaipara Dairies	Member of the Board of Directors
Daniel Kalczynski	Konzerninterne Mandate	
	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dr. Tobias Kampmann	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
Rene Keller	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche Bank Società per Azioni	Mitglied des Aufsichtsrats
Thomas Keller	Externe Mandate	
	GEZE GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Susanne Kloess	Externe Mandate	
	Eurex Frankfurt AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Mitglied des Aufsichtsrats
	Postbank Direkt GmbH	Vorsitzende des Aufsichtsrats
Stefan Knoll	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	RREEF Investment GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Sascha Koerner	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à.r.l.	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Martin Konieczny	Konzerninterne Mandate	
	DB Investment Services GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Frank Krings	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Asset Management S.A.	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à.r.l.	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dr. Karen Kuder	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Frank Kuhnke	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Società per Azioni	Mitglied des Aufsichtsrats
Tiina Lee	Externe Mandate	
	CAF Bank	Non-Executive Director
Britta Lehfeldt	Konzerninterne Mandate	
	DB Investment Services GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Mitglied des Aufsichtsrats
Tiberio Massaro	Konzerninterne Mandate	
	DB Structured Derivative Products, LLC	Member of the Board of Directors
	Deutsche Bank Securities Inc.	Member of the Board of Directors
Lothar Meenen	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
Marc Melzer	Externe Mandate	
	Investitionsbank Sachsen-Anhalt	Mitglied des Verwaltungsrats
Karen Meyer	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Postbank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Gianluca Minella	Externe Mandate	
	HIS Markit Ltd	Non-Executive Director
Alain Moreau	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Asset Management Investment GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Mario Muth	Externe Mandate	
	TradeWeb Markets LLC	Non-Executive Director
Henning Oldenburg	Externe Mandate	
	Beutin AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Jorge Otero	Konzerninterne Mandate	
	OOO "Deutsche Bank"	Member of the Supervisory Board
Jay Patel	Externe Mandate	
	iSwap	Non-Executive Director
Thomas Pemsel	Externe Mandate	
	BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Rainer Polster	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Österreich AG	Mitglied des Aufsichtsrats
JP Rangaswami	Externe Mandate	
	Daily Mail & General Trust PLC	Non-Executive Director

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG		
Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Rainer Rauleder	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Christiana Riley	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Member of the Supervisory Board
	Konzerninterne Mandate	
Frank Rueckbrodt	Deutsche Postbank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
Frank Rueckbrodt	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Espanola	Non-Executive Director
Dr. Anke Sahlén	Konzerninterne Mandate	
	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Herbert Schäffner	Externe Mandate	
	BHS tabletop AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Peter Schedl	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Daniel Schmand	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Espanola	Non-Executive Director
	OOO „Deutsche Bank“	Member of the Supervisory Board
Frank Schütz	Externe Mandate	
	AKA Ausfuhrkreditgesellschaft mbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Rich Shannon	Konzerninterne Mandate	
	DB Global Technology, Inc.	Member of the Board of Directors
	DB USA Corporation	Member of the Board of Directors
Stephen Shaw	Konzerninterne Mandate	
	RREEF Investment GmbH	Member of the Supervisory Board
	RREEF Spezial Invest GmbH	Member of the Supervisory Board
Satvinder Singh	Externe Mandate	
	Euroclear PLC	Member of the Board of Directors
Eric-M Smith	Konzerninterne Mandate	
	DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Member of the Board of Directors
	DBAH Capital, LLC	Member of the Board of Directors
	DB USA Corporation	Member of the Board of Directors
	Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Member of the Board of Directors
	Deutsche Bank Trust Company Americas	Member of the Board of Directors
Deutsche Bank Trust Corporation	Member of the Board of Directors	
Michael Spiegel	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Postbank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Till Staffeldt	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Gülabin Sun	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Vorsitzende des Aufsichtsrats
Peter Tils	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Chairman of the Supervisory Board
	OOO „Deutsche Bank“	Chairman of the Supervisory Board
Christof von Dryander	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Asset Management Investment GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Nikolaus von Tippelskirch	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank (Suisse) SA	Mitglied des Verwaltungsrats
Robert Vogtle	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Holger Wegmann	Konzerninterne Mandate	
	DB Investment Services GmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dr. Michael Welker	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à.r.l.	Member of the Supervisory Board
	OOO „Deutsche Bank“	Member of the Supervisory Board
Peter Wharton-Hood	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Dr. Asoka Wöhrmann	Externe Mandate	
	SCHUFA Holding AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Peter Yearley	Konzerninterne Mandate	
	DB USA Corporation	Member of the Board of Directors
Dr. Tanja Zschach	Externe Mandate	
	Thüringer Aufbaubank, Anstalt des öffentlichen Rechts	Stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats

Frankfurt am Main, den 12. März 2018

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



John Cryan



Marcus Schenck



Christian Sewing



Kimberly Hammonds



Stewart Lewis



Sylvie Matherat



James von Moltke



Nicolas Moreau



Garth Ritchie



Karl von Rohr



Werner Steinmüller



Frank Strauß

3

Bestätigungen

- 190 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 191 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Deutsche Bank AG ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG vermittelt und im Lagebericht der Deutschen Bank AG der Geschäftsverlauf einschließlich der Geschäftsergebnisse und die Lage der Deutsche Bank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Deutsche Bank AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 12. März 2018



John Cryan



Marcus Schenck



Christian Sewing



Kimberly Hammonds



Stewart Lewis



Sylvie Matherat



James von Moltke



Nicolas Moreau



Garth Ritchie



Karl von Rohr



Werner Steinmüller



Frank Strauß

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die nichtfinanzielle Erklärung, die in Abschnitt „Nicht-finanzielle Erklärung“ im Lagebericht enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017.
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten nichtfinanziellen Erklärung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutendsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf den Anhang „Grundlagen und Methoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“. Erläuterungen zur Geschäftsentwicklung finden sich im Lagebericht, Abschnitt „Wirtschaftliches Umfeld“.

Das Risiko für den Abschluss

Im Jahresabschluss der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2017 werden Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 43,6 Mrd ausgewiesen.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Den beizulegenden Wert ermittelt die Gesellschaft für Anteile an verbundenen Unternehmen grundsätzlich mit Hilfe von anerkannten Bewertungsverfahren, insbesondere dem Discounted-Cash-Flow Verfahren. Ist der beizulegende Wert niedriger als der Buchwert, so wird anhand qualitativer und quantitativer Kriterien untersucht, ob die Wertminderung voraussichtlich von Dauer ist.

Die Bewertungsverfahren sind insbesondere in Bezug auf die verwendeten Bewertungsparameter ((Plan-) Annahmen und Diskontierungssätze) ermessensbehaftet. Die auf Basis qualitativer und quantitativer Faktoren abgeleitete Einschätzung, ob eine dauerhafte Wertminderung vorliegt, ist ebenfalls ermessenbehaftet.

Das Risiko für den Abschluss besteht darin, dass eine am Abschlussstichtag bestehende dauernde Wertminderung der Anteile an verbundenen Unternehmen nicht sachgerecht abgebildet wurde, da deren beizulegender Zeitwert auf Basis unsachgemäßer Bewertungsmodelle, Annahmen und Bewertungsparameter ermittelt wurde oder eine fehlerhafte Einschätzung über die Dauerhaftigkeit der Wertminderung getroffen wurde.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Zur Bestimmung unseres Prüfungsansatzes haben wir eine Risikoeinschätzung in Bezug auf die von der Bank gehaltenen Anteile an verbundenen Unternehmen hinsichtlich der seitens der Deutschen Bank zur Bewertung herangezogenen Modelle, Annahmen und Parameter durchgeführt. Aus dieser Risikoeinschätzung haben wir einen Prüfungsansatz entwickelt, der sowohl Kontrollprüfungen als auch aussagebezogene Prüfungshandlungen umfasst.

Im Rahmen der Prüfungshandlungen zum internen Kontrollsystem haben wir uns im Rahmen einer Aufbauprüfung zunächst ein Verständnis über den Bewertungsprozess verschafft. Zudem haben wir die Wirksamkeit ausgewählter relevanter Kontrollen bezüglich der Identifizierung von Wertminderungsbedarf und der Durchführung der entsprechenden Wertermittlungen für die Anteile an verbundenen Unternehmen beurteilt.

Anschließend haben wir für risikoorientiert ausgewählte verbundene Unternehmen unter Einbezug unserer KPMG-internen Bewertungsspezialisten aussagebezogene Prüfungshandlungen zur Angemessenheit des Bewertungsmodells für die von der Bank bzw. einem von der Bank beauftragten unabhängigen Sachverständigen durchgeführten Unternehmensbewertungen sowie der wesentlichen Bewertungsannahmen und -parameter vorgenommen.

Hierbei haben wir

- die Angemessenheit der verwendeten Modelle gewürdigt,
- die im Rahmen der Modelle verwendeten Parameter (Planannahmen und Diskontierungszinssätze) gewürdigt und hierzu Abstimmungen und Verprobungen mit anderen verfügbaren Prognosen der Deutschen Bank AG (z.B. für steuerliche Zwecke), bzw. extern verfügbaren Parametern zu Diskontierungszinssätzen (risikofreie Zinssätze, Marktrisikoprämien und Befaktoren) vorgenommen,
- uns von der bisherigen Prognosegüte der Deutschen Bank AG überzeugt, indem wir Planungen des vorherigen Geschäftsjahres mit den tatsächlich realisierten Ergebnissen verglichen und Abweichungen analysiert haben,
- die rechnerische Richtigkeit des verwendeten Bewertungsmodells geprüft,
- die buchhalterische Erfassung von Wertanpassungen nachvollzogen und
- die Kompetenz, Fähigkeiten und Objektivität des Sachverständigen beurteilt, ein Verständnis von seiner Tätigkeit gewonnen und die Eignung seiner Tätigkeit als Prüfungsnachweis für die Beteiligungsbewertung beurteilt.

Unsere Schlussfolgerungen

Basierend auf unseren durchgeführten kontroll- und aussagebezogenen Prüfungshandlungen erachten wir die der Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen zugrundeliegenden Bewertungsmodelle, Annahmen und Bewertungsparameter als sachgerecht. Die Einschätzung der Bank, ob eine dauerhafte Wertminderung vorliegt, erachten wir als angemessen.

Bewertung von Finanzinstrumenten deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern beruht

Eine Beschreibung des Marktrisikomanagements ist im Lagebericht in den Abschnitten „Risikoprofil“ und „Marktrisiko“ enthalten. Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind in Abschnitt „Grundlagen und Methoden“ des Anhangs beschrieben.

Das Risiko für den Abschluss

Im Jahresabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft werden Handelsaktiva von EUR 601,8 Mrd und Handelspassiva von EUR 519,9 Mrd ausgewiesen. In diesen sind auch Finanzinstrumente enthalten, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern basiert.

Für die Bewertung dieser Finanzinstrumente sind definitionsgemäß keine Marktpreise beobachtbar. Die beizulegenden Zeitwerte sind daher auf Basis anerkannter Bewertungsverfahren zu ermitteln. Diese Bewertungsverfahren basieren mitunter auf komplexen Modellen und beinhalten Annahmen und Schätzungen. Sie sind in Bezug auf die verwendeten Modelle und Parameter ermessensbehaftet.

Das Risiko für den Abschluss besteht insbesondere darin, dass der beizulegende Zeitwert dieser Finanzinstrumente nicht im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen stehen könnte, weil unsachgemäße Bewertungsmodelle und Bewertungsparameter bei der Ermittlung verwendet wurden.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Zur Bestimmung unseres Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Einschätzung der grundsätzlichen Eignung und Fehleranfälligkeit der für die Bewertung verwendeten Modelle und Parameter durchgeführt. Weiterhin haben wir den Bestand an Finanzinstrumenten deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern beruht auf potentiell erforderliche Bewertungsanpassungen (Valuation Adjustments), unter anderem basierend auf den Ausfallrisiken der Vertragspartner sowie der Finanzierungskosten der Bank, beurteilt.

Auf der Grundlage unserer Risikoeinschätzung haben wir einen Prüfungsansatz entwickelt, der sowohl kontrollbasierte als auch aussagebezogene Prüfungshandlungen umfasst.

Um die Angemessenheit des internen Kontrollsystems der Bank bezüglich der Bewertung von Finanzinstrumenten, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern beruht, einschätzen zu können, haben wir eine Beurteilung des Aufbaus und der Implementierung sowie eine Prüfung der Wirksamkeit wesentlicher Kontrollen durchgeführt. Ferner haben wir hierzu KPMG-interne Bewertungsspezialisten einbezogen. Die Prüfung umfasste unter anderem Kontrollen hinsichtlich der:

- durch die Bank monatlich durchgeführten unabhängigen Preisverifizierung (Independent Price Verification – IPV) zur Sicherstellung der Richtigkeit von bewertungsrelevanten nicht beobachtbaren Inputparametern solcher Finanzinstrumente,
- durch die durchgeführten Modellvalidierung, der verwendeten Bewertungsmodelle und Bewertungsparameter einschließlich der entsprechenden Governance,
- Ermittlung und Erfassung der im Rahmen der Rechnungslegung notwendigen Bewertungsanpassungen (Valuation Adjustments) zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts und
- Bewertungsunstimmigkeiten mit Gegenparteien (Collateral Disputes).

Sofern wir Feststellungen zur Angemessenheit oder Wirksamkeit einzelner Kontrollen getroffen haben, haben wir zusätzlich kompensierende Kontrollen geprüft. Unsere Prüfungsergebnisse haben wir bei der Bestimmung von Art und Umfang der weiteren aussagebezogenen Prüfungshandlungen berücksichtigt.

Wir haben aussagebezogene Prüfungshandlungen für eine risikoorientierte bewusste Auswahl von Finanzinstrumenten, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Inputparametern beruht, vorgenommen. Diese umfassen insbesondere:

- die Durchführung eigener unabhängiger Preisverifizierungen für einzelne Finanzinstrumente unter Einbeziehung von KPMG-internen Bewertungsspezialisten,
- die unabhängige Nachberechnung ausgewählter Bewertungsanpassungen (Valuation Adjustments),
- die Prüfung der Angemessenheit der verwendeten Modelle und bewertungsrelevanter Inputfaktoren sowie ihrer Verwendung in den jeweiligen Preismodellen und
- die Prüfung, ob für die Finanzinstrumente tatsächlich keine auf aktiven Märkten beobachtbare Parameter verfügbar sind.

Unsere Schlussfolgerungen

Basierend auf unseren durchgeführten kontroll- und aussagebezogenen Prüfungshandlungen kommen wir zu dem Ergebnis, dass für die Bewertung von Finanzinstrumenten, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern beruht, sachgerechte Modelle und Bewertungsparameter verwendet werden.

Einzelwertberichtigungen in Kreditportfolien bestimmter Branchen

Eine qualitative und quantitative Beschreibung des Kreditrisikomanagements einschließlich der Bewertung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft findet sich im Lagebericht im Abschnitt „Risikostrategie und Risikotoleranz“ des Risikoberichts sowie im Anhang.

Das Risiko für den Abschluss

Die Bank weist – abzüglich einer Wertberichtigung für Kreditausfälle – zum Abschlussstichtag Forderungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von netto EUR 405,6 Mrd aus. Dies entspricht 33 % der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr 2017 hat die Bank einen Betrag in Höhe von EUR 475 Mio als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Im Rahmen unserer Risikobeurteilung haben wir Forderungen an Kreditnehmer ausgewählter Branchen identifiziert, die aufgrund spezifischer Herausforderungen ein höheres Bewertungsrisiko aufweisen.

Das Risiko für den Abschluss besteht insbesondere in Schätzungsunsicherheiten bei der Ermittlung von Einzelwertberichtigungen, die auf Annahmen und Szenarien (z.B. Verwertungszenarien, Going-Concern-Szenarien etc.) sowie der Beurteilung von Sicherheitenerlösen beruhen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Zur Risikobeurteilung und zur Planung unserer Prüfungshandlungen haben wir eine Portfolioanalyse durchgeführt, um die inhärenten Bewertungsrisiken einzuschätzen und Risikobranchen zu identifizieren. Darüber hinaus haben wir die Methodik der Bank sowie die wesentlichen Inputparameter, die für die Ermittlung der Einzelwertberichtigung herangezogen wurden, beurteilt.

Aus der Risikoeinschätzung haben wir einen Prüfungsansatz entwickelt, der sowohl kontrollbasierte als auch aussagebezogene Prüfungshandlungen umfasst.

Im Rahmen unserer kontrollbasierten Prüfung haben wir Aufbau, Implementierung und Wirksamkeit der Kontrollen im Kreditbewertungsprozess der Bank beurteilt. Dies umfasste unter anderem Kontrollen hinsichtlich:

- der Genehmigung von Richtlinien zur Wertberichtigung und allgemeinem methodischen Vorgehen,
- der Überwachung der Kredite in der Intensivbetreuung,
- der regelmäßigen Bewertung von Sicherheiten und
- der Berechnung und Erfassung von Einzelwertberichtigungen.

Darüber hinaus haben wir für eine bewusste Auswahl von Kreditengagements, mit Schwerpunkt auf den identifizierten Risikobranchen, aussagebezogene Prüfungshandlungen durchgeführt, um zu beurteilen, ob die im Rahmen der Ermittlung der Einzelwertberichtigung zugrunde gelegten Zahlungsströme angemessen abgeleitet wurden. Bei der Beurteilung der Angemessenheit der erwarteten Zahlungsströme haben wir uns auf branchenbezogene Markterwartungen sowie die jeweilige Engagementstrategie (z.B. Sanierung, Verwertung) der Bank gestützt. Für ausgewählte Engagements haben wir die Berechnung der Einzelwertberichtigungen nachvollzogen.

Unsere Schlussfolgerungen

Basierend auf unseren kontrollbasierten und aussagebezogenen Prüfungshandlungen kommen wir zu dem Ergebnis, dass die getroffenen Annahmen und Szenarien zur Ermittlung der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus dem Kreditgeschäft für die identifizierten Risikobranchen angemessen sind.

Ansatz und Bewertung latenter Steueransprüche

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und Schätzungen sowie die der Bewertung der latenten Steueransprüche zu Grunde gelegten Annahmen sind in den Abschnitten „Grundlagen und Methoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs beschrieben.

Das Risiko für den Abschluss

Der Jahresabschluss weist latente Steueransprüche in Höhe von EUR 2,4 Mrd aus.

Ansatz und Bewertung der latenten Steueransprüche sind ermessensbehaftet und erfordern neben der Berücksichtigung objektiver Faktoren auch zahlreiche Schätzungen über die zukünftige steuerliche Ertragssituation sowie die Nutzbarkeit steuerlicher Verluste und bisher ungenutzter Steuergutschriften.

Das Risiko für den Abschluss besteht insbesondere darin, dass die zukünftige Nutzbarkeit der latenten Steueransprüche unsachgemäß eingeschätzt werden könnte. Die Einschätzung der Nutzbarkeit der Ansprüche erfolgt insbesondere auf Basis des zukünftigen steuerlichen Ertragspotentials auf Grundlage der Unternehmensplanung und unter Berücksichtigung der darin enthaltenen voraussichtlichen Entwicklung wesentlicher wertbestimmender Annahmen und Parameter, die mit Schätzunsicherheiten behaftet ist. Hierzu zählen insbesondere die Annahmen über die Entwicklung der Vorsteuerergebnisse und der Einfluss etwaiger Sondersachverhalte sowie permanenter Effekte, die die zukünftig verfügbaren positiven steuerlichen Ergebnisse determinieren. Die Annahmen müssen auch aktuelle politische und ökonomische Entwicklungen und Rahmenbedingungen sowie spezielle nationale Vorschriften berücksichtigen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben zunächst eine Risikobeurteilung vorgenommen um ein Verständnis der für die Bank relevanten Steuergesetze und steuerlichen Regelungen zu erlangen. Darauf aufbauend haben wir unter Hinzuziehung KPMG-interner Steuerspezialisten sowohl kontrollbasierte als auch aussagebezogene Prüfungshandlungen durchgeführt. Im Rahmen unserer Prüfungshandlungen zum internen Kontrollsystem haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Würdigung der im Jahresabschluss angewandten Methodik für den Ansatz und die Bewertung von latenten Steueransprüchen entsprechend den Vorgaben des § 274 HGB und
- Prüfung des Aufbaus, der Einrichtung und der Wirksamkeit interner Kontrollen bezüglich des Ansatzes latenter Steueransprüche.

Darüber hinaus haben wir aussagebezogene Prüfungshandlungen für eine risikoorientierte, bewusste Auswahl latenter Steueransprüche in verschiedenen Ländern durchgeführt. Diese umfassten insbesondere:

- die Würdigung der Sachgerechtigkeit der verwendeten Parameter bei der Unternehmensplanung und – soweit erforderlich – Teilplanungen relevanter Länder. Dabei haben wir die Angemessenheit der verwendeten Planungsparameter durch die Berücksichtigung positiver und negativer Indikatoren hinsichtlich der Realisierbarkeit und Eintrittswahrscheinlichkeit wesentlicher Planungsparameter und -annahmen hinterfragt und
- die Überleitung des Vorsteuerergebnisses zum geplanten steuerlichen Ergebnis.

Unsere Schlussfolgerungen

Basierend auf den Ergebnissen unsere kontrollbasierten und aussagebezogenen Prüfungshandlungen kommen wir zu dem Schluss, dass der Ansatz und die Bewertung von latenten Steueransprüchen im Hinblick auf die getroffenen Annahmen zur Ableitung des steuerlichen Ergebnisses aus der Unternehmensplanung und die verwendeten Bewertungsparameter angemessen sind.

Abbildung von Rechtsrisiken im Jahresabschluss

Eine qualitative und quantitative Darstellung wesentlicher Rechtsstreitigkeiten findet sich im Anhang der Bank in den Erläuterungen zur Bilanz unter „Sonstige Rückstellungen“. Weiterhin erfolgt eine qualitative Darstellung der Rechtsrisiken im Lagebericht in den Ausführungen zum Risikobericht.

Das Risiko für den Abschluss

Zum Bilanzstichtag weist die Bank Rückstellungen für Rechtsrisiken in Höhe von EUR 1,3 Mrd aus. Diese umfassen Rückstellungen für Zivilverfahren in Höhe von EUR 585 Mio und Rückstellungen für Prozesse mit Regulierungsbehörden in Höhe von EUR 733 Mio.

Das Risiko für den Abschluss besteht insbesondere darin, dass mögliche finanzielle Verpflichtungen (Rückstellungen) auf Grund der Missachtung geltender Gesetze, regulatorischer Anforderungen oder vertraglicher Vereinbarungen und geltend gemachter Ansprüche nicht angemessen im Jahresabschluss dargestellt sein könnten. Die Identifikation dieser Sachverhalte, die Beurteilung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und die Bewertung möglicher daraus resultierender finanzieller Verpflichtungen sind mit Ermessen und Schätzunsicherheit behaftet.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Zur Bestimmung unseres Prüfungsansatzes haben wir eine Risikoeinschätzung bezüglich potenzieller vorsorgepflichtiger Sachverhalte vorgenommen. Diese basierte auf der Würdigung des internen Kontrollsystems hinsichtlich der vollständigen und richtigen Erfassung von Rechtsrisiken insbesondere durch Befragungen der Geschäftsleitung und mit der Identifikation, Bewertung und Überwachung von Rechtsrisiken betrauten Abteilungen. Sie umfasste zudem die Durchsicht interner und externer Unterlagen bzw. öffentlich zugänglicher Informationen sowie die Durchsicht der Kosten für Rechtsberatung und die Würdigung von Rechtsanwaltsbestätigungen der mit wesentlichen Fällen betrauten Kanzleien.

Auf Basis unserer Risikoeinschätzung haben wir einen Prüfungsansatz entwickelt, der kontrollbasierte und aussagebezogene Prüfungshandlungen umfasst.

Um die Angemessenheit des internen Kontrollsystems zu überprüfen, haben wir Kontrollen identifiziert, deren Ziel die Sicherstellung der Vollständigkeit und der Richtigkeit der Bewertung von Rückstellungen für Rechtsrisiken ist und den Aufbau, die Einrichtung sowie die Wirksamkeit dieser Kontrollen geprüft.

Wir haben zudem insbesondere die nachfolgend dargestellten aussagebezogenen Prüfungshandlungen für risikoorientiert ausgewählte Sachverhalte vorgenommen:

Wir haben den Ansatz und die Bewertung wesentlicher durch die Bank erfasster Rückstellungen anhand der vorliegenden Informationen und hinsichtlich der Einhaltung der Rechnungslegungsgrundsätze geprüft.

Zur Erlangung der erforderlichen Informationen haben wir Einsicht in relevante Unterlagen genommen und die jeweiligen internen und externen Rechtsbeistände der Bank befragt. Wir haben eine Beurteilung der wesentlichen zugrunde liegenden Annahmen und Ermessensentscheidungen einschließlich einer Würdigung möglicherweise entgegenstehender Informationen vorgenommen. Insbesondere haben wir in Fällen eines bestehenden Risikos, dessen Eintritt als unwahrscheinlich erachtet wird, Prüfungsnachweise bezüglich der Angemessenheit der Nichterfassung und der Angaben im Anhang erlangt.

Darüber hinaus haben wir beurteilt, ob die durch die Bank gemachten Angaben im Anhang die Ermessensentscheidungen, die zur Schätzung von Rückstellungen angewandt wurden, angemessen abbilden.

Unsere Schlussfolgerungen

Basierend auf den Ergebnissen unsere kontrollbasierten- und aussagebezogenen Prüfungshandlungen kommen wir zu dem Schluss, dass die Identifikation der Sachverhalte und die Beurteilung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und geschätzten Vorsorge angemessen erfolgen.

IT-Zugriffsberechtigungen im Rechnungslegungsprozess

Eine Beschreibung des internen Kontrollsystems im Rechnungslegungsprozess einschließlich der IT-Zugriffsberechtigungen findet sich im Lagebericht im Kapitel „Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung“.

Das Risiko für den Abschluss

Der Rechnungslegungsprozess ist aufgrund der Größe und Komplexität der Bank stark von Informationstechnologie und der durchgängigen Verfügbarkeit vollständiger und richtiger elektronischer Daten abhängig. Eine unangemessene Vergabe von Zugriffsberechtigungen für IT-Systeme stellt daher ein Risiko für die Richtigkeit der Finanzberichterstattung dar. Hiervon sind vor allem Systeme betroffen, für die Zugriffsrechte nicht nach dem Minimalprinzip (Berechtigungsvergabe nur aufgrund der Anforderungen der Rolle und darüber hinaus keine weitergehende Berechtigungsvergabe) oder dem Funktionstrennungsprinzip (bspw. zwischen IT und Fachbereich oder zwischen Entwicklung und Anwendungsbetrieb) vergeben werden.

Ein unberechtigter Systemzugang, unangemessen weitgehende Berechtigungen und mangelnde Funktionstrennung beinhalten das Risiko beabsichtigter oder unbeabsichtigter Eingriffe, die sich auf die Vollständigkeit und Richtigkeit abschlussrelevanter Daten in der Finanzberichterstattung wesentlich auswirken könnten. Demzufolge sind die Schaffung und Einhaltung entsprechender Vorkehrungen zur angemessenen Vergabe von IT-Zugriffsberechtigungen für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben ein Verständnis des IT-bezogenen Kontrollumfelds der Bank erlangt. Darüber hinaus haben wir eine Risikobeurteilung vorgenommen und IT-Anwendungen, Datenbanken und Betriebssysteme identifiziert, die für unsere Prüfung von Bedeutung sind.

Für relevante IT-gestützte Kontrollen innerhalb des Rechnungslegungsprozesses (sogenannte IT-Anwendungskontrollen) haben wir unterstützende allgemeine IT-Kontrollen identifiziert und ihren Aufbau, ihre Einrichtung und ihre Wirksamkeit geprüft. Wir haben insbesondere wesentliche Kontrollen im Bereich des Zugriffsschutzes und deren Verknüpfung zur Vollständigkeit und Richtigkeit der Finanzberichterstattung geprüft. Unsere Prüfungshandlungen betrafen unter anderem:

- Kontrollen, ob der erstmalige Zugriff auf IT-Systeme für neue Mitarbeiter oder Mitarbeiter mit neuer Rolle einer angemessenen Überprüfung unterzogen und entsprechend dem Freigabekonzept von einer autorisierten Person freigegeben wird.
- Kontrollen, ob Zugriffsrechte von Mitarbeitern bzw. ehemaligen Mitarbeitern in angemessener Zeit nach Abteilungswechsel oder Unternehmensaustritt entzogen werden.
- Kontrollen, ob eine Überprüfung der Angemessenheit der erteilten Systemzugriffe für privilegierte oder administrative Berechtigungen (sogenannte Superuser) erfolgt und einer entsprechend restriktiven regelmäßig überwachten Berechtigungsvergabepraxis unterliegen.

Zudem haben wir weitere Prüfungshandlungen im Bereich des Passwortschutzes, der Sicherheitseinstellungen bzgl. des Änderungswesens für Anwendungen, Datenbanken und Betriebssysteme, der funktionalen Trennung von Fachbereichs- und IT-Benutzern und der funktionalen Trennung zwischen Mitarbeitern, die für die Programmentwicklung zuständig sind, und Mitarbeitern, die für den Systembetrieb zuständig sind, durchgeführt. In Fällen unwirksamer IT-Kontrollen haben wir weitere Kontrollen, die einen kompensierenden Effekt haben, identifiziert und ihre Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft sowie andere kompensierende Nachweise erlangt.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse unserer Prüfung des Kontrollumfelds haben wir Art und Umfang weiterer aussagebezogener Prüfungshandlungen festgelegt. Dies umfasste insbesondere in Fällen von nicht fristgerecht entzogenen Berechtigungen bei Unternehmensaustritt unter anderem die Untersuchung der Nutzungsprotokolle des betroffenen Nutzers auf mögliche unautorisierte Aktivitäten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vollständigkeit und Richtigkeit von Finanzinformationen haben könnten.

Ferner haben wir uns durch Einzelfallprüfungen davon überzeugt, dass Programmentwickler keine Freigaberechte im Änderungsprozess haben und dass sie keine direkten Änderungen in den produktiven Versionen der Anwendungen, Datenbanken und Betriebssysteme durchführen können, da diese Rollen funktional getrennt sein müssen. Wir haben zudem Funktionstrennungsanalysen bei kritischen Handels- und Zahlungsverkehrssystemen durchgeführt, um festzustellen, ob die funktionale Trennung zwischen Markt und Marktfolge eingehalten wurde.

Unsere Schlussfolgerungen

Basierend auf den Ergebnissen der Prüfung wesentlicher Kontrollen und aussagebezogener Prüfungshandlungen kommen wir zu dem Ergebnis, dass die IT-Zugriffsberechtigungen grundsätzlich den Anforderungen an die Vollständigkeit und Richtigkeit von rechnungslegungsrelevanten Daten dienen. In den Fällen, in denen wir Kontrollschwächen festgestellt haben, konnten wir Kontrollen identifizieren, die das Risiko eines wesentlichen Fehlers für den Jahresabschluss kompensieren.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die nicht-finanzielle Erklärung.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender und geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 18. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 26. Juli 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir oder unsere Vorgängergesellschaften sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1952 Jahresabschlussprüfer der Deutschen Bank Aktiengesellschaft und Vorgängergesellschaften.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Die von uns zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachten Leistungen sind im Abschnitt „Sonstige Erläuterungen“ des Anhangs aufgeführt.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Burkhard Böth.

Frankfurt am Main, den 12. März 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Böth
Wirtschaftsprüfer

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taubusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

2018

Wichtige Termine

26. April 2018

Zwischenbericht zum 31. März 2018

24. Mai 2018

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

29. Mai 2018

Dividendenzahltag

25. Juli 2018

Zwischenbericht zum 30. Juni 2018

24. Oktober 2018

Zwischenbericht zum 30. September 2018

2019

Wichtige Termine

1. Februar 2019

Vorläufiges Jahresergebnis für das
Geschäftsjahr 2018

22. März 2019

Geschäftsbericht 2018 und Form 20-F

25. April 2019

Zwischenbericht zum 31. März 2019

23. Mai 2019

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

28. Mai 2019

Dividendenzahltag
(für den Fall, dass ein verteilungsfähiger Bilanz-
gewinn besteht und die Hauptversammlung eine
Ausschüttung beschließt)

25. Juli 2019

Zwischenbericht zum 30. Juni 2019

31. Oktober 2019

Zwischenbericht zum 30. September 2019